

# VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON  
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

## AUS DEM INHALT

HANS MAIER

Ideen von 1914 – Ideen von 1939?

IVAN PFAFF

Stalins Strategie der Sowjetisierung Mitteleuropas 1935–1938

REINHARD SCHIFFERS

Grundlegung des strafrechtlichen Staatsschutzes in der  
Bundesrepublik Deutschland 1949–1951

KLAUS-JÜRGEN MÜLLER

Die Bundesrepublik Deutschland und der Algerienkrieg

DOKUMENTATION

Wider die nukleare Bedrohung.

Die amerikanische „Nuclear Freeze Campaign“ 1980/84  
(Stefan Fröhlich)

# VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit

Theodor Eschenburg, Walter Bußmann,  
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,  
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:

Ludolf Herbst, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz, Norbert Frei  
Chefredakteur: Hermann Graml  
Stellvertreter: Klaus-Dietmar Henke

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 12 68 80, FAX 123 17 27

38. Jahrgang

Heft 4

Oktober 1990

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUFSÄTZE

- Hans Maier* Ideen von 1914 – Ideen von 1939? Zweierlei  
Kriegsanfänge . . . . . 525
- Ivan Pfaff* Stalins Strategie der Sowjetisierung Mitteleuropas  
1935–1938. Das Beispiel Tschechoslowakei . . . . . 543
- Reinhard Schiffers* Grundlegung des strafrechtlichen Staatsschutzes in  
der Bundesrepublik Deutschland 1949–1951 . . . . . 589
- Klaus-Jürgen Müller* Die Bundesrepublik Deutschland und der Alge-  
rienkrieg . . . . . 609

### DOKUMENTATION

- Stefan Fröhlich* Wider die atomare Bedrohung. Die amerikanische  
„Nuclear Freeze Campaign“ 1980/84 . . . . . 643

- ABSTRACTS . . . . . 669

HANS MAIER

IDEEN VON 1914 – IDEEN VON 1939?

Zweierlei Kriegsanfänge

Viele Kriege der Geschichte\* sind als Kreuzzüge, Missionsunternehmen, moralische Straf- oder Racheaktionen entstanden oder nachträglich in diesem Sinne deklariert und gerechtfertigt worden. Auch in der Gegenwart fehlt es nicht an solchen Deutungen<sup>1</sup>, obwohl sie eher die Ausnahme bilden. Ein singulärer, aus dem Rahmen fallender Sprachgebrauch liegt freilich vor, wenn ein ganzer Krieg, gar ein Weltkrieg, kurzerhand in eine ideenpolitische Perspektive gerückt wird, wie es die Formel „Ideen von 1914“ ebenso knapp wie provozierend ausdrückt. Für die, die so sprachen, verbarg sich in den Materialschlachten des Weltkriegs, nur den Kundigen sichtbar, ein Geisterkampf der Prinzipien – der Kampf der „Ideen von 1914“ mit den Ideen der Französischen Revolution, die bis dahin in Europa in Geltung standen.

Eröffnet wurde diese Perspektive schon im Weltkrieg selbst: damals fingen Philosophen, Ökonomen, Historiker an, von den „Ideen von 1914“<sup>2</sup> zu reden. Durch ein Buch des schwedischen Staatsrechtslehrers Rudolf Kjellén wurde diese Prägung

\* Vortrag bei der Ringvorlesung der Ludwig-Maximilians-Universität „Der Zweite Weltkrieg und die Gesellschaft in Deutschland. 50 Jahre danach“ am 16. 1. 1990 in München. Die Vortragsform ist bis auf wenige Änderungen und Erweiterungen beibehalten worden; die Anmerkungen wurden hinzugefügt. Für wertvolle Hinweise danke ich Heinz Friedrich, Hermann Nehlsen, Otto B. Roeggele und Hans-Peter Schwarz.

<sup>1</sup> Dwight D. Eisenhower, Kreuzzug in Europa, Amsterdam 1948 u. ö.

<sup>2</sup> Die beste systematische Darstellung, der auch das folgende verpflichtet ist, bietet nach wie vor Hermann Lübke, Politische Philosophie in Deutschland. Studien zu ihrer Geschichte, Basel/Stuttgart 1963, S. 173–238; vgl. auch Klaus Schwabe, Zur politischen Haltung der deutschen Professoren im Ersten Weltkrieg, in: Historische Zeitschrift 193 (1961), S. 601 ff.; ders., Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1969. Zur historischen Einordnung: Karl Dietrich Erdmann, Der Erste Weltkrieg (= Gebhard, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 18, Taschenbuchausgabe), München 1980, S. 148 ff. (dort auch die beachtlichen Gegenstimmen!); Hans-Peter Schwarz, Patriotismus in Europa aus der Sicht der Zeitgeschichte, in: Klaus Weigelt (Hrsg.), Patriotismus in Europa. Festgabe für Bruno Heck, Bonn 1988, S. 21 ff.; Les Sociétés européennes et la guerre de 1914–1918. Actes du colloque organisé à Nanterre et à Amiens du 8 au 11 décembre 1988, publié sous la direction de Jean-Jacques Becker et Stéphane Audoin-Rouzeau, Préface de Jean-Baptiste Duroselle, Paris (Nanterre) 1990.

zum geflügelten Wort<sup>3</sup>. Viele Autoren beteiligten sich an dem Diskurs über die „Deutsche Sendung“, die bekanntesten Namen waren Rudolf Eucken, Paul Natorp, Johann Plenge, Max Scheler, Georg Simmel, Werner Sombart, Friedrich Meinecke, Ernst Troeltsch. Noch Thomas Manns „Betrachtungen eines Unpolitischen“, 1918 erschienen, sind ein Teil dieser philosophischen Weltkriegsideen. Sie erscheinen uns heute wie eine späte, besonders anschauliche Kodifikation vieler einschlägiger Argumente<sup>4</sup>.

Was spielt sich in diesen Schriften ab? Eine Kriegphilosophie wird entwickelt, die zugleich eine Metaphysik des Deutschtums ist. „Geistige Landesverteidigung“ wird geübt, und sie äußert sich in offensiven, ja aggressiven Formen. Herausfordernd werden die „Ideen von 1914“ den „Ideen von 1789“ gegenübergestellt: englischer Liberalismus und französische Demokratie – die Weltanschauungen des „Händlers“ und des „Bürgers“ – werden mit dem deutschen Willen zum Staat, zur Einordnung in das Volksganze konfrontiert; der Weltkrieg gilt als Weltbewährungsprobe deutscher Innerlichkeit, als Verheißung auf den kommenden Tag des Deutschen, dem es aufgegeben sei, inmitten einer äußerlichen Zivilisation und Technik die „Kultur der Seele“ zu retten<sup>5</sup>.

Die Frage ist nun: Hat es im Zweiten Weltkrieg eine vergleichbare Diskussion gegeben? Kann man mit einigem Grund nicht nur von „Ideen von 1914“, sondern auch von „Ideen von 1939“ sprechen? Beteiligte sich Philosophie und Wissenschaft in ähnlicher Weise an einer solchen Diskussion wie 1914–1918? Und welche Rolle spielte die 1914 so stark betonte Antithese zu 1789 – zum revolutionären, menschenrechtlichen, demokratischen Europa – in diesem Diskurs?

## I

Die „Ideen von 1914“ sind kein einheitlicher Bestand. Sie enthalten Altes und Neues. In ihnen spiegelt sich einerseits die Demokratiekritik des 19. Jahrhunderts, das Echo Carlyles, Gobineaus, Taines, Nietzsches – darin sind sie Nachklang einer langen, über hundertjährigen Diskussion<sup>6</sup>. Andererseits schlagen sie neue Töne an, treiben Gedanken auf die Spitze, entwickeln Thesen von programmatischer Radika-

<sup>3</sup> Rudolf Kjellén, *Die Ideen von 1914. Eine weltgeschichtliche Perspektive*, Leipzig 1915. Die Formel „Ideen von 1914“ geht möglicherweise auf Johann Plenge zurück; so Erdmann (Anm. 2), S. 154. Zu Plenge jetzt Axel Schildt, *Ein konservativer Prophet moderner nationaler Integration. Biographische Skizze des streitbaren Soziologen Johann Plenge (1874–1963)*, in: VfZ 35 (1987), S. 523 ff.

<sup>4</sup> Kurt Sontheimer, *Thomas Mann und die Deutschen*, Frankfurt 1965; Lothar Pikulik, *Die Politisierung des Ästhetischen im Ersten Weltkrieg*, in: Beatrix Bludau/Eckhard Heftrich/Helmut Koopmann (Hrsg.), *Thomas Mann 1875–1975*, Frankfurt 1977, S. 61 ff.; Eckhard Heftrich, *Thomas Manns Verhältnis zum Deutschtum und Judentum*, in: *Thomas Mann Jahrbuch 1* (1988), S. 149 ff., bes. 154 f.

<sup>5</sup> Lübke (Anm. 2), S. 178; Hans Maier, *Ältere deutsche Staatslehre und westliche politische Tradition*, Tübingen 1966, S. 3 ff.

<sup>6</sup> Dies wird besonders bei Autoren wie Rudolf Eucken, Rudolf Kjellén und Thomas Mann deutlich.

lität – darin weisen sie, von heute aus gesehen, auf die Zukunft voraus, auf die Weltanschauungskämpfe, die politisch-ideologischen Frontbildungen der Weimarer Zeit<sup>7</sup>.

Zum Alt-Bestand der Ideen von 1914 gehört vor allem das Gegensatzpaar Kultur-Zivilisation. Es zieht sich durch fast alle einschlägigen Äußerungen hindurch, gelegentlich zur pathetischen Ausschließlichkeit zugespitzt: Kultur, *nicht* Zivilisation. Der Topos selbst hat ein ehrwürdiges Alter, er findet sich schon bei Kant, bei dem jedoch Zivilisation und Kultur in einem Wechselverhältnis stehen, eins das andere ergänzen und vollenden soll<sup>8</sup>. Später verselbständigen sich die Gegensätze: Kultur wird als etwas Schöpferisches, Un-berechenbares der regelhaften mechanischen Zivilisation gegenübergestellt. Solche Antithesen finden sich reichlich im Weltanschauungsgepäck der Vulgärromantik, des Neuidealismus nach 1870, der Lebensphilosophie um 1900<sup>9</sup>. In den „Ideen von 1914“ spitzt sich der Gegenstand zu: auf der einen Seite der Westen, die Briten und Franzosen, als Protagonisten der „Zivilisation“, auf der anderen die Deutschen als Träger der Kultur; auf der einen Seite die „Gesellschaft“, auf der anderen die „Gemeinschaft“; auf der einen Seite Emanzipation und Individualisierung, auf der anderen Disziplin, Ordnung, Staatlichkeit<sup>10</sup>. Bei Rudolf Eucken tritt der Kulturgedanke in enger Verbindung mit der „Innerlichkeit“ der Deutschen auf: denn die Deutschen – und nur sie! – sind zugleich welthaft tätig und innerlich bei sich selbst, sie bilden so die „Seele der Menschheit“ (!), so daß die Vernichtung der deutschen Art „die Weltgeschichte ihres tiefsten Sinnes berauben würde“<sup>11</sup>. Gerade weil Kultur verletzlich ist, verlangt sie nach dem Staat. Der empfindliche Kern deutschen Dichtens, Denkens, Sinnierens bedarf der schützenden Hülle. Dichtung und militärische Disziplin, inneres Reich und „schirmende Wehr“, Taugenichts und Tirpitzflotte – das alles widerspricht sich nicht, es fordert sich gegenseitig. Thomas Mann hat wenige Jahre später in den „Betrachtungen“ diese Gestalt deutscher Kultur als „machtgeschützte Innerlichkeit“ umschrieben – eine berühmte, oft wiederholte Formel. Die so verstandene Kultur wird zum Kern der „Deutschen Sendung“; sie enthält einen Geltungsanspruch, an dem nichtdeutsche Völker nur insofern teilnehmen können, als sie „deutschem Wesen“ nahekommen oder bereit sind, sich seiner Herrschaft zu unterwerfen.

<sup>7</sup> Lübke, S. 188 ff., 219 ff., 232 ff.; Erdmann, S. 150.

<sup>8</sup> Lübke, S. 193 mit Anm. 1.

<sup>9</sup> Summarisch sei an Autoren wie Paul Anton de Lagarde, Houston Stewart Chamberlain, August Julius Langbehn erinnert.

<sup>10</sup> So vor allem bei Paul Natorp, Deutscher Weltberuf. Geschichtsphilosophische Richtlinien, Jena 1918. Ähnliche Antithesen finden sich bei Thomas Mann in den „Betrachtungen“ (Geist und Politik, Seele und Gesellschaft, Freiheit und Stimmrecht, Kunst und Literatur usw.), bei Max Scheler, der in seiner Schrift Der Genius des Krieges und der deutsche Krieg, Leipzig 1915, 1917, deutsches und englisches Denken in Antithesen gegenüberstellt (Kultur und Komfort, Krieger und Räuber, Denken und Rechnen), endlich in der allerprimitivsten Form bei Werner Sombart, Händler und Helden (gemeint sind wiederum Engländer und Deutsche!), München/Leipzig 1915.

<sup>11</sup> Rudolf Eucken, Die weltgeschichtliche Bedeutung des deutschen Geistes, Stuttgart/Berlin 1914; vgl. Lübke, S. 185.

Im „deutschen Krieg“ von 1914 werden diese Ideen fast selbstverständlich zu Antithesen der „Ideen von 1789“. Der Münsteraner Ökonom Johann Plenge spricht es aus: „Seit 1789 hat es auf der Welt keine solche Revolution gegeben, wie die deutsche Revolution von 1914 . . . Zum zweitenmal zieht ein Kaiser durch die Welt als der Führer eines Volkes mit dem ungeheuren, weltbestürmenden Kraftgefühl der allerhöchsten Einheit. Und man darf behaupten, daß die Ideen von 1914, die Ideen der deutschen Organisation zu einem so nachhaltigen Siegeszug über die ganze Welt bestimmt sind, wie die Ideen von 1789.“<sup>12</sup> Ähnlich äußert sich der schon erwähnte Rudolf Kjellén: für ihn ist der Weltkrieg ein Kampf gegen die „verbrauchten Schlagwörter“ der Französischen Revolution; der Weltkrieg ist ein Kampf zwischen 1789 und 1914 – für 1789 stehen Frankreich-England, für 1914 steht Deutschland. Es geht um den Kampf der *Ordnung* gegen die „zur Zügellosigkeit entartete“ *Freiheit* von 1789. Ein neuer Stern geht auf in diesem Krieg, es ist „der kalte, aber helle Stern der Pflicht, der Ordnung, der Gerechtigkeit“. „Nur wer bereits unter der Anziehungskraft dieses Himmelskörpers steht, kann die Tiefe und den Umfang des Ekels erfassen, mit dem sich die Bekenner der neuen Ideen in der übermächtigen Luft von 1789 noch zurechtfinden.“<sup>13</sup>

Pflicht, Ordnung, Gerechtigkeit: dafür kann im Haushalt der philosophischen Weltkriegsideen auch das Wort *Sozialismus* stehen. Erstaunlich oft wird es in den „Ideen von 1914“ beschworen: als Inbegriff einer neuen Ordnung, die eines Tages, nach dem Krieg, das liberale Zeitalter ablösen soll<sup>14</sup>. Bei Paul Natorp treten diese Züge des Sozialismus schon im Krieg hervor: in der organisierten Produktion, in der gelenkten Versorgung von Front und Heimat. Dieser Sozialismus ist freiwillige Unterordnung unter das gemeinsame Ganze – eine Gesinnung sittlichen Wollens, den Deutschen ebenso eingeboren wie die militärische Disziplin<sup>15</sup>. Ähnlich Plenge: für ihn ist der Weltkrieg ein Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, wobei sich in Deutschland, das gegenüber den Ideen von 1789 resistent geblieben ist, mit innerer Notwendigkeit das höherwertige Prinzip des Sozialismus durchsetzt: philosophisch als politische Einheit in der totalen Herrschaft moralischen Wollens, praktisch als staatlich organisierte, politisierte Volkswirtschaft. Beides gehört zusammen, denn „in dem Reich der Ideen war Deutschland der überzeugteste Träger aller sozialistischen Träume und in dem Reich der Wirklichkeit der kraftvollste Erbauer der höchstorganisierten Volkswirtschaft“<sup>16</sup>. Hier spannt sich der Bogen von Fichtes nationalökonomischen Vorstellungen zu Spenglers „autoritativem Sozialismus“ und

<sup>12</sup> Johann Plenge, *Der Krieg und die Volkswirtschaft*, Münster 1915, S. 171 ff.

<sup>13</sup> Kjellén (Anm. 3), S. 211 f.

<sup>14</sup> So gehören für Schefer (Anm. 10) Liberalismus und Rationalismus ebenso wie „Kapitalismus“ zu den überwundenen Mächten; für das, was kommen soll, gebraucht er den Begriff des Sozialismus, den er abwechselnd mit einem deutschen und einem christlichen Vorzeichen versieht; vgl. Erdmann, S. 153 f.; Lübke, S. 209 ff.

<sup>15</sup> Zit. bei Lübke, S. 191.

<sup>16</sup> Plenge (Anm. 12), S. 188.

seiner Verbindung sozialistischer und preußischer Traditionen<sup>17</sup>. Deutsche Freiheit erscheint – wie später Troeltsch formulieren wird – als „Synthese aus Staatssozialismus und Bildungsindividualismus“<sup>18</sup> – eine neue Metamorphose der „machtgeschützten Innerlichkeit“.

Liest man die zitierten Texte mit heutigen Augen, so ist man erstaunt über die Selbstsicherheit, das missionarische Bewußtsein, das sich in ihnen ausspricht. Doch wäre dies noch nichts Ungewöhnliches – es findet seine Parallelen auch bei den Weltkriegsgegnern Deutschlands<sup>19</sup>. Erstaunlicher ist die Tatsache, daß Philosophen die Protagonisten der „Ideen von 1914“ sind und daß sich dieser Ideenzug ganz ohne äußeren staatlichen Anstoß, ohne jeden Druck in Bewegung setzt, spontan, aus Überzeugung, von keinem Zweifel angefochten, in unbeirrter und bis 1918, ja darüber hinaus andauernder Geschlossenheit<sup>20</sup>. Der Kriegsdienst des Gedankens wird von der Philosophie keineswegs verlangt, er wird freiwillig angeboten. Die Wissenschaftler wollen nicht schweigen, wo die Waffen sprechen. Sie wollen sich nicht in der Universität einschließen, ihr Forum ist die Nation<sup>21</sup>. Dabei geraten sie nicht selten in das Fahrwasser eines übersteigerten, peinlich wirkenden Chauvinismus.

Gewiß, auch in anderen Nationen gab es im Weltkrieg ähnliche Erscheinungen „kämpfender Wissenschaft“. Die psychologische Kriegführung bediente sich überall eines breiten Arsenal von Ideen und Ideologien<sup>22</sup>. Der Weltkrieg hat, wie könnte es anders sein, überall der Vernunft einen Stoß versetzt und die Leidenschaften der Völker heftig emporschlagen lassen. Freilich wohl nirgends mit soviel missionarischem Ernst, mit soviel bitter entschlossenem Eifer, so viel Beharren auf dem „deutschen Wesen“ und seiner welterlösenden Wirkung wie hier – und dies formuliert in ganzen Reihen von Büchern und Manifesten, verfaßt von Philosophen und Wissenschaftlern internationalen Ranges.

<sup>17</sup> Oswald Spengler, *Preußentum und Sozialismus*, München 1920.

<sup>18</sup> Ernst Troeltsch, *Die deutsche Idee von der Freiheit*, in: *Deutscher Geist und Westeuropa. Gesammelte kulturphilosophische Aufsätze und Reden*, hrsg. von Hans Baron, Tübingen 1925, S. 80 ff. (103).

<sup>19</sup> „Der Krieg hat bei allen beteiligten Völkern Rechtfertigungsideologien entstehen lassen. Ihr Wesen besteht darin, den Interessenkonflikt der Nationen durch übernationale Zielsetzungen zu verbrämen“ (Erdmann, S. 148).

<sup>20</sup> Die Übersicht bei Lübke zeigt eindrucksvoll das Anschwellen der „Ideen“literatur in den Jahren 1917/18. Damals erschienen, um nur wenige Titel herauszugreifen: Max Scheler, *Die Ursachen des Deutschen Hasses. Eine nationalpädagogische Erörterung*, Leipzig 1917; Ernst Troeltsch, *Humanismus und Nationalismus in unserem Bildungswesen*, Berlin 1917; Heinrich Scholz, *Das Wesen des deutschen Geistes*, Berlin 1917; Houston Stewart Chamberlain, *Demokratie und Freiheit*, München 1917; Georg Simmel, *Der Krieg und die geistigen Entscheidungen*, München/Leipzig 1917; Paul Natorp (Anm. 10); Thomas Mann, *Betrachtungen eines Unpolitischen*, Berlin 1918; Rudolf Eucken, *Deutsche Freiheit. Ein Weckruf*, Leipzig 1919.

<sup>21</sup> Zur Fichte-Nachfolge im Kreis der „Ideen von 1914“ siehe Lübke, S. 196 ff.

<sup>22</sup> Erdmann, S. 148 ff.; Lübke, S. 171 ff.

## II

Pathos und Wirkung dieser Philosophie im Kriegskleid versteht man nur, wenn man sie auf dem Hintergrund der Aufbruchsstimmung sieht, die im Herbst 1914, zu Beginn des Weltkriegs, in Deutschland herrschte. Die Zeitsituation<sup>23</sup> ist oft beschrieben worden: der plötzliche Ausbruch des Krieges nach Jahren dumpfer Erwartung; das Gefühl der Befreiung nach jahrelanger erzwungener Passivität; die Meinung, nun sei ein Befreiungsschlag nach allen Seiten fällig, um die drohende „Einkreisung“ zu brechen; das aus Schmerz und Trotz gemischte Bewußtsein, daß Deutschland in der Welt nur wenige Freunde habe, daß es sich daher heroisch aus eigener Kraft behaupten müsse, unbeirrbar seinem Rufe folgend, „und wenn die Welt voll Teufel wär“. Und in all dem, als Gegengewicht und freudige Entlastung, ein neues Gefühl der Gemeinschaft, des Zusammenrückens, des Wegschmelzens der Unterschiede und Gegensätze<sup>24</sup> im Sinne des (wohl von Harnack formulierten) Kaiserwortes: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“

Dies war die Volksstimmung<sup>25</sup>, die selbst einen so zarten Pazifisten wie Rainer Maria Rilke im August 1914 ausrufen ließ: „Heil mir, daß ich Ergriffene sehe.“<sup>26</sup> Julius Meier-Graefe, ein Ästhet auch er, schrieb zur gleichen Zeit: „Wir sind andere seit gestern. Der Streit um Worte und Programme ist zu Ende. Wir kämpften gegen Windmühlen. Manchem war die Kunst ein Zeitvertreib ... Was uns fehlte, der Inhalt, das, Brüder, gibt uns die Zeit ... Keine gemächliche Hingabe mehr! Aus Feuerschlünden, aus Not und Blut, aus Liebe und heiligem Haß wird uns Erlebnis.“<sup>27</sup> Rudolf Alexander Schröder übersandte am 1. September 1914 sein Kriegsgedicht „Heilig Vaterland“ dem Freunde Hugo von Hofmannsthal in Wien mit den

<sup>23</sup> Jüngster Überblick mit eingehender Darstellung der Forschungsprobleme: Klaus Hildebrand, *Deutsche Außenpolitik 1871–1918* (= Enzyklopädie deutscher Geschichte, hrsg. von Lothar Gall, Bd. 2), München 1990, bes. S. 43 ff., 85 ff., 118 ff.

<sup>24</sup> Bezeichnend für die nationale Aufbruchsstimmung im Spätsommer 1914 ist z. B. die Reaktion Max Webers: „Denn *einerlei*, wie der Erfolg ist – dieser Krieg ist groß und wunderbar“ (Brief vom 28. 8. 1914). Nach Meinung Webers muß er geführt werden, um die Aufteilung der Welt unter „angelsächsische Konvention“ und „russische Bürokratie“ zu verhindern (beide Zitate bei Wolfgang J. Mommsen, *Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920*, Tübingen 1959, S. 208 f.). Webers *Weltkriegspublizistik* weist viele Berührungen mit den „Ideen von 1914“ auf: Max Weber, *Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914–1918*, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Gangolf Hübinger (= Max Weber Gesamtausgabe, hrsg. von Horst Baier, M. Rainer Lepsius u. a., Abt. I: Schriften und Reden, Bd. 15), Tübingen 1984.

<sup>25</sup> Gegenüber einer allzu pauschalen Sicht muß freilich darauf hingewiesen werden, daß es z. B. in einer Großstadt wie Hamburg auch distanziertere Haltungen gab: Volker Ullrich, *Kriegsalltag. Hamburg im Ersten Weltkrieg*, Köln 1982.

<sup>26</sup> Rainer Maria Rilke, *Fünf Gesänge. August 1914 (II)*. Zur späteren „Zurücknahme“ dieser unter dem Eindruck damaliger Hölderlin- und Heym-Lektüre entstandenen Verse siehe den von Joachim W. Störck bearbeiteten Katalog des Deutschen Literaturarchivs Marbach: Rainer Maria Rilke 1875/1975, München 1975, S. 190 f.

<sup>27</sup> *Das 20. Jahrhundert. Von Nietzsche bis zur Gruppe 47* (= Marbacher Kataloge, hrsg. von Bernhard Zeller, Nr. 36), München 1980, S. 157 f.



Worten: „Ich denke mit so viel Freude daran, wie oft wir in Wien und in Berlin zusammengesessen haben und über unsere lieben, herrlichen Vaterländer geredet haben. Wir schön ist es, daß Du ein Österreicher bist und ich ein Deutscher bin, ein Norddeutscher, und daß nun alles Deutsche sich in einem ungeheuersten Moment im Tiefsten als untrennbar heilig verbunden erkannt hat. Wer das erlebt hat, der soll ruhig sterben gehen. Größeres kann ihm weder die vergangene noch die zukünftige Geschichte unseres Erdensternes bieten.“<sup>28</sup>

Von solch hochfliegender, euphorischer Stimmung sind wir im September 1939 weit entfernt. Der Zweite Weltkrieg<sup>29</sup> beginnt tonlos. Kein klingendes Spiel, keine kaiserliche Botschaft, keine nationale Umarmung, kein Hauch eines freudig bejahten übermächtigen Schicksals; statt dessen eher Passivität, Betroffenheit, Ergebung ins Unvermeidliche. Zeugnisse in- und ausländischer Beobachter stimmen darin überein, daß es im September 1939 in Deutschland wenig Kriegsbegeisterung gab. Im Rückblick drückt ein Bericht aus dem bayerischen Schwaben es so aus: „Die Reservisten packten ihre Koffer und schritten zu den Bahnhöfen . . . Nirgends wurden sie offiziell verabschiedet, wie man dies aus den Augusttagen von 1914 wußte, wo in Krumbach und Thannhausen die Züge auf den Bahnhöfen mit Blumen geschmückt wurden und ‚Die Wacht am Rhein‘ aus den Waggons erklang. Die Reservisten von 1939 rückten ohne sonderliche Begeisterung ein . . . Aber sie gingen ohne Verbitterung, und das Auffallende war die große Ruhe, die die meisten an den Tag legten. Ein Augenzeuge beschrieb . . . die Zuversicht in etwa so: ‚Es ist bisher immer gut gegangen, es wird wieder gut gehen.‘“<sup>30</sup> Mancher dachte wohl zurück an den „Blumenfeldzug“ gegen Österreich 1938 und an den „Kartoffelfeldzug“ des gleichen Jahres, der die Sudetenkrise beendete – damals war den Soldaten das Äußerste erspart geblieben. Erst allmählich verbreitete sich im August-September 1939 das Gefühl, daß es diesmal nicht so glimpflich abgehen werde, daß nicht einfach ein halber Droh- und Blitzkrieg, sondern ein neuer Weltkrieg vor der Tür stand.

Nicht Begeisterung, sondern fast Verlegenheit auch im Zentrum des Geschehens, in Berlin. Birger Dahlerus, der schwedische Vermittler, der sich damals in der Britischen Botschaft aufhielt, berichtet: „Die Straßen wirkten recht verlassen und die von der englischen Botschaft aus zu beobachtenden Passanten sahen – mit wenigen Ausnahmen – schweigend zu, wie Hitler zur Reichstagssitzung vorüber fuhr.“<sup>31</sup> „Bei- nahe verödet“ erschien dem Berliner Korrespondenten der Neuen Zürcher Zeitung

<sup>28</sup> Das 20. Jahrhundert, S. 159 f.

<sup>29</sup> Zum folgenden: Lothar Gruchmann, Der Zweite Weltkrieg. I. Kriegführung und Politik, München/Lausanne 1969; Karl Dietrich Erdmann, Der Zweite Weltkrieg (= Gebhard, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 21, Taschenbuchausgabe), München 1989; Helmut Altrichter/Josef Becker (Hrsg.), Kriegsausbruch 1939. Beteiligte, Betroffene, Neutrale, München 1989; Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hrsg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989.

<sup>30</sup> Entnommen aus: Heimatpost der Stadt Krumbach, Krumbach/Schwaben 1989, S. 22.

<sup>31</sup> Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. II, 1, Wiesbaden 1973, S. 1311.

der Straßenzug Unter den Linden am Morgen des 1. September 1939<sup>32</sup>. Und was bekamen die Reichstagsabgeordneten – Göring hatte ihre Reihen mit Parteifunktionären aufgefüllt, da nicht alle Mitglieder des Hauses pünktlich in Berlin eintrafen – von Hitler zu hören? Rechtfertigungen, Hinweise auf den Polen gegenüber an den Tag gelegten „Friedenswillen“, auf seine „endlose Langmut“, Auftrumpfen mit dem deutsch-russischen Bündnis, auffällige Zurückhaltung gegenüber England, eine prophylaktische Kriegsschuldabwälzung<sup>33</sup> und am Ende das Bekenntnis, er werde den feldgrauen Rock „nur ausziehen nach dem Siege“ oder er werde „dieses Ende nicht erleben“<sup>34</sup>. Kein Wunder, daß selbst der Beifall der Reichstagsabgeordneten, wie bei früheren Gelegenheiten, „befehlsgemäß, aber dünn“ war<sup>35</sup>.

„Die Stadt macht einen leeren und deprimierten Eindruck“, notierte Helmuth James Graf Moltke einen Tag später. „Noch sind aber die Botschafter von England und Frankreich da; ihre Abreise wird für heute abend erwartet . . . Über die weitere Entwicklung scheint man hier folgendes zu vermuten: die Engländer und Franzosen werden morgen anfangen zu schießen; man hofft, daß Italien neutral bleiben und nicht zu den Franzosen übergehen wird.“ Und wieder einen Tag später: „Man ist noch nicht in der rechten kriegsmäßigen Gemütsverfassung; es ist einem nur mies . . . Die Atmosphäre hier ist schrecklich. Ein Gemisch von Ausweglosigkeit und Trauer.“ Und noch einen Tag später: „Hier herrscht eine Stimmung, die sich bis zum physischen Übelsein steigert. Es könnte garnicht schlimmer sein . . . Ich habe den Eindruck, daß niemand eine Vorstellung davon hat, wie dieser Krieg eigentlich geführt werden soll. Man wartet wohl darauf zu sehen, welche Form die Angriffe der Engländer und Franzosen nun annehmen werden; ob sie einen großen Luftkrieg im Westen in Gang bringen, oder was sonst. – Rosig aber beurteilt niemand die Lage.“<sup>36</sup>

Gewiß, Moltke war ein regimekritischer Geist, und er verfügte über Informationen, die andere nicht hatten. Stellen wir seinen Briefnotizen die Tagebucheinträgen des Hauptmanns Ernst Jünger gegenüber, der damals in Celle Dienst tat. Am 1. September erfährt Jünger vom Kellner beim Frühstück, daß die Deutschen in Polen einmarschiert sind. Am Abend geht er zu einer Verabredung an die Schloßbrücke. „Die alte Heidestadt war finster, und die Menschen bewegten sich wie Zaubwesen in einem Minimum an Licht. Das Schloß erhob sich, von einem matten,

<sup>32</sup> Ebenda, S. 1311 (Anm. 886).

<sup>33</sup> Wolfram Wette, *Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. I, Stuttgart 1979, S. 25 ff., 128 ff.

<sup>34</sup> Text der Rede bei Domarus (Anm. 31), S. 1312–1317. William L. Shirer, *Das Jahrzehnt des Unheils* (Neuausgabe 1989) berichtet als Ohrenzeuge: „Meine Vermutung, Hitler werde sich, der Gelegenheit angemessen, in blendender Form befinden, troy: Er wirkte zerfahren, nervös und so, als sei er, notierte ich in mein Tagebuch, „bestürzt über die Lage, in der er sich befand, und wisse nicht recht, wie er da herauskommen sollte“ (S. 331).

<sup>35</sup> Domarus, S. 1317; Josef Becker, *Weltmacht oder Untergang. Der Weg von Hitlers Reich in den Zweiten Weltkrieg*, in: *Altrichter/Becker* (Anm. 29), S. 21 ff. (22).

<sup>36</sup> Helmuth James v. Moltke, *Briefe an Freya*, München 1988, S. 60 ff.

blauen Schimmer überrieselt, wie der alte Palast in einer Märchenstadt. Wie schwe-relose Tänzer glitten Menschen auf Rädern durch die Dunkelheit. Und hin und wie-der klatschte ein schwerer Karpfen aus dem Graben, der den Schloßpark säumt. Gleich diesen Tieren schnell uns die Lust zuweilen in ein fremdes, leichteres Ele-ment.

Dann im Café. Man tritt in Licht, Musik und Gläserklirren wie in geheime Feste und Albenhöhlen ein. Dazu dann wieder Rundfunkstimmen, die Bombenwürfe mel- den und den Menschen drohen.“

Eine Notiz vom 4. Oktober berichtet von einem Übungsritt von Blankenburg bis auf den Exerzierplatz von Halberstadt, „am Gläsernen Mönch vorbei, in einem Zustand von Abwesenheit, der zu der strengen Einordnung der Person in starkem Gegensatz stand“. Und wenige Tage später: „Der Krieg gleicht dem Leviathan, von dem nur ein paar Schuppen oder eine Flosse sich aus den Fluten heben – der Stoff ist zu massiv, als daß der Blick ihn gliedern könnte, und dadurch erwächst ein Zustand der Unwirklichkeit.“ Und, besonders deutlich, eine Eintragung aus Karls-ruhe vom 2. Dezember 1939: „Begonnen: Hebbels Briefe, eine Lektüre, die mich neben seinen Tagebüchern schon öfters im Leben stärkte und kräftigte. Es tut uns immer wohl zu wissen, daß schon einmal jemand auf dieser Galeere weilte und daß er sich würdig auf ihr verhielt.“<sup>37</sup>

Der Ton ist aufschlußreich. Unwirklichkeit, Albenhöhlen, Abwesenheit, die Flosse des Leviathans, die Galeere – das klingt anders als die „frohe, sichere Not“, die „treibenden Tage“, die „gewaltige Luft“ des Kriegsbeginns von 1914<sup>38</sup>. Sieht man von wenigen unverbesserlichen Nazi-Barden ab, so ist der Beginn des Zweiten Welt- kriegs in Deutschland kaum verklärt und kaum gefeiert, eher wie ein übermächtiges Schicksal somnambul und passiv hingenommen worden<sup>39</sup>. Das gilt für zahlreiche Soldaten und Zivilisten, Autoren, Künstler – es gilt auch für Prediger. Man vergleiche etwa die überbordenden Kriegspredigten von 1914<sup>40</sup> mit dem – von Ausnahmen abgesehen – sachlichen, inständigen, teilnehmenden Ton, der viele geistliche Äuße- rungen von 1939 kennzeichnet. Der Berliner Bischof Konrad von Preysing z. B. spricht in seinem Hirtenwort vom 15. September 1939 nicht vom gerechten Krieg, wohl aber vom „Gebet von Gerechtfertigten zum gerechten Gott“ – und er erinnert

<sup>37</sup> Ernst Jünger, Gärten und Straßen, Berlin 1942, Eintragungen vom 1. 9., 4. 10. und 2. 12. 1939. – Jünger nahm im Frühjahr 1940 am Frankreichfeldzug teil, wurde im Februar 1941 auf Wunsch General Speidels ins Stabsquartier nach Paris berufen. Eine zweite Auflage von „Gärten und Stra- ßen“ konnte nicht mehr erscheinen, als die Zensoren merkten, was hinter der Eintragung vom 29. 3. 1940 („Dann zog ich mich an und las am offenen Fenster den 73sten Psalm“) stand: „Anfechtung und Trost der Frommen beim Glück der Gottlosen“.

<sup>38</sup> Siehe Anm. 26 (Gesänge I und II).

<sup>39</sup> „Die Passagiere sprachen kaum vom Krieg. Alles schien wie sonst. Nirgends Erregung oder gar Begeisterung. Am Bahnhof in Offenburg, wo wir den August 1914 erlebt hatten, überfiel uns der kaum zu fassende Unterschied“ (Gerd Tellenbach, Aus erinnerter Zeitgeschichte, Freiburg 1981, S. 53).

<sup>40</sup> W. Pressel, Die Kriegspredigt 1914–1918 in der evangelischen Kirche Deutschlands, 1967; Hein- rich Missalla, „Gott mit uns“. Die deutsche katholische Kriegspredigt 1914–1918, 1968.

nicht an den Schlachten- und Siegesgott, sondern an den Heiland am Ölberg, „zitternd vor dem Furchtbaren, das er voraussah“<sup>41</sup>.

So hat es denn zu Beginn des Zweiten Weltkriegs auch keine „Ideen von 1939“ gegeben, keinen freiwilligen geistigen Kriegsdienst der Philosophen, Ökonomen, Historiker, nichts, was man der breiten wissenschaftlichen und publizistischen Bewegung von 1914–18 an die Seite stellen könnte. Eine „Metaphysik des Krieges“, wie sie damals Max Scheler entwarf<sup>42</sup>, ist im Zweiten Weltkrieg nicht mehr entstanden, vom „Genius des Krieges“, vom Krieg als „positiver Welteinrichtung“ hat man kaum mehr zu sprechen gewagt. Eine „Weltbewährungsprobe deutscher Innerlichkeit“ sah niemand mehr in dem mörderischen, rasch in Verrohung und Barbarei abstürzenden Ringen. Und für diejenigen, die den Krieg nicht aus der Ferne bedachten, sondern aus der Nähe erlitten, galt die Maxime, die Hermann Lenz in seinem Roman „Neue Zeit“ (1975) formulierte: „Alles sehen, alles hören, alles spüren, alles riechen, was sich dir hier zeigt. Laß es in dich eindringen, nimm daran teil, dann wird es dir klar. Du bist jetzt hier hineingestellt; ausweichen kannst du nicht mehr. Freilich, mehr als daß du es erträgst, bleibt dir nicht übrig.“<sup>43</sup>

Allerdings: die überraschenden Kriegserfolge der Jahre 1939/40 haben bei manchen Skeptikern die Stimmung – wenigstens vorübergehend – wieder umschlagen lassen. Es dürfte zutreffen, was Carl Friedrich von Weizsäcker im Rückblick auf jene Jahre schreibt: „1939 haben die Deutschen den Krieg nicht, wie 1914 die meisten Europäer, begeistert begrüßt, sondern in dumpfer Ergebnisheit als Schicksal hingenommen. Hitlers Siege 1940 brachten ihm noch einmal die Zustimmung der Mehrheit im Volk, auch unter den Intellektuellen. Bis 1945 hielt, noch in der sichtbar werdenden Niederlage, das Gehorsamsgefüge, bestärkt durch die Angst vor den Russen und auch durch eine nationale Solidarisierung unter dem Eindruck der westlichen Luftangriffe.“<sup>44</sup> Behutsamer, aber in ähnlichem Sinn, äußert sich Gerd Tellenbach in seinem autobiographischen Rückblick: An der „deutschen Endniederlage“ habe er nie gezweifelt – „mit Ausnahme der drei Monate nach dem Zusammenbruch Frankreichs, also von Juli bis September 1940“<sup>45</sup>.

<sup>41</sup> Hirtenwort des Bischofs Konrad von Berlin, in: Amtsblatt des Bischöflichen Ordinariats Berlin, 15. Sept. 1939, 54. Vgl. auch Kardinal Bertram, Herr, laß uns stark sein. Bischofsworte an Front und Heimat, Freiburg 1939, S. 5: „Im Kriege wie im Frieden fällt kein Haar vom Haupte ohne den Willen unseres himmlischen Vaters. Sollte der eine oder andere sein Leben lassen müssen, nun, so weiß er, es war Gottes heiliger Wille, und Gott hat ihm das Los bestimmt. Mit dieser christlichen Gesinnung, mit diesem Gottvertrauen treten wir vor den Thron Gottes.“ (Ich verdanke den Hinweis auf diese beiden Texte Antonia Leugers, München).

<sup>42</sup> Max Scheler, *Der Genius des Krieges und der Deutsche Krieg* (Anm. 10).

<sup>43</sup> Hermann Lenz, *Neue Zeit*, Frankfurt 1975, S. 185; dazu Dolf Sternberger, *Laudatio auf Hermann Lenz*, in: *Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, Jahrbuch 1978*, II, S. 69 ff.

<sup>44</sup> Carl Friedrich von Weizsäcker, *Hitler und die Deutschen*, in: *Weizsäcker, Bewußtseinswandel*, München/Wien 1988, S. 289 ff. (297).

<sup>45</sup> Tellenbach (Anm. 39), S. 54.

### III

Aber haben nicht wenigstens die Nationalsozialisten oder die, die ihnen nahestanden, sich ihnen andienten, sie interpretierten – haben sie nicht „ihren Krieg“ gerechtfertigt? Gab es nicht Theorien, Begründungen, Apologien für den Eroberungszug der deutschen Armeen, für die neue Großmachtpolitik und Großraumordnung? Gewiß, es gab sie – es gab sie sogar vermehrt, je länger der Krieg sich hinzog. Aber sie waren doch mehr nachträgliche Deutungen als Zielvorgaben – ein nachgeschickter Kommentar, kein Fanfarenstoß und kein Programm. Und wie repräsentativ sind sie? Das muß von Fall zu Fall untersucht werden<sup>46</sup>, und dabei spielt nicht nur die gelenkte öffentliche Meinung im NS-Staat eine Rolle, auch die zahlreichen Rivalitäten unter den NS-Größen und -Institutionen, die Streitigkeiten im eigenen Lager, die Eiferstüchteleien und Kämpfe zwischen Gelehrten und Publizisten wollen bedacht sein.

An sich schien Hitler die Deutung „seines Krieges“ den Interpreten leicht gemacht zu haben. Hatte er nicht schon in „Mein Kampf“ ein Programm der Expansion (und keineswegs nur der Revision von Versailles) entwickelt, hatte er nicht für Deutschland die Alternative „Weltmacht oder Untergang!“ aufgestellt? Hatte er nicht mit schwer überbietbarer Deutlichkeit gesagt: „Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft“<sup>47</sup>? Man sollte denken, daß die Interpreten des beginnenden Zweiten Weltkriegs diese Sätze Hitlers in den Mittelpunkt ihrer Deutungen gestellt hätten. Doch dies war keineswegs der Fall. Der Grund ist deutlich: die NS-Propaganda war von 1933–1938 auf Friedenstöne geschaltet worden; Hitler kriegerische Absichten zu unterstellen, galt als Hochverrat und wurde entsprechend verfolgt<sup>48</sup>. Nicht nur das Ausland, auch die deutsche Öffentlichkeit wurden mit Friedensparolen geradezu überschüttet. Das tat seine Wirkung – so sehr, daß sich das Regime 1938, als ein europäischer Krieg in Sicht kam, sogar Sorgen über die mangelnde Kriegsbereitschaft in der deutschen Bevölkerung machte. In einer Geheimrede vor deutschen Verlegern am 10. November 1938 sah sich Hitler denn auch genötigt, die, wie er sagte, „pazifistische Platte“ abzusetzen und die psychologische Mobilmachung für den kommenden Krieg voranzutreiben<sup>49</sup>.

Daß das Wort Krieg bis 1938 tabuisiert war, daß es lebensgefährlich war, von einer zielbewußten Kriegspolitik zu sprechen, daß Hitler bis zuletzt immer wieder seine friedlichen Absichten hervorkehrte – dies alles erklärt, weshalb die nationalso-

<sup>46</sup> Beherzigenswerte methodische Hinweise bei Klaus Schwabe, *Deutsche Hochschullehrer und Hitlers Krieg (1936–1940)*, in: Broszat/Schwabe (Anm. 29), S. 292 f., 311 f., 328 ff.; vgl. auch Josef Becker (Anm. 35), S. 37 f.

<sup>47</sup> Adolf Hitler, *Mein Kampf*, München 1934, S. 742; vgl. Schwabe, S. 291 ff.; Becker, S. 31 ff.

<sup>48</sup> Nachweise bei Schwabe, S. 291 f.

<sup>49</sup> *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg* (Anm. 33), S. 141; Schwabe, S. 292.

zialistischen Erklärer und Deuter im September 1939 ohne ein großflächiges Gesamttableau, ohne eine Theorie des Ganzen dastanden. Es fehlte ihnen der Paspartout zu den Ereignissen. Ohnehin war alles anders gekommen, als es im Drehbuch der Partei gestanden hatte: Statt Rußland zu erobern, hatte man sich mit dem bolschewistischen Erzfeind verbündet; statt durch Polen nur hindurchzumarschieren, mit Erlaubnis der dortigen Regierung, war man dabei, es niederzuwerfen. Italien drohte sich als Bundesgenosse zu verweigern. England hatte – in der nationalsozialistischen Optik – die dargereichte Freundschaftshand ausgeschlagen. Statt eines weiteren Droh- und Blitzkriegs gegen ein Land war ein neuer Weltkrieg ausgebrochen. Hitlers ratlose Frage an Ribbentrop nach dem Eintreffen des britischen Ultimatums vom 3. September „Was nun?“ gibt nur wieder, was sich damals als Stimmung auch unter den Paladinen auszubreiten drohte: Skepsis, Unsicherheit, Ratlosigkeit.

Am frühesten fanden die „Nationalsozialistischen Monatshefte“ (Herausgeber Alfred Rosenberg) die Sprache wieder<sup>50</sup>. In einem Heft vom September 1940 entwickelt dort A. Sanders die Idee eines kommenden „Ariergroßraums“, der vom Atlantischen bis zum Indischen Ozean reicht. Mittelpunkt dieses Großraums sollte Kontinentaleuropa mit seinen beiden „ozeanischen Toren“ sein, dem Rheinmündungsgebiet und Genua (beide im Besitz der neuen Mächte Großdeutschland und Italien). „Deutschland und Italien übernahmen 1939/40 den historischen Auftrag, die Souveränität Kontinentaleuropas zu erringen und seine Völker zu einer neuen und großen Zukunft zu führen.“<sup>51</sup> Werner Daitz entwirft im gleichen Heft al fresco eine „Neuordnung Europas aus Rasse und Raum“: „So spaltet sich denn heute die Welt erneut auf in rassisch gebundene Kernräume, in die nun Teile der in den letzten vier Jahrhunderten neu entdeckten Erdräume als Randgebiete oder Kolonien mit einbezogen werden, und in solche Räume, die durch Umartung (!) der dorthin übersiedelten Bewohner anderer Lebensräume nun nach eigenem Gesetz von Blut und Boden als neue rassisch gebundene Lebensräume auftreten.“<sup>52</sup> Diese ebenso

<sup>50</sup> Aus dem redaktionellen Vorspruch des Septemberheftes 1940 geht hervor, daß es um eine neue Deutung nationalsozialistischer Europapolitik aus aktuellem Anlaß ging: „Reichsleiter Alfred Rosenberg hat umfangreiche wissenschaftlich-politische Forschungen über kontinentaleuropäische Probleme eingeleitet, die zusammenfassend ein Bild dessen vermitteln sollen, was wir heute unter Europa und seinen Aufgaben verstehen. In diesem Heft der ‚Nationalsozialistischen Monatshefte‘ wird ein vorläufiger Bericht aus der laufenden Forschung über einzelne Probleme und Sachbereiche erstattet“ (S. 513 f.).

<sup>51</sup> A. Sanders, Bemerkungen zur kontinental-europäischen Entwicklung, in: Nationalsozialistische Monatshefte, Sept. 1940, S. 516 ff. (528). Sanders ist der Meinung, daß es schon im Ersten Weltkrieg um einen Kampf zwischen Übersee und dem Kontinent gegangen sei. Während jedoch „im Weltkrieg das Bewußtsein von dem tiefsten Sinn der Auseinandersetzung noch fehlte, ist der 1939 ausgebrochene Krieg eine klare und bewußte Auseinandersetzung um die Befreiung der Völker Kontinentaleuropas von der Unterjochung durch die Weltorganisation, die auf ihren Fahnen die Errichtung einer Weltherrschaft geschrieben hat“ (S. 528).

<sup>52</sup> Werner Daitz, Neuordnung Europas aus Rasse und Raum, ebenda, S. 529 ff. Als demokratisches Alibi für eine solche „Neuordnung der Welt nach rassisch gebundenen Lebensräumen“ wird – nicht eben logisch – ein „Selbstbestimmungsrecht der Kontinente“ bemüht (S. 530).

vage wie gewalttätige Vision von Land und Meer und Rasse gewinnt ein Jahr später, mit dem Kriegseintritt der Sowjetunion und der USA, zusätzliche politisch-historische Akzente. Für Karlheinz Rüdiger gipfeln die Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution in der von Rußland angeführten sozialistischen Internationale, denn „der Bolschewismus hat die liberale Idee der Revolution des Westens übernommen“<sup>53</sup>. Im Westen erstreben Frankreich, England und die USA ein Weltreich der Freiheit; wenn auch politisch verschieden vom Osten, so doch „geistig auf gleicher Ebene“. Wiederum steht das Deutsche Reich in der Mitte: gegen die östliche Anarchie und gegen die abstrakten Ideologien des Westens vertritt es einen politischen Ordnungsgedanken, der nicht Eroberung, nicht Unterjochung, sondern Zuordnung heißt. Der „Imperialismus der Gewalt und Intervention“ soll ebenso überwunden werden wie die mechanistische Idee eines internationalen Weltstaaten-systems. Gegen bolschewistische Anarchie und westliche Auflösung steht „der politische Ordnungskörper des Reiches“, steht die Idee einer organisch gewachsenen Völkergemeinschaft<sup>54</sup>.

In diesen Zusammenhang gehört auch die von Lothar Gruchmann eingehend untersuchte Vorstellung einer „deutschen Monroe-Doktrin“<sup>55</sup>. Sie entfaltet sich im Krieg, hat jedoch ihre Wurzeln schon in der Vorkriegszeit. So hatte die geopolitische Schule Karl Haushofers bereits vor 1939 die Neuaufteilung der Erde in mehrere regionale Kontinentalsysteme proklamiert und das Ende der überseeischen Reiche und des freien Welthandels vorausgesagt. „Diese Neuverteilung stelle die Übertragung der ursprünglichen Monroe Doctrine ... auf andere Regionen dar. Die geopolitische Richtung innerhalb der Großraumtheorien des Dritten Reiches sah daher in der Monroe Doctrine das Vorbild für die Bildung eines europäischen Großraumes im Sinne eines ‚Mehrvölker-Lebensraumes‘ (G. Jentsch), der die wirtschaftspolitische Konsolidierung und politisch-strategische Isolierung des gemeinsamen Lebensraumes mehrerer Völker beinhalte.“<sup>56</sup>

Zu einer offensiven Theorie weiterentwickelt, erscheint diese neuverstandene Monroe-Doktrin im Werk Carl Schmitts. Auch für ihn ist der Zweite Weltkrieg ein Kampf um die neue Großraumordnung unter deutscher Führung<sup>57</sup>. Soll sich diese

<sup>53</sup> Karlheinz Rüdiger, Die Freiheit Europas wird im Osten erkämpft, in: Nationalsozialistische Monatshefte, August 1941, S. 643 f. (646).

<sup>54</sup> Ebenda, S. 647.

<sup>55</sup> Lothar Gruchmann, Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer ‚deutschen Monroe-Doktrin‘, Stuttgart 1962.

<sup>56</sup> Gruchmann, S. 21.

<sup>57</sup> Schmitts einschlägige Arbeiten – vorbereitet schon in den Jahren 1937 und 1938 – setzen unmittelbar nach dem Einmarsch der Wehrmacht in die „Rest-Tschechei“ (15. 3. 1939) und der Vereinigung des Memellandes mit dem Deutschen Reich (23. 3. 1939) mit einem programmatischen Vortrag an der Universität Kiel ein, in dem das Großraumprinzip als Bauelement einer künftigen Theorie des Völkerrechts entwickelt wird (1. 4. 1939). Die daraus erwachsene Schrift: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte, Berlin/Wien 1939, ist vor allem in der dritten Ausgabe (1941) auf die politische Zeitsituation bezogen (das nationalsozialistische Reich

Großraumordnung entfalten und behaupten, so muß jede Intervention „raumfremder“ Mächte unterbunden werden. Es gilt also, das „Nichtinterventionsprinzip“ der Monroe-Doktrin zu verallgemeinern und es auf alle Großräume auszudehnen, derart, daß „Raumfremdheit“ und „Raumzugehörigkeit“ zu neuen Unterscheidungskriterien des Völkerrechts werden. An die Stelle einer universalen, im Individualismus und Liberalismus gründenden Rechtsordnung treten konkrete, durch Freund-Feind-Konstellationen, also politisch, organisierte Großräume<sup>58</sup>. Die Großraumordnung wird zur Antithese des „universalen Interventionismus“, der das alte, jetzt vergehende Zeitalter des Völkerrechts prägte<sup>59</sup>.

Wie historische Reste treiben in diesen großflächigen Entwürfen Elemente der alten „Ideen von 1914“ mit: so die Absage an 1789 (Goebbels pflegte zu sagen, mit dem NS-Regime sei das Jahr 1789 rückgängig gemacht worden<sup>60</sup>!), so die nunmehr endgültig ins Übermenschliche und Absurde gesteigerte Deutschtumsmetaphysik<sup>61</sup>, so die – nun schon ein wenig altmodische – Entgegensetzung von Kultur und Zivilisation. Vielleicht am merkwürdigsten ist das lange und positive Überdauern des Wortes *Sozialismus*. Als Robert Ley als oberster Arbeiterführer des Dritten Reiches im Krieg – wie einst Max Scheler<sup>62</sup> – nach den Ursachen des Deutschenhasses fragt, da ist für ihn die Antwort klar: „Unser Sozialismus – der Haß der Welt!“<sup>63</sup> „Der Nationalsozialismus ist eine Synthese aus Nationalismus und Sozialismus . . . Nationalsozialismus ist damit die göttliche und naturgebundene Voraussetzung, um den Sozialismus im höchsten und wahrsten Sinne zu verwirklichen . . .“ Der Nationalsozialismus hat „die Plutokraten vernichtet“, die „Plutokratien entmachtet“. Daher ist

als „starke und unangreifbare Mitte Europas“; die „Tat des Führers“, die „dem Gedanken unseres Reiches politische Wirklichkeit, geschichtliche Wahrheit und eine große völkerrechtliche Zukunft verliehen“ hat; hierzu Gruchmann, S. 51 ff.; Schwabe, S. 317 ff.; Bernd Rütters, Carl Schmitt im Dritten Reich, München 1989, S. 83 ff.

<sup>58</sup> Die philosophischen Prämissen Schmitts sind analysiert bei Hasso Hofmann, Legitimität gegen Legalität. Der Weg der politischen Philosophie Carl Schmitts, Neuwied/Berlin 1964, S. 215 ff.; ders., Art. Carl Schmitt, in: Staatslexikon IV (1988), Sp. 1052 ff.; dort zu Schmitts Wendung zum Völkerrecht die treffende Feststellung: „1939 wurde der Ordnungsgedanke geopolitisch ausgedehnt und später („Land und Meer“) geschichtsphilosophisch überhöht. ‚Reich‘ und ‚Großraum‘ verdrängen den ‚Staat‘ aus seiner zentralen begrifflichen Position; an die Stelle der ‚Dezision‘ tritt der geschichtliche ‚Nomos‘ eines Raums und einer Epoche“ (Sp. 1054).

<sup>59</sup> Gleichwohl ist festzuhalten, daß Schmitt „nicht die offizielle Doktrin des Dritten Reiches zu jener Zeit“ lieferte. „Die SS-Ideologen wollten nicht völkerrechtliche, sondern völkische Großraumordnungen“ (Matthias Kaufmann, Recht ohne Regel? Die philosophischen Prinzipien in Carl Schmitts Staats- und Rechtslehre, Freiburg/München 1988, S. 366 ff. mit Anm. 227). Zu den Rivalitäten zwischen dem NS-Staat nahestehenden Juristen und dem Streit der historischen und geopolitischen Schulen siehe Rütters (Anm. 57), S. 58 ff., 79 ff.; Schwabe, S. 313 ff.

<sup>60</sup> Zitat bei Gerd Roellecke, Der Nationalsozialismus als politisches Layout der Bundesrepublik Deutschland, in: Der Staat 28 (1989), S. 520, Anm. 34.

<sup>61</sup> Reichlich Material bieten die Nationalsozialistischen Monatshefte.

<sup>62</sup> Max Scheler, Die Ursachen des Deutschenhasses. Eine nationalpädagogische Erörterung, Leipzig 1917.

<sup>63</sup> Robert Ley, Unser Sozialismus – der Haß der Welt, Berlin 1943 (eine Kriegsbroschüre in Millionenaufgabe!).



er „der Haß der Welt“. „Nun frage ich euch, schaffende deutsche Menschen, hat der Nationalsozialismus sein Wort gehalten, haben wir den Kapitalismus zerschlagen oder nicht? ... Die Macht des Geldes ist gebrochen ... Bei uns gelten nur die Arbeit und ihr Träger.“ „Weil wir die Schande und die Niederlage von Versailles bis zur Neige ausgekostet haben, können wir Deutsche die Freiheit so recht einschätzen und bewerten. Diese Freiheit lautet: Vernichtung des Kapitalismus, Ausrottung der Plutokratie, und damit die Voraussetzung schaffen, daß ein sozialistisches Deutschland gebaut werden kann.“<sup>64</sup>

#### IV

Im ganzen erscheint das deutsch-idealistische, nationale, von Fichte oder Nietzsche inspirierte Vokabular der Ideen von 1914 im Zweiten Weltkrieg nur noch in verzerrter, vielfältig gebrochener Form. An die Stelle einer nationalen Pädagogik, einer Kriegs- und Geschichtsmetaphysik, eines Glaubens an die deutsche Sendung sind die groben Begriffe von Geopolitik, Biologie und Rassenlehre getreten. Lebensordnung, Volksordnung, Raumordnung – diese Ordnungspostulate werden unablässig gegen die Freiheiten der liberalen Demokratie, gegen die individuelle Selbstbestimmung des Bürgers ausgespielt. Alles versinkt im Konkreten und Ultra-Konkreten, im Völkischen, Geschichtlichen, im Strom des Lebens und der Rasse. Nirgends eine universelle Idee, ein Begriff von Vernunft und Freiheit, ein Bild des Menschen jenseits völkischer Begrenzungen und räumlicher Schranken.

Eine solche Reduktion von Politik, Staat, Internationalität auf Natur-Aspekte konnte nicht von Dauer sein. Zu sehr war die Welt selbst in der Zeit des Zweiten Weltkriegs bereits ein Ganzes geworden, zu sehr war jeder Teil mit dem anderen verflochten, als daß sie sich noch einmal – und auf Dauer – in Kontinente, Imperien, Großmächte mit „Interventionsverboten“ aufgliedern ließ. Und schon gar nicht eignete sich die Rassenidee zu einer – sei es auch nur geopolitischen oder ethnogeographischen – Neuordnung der Welt. Der Versuch, sie mit Gewalt, Brutalität und Terror durchzusetzen – buchstäblich gegen den Rest der Welt –, mußte schließlich im Chaos, in einer mutwilligen und unabwendbaren Selbstzerstörung enden. Am Ende stürzte das „blutgefügte Reich“ – längst nicht mehr Ordnungsmacht, sondern Opfer seines eigenen Vernichtungswillens – unvermeidlich in sich zusammen<sup>65</sup>.

Und im Zug der eigenen Selbstzerstörung ging auch der „Genius des Krieges“ – oder was von ihm noch übrig geblieben war – unter. Dies nicht nur wegen der gewaltig gewachsenen Technisierung und Totalisierung des Krieges, die sich schon

<sup>64</sup> Ley, S. 3, 19, 24.

<sup>65</sup> Vgl. den „Leitspruch“ von Oskar Loerke (1940):

Jedes blutgefügte Reich  
Sinkt ein, dem Maulwurfshügel gleich.  
Jedes lichtgeborne Wort  
Wirkt durch das Dunkel fort und fort.

im Ersten Weltkrieg angekündigt hatten<sup>66</sup>. Entscheidend war die Wendung nach innen: die Verwischung der Grenzen zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten im Bombenkrieg, die Zerstörung aller Kriegsregeln im Untergrund- und Partisanenkrieg, vor allem aber die maschinenmäßige Vernichtung rassischer Minderheiten, in erster Linie der Juden, *im Krieg* – dies alles hatte den Krieg selbst, den einstmaligen ritterlichen Kampf, desavouiert und ausgelöscht. Niemand hat das deutlicher gespürt und entschiedener formuliert als Ernst Jünger, der *poeta-soldato* der deutschen Literatur. Er schrieb am Jahresende 1942 im kaukasischen Kutais folgende Zeilen in sein Tagebuch:

„Am Abend Sylvesterfeier im Stabsquartier. Ich sah hier wieder, daß reine Festfreude in diesen Jahren nicht möglich ist. So erzählte der General Müller von den ungeheuerlichen Schandtaten des Sicherheitsdienstes nach der Eroberung von Kiew. Auch wurden wieder die Giftgastunnels erwähnt, in die mit Juden besetzte Züge einfahren. Da sind Gerüchte, doch sicher finden Ausmordungen im größten Umfang statt . . . Wenn man in solche Einzelschicksale hineingesehen hat und dann die Ziffern ahnt, in denen die Ermordung in den Schinderhütten sich vollzieht, eröffnet sich die Aussicht auf eine Potenzierung des Leidens, vor der man die Arme sinken läßt. Ein Ekel ergreift mich dann vor den Uniformen, den Schulterstücken, den Orden, dem Wein, den Waffen, deren Glanz ich so geliebt habe. Das alte Rittertum ist tot . . . Der Mensch hat also jenen Stand erreicht, den Dostojewski im Raskolnikow beschrieben hat. Dann sieht er seinesgleichen als Ungeziefer an. Gerade davor muß er sich hüten, wenn er nicht in die Insektensphäre hineingeraten will. Es gilt ja von ihm und seinen Opfern das alte, ungeheure: „Das bist Du.“<sup>67</sup>

So hat es denn auch, als die Peripetie des Zweiten Weltkriegs herannahte, in Deutschland nicht oder kaum das gegeben, was das Ende des Ersten Weltkriegs und den Beginn der Weimarer Republik kennzeichnete: Trotz, Verweigerung, Nicht-Annahme, Revanchismus und Revisionismus. Damals, in den ersten Nachkriegsjahren, beschwor Stefan George in seinem Gedicht „Die Toten“ die Wiederkehr der im Krieg Gefallenen:

Wenn je dieses Volk sich	aus feigem erschlaffen
Sein selber erinnert	der Kür und der Sende
Wird sich ihm eröffnen	die göttliche Deutung
Unsagbaren grauens . . .	

Die Toten, die Helden, die Helden – sie kehren in Georges Versen zurück als der „schrecklichste Schrecken“ –, und das Geschlecht, dem sie begegnen, spürt „im

<sup>66</sup> Hans-Peter Schwarz (Anm. 2) sieht im Ersten Weltkrieg die „Grenzscheide“ zwischen dem alteuropäischen und dem jüngeren, unter „Rechtfertigungszwang“ stehenden Patriotismus: Nach 1918 ist der Krieg „nicht mehr unschuldig, sondern ambivalent, nicht mehr naiv, sondern entweder übersteigert, oder der zusätzlichen Rechtfertigung durch politische Weltanschauungen bedürftig, er ist heftig angefochten und von schleichender Erosion bedroht“ (S. 27).

<sup>67</sup> Ernst Jünger, *Strahlungen*, Tübingen 1949; Eintragung vom 31. 12. 1942.

geweide den hunger nach ehre“<sup>68</sup>. Das kann man als eine poetische Paraphrase dessen nehmen, was Ernst Fraenkel die Belastungen der parlamentarischen Demokratie – und speziell der Weimarer Demokratie – in Deutschland genannt hat<sup>69</sup>. Sie galt vielen nur als ein armseliger Übergang von alter verlorener zu neuer, mit allen Mitteln *wiederzugewinnender* deutscher Größe. So lebte man politisch-psychologisch entweder noch in der Vergangenheit oder schon in der Zukunft – eine Lage, in der sich eine pragmatische Demokratie nur schwer stabilisieren kann.

Das ist in den Jahren 1944/45 gänzlich anders, und dafür mag ein letztes Zeugnis stehen. Vom März bis Juni 1944 schreibt der Stabsarzt Gottfried Benn – einst Nazi-Sympathisant, inzwischen längst mit Schreibverbot belegt und aus der Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen – in Landsberg an der Warthe an seinem „Roman des Phänotyp“. In einer Nachschrift schildert er distanziert den Standort des Autors: „... er wohnte in einer östlichen Kaserne, bekam Truppenverpflegung ... er war also wohlversorgt, sein Zimmer ging auf einen Exerzierplatz, auf dem die Allgemeinheit ihre Ideen betrieb.“ Der Autor genießt die östliche Landschaft, die weiten Ebenen, Wälder, Flüsse, die sich bis nach Asien dehnen. „Da hielt er: die Angel nicht mehr ausgelegt, die Wasser zogen, ja ganze Tage wässerten in entrücktem Schweigen, ohne Ungeduld.“

In diese Stimmung bricht die Meldung über die Invasion in der Normandie ein. Benn registriert sie mit den Worten: „Und in der Normandie begann die große Schlacht, die ihm die Freiheit wiedergeben sollte, nicht die einzig wahre, die absolute Freiheit, aber die, in der er großgeworden war und ebenso die Genossen, mit denen er das Leben begonnen hatte.“<sup>69</sup>

Das ist, nach den Höhenflügen und Exklusivitäten deutscher Philosophen und Dichter in den Jahrzehnten vorher, ein erstaunlich bescheidener, ein fast demütiger Abgesang. In ihm wird die Niederlage frank und frei in Kauf genommen. Dem entspricht ein freieres Verhältnis zu politischen Überlieferungen. Wenige Seiten später nimmt Benn das Preußentum mit seinen „ethischen Aufdringlichkeiten“ aufs Korn<sup>70</sup>. Die Rede von der deutschen Tiefe wird gründlich zerzaust<sup>71</sup>. Der Autor plädiert für eine „europäische Oberfläche, die ferne leuchtet“, für den nackten Ausdruck, den „Olymp des Scheins“<sup>72</sup>.

Das ist, in ästhetischer Verkleidung, die Rückkehr zur Normallage, die Anerken-

<sup>68</sup> Stefan George, *An die Toten*, in: *Drei Gesänge*, Berlin 1921.

<sup>69</sup> G. Benn, *Roman des Phänotyp* (= *Das Hauptwerk*, Bd. III, Prosa, Szenen, hrsg. von Marguerite Schlüter, Wiesbaden 1980, S. 118 ff.) *Das Zitat* S. 154 f.

<sup>70</sup> „Dürftig, gedrückt und frömmelnd, gelingt es dem Preußentum, das Kieferne, das Märkische aus dem deutschen Wesen herauszumendeln und, was als moralische Beimischung und Strömung vielleicht nicht ohne Wert sein könnte, als reine Sendung zu vertreten. An diesem Phänotyp sollte dann die barocke und die orthodoxe, die insulare, die romanische und die Mittelmeerwelt genesen“ (Benn, *Phänotyp*, S. 168).

<sup>71</sup> „... ihre Sepia, ihre Tinte, mit der sie ihren mangelhaften Umriss decken: *Tiefe*, die Schicht des Innigen, die Sache der Not“ (ebenda, S. 169).

<sup>72</sup> Ebenda, S. 170.

nung alltäglicher Freiheit, die Preisgabe, in Bennis Worten, des Innigen und der Not. Die deutsche Geschichte, nicht mehr ein unergründlicher Adlerflug, mündet in den ganz gewöhnlichen Weltlauf ein – und damit endet die Historie der „Ideen von 1914“ ebenso wie die der Nicht-Ideen von 1939<sup>73</sup>.

<sup>73</sup> Nochmals tritt in Josef Goebbels' Broschüre „Dreißig Kriegsartikel für das Deutsche Volk“ (1943) der Gegensatz von 1914 und 1939 holzschnittartig hervor. 1914 (bei Rudolf Eucken) die Notwendigkeit der Erhaltung „deutscher Art“ im Interesse der *Weltgeschichte*; bei Goebbels dagegen das Diktum: „Dieser Krieg ist ein Verteidigungskrieg (!). Er ist uns von unseren Feinden aufgezwungen worden zu dem Zweck, uns jede nationale Lebens- und Entwicklungsmöglichkeit abzuschneiden. Wenn es ihm gelänge, dieses Ziel zu erreichen, so hätte damit die heutige Generation alles das verspielt, was vor ihr ungezählte deutsche Generationen in einem jahrtausendelangen Lebenskampf erworben und durch mühe- und opfervollen Fleiß aufgebaut haben. Im Schlußkapitel der Geschichte unseres Volkes würde dann nur noch unsere Schmach und Schande verzeichnet werden“ (Art. 3).

IVAN PFAFF

## STALINS STRATEGIE DER SOWJETISIERUNG MITTELEUROPAS 1935–1938

### Das Beispiel Tschechoslowakei

Das langfristige Ziel der subversiven Tätigkeit der Komintern, in den mitteleuropäischen Staaten die Sowjetmacht zu errichten, war mit der Entwicklung des sowjetischen Staates von Anfang an eng verbunden: Der Aufstand des Spartakusbundes in Berlin 1919, die ungarische und slowakische Räterepublik 1919, die bayerische Räterepublik 1918–1919, der sowjetisch-polnische Krieg 1920, der Dezembergeneralstreik in der Tschechoslowakei 1920 (ein Versuch der kommunistischen Machtergreifung), die kommunistischen Aufstände in Deutschland 1921 und 1923, der kommunistische Putsch in Bulgarien 1923 und die Annexionsforderungen der Komintern 1924 – all dies sind die ersten Marksteine einer kontinuierlich auf Sowjetisierung zielenden Politik Moskaus, die bis 1938 reicht.

Schon Lenin faßte 1919 den Entschluß, die Revolution mit Waffengewalt über die Grenzen Sowjetrußlands zu tragen. Die Bolschewisten wollten 1920 ein Sowjetregime nicht nur in Polen errichten; als sie sich Warschau näherten, hegten sie auch die Vision eines triumphalen Marsches nach Mittel- und Westeuropa. Nicht einmal Benešs Versuch, Moskau 1920 mit dem Angebot der östlichen Provinz der Tschechoslowakei, der Karpatho-Ukraine, zu besänftigen, brachte einen unmittelbaren Erfolg. Obwohl Moskau 1923 den vergeblichen Anlauf zu einer kommunistischen Machtergreifung in Bulgarien unterstützte, blieb nicht der Balkan, sondern Mitteleuropa im Brennpunkt sowjetischer Aufmerksamkeit: die wiederholten Aufstände in Deutschland zeigen das ebenso deutlich wie 1920 der mißlungene Putsch in der Tschechoslowakei.

Der neue Slogan vom „Sozialismus in einem Land“ gab der Konsolidierung des Sowjetstaates ab 1924 unbedingten Vorrang. Aber das setzte voraus, daß die Differenzen zwischen den kapitalistischen Feinden geschürt wurden; die Endabrechnung mit ihnen war nur aufgeschoben. Die subversive Tätigkeit der Komintern wurde daher parallel zur konventionellen russischen Diplomatie verstärkt fortgesetzt. Diese Dualität gab der Sowjetführung eine außerordentliche Flexibilität und die Möglichkeit, zwischen Nahzielen und langfristigen Zielen zu unterscheiden. So trat der V. Kominternkongreß 1924 für das Recht einer völligen territorialen Trennung aller „unterdrückten Minderheiten“ in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien und Griechenland ein. Seine Resolution postulierte insbesondere die Eingliede-

zung der Karpatho-Ukraine, Ostgaliziens, Bessarabiens und der Bukowina in die Sowjetukraine und gab damit ein Signal im Hinblick auf die langfristigen Hoffnungen Moskaus: auf territoriale Ausdehnung der UdSSR nach Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien, wie sie zwischen 1939 und 1945 realisiert werden sollte. Ungeachtet dessen schloß Litwinow 1929 Freundschaftsverträge mit einigen gerade jener Staaten, auf die es die Komintern ausdrücklich abgesehen hatte. Hierbei wurde der Zweck verfolgt, die mitteleuropäischen Länder in die sowjetische Einflußsphäre zu locken – Länder, die nach dem Willen antisowjetischer westlicher Politiker als *cordon sanitaire* gegen eine weitere Ausbreitung des sowjetischen Machtbereichs hätten dienen sollen.

Ab 1929 wuchs die Bedeutung der mitteleuropäischen kommunistischen Parteien als Werkzeuge der Pläne Moskaus zur „Bolschewisierung“, d. h. zur Etablierung des stalinistischen Kurses nach Installierung der Sowjetmacht bzw. Rätenuacht in ihren Ländern. Dabei konzentrierte Moskau seine Bestrebungen in erster Linie auf Deutschland als den Schwerpunkt der vorgesehenen Sowjetisierung Mitteleuropas. Die Parole „für Sowjetdeutschland“, für Installierung „der Sowjetmacht“ in Deutschland, herausgegeben von der „bolschewisierten“ KPD, erklärt, warum sich die KPD mit der „sozialfaschistischen“ SPD gegen den Nationalsozialismus eben nicht verband und warum sie sich im Gegenteil wiederholt in einer Front mit dem Nationalsozialismus gegen die demokratischen Kräfte der Weimarer Republik stellte. Selbst der vollständige Zusammenbruch dieser Politik durch die Machtübernahme Hitlers – ein Zusammenbruch, der eine grundlegende Revision des taktischen Kurses der Komintern geradezu herausforderte – änderte an den Sowjetisierungsplänen für Deutschland nicht das geringste. In der falschen Annahme, die nationalsozialistische Diktatur sei labil, behauptete die Führung der Komintern am 1. April 1933 ganz im Ernst: „Der revolutionäre Aufschwung in Deutschland wird trotz des faschistischen Terrors unvermeidlich ansteigen ... Die Entwicklung zur offenen faschistischen Diktatur ... beschleunigt das Tempo der Entwicklung Deutschlands zur proletarischen Revolution ... Die einzige Rettung der werktätigen Massen vor der Katastrophe ist die proletarische Revolution ...“<sup>1</sup>

Die Absurdität dieser Erwartung, die auch von anderen Fraktionen der Komintern voll geteilt<sup>2</sup> und die schon nach zehn Tagen vom Berliner Auswärtigen Amt –

<sup>1</sup> „Die Lage in Deutschland“. Resolution des Präsidiums der EKKI vom 1. 4. 1933, in: *Kommunistische Internationale 1933*, Nr. 6, S. 64. Abgedruckt bei Theodor Pirker, *Utopie und Mythos der Weltrevolution. Zur Geschichte der Komintern 1920–1940*, München 1964, S. 173–181, hier S. 180; Jane Degras (Hrsg.), *The Communist International 1919–1943*, Bd. III (1929–1943), Oxford 1965, S. 262f.

<sup>2</sup> So verband die VIII. Plenarsitzung des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPC) im Oktober 1933 die Liquidation des deutschen Faschismus direkt mit der Errichtung der Sowjetmacht. Dort wurde erklärt, daß sich die tschechoslowakischen Kommunisten „nach dem 30. Januar 1933 mehr als je zuvor mit dem deutschen Proletariat in der Überzeugung identifizierten, daß sich die proletarische Revolution in Deutschland nähert und daß der endgültige Sieg des deutschen Proletariats sicher und nah ist“; Václav Kopecký, *Za příkladem bolševické KSN (Das Beispiel der bolschewistischen KPD)*, in: *Komunistická revue* Jg. VIII, Nr. 7 vom 8. 10. 1933.

mit gänzlich unangebrachter Beunruhigung – registriert wurde<sup>3</sup>, liegt auf der Hand. Dennoch hinderte die Stabilisierung der NS-Diktatur und Hitlers Zerschlagung der KPD die Komintern nicht daran, noch im Dezember 1933 auf dem XIII. Plenum des EKKI die Hoffnung auf baldige Errichtung der Sowjetmacht in Deutschland zum Ausdruck zu bringen<sup>4</sup>. In den Thesen des Agitprops des EKKI vom März 1934 – zum 15. Jahrestag der Kominterngründung – ist die Erwartung eines Sowjetdeutschland ebenfalls zu finden<sup>5</sup>. Zuvor noch, Mitte Februar 1934, hatte die Kominternführung die „Losung der Sowjetmacht“ für Deutschland ausgegeben und in der Geschlossenheit der Kominternparteien „die beste Gewähr dafür“ erblickt, daß sie „den siegreichen Entscheidungskampf“ führen werden<sup>6</sup>. Während die KPD in den Fußstapfen der Komintern nach dem 30. Juni 1934 den Kampf „für die Macht der Räte, für ein Sowjetrußland“ als ihre Hauptaufgabe auffaßte<sup>7</sup>, betonte das EKKI im November 1934, daß die gewünschte Arbeiter- und Bauernregierung nur durch „gewaltsame Stürzung der Ausbeuterklassen und Errichtung der Diktatur des Proletariats – der Sowjetmacht“ erkämpft werden könne<sup>8</sup> – und zwar nicht nur in Deutschland. Die KPD wandte sich am 30. Januar 1935 an die Opposition in der SPD mit der Losung „Volksrevolution für ein freies sozialistisches Deutschland der Rätewacht“<sup>9</sup>, nachdem sie im Saarplebiszit im gleichen Monat „für eine rote Saar im Sowjetdeutschland“ eingetreten war – eine vom EKKI übernommene Parole<sup>10</sup>.

<sup>3</sup> „Richtlinien der Komintern zur Bolschewisierung Deutschlands“, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (PA/AA), AA an das RIM, Berlin 11. 4. 1933, Geheimakten 1920–1936, Rußland Pol. 19, Bolschewismus, Bd. 44.

<sup>4</sup> Degras, *Communist International*, S. 305; Jiří Hochman, *The Soviet Union and the Failure of Collective Security 1934–1938*, Ithaca 1984, S. 81.

<sup>5</sup> Degras, *Communist International*, S. 322.

<sup>6</sup> Resolution des XIII. Plenums des EKKI „Die Lage in Österreich und die Aufgaben der KPÖ“ vom 15. 2. 1934, in: Pirker, *Utopie und Mythos*, Nr. 60, S. 192–196.

<sup>7</sup> Der Artikel „Der blutige 30. Juni 1934 in Deutschland“ in *Basler Rundschau*, in: Pirker, ebenda, S. 202.

<sup>8</sup> Resolution des Politischen Sekretariats des EKKI vom 23. 11. 1934. Zit. nach Zdeněk Hradilák/Jan Novák, *Z bojů o nové pojetí protifašistické jednotné fronty. K historii a významu X. pléna ÚV KSČ v listopadu 1934* (Aus den Kämpfen um eine neue Auffassung der antifaschistischen Einheitsfront. Zur Geschichte und Bedeutung des X. Plenums des ZK der KPČ im November 1934), in: *Príspevky k dějinám KSČ* (Beiträge zur Geschichte der KPČ), Prag 1965, S. 57; Miloš Hájek, *Jednotná fronta: K politické orientaci Komunistické Internacionály 1921–1935* (Die Einheitsfront: Zur politischen Orientierung der Kommunistischen Internationale 1921–1935), Prag 1969, S. 328 f.; Jörg Wegmüller, *Das Experiment der Volksfront. Untersuchungen zur Taktik der Kommunistischen Internationale 1934–1938*, Frankfurt 1972, S. 62, 128.

<sup>9</sup> *Basler Rundschau* Nr. 10 vom 21. 2. 1935; Wegmüller, *Volksfront*, S. 61.

<sup>10</sup> Wilhelm Müller, *Die Bedeutung des Kampfes für den Status quo im Saargebiet*, in: *Basler Rundschau* Nr. 55 vom 18. 10. 1934; Wolfgang Richter, *Volksfront an der Saar gegen Hitler, für den Status quo, für eine zweite Abstimmung*, in: ebenda Nr. 61 vom 22. 11. 1934; Wilhelm Pieck, *Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitler-Diktatur*, Berlin Ost 1955, S. 40 f.; Babette L. Gross, *Die Volksfrontpolitik in den dreißiger Jahren. Ein Beitrag zum Verständnis der kommunistischen Taktik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Heft 43 vom 24. 10. 1962, S. 521–548, hier S. 534 ff.

In unserem Zusammenhang kommt es natürlich nicht in erster Linie darauf an, daß sich die Komintern – und mithin die Sowjetführung – bezüglich Deutschlands ganz verfehlten Erwartungen hingab. Vielmehr ist zentral, daß sie sich den Sturz der NS-Gewaltherrschaft nicht als Wiederherstellung einer parlamentarischen Demokratie, sondern ausschließlich als Sowjetisierung Deutschlands vorstellte. Dabei hatte sie keineswegs nur ihre Deutschlandpolitik im Sinn, denn sie postulierte gleichzeitig die Sowjetisierung in anderen mitteleuropäischen Staaten, die eine ausgeprägte demokratische Struktur hatten oder deren Innenpolitik zumindest nicht vom Nationalsozialismus bestimmt war. So stellte die Komintern im Februar 1934 die blutig geschlagene österreichische Arbeiterschaft „vor die Aufgabe des Kampfes ... für die Sowjetmacht – die Diktatur des Proletariats“ in Österreich<sup>11</sup>. Insbesondere aber richtete die Komintern ihre Aufmerksamkeit auf die Sowjetisierung der Tschechoslowakei, in der sie sich auf die seit 1929 „bolschewisierte“, d. h. stalinistische KPČ voll verlassen konnte: das X. Plenum des ZK der KPČ stellte am 10. November 1934 die Parole auf, der antifaschistische Kampf sei keineswegs mit der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie identisch, sondern ausschließlich mit dem Kampf für die Diktatur des Proletariats und für die Installierung der Sowjetmacht und einer Sowjetrepublik gleichzusetzen<sup>12</sup>. Auch die „revisionistische“ marxistische Historiographie verheimlichte nicht, daß sich der antifaschistische Kampf der tschechoslowakischen Kommunisten vor 1935 nur auf solche Aktionen beschränkte, die der Errichtung der Sowjetmacht bzw. der Sowjetisierung der bürgerlichen Demokratie in der Tschechoslowakei dienlich sein sollten<sup>13</sup>.

Nach dem Abschluß des französisch-sowjetischen und des tschechoslowakisch-sowjetischen Beistandspaktes im Mai 1935 entwickelte sich bezeichnenderweise unter den neuen Verbündeten Moskaus eine recht ausgeprägte Furcht vor einer Sowjetisierung im Falle der Anwendung dieser Pakte. So war der französische Kriegsminister, Jean Fabry, unmittelbar nach der Unterzeichnung des Paktes Paris-Moskau davon überzeugt, daß die Sowjetpolitik bestrebt sei, einen allgemeinen Konflikt hervorzurufen und durch ihn den Sieg des Kommunismus in Europa zu sichern, und Fabry glaubte, daß es die von Moskau verlangte Militärkonvention – eine Ergänzung und Konkretisierung des Paktes – der Sowjetarmee durch ihren „brutalen“ Automatismus erlauben würde, in Frankreich einzumarschieren<sup>14</sup>. Auch wenn eine derartige Einschätzung durchaus unrealistisch wirken mag: zur gleichen

<sup>11</sup> Resolution des XIII. Plenums des EKKI „Die Lage in Österreich und die Aufgaben der KPÖ“ vom 15. 2. 1934, in: Pirker, *Utopie und Mythos*, S. 192–196.

<sup>12</sup> František Hrbata/Ladislav Niklíček, *Na cestě k VII. kongresu Kominterny (Auf dem Weg zum VII. Kongreß der Komintern)*, in: *Tschechoslowakische Historische Zeitschrift (ČsČH)* 13 (1965), S. 680; Hradilák/Novák, *Jednotné fronta*, S. 57.

<sup>13</sup> Hrbata/Niklíček, *VII. kongres Kominterny*, S. 659–666.

<sup>14</sup> Pierre Renouvin, *Les crises du XX<sup>e</sup> siècle*, in: *Histoire des relations internationales*, Bd. 8, Paris 1958, S. 90; Milena Janišová, *Francouzská zahraniční politika a Československo v období příprav Mnichova (Die französische Außenpolitik und die Tschechoslowakei in der Periode der Vorbereitungen zu München)*, in: *ČsČH* 11 (1963), S. 576.



Zeit stellte ein konservativer tschechischer Publizist ebenfalls „die schwerwiegende Frage: Bedeutet der Durchzug einer Sowjetarmee für ein verbündetes Land die Gefahr, daß sie sich dort sofort einrichten“ würde<sup>15</sup>? Der französische Premier Laval wiederum teilte wenige Wochen nach dem Paktabschluß die deutsche Angst vor „der Gefahr des Bolschewismus“ und sprach von der sowjetischen „Idee der Verbolschewisierung Europas“, die er eben durch den französisch-sowjetischen Pakt eliminiert wissen wollte<sup>16</sup>.

Der zwischen dem 25. Juli und dem 20. August 1935 in Moskau abgehaltene VII. Kominternkongreß wird auch von „revisionistischen“ marxistischen Historikern als Markstein einer Abkehr Moskaus von der Sowjetisierungspolitik betrachtet – als Bruch mit dem bisherigen Kurs und als Beginn einer kontinuierlichen, konsequenten Politik der aufrichtigen, bedingungslosen gemeinsamen Front kommunistischer Parteien mit den Sozialisten und Liberalen gegen den Faschismus. Die authentischen Dokumente des Kongresses verdeutlichen jedoch, wie falsch diese These ist. Man braucht nur an die leidenschaftlichen Sowjetisierungsbekennnisse der tschechischen Kommunistenführer auf diesem Kongreß zu denken<sup>17</sup> oder an die dritte und die vierte der fünf Bedingungen, unter denen Dimitroff auf dem Kongreß den sozialistischen Parteien die Bildung einer einheitlichen proletarischen Massenpartei angeboten hatte: Einsicht in die Notwendigkeit einer revolutionären Stürzung der Bourgeoisie und Anerkennung der Diktatur des Proletariats in Form von Sowjets (Rätewacht) sowie den Verzicht auf Unterstützung der eigenen Bourgeoisie in einem „imperialistischen“ Krieg, d. h. implite die Entfesselung des Bürgerkrieges gegen den von außen angegriffenen bürgerlichen Staat<sup>18</sup>. Doch damit nicht genug: Die erste Resolution des Kongresses vom 1. August 1935 spricht von „Bedingungen für den Sieg der proletarischen Revolution“ und vom Übergang „der politischen Krise in eine siegreiche proletarische Revolution“<sup>19</sup>. Der siebte Teil der Kongreß-Resolution über Faschismus, Einheit der Arbeiterklasse und Aufgaben der Komintern vom 20. August 1935 ist betitelt „Für die Sowjetmacht!“ und benutzt zweimal den Begriff „die Sowjetmacht“, die das Proletariat durch Umfunktionierung der Verteidigung bürgerlich-demokratischer Freiheiten gegen den Faschismus in einem „Klassenkrieg“ vorzubereiten habe<sup>20</sup>. Die Resolution des Kongresses über die Gefahr eines neuen Krieges vom gleichen Tage schließlich fordert „die Umwand-

<sup>15</sup> Lev Borský, in: *Národní politika* vom 14. 6. 1935.

<sup>16</sup> Botschafter Köster an das AA über ein Gespräch mit Laval am 25. 7. 1935, in: ADAP, Ser. C, Bd. IV/1, Göttingen 1975, S. 485 f.

<sup>17</sup> Am 7. 8. 1935 erklärte auf dem VII. Kongreß der Vorsitzende der KPČ Klement Gottwald: „Wir wollen, daß diese Republik [die ČSR; I. P.], in der heute die Bourgeoisie herrscht, eine Sowjetrepublik wird. Das ist unser Ziel“; Klement Gottwald, *Spisy* (Schriften), Bd. VI, Prag 1952, S. 181. Am 15. 8. 1935 erklärte dort das Politbüromitglied Jan Šverma, daß „nur die Sowjetrepublik eine Grundlage für wirkliche Freiheit“ in der ČSR sei; Ladislav Niklíček, *Za lidovou frontu proti fašismu* (Für die Volksfront gegen den Faschismus), Prag 1965, S. 99, 107.

<sup>18</sup> Wegmüller, *Volksfront*, S. 68.

<sup>19</sup> Degras, *Communist International*, S. 355.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 369 f.

lung des imperialistischen in einen Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie“ und verkündet den Übergang „vom Kampf über den Frieden in den Kampf für die Revolution“<sup>21</sup>. Der britische Botschafter in Moskau hatte also ganz Recht, wenn er den Kongreß noch vor seinem Abschluß als bloße Taktikänderung der Komintern interpretierte, die aber gefährlicher als die bisherige offene Sowjetisierungspolitik sei<sup>22</sup>.

Was Moskau wirklich mit dem vom VII. Kominternkongreß proklamierten „neuen“ Volksfrontkurs meinte, beweist die Formulierung der Sowjetisierungsziele aus offiziellem sowjetischen Munde während des Kongresses. In einem geheimen Beschluß des Moskauer Politbüros vom 8. August 1935 – also im Laufe des Kongresses – lesen wir, daß die militärische Niederlage Deutschlands „eine der wichtigsten Bedingungen für die Entfaltung der proletarischen Revolution in Zentraleuropa ist“, daß es unerlässlich sei, jeden neuen Krieg „zur Eroberung der Macht und zum Sturze des Kapitalismus auszunutzen“, daß die Sowjetunion „den Kern der künftigen gesamteuropäischen und dann Weltföderation der sozialistischen Arbeiter- und Bauernrepubliken bildet“ und daß schließlich die Militärpolitik der UdSSR darauf gerichtet sei, „den Krieg in die Weltrevolution zu verwandeln“<sup>23</sup>. Dieser Beschluß des Politbüros, der schließlich für die Sowjetpolitik allein verbindlich war, rückt erst die „neue“ Orientierung des VII. Kominternkongresses ins wahre Licht. Die Zielsetzungen des Beschlusses bedürfen gewiß keines Kommentars. Sie zeigen überzeugend, welches Endziel die Sowjetführung mit einer Intervention ihrer Militärmacht in einem europäischen (antideutschen) Krieg wirklich zu verfolgen gedachte, und insbesondere, daß von einer Abkehr Moskaus vom Sowjetisierungskurs gar keine Rede sein kann, daß die sowjetische Führung auch nach dem Sommer 1935 bestrebt blieb, in den mitteleuropäischen Staaten die Sowjetmacht zu errichten.

Dies bewiesen bald die Vorgänge innerhalb der KPČ. Abgesehen von den Sowjetisierungsproklamationen der KPČ-Funktionäre zur Zeit des VII. Kongresses und danach<sup>24</sup>, auch abgesehen davon, daß sich tschechoslowakische Gerichte zur Straf-

<sup>21</sup> Ebenda, S. 377 f.

<sup>22</sup> „No doubt it is not a change of heart which has taken place, but a change of tactics, and no doubt would revolution remain as ever the ultimate end of Comintern policy. . . It is my personal view that the new policy is far more dangerous than the old crude appeal to revolution, and one that is likely to have far more success, especially in the older countries where constitutional democracy has long existed. . . I only hope that these countries will be able to adapt themselves to the new tactics of the Third International“; Chilston an Sir Samuel Hoare am 16. 8. 1935, in: Public Record Office (PRO) London, FO 371, Vol. 19457, N 4118.

<sup>23</sup> Außenpolitischer Beschluß des Politbüros der KPdSU (B), Moskau 8. 8. 1935, Adjutantur des Führers, N 10, Bd. 58, fol. 103–106 und Bd. 50, fol. 134–136, in: Bundesarchiv Koblenz (BA). Hier abgedruckt als Anhang 1.

<sup>24</sup> So erklärte ein Redner am 25. 7. 1935 auf der KPČ-Sitzung in Ostrau: „Die Abschaffung des Kapitalismus in der ČSR kann nur auf dem Wege der Revolution wie in Rußland geschehen“. Am 28. 11. 1935 verkündete ein Redner auf der KPČ-Versammlung in Preßburg, daß die tschechoslowakische Arbeiterschaft „denselben Weg wie Rußland antreten muß“. Zit. nach Karel Vaš, *Antisovjetismus státního aparátu předmnichovské republiky* (Der Antisowjetismus des Staatsapparates der Vormünchener Republik), in: *ČsČH* 19 (1971), S. 815. Solche Beweise ließen sich beliebig vermehren.

verfolgung von Sympathiekundgebungen für die UdSSR genötigt sahen, die für die Einführung der sowjetischen Staatsordnung, insbesondere der Diktatur des Proletariats, in der ČSR plädierten<sup>25</sup>, ist auf die Resolution des EKKI vom 10. Januar 1936 hinzuweisen. Sie warf der während Gottwalds Abwesenheit tätigen KPČ-Führung (Šverma, Slánský) vor, durch den Verzicht auf Errichtung der Diktatur des Proletariats und auf Installierung der Sowjetmacht und ferner durch Überschätzung der Linksströmungen in den sozialistischen Parteien schwere „rechts-opportunistische“ Fehler begangen zu haben<sup>26</sup>. Moskau demonstrierte hier, was denjenigen erwartete, der die „neue“ Sprache des VII. Kominternkongresses zu buchstäblich nahmen. Infolge der Resolution des EKKI wurde in Prag vom 24. bis zum 26. Februar 1936 eine außerordentliche Tagung des ZK der KPČ (nach Gottwalds Rückkehr aus Moskau) abgehalten, die Šverma, Slánský und Synek wegen „Verrats an der Sowjetisierungslinie“ ihrer Parteifunktionen enthob<sup>27</sup>. Um die Komintern zu besänftigen und die Linientreue der KPČ an den Tag zu legen, publizierte Gottwald noch vor dieser ZK-Tagung im Zentralorgan der KPČ, Rudé právo, einen Artikel, in dem er den Versuch seiner nunmehr verdamnten Genossen um einen von Moskau unabhängigen Kurs weitgehend revidierte und für die Fortsetzung „des Kampfes für die sowjetische Regierungsform in der Tschechoslowakei“ eintrat<sup>28</sup>. Wie ernst die Sowjetisierungsbereitschaft der KPČ zu nehmen war, enthüllte zwei Monate später, am 22. April 1936, der KPČ-Abgeordnete Dr. Bohumír Šmeral, der im Prager Parlament unverhohlen erklärte: „Wenn die Bourgeoisie nicht imstande sei, die heutige Konzeption der Allianzpolitik mit der Sowjetunion beizubehalten, dann liege es im Interesse aller Nationalitäten des Staates, in den machtpolitischen Verhältnissen dieses Landes eine Änderung herbeizuführen.“<sup>29</sup>

Diese Drohungen veranlaßten Ende April 1936 einen linken sozialdemokratischen Publizisten, die Verteidigungsbereitschaft der KPČ zu analysieren und zu dokumentieren, daß sie den eigenen Staat gegen eine nationalsozialistische Aggression erst dann zu verteidigen gedenke, wenn das tschechoslowakische Proletariat „mit der eigenen Bourgeoisie abgerechnet habe“: der KPČ gehe es zunächst um „die

<sup>25</sup> Beschlüsse des Obersten Gerichtshofes vom 9. 5. 1935 und 16. 3. 1937, in: Staatsarchiv Brünn, Zm IV 187/35 und Zm IV 72/37; Beschluß des Justizministeriums vom 29. 1. 1936, in: Staatszentralarchiv (SÚA) Prag, MS, Tr. Nr. 2, Kart. 482, Nr. 60974/35. Diese Maßnahmen zeigen, daß man in der ČSR das Täuschungsmanöver mit dem VII. Kominternkongreß durchschaut hatte.

<sup>26</sup> Sammlung Nr. 20, Az. 77; Nr. 3098 pres., P 87/22, PP 1931–1940, in: SÚA Prag. Schon am 28. 12. 1935 kritisierte Dimitroff – „der Initiator des neuen Kurses“ – am Sekretariat des EKKI den sich in Moskau aufhaltenden Gottwald, weil sich die Kommunisten in der ČSR „in Verteidiger des Vaterlandes verändern“, statt die Machtergreifung anzustreben; in: Sammlung Nr. 20, Az. 172, SÚA Prag.

<sup>27</sup> František Hrbata/Ladislav Nikliček, Naděje a skutečnost (Hoffnungen und Wirklichkeit), in: ČsČH 15 (1967), S. 687 ff.

<sup>28</sup> Foreign Office Minute (Bramwell) „Notes on the Bolshevisation of Czechoslovakia“, London 5. 3. 1936, in: PRO London, FO 371, Vol. 20375, R 7410.

<sup>29</sup> Rudé právo vom 23. 4. 1936.

Bildung einer neuen Tschechoslowakei, um eine sozialistische Sowjetrepublik nach dem Vorbild Sowjetrußlands“. In der kommunistischen Vorstellung „der jakobinischen Verteidigung der Republik“ erblickte er dann das Ziel, „den antifaschistischen Verteidigungskrieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln“, „einen großen Bürgerkampf innerhalb dieses Landes zu entfesseln“ statt gegen den äußeren faschistischen Gegner zu kämpfen<sup>30</sup>.

Die Leiter der tschechoslowakischen Außenpolitik bedurften allerdings weder dieses warnenden Hinweises noch der kommunistischen Bekenntnisse zum Kampf für die Errichtung einer Sowjetmacht, um zu erkennen, daß nicht nur die ČSR, sondern ganz Mitteleuropa mit ernsthaften Sowjetisierungsplänen zu rechnen hatte. So wies Außenminister Krofta Ende März 1936 in einem Gespräch mit dem lettischen Gesandten darauf hin, daß die Tschechoslowakei sich „davor hüten muß, sich von den Sowjets einfangen zu lassen“<sup>31</sup>. Und im April 1936 erklärte er gegenüber dem französischen Gesandten, er verstehe die Befürchtungen des rumänischen Außenministers Titulescu, die Rote Armee könnte nach Beendigung von Kriegsoperationen in Mitteleuropa in Bessarabien bleiben, da er, Krofta, selber starke Besorgnisse vor der Ausdehnung des sowjetischen Einflusses in Mitteleuropa und vor deren machtpolitischen Konsequenzen habe und Moskau nicht weniger als Berlin fürchte<sup>32</sup>. Für die damalige Atmosphäre ist die Erklärung des französischen Militärattachés in Bukarest von Anfang Mai 1936 bezeichnend: „Wenn wir einen Krieg mit Deutschland führen, müssen wir alles daran setzen, daß der Krieg in drei bis vier Monaten beendet wird. Aber die Russen, wie wir in Erfahrung gebracht haben, haben ein Interesse daran, einen Krieg möglichst in die Länge zu ziehen, um die von ihnen durchschrittenen Gebiete auf Dauer besetzt halten zu können.“<sup>33</sup> Hier wird zum erstenmal bereits deutlich die Erwartung geäußert, die Beteiligung der Sowjetunion an einem Krieg mit Deutschland werde nicht nur zur Errichtung von Regimes sowjetischen Typs, sondern direkt zur sowjetischen territorialen Expansion in Mitteleuropa führen. Ein amerikanischer Beobachter wies Ende Juli 1936 darauf hin, daß in der ČSR ein Teil der öffentlichen Meinung in dem Pakt mit Moskau ein „mögliches Instrument“ der Sowjets erblicke, „die demokratische Struktur der Tschechoslowakei zu unterminieren“<sup>34</sup> – was mit Gottwalds und Šmerals Drohungen durchaus im Einklang stand. Die Erwartung einer territorialen Expansion der UdSSR im Falle der Anwendung ihrer Pakte mit Paris und Prag wird indirekt auch

<sup>30</sup> Jan Thelen, *Jsou pro obranu Československa – ale jakou?* (Sie sind für die Verteidigung der Tschechoslowakei – aber für welche?), in: *Nová svoboda* 13, Nr. 16–17 vom 24. 4. und 1. 5. 1938, S. 185 f., 196 ff.

<sup>31</sup> Gesandter Eisenlohr an das AA am 26. 3. 1936, in: ADAP, Ser. C, Bd. V/1, Göttingen 1977, S. 287.

<sup>32</sup> Gesandter Delacroix nach Paris über sein Gespräch mit dem Staatspräsidenten Beneš am 14. 6. 1936, in: DDF, 2e Série, T. II/2, Paris 1964, S. 131.

<sup>33</sup> Militärattaché Oberst Tschunke an das RKM/3. Abt. Gen. St. – Attachégruppe am 11. 5. 1936, in: PA/AA, Geheimakten 1920–1936, 23/1, Militärattaché Prag 1933–1936.

<sup>34</sup> Der USA-Geschäftsträger Benton an das State Department am 25. 7. 1936, in: FRUS 1936/1, Washington 1953, S. 329.

durch den Eindruck eines deutschen Diplomaten in Prag bestätigt: man wisse in Prag sehr wohl, daß die sowjetischen Gefühle für die Tschechoslowakei gar nicht so altruistisch seien, wie man es in Moskau gerne vortäuscht, und daß die ČSR „letzten Endes doch nur ein Mittel für die Moskauer Politik ist“<sup>35</sup>.

Im September 1936 kehrte General Schweisguth, der stellvertretende französische Generalstabschef, von den sowjetischen Manövern mit dem Eindruck zurück, die Sowjetunion wünsche nicht, in den nächsten europäischen Konflikt verwickelt zu werden, sondern „trachte danach, die Rolle des Schiedsrichters in einem vom Krieg erschöpften Europa zu spielen“<sup>36</sup>. Doch auch der tschechoslowakische Gesandte in Moskau warnte im November 1936 im Zusammenhang mit dem Spanischen Bürgerkrieg vor „dem bitteren Kelch der Volksfront“ und vor „dem Teufel, der nie schläft“, womit er die sowjetische Version der Volksfront meinte, die er als Ausgangsposition und erste Form der Sowjetisierung ansah<sup>37</sup>. Noch früher, im September 1936, äußerte selbst Beneš, gegenüber dem ungarischen Gesandten, seine Befürchtung, es werde im Falle eines sowjetischen militärischen Eingreifens gegen eine deutsche Aggression zu einer Sozialrevolution in Europa und zu einer sowjetischen territorialen Expansion insbesondere nach Rumänien, Ostpolen und in die Karpatho-Ukraine kommen<sup>38</sup>. Es war jedoch freilich gerade Beneš, der schon im Februar 1936 die Sowjets indirekt zur Sowjetisierung Mitteleuropas aufforderte, indem er gegenüber dem Prager Gesandten der UdSSR erklärte, daß die Sowjets „nicht nur das mitteleuropäische, sondern auch das Balkanforum betreten müssen, daß sie Mitteleuropa aber nur dann betreten sollen, wenn sich ihre Interessen in diesem Teil Europas auf deutliche Weise entwickeln, . . . daß sie nicht eilen und geduldig eine deutlichere Form der praktischen Frage der Organisation Mitteleuropas abwarten sollen“<sup>39</sup>. Eine derartige Aufforderung war eine Folge von Beneš widersprüchlicher politischer Persönlichkeit – er wünschte sowjetische machtpolitische Präsenz in Mitteleuropa und fürchtete sie zugleich.

Aus dem Dislokationsplan des Kiewer Militärbezirks der Roten Armee, der Ende 1936 in deutsche Hände geriet, ist ersichtlich, daß in der Westukraine sieben Regimenter des Innenkommissariats mit einer Gesamtstärke von 21 000 Mann und mit eigenen Panzerabteilungen bereitstanden<sup>40</sup>, was auf die politischen Absichten jeder militärischen sowjetischen Offensive schließen läßt. Die Sowjetisierungspläne Mos-

<sup>35</sup> Geschäftsträger von Stein an das AA am 5. 8. 1936, in: PA/AA Gesandtschaft Prag, A III 1 allg. – Tschechoslowakische Außenpolitik, Bd. 4.

<sup>36</sup> Georges Bonnet, Vor der Katastrophe, Köln 1951, S. 35.

<sup>37</sup> Pavlů an Krofta am 23. 11. 1936, Moskau 1936, Nr. 79, in: Archiv des Außenministeriums (AMZV) Prag.

<sup>38</sup> Ungarischer Gesandter nach Budapest am 11. 9. 1936, in: Diplomaciai Iratok Magyarországi Külpolitikájához, Bd. II, Budapest 1963, Nr. 32, S. 59.

<sup>39</sup> Alexandrowski an Litwinow am 14. 2. 1936, in: Dokumenty a materiály k dějinám československo-sovětských vztahů (Dokumente und Materialien zur Geschichte der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen), Bd. III, Prag 1979, S. 250–253.

<sup>40</sup> Generalkonsulat Kiew an die Botschaft Moskau am 6. 1. 1937, in: PA/AA Botschaft Moskau A 4, Militär-, Marine-, Flugwesen, Bd. 6.

kaus spielten übrigens im Spätherbst 1936 in ganz Europa eine gewichtige Rolle<sup>41</sup>, insbesondere im Bewußtsein britischer Politiker. Wenige Tage nach der Rheinlandbesetzung erklärte der britische Premier am 11. März 1936, als Ergebnis eines Krieges, aus dem sich die UdSSR heraushalte, müsse der Sowjetunion ein kommunistisches Europa, regiert von der Rätewacht, wie eine reife Frucht in den Schoß fallen<sup>42</sup>. Aber auch bei einer sowjetischen Beteiligung an einem Krieg mit Deutschland sei die Sowjetisierung Mitteleuropas wahrscheinlich: am 13. Mai 1937 – um es vorwegzunehmen – erklärte Baldwin gegenüber General v. Blomberg, er sage für den Fall eines europäischen Krieges den Zusammenbruch des Kontinents voraus – „die Vernichtung der europäischen Kultur und den Sieg des Bolschewismus in Europa“<sup>43</sup>. In diesen Zusammenhang gehört auch die Bemerkung Edens gegenüber dem polnischen Außenminister Beck Anfang Oktober 1935, niemand wolle eine aus dem Chaos hervorgegangene „Herrschaft Stalins in Europa“<sup>44</sup>. Im britischen Generalstab rechnete man schon seit den Paktabschlüssen Moskaus im Mai 1935 damit, daß jede europäische Konflagration „auf sicherstem Wege die Geschäfte der Revolution im Sinne Moskaus vorantreibt“<sup>45</sup>.

Im Sinne der gesamteuropäischen Dimension, in die britische Politiker die Sowjetisierungspläne Moskaus eingeordnet haben, waren diese in der Tat keineswegs nur gegen die Tschechoslowakei gerichtet, sondern in gleichem Maße gegen die übrigen mitteleuropäischen Staaten, insbesondere gegen Österreich, Polen und Rumänien (wahrscheinlich auch gegen Ungarn, doch läßt hier die Quellenlage kein sicheres Urteil zu). Zwischen Mitte September und Mitte Oktober 1936 hat sich im Auftrag der Komintern Béla Kun in Wien aufgehalten und dort sogar ein eigenes Sekretariat eingerichtet. Seine Verhaftung am 29. September ermöglichte die Ermittlung weite-

<sup>41</sup> Auf die Gefahr der Sowjetisierung machen anhand der Quellen aufmerksam: Gotthold Rhode, Das Jahr 1938 in der europäischen und deutschen Geschichte, in: Probleme der böhmischen Geschichte, hrsg. v. Collegium Carolinum, München 1964, S. 135 und Johann Wolfgang Brügel, Noch eine kommunistische Geschichtslüge, in: Die Zukunft, Nr. 5–6 (1970), S. 26–30. Die Sowjetisierungsgefahr, die auch Beneš ex post schon nach dem Prager Februarumsturz 1948 akzentuierte (Édvard Beneš, Omens of a New Conflict, in: The Nation vom 19. 6. 1948, S. 682 f.), wird auch von der neuesten neostalinistischen Darstellung mit dem Geständnis voll zugegeben, daß „die Logik der europäischen Entwicklung die kleinen Staaten Mitteleuropas zur historischen Kreuzung verschob, auf der es notwendig war, zwischen der Sozialrevolution und der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft unter den Bedingungen deutschen Vasallentums zu wählen“; Václav Král, Spojenectví československo-sovětské v evropské politice 1935–1939 (Das tschechoslowakisch-sowjetische Bündnis in der europäischen Politik 1935–1939), Prag 1970, S. 151.

<sup>42</sup> Baldwin im Kabinett am 11. 3. 1936, in: PRO London, CAB 23, Vol. 83.

<sup>43</sup> Aufzeichnung General Blombergs vom 21. 5. 1937, in: PA/AA, Polit. Abt. II, Politische Beziehungen Englands zu Deutschland, Bd. 4.

<sup>44</sup> Józef Beck, Dernier Rapport, Neuchâtel 1951, S. 290. Vgl. im selben Sinne Baldwins Befürchtungen auf dem Bankett des Lord Mayor of London am 9. 11. 1936, in: Daily Telegraph vom 10. 11. 1936; weiterhin Gottfried Neidhart, Großbritannien und die Sowjetunion 1934–1939, München 1972, S. 149 f.

<sup>45</sup> Bericht des deutschen Militärattachés in London, Geyr von Schweppenburg, für Mai 1935, in: PA/AA, Geheimakten 1920–1936, II F, Militärattaché London.

rer elf sowjetischer Agenten, er selbst kam jedoch schon nach 24 Stunden wieder frei. Anfang Oktober 1936 wurde in Innsbruck als „Abgesandter der Sowjetpropagandaabteilung“, offensichtlich also der Komintern, ein gewisser Dr. Blum verhaftet, und in Berichten hieß es, Nachrichten über die „Wühl­tätigkeit“ der Komintern in Österreich vermehrten sich täglich<sup>46</sup>.

Österreich lag allerdings an der Peripherie des sowjetischen Interesses, das sich vornehmlich auf den traditionellen „Erbfeind“ Moskaus konzentrierte – auf Polen. Im Frühjahr 1936 wurde an den sowjetischen Militärattaché in Paris die Frage gerichtet, wie denn die Sowjetunion im Falle eines deutschen Angriffs auf Frankreich oder die Tschechoslowakei intervenieren könnte. Ohne einen Augenblick zu zögern, antwortete der sowjetische Offizier: „Durch einen Angriff auf Polen“<sup>47</sup>. Es ist bezeichnend, daß er von einem Angriff sprach, nicht von einem Durchmarsch. Drohungen, die der einflußreiche Leningrader Parteisekretär Schdanow im November 1936 an die Adresse der kleinen Nachbarstaaten der UdSSR richtete, falls sie sich sowjetischen Wünschen widersetzen, galten ganz offensichtlich vor allem Polen<sup>48</sup>, und im Frühjahr 1936 wurde auch über die Struktur und Organisation der Kominternarbeit in Polen berichtet. Ihr Leiter soll in Moskau der Pole Lenski alias Leszczyński gewesen sein. Die Komintern hätte regelmäßig, so hieß es, erfahrene und erprobte russische Kommunisten nach Polen entsandt, darunter aktive russische Offiziere, und für Propaganda erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt<sup>49</sup>.

In Rumänien sollen Anfang 1936 zwei Kominternagenturen bestanden haben: „Das Zentralkomitee der revolutionären Organisationen der Dobrudscha“ und die „Vereinigung Mazedonischer revolutionärer Organisationen“, die beide von Moskau vielleicht den Auftrag erhalten haben, mehrere besonders verlässliche Mitglieder der eigenen terroristischen Organisation zur Schulung nach Brünn zu entsenden<sup>50</sup> – die Tschechoslowakei figurierte ja in den sowjetischen Plänen von Anfang an als mitteleuropäische Zentrale der Komintern. Allerdings ist die subversive Tätigkeit in Rumänien im Sommer 1936 erheblich beeinträchtigt worden, und zwar durch den großen Kommunistenprozeß in Craiova, in dem unter den 28 Angeklagten auch die künftige rumänische Außenministerin Anna Pauker zu einer hohen Freiheitsstrafe

<sup>46</sup> Konsulat Innsbruck an das AA am 14. 10. 1936, in: PA/AA, Polit. Abt. II, Politische Angelegenheiten Österreichs, Po g Österreich, Bd. 1.

<sup>47</sup> Les événements survenus en France de 1933 a 1945. Témoignages et documents recueillis par la Commission d'enquete parlementaire. Rapport fait au nom de la Commission de l'Assemblée Nationale, Annexe IV, Paris 1951, S. 861.

<sup>48</sup> „Round us are small countries . . . We are not afraid of these little countries but if they do not mind their own business, we shall be compelled to open our borders and it will be too bad if we are compelled to use the Red Army against them“. Schdanows Rede auf der Tagung des Obersten Sowjet in Moskau am 29. 11. 1936, in: Max Beloff, The Foreign Policy of Soviet Russia 1929–1941, Bd. II (1936–1941), Oxford 1949, S. 78.

<sup>49</sup> Botschafter Graf Moltke an das AA am 28. 4. 1936, in: PA/AA Polen Pol 19, Bolschewismus in Polen, Bd. 1.

<sup>50</sup> Geschäftsträger Pochhammer an das AA am 12. 3. 1936, in: PA/AA, Geheimakten 1920–1936, Pol 19 Tschechoslowakei, Bolschewismus in der Tschechoslowakei, Bd. 1, 343/5.

verurteilt wurde, insbesondere wegen Gründung von Zellen „ganz nach Moskauer Rezept“<sup>51</sup>.

In der Tschechoslowakei selbst aktivierte die Komintern ihre Arbeit erst ab Sommer 1937. Eröffnet wurde die Verstärkung mit einer geheimen internationalen kommunistischen Konferenz zwischen dem 4. und 6. Juni 1937 in Brünn, wo sich die Leitung der tschechoslowakischen Expositur der Komintern befand; unter dem Vorsitz Gottwalds nahmen an ihr 29 Funktionäre der Komintern teil, darunter Willy Münzenberg und Eugen Kagan<sup>52</sup>. Obwohl ihr nicht zuviel Gewicht beigemessen werden darf, wie auch die deutschen Diplomaten in Brünn unterstrichen, stellte die Konferenz ohne Zweifel den Einleitungsakt einer intensivierten und konzentrierten Kominternarbeit in der Tschechoslowakei dar. Dort entwickelte sich ab Juni 1937 mit Sitz in Brünn und unter der lediglich nominellen Führung Gottwalds die mitteleuropäische Zentrale der Komintern-Organisation, zu deren Aufbau Moskau schon Ende 1936 Béla Kun und Pjatnitckij in die ČSR entsandt hatte. Filialen der Brünnener Zentrale befanden sich in Olmütz, Ostrau und Freiwaldau. Sie besaß in Brünn ein großes Haus, in dem unter der Tarnung der „Roten Hilfe“ die sowjetischen Emisäre der Komintern logierten, von denen mit Namen nur ein bis 1935 in Berlin tätiger Wolskij bekannt war<sup>53</sup>. Ende September 1937 wurde dieser Komintern-Expositur der reichsdeutsche Emigrant Theodor Reitler, der seit 1933 in Moskau lebte, als „Spezialreferent“ direkt vom EKKI zugeteilt<sup>54</sup>.

Bedauerlicherweise sind die Quellenaussagen so dürftig, daß wir nicht in der Lage sind, den Charakter, die Methoden, die Strategie, die Zielgruppen und den konkreten Ablauf der subversiven Kominternaktivität in der ČSR zu spezifizieren. Dennoch ist es durchaus möglich, den wahren Kern und das Endziel dieser Aktivität aus authentischer sowjetischer Aussage herauszufinden. Im Sommer 1937, zur Zeit der intensivsten Entfaltung der Komintern-tätigkeit in der Tschechoslowakei, soll der sowjetische Verteidigungskommissar, Marschall Woroschilow, in einer Sitzung des Moskauer Politbüros erklärt haben, daß „in nicht allzu ferner Zeit der Boden der Tschechoslowakei unter den Tritten der Roten Armee erzittern werde; dann sei der Moment der Befreiung des Proletariats in Österreich, Ungarn, Rumänien und Polen gekommen“. Die Redewendung „der Boden wird erzittern“ läßt den Schluß zu, daß Woroschilow nicht daran dachte, die künftige sowjetische militärische Präsenz in der Tschechoslowakei lediglich als Entsendung eines Expeditionskorps zur Unterstützung und Verteidigung des Verbündeten ČSR gegen einen Nazi-Angriff zu verstehen; vielmehr sah er sie als Einmarsch in einen feindlichen Staat, in den die Sowjetisierung auf sowjetischen Bajonetten hineingetragen werden müsse. Eine sol-

<sup>51</sup> Gesandter Fabricius an das AA am 19. 8. 1936, in: PA/AA, Polit. Abt. IV, Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen, Pol 5 Rumänien, Bd. 1.

<sup>52</sup> Gestapo an das AA am 28. 7. 1937 und Konsulat Brünn an das AA am 12. 8. 1937, in: PA/AA, Polit. Abt. V, Sozialismus, Bolschewismus, Kommunismus in der Tschechoslowakei, Pol 19 Tschechoslowakei, Bd. 1.

<sup>53</sup> Deutsche Gesandtschaft an das AA am 16. 11. 1937, in: PA/AA, ebenda.

<sup>54</sup> Eisenlohr an das AA am 3. 12. 1937, in: PA/AA, ebenda.



che Deutung erlauben auch folgende Sätze Woroschilows: „Im Kriegsfall kann sich die [sowjetische] Kommunistische Partei auch Mittel bedienen, auf die andere Staaten sonst verzichten. Zur Aufrichtung der Volksherrschaft ist aber jedes Mittel anzuwenden, das Erfolg verspricht.“ Unter dem Begriff „Volksherrschaft“ ist im Kontext der Aussage natürlich „Sowjetmacht“ zu verstehen, ebenso wie „Befreiung des Proletariats“ nur Sowjetisierung bedeuten kann – und zwar in ganz Mitteleuropa. Denn Woroschilow soll abschließend gesagt haben: „Im Falle des Einmarsches der Roten Armee in die Tschechoslowakei und einer Erhebung des Proletariats in den Nachbarstaaten der ČSR denken wir an die Errichtung einer großen Donaurepublik (Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn, Österreich und Nordjugoslawien) unter tschechischer Führung und an eine Balkanrepublik“<sup>55</sup> – beide Gebilde selbstverständlich als Sowjetrepubliken verstanden.

Es wäre durchaus verfehlt, dieses Dokument seiner zweifelhaften Herkunft wegen als eine Fälschung abzutun, denn ein Jahr später sollte die Authentizität der Prognosen Woroschilows mehrfach von weiteren sowjetischen „Gebrauchsanweisungen“ bestätigt werden, wie noch zu sehen sein wird. Zweifellos hat hier Woroschilow ein sorgfältig ausgearbeitetes, konkretes Sowjetisierungsprogramm für ganz Mitteleuropa vorgelegt. Als Methode zu dessen Realisierung beschrieb er den Mißbrauch der sowjetischen militärischen Hilfeleistung an die ČSR bzw. die Umfunktionalisierung – mit sowjetischer „Hilfe“ – eines Verteidigungskriegs in einen Bürgerkrieg, an dessen Ende die Etablierung der Sowjetmacht zu stehen hatte. Dabei ließ er durchblicken, daß die Tschechoslowakei, infolge der Rolle der KPČ als Agentur Moskaus, die Vorhut in der „Neuorganisation“ des sowjetisierten Mitteleuropa spielen konnte. Indirekt werden Woroschilows Verkündigungen dadurch bekräftigt, daß sieben Monate später, Anfang März 1938, Gottwald und die Politbüromitglieder Kopecký, Šverma und Synek nach Moskau zitiert wurden, um vor der Kominternführung, die mit dem ungenügenden Sowjetisierungseinsatz der KPČ-Führung „äußerst unzufrieden“ war, Rechenschaft abzulegen<sup>56</sup>. Dies verrät deutlich, welche Rolle die Komintern der KPČ in der Vorbereitung der Sowjetisierung zugeordnet hatte bzw. daß die kommunistische Machtergreifung in Prag, für die nach Moskauer Ansicht von der KPČ zu wenig getan wurde, in den sowjetischen Kalkulationen als wichtiger Bestandteil figurierte. Schließlich findet sich eine direkte Bestätigung der von Woroschilow skizzierten Perspektive darin, daß man in Moskau schon Ende Januar 1937 von einem in der Art Spaniens „halb auswärtigen Krieg“ in der Tschechoslowakei sprach, der aus einem durch „Angriff von außen entfesselten Bürgerkrieg“ entstehen werde<sup>57</sup>.

<sup>55</sup> Gestapo (Müller) an das AA am 10. 11. 1937, in: PA/AA, Polit. Abt. II – Verschuß 73 Po g Rußland, Politische Angelegenheiten Rußlands, Bd. 4; hier abgedruckt als Anhang 2.

<sup>56</sup> Eisenlohr an das AA am 16. 3. 1938, in: PA/AA, Polit. Abt. V, Pol 19 Tschechoslowakei, Sozialismus, Bolschewismus, Kommunismus in der Tschechoslowakei, Bd. 1.

<sup>57</sup> Der USA-Botschafter Davies an das State Department am 1. 2. 1937 (Memorandum über sein Gespräch mit Neymann vom Volkskommissariat des Auswärtigen), in: Joseph E. Davies, Als USA-Botschafter in Moskau, Zürich 1943, S. 41 ff.

Doch damit nicht genug. Auch die bereits erwähnte, von den Briten angenommene gesamteuropäische Dimension der Sowjetisierungspläne Moskaus findet in Woroschilows Aussage ihren Niederschlag; er soll seiner Erläuterung des Sowjetisierungsprogrammes für Mitteleuropa den Satz angeschlossen haben: „Die Volksrepublik [d. h. die Sowjetrepublik, I. P.] Frankreich soll sich über Belgien, Holland, Schweiz, Vorarlberg, Tirol und Norditalien erstrecken.“<sup>58</sup> Demnach lag es in sowjetischer Absicht, über die Sowjetisierung Mitteleuropas weit hinauszugehen, den mitteleuropäischen Krieg, in dem Frankreich engagiert gewesen wäre, zur Sowjetisierung ganz Westeuropas zu mißbrauchen und militärisch und machtpolitisch bis zum Ärmelkanal vorzurücken. Der Vorbereitung einer derartigen Operation sollte offenbar der sowjetische Plan dienen, im Kriegsfall sowjetische Landtruppen in beträchtlicher Stärke nach Frankreich zu entsenden, den der Sowjetbotschafter in Paris, Potëmkin, am 17. Februar 1937 im Quai d'Orsay überreichte<sup>59</sup>. Dieser Plan klingt zunächst absurd – der Kriegsschauplatz wäre schließlich in Mitteleuropa gewesen, und dort hätte sich eine sowjetische Militärintervention abspielen müssen – doch im Blick auf das sowjetische Ziel, in ganz Westeuropa Sowjetrepubliken zu errichten, erscheint er nur als logisch.

Die Sowjetisierung Westeuropas sollte nach den Vorstellungen Moskaus zusätzlich an der französischen Südflanke gestützt werden, und zwar durch den Mißbrauch des Spanischen Bürgerkrieges zur Errichtung einer Sowjetrepublik in Katalonien (höchstwahrscheinlich unter Einbeziehung des Baskenlandes), die man sich als integralen Bestandteil der Sowjetunion dachte<sup>60</sup>. Hierbei handelt es sich keineswegs um das Produkt der Phantasie Berliner Antikommunisten. Auch der amerikanische Botschafter in Rom sprach davon, daß Katalonien sich „zur schlimmsten kommunistischen Stelle mit unseligen Rückwirkungen auf sonstige Teile Europas“ entwickeln werde. Es bestehe die Gefahr „eines kommunistischen Staates im Mittelmeer“, da die sowjetische militärische Präsenz in Spanien das Ziel verfolge, einen solchen Staat in Katalonien zu errichten<sup>61</sup>. Der amerikanische Botschafter in Berlin wußte ebenfalls von Vorbereitungen für die „Gründung eines Sowjetstaates im Mit-

<sup>58</sup> Gestapo (Müller) an das AA am 10. 11. 1937, in: PA/AA, Polit. Abr. II – Verschuß 73 Po g Rußland, Politische Angelegenheiten Rußlands, Bd. 4.

<sup>59</sup> Les événements survenus en France de 1933 à 1945, Bd. IX, Paris 1950, S. 2743; Maurice G. Gameelin, Servir, T. II, Paris 1946, S. 285 ff.; Paul Reynaud, Au coeur de la mêlée 1930–1945, Paris 1951, S. 189; Pierre Cot, Le Procès de la République, T. II, New York 1944, S. 348 ff.; Der ČSR-Gesandte Osuský an Krofta am 1. 3. 1937, in: AMZV Prag, Kab. 1937, Nr. 1109.

<sup>60</sup> „Man ist in Berlin davon überzeugt, daß Rußland unter allen Umständen versuchen wird, den Kampf in Spanien zu seinen Gunsten zu entscheiden, zum mindesten aber eine Sowjetrepublik Katalonien zu schaffen. Diese werde als direkter Bestandteil der Union der Sowjetrepubliken unmittelbar Moskau unterstehen. Es würde also nicht ein neuer Staat in Spanien erwachsen, sondern Rußland nicht nur de facto, sondern auch ganz formell auf der Spanischen Halbinsel Fuß fassen“. In: BA, Informationsbericht Nr. 44, Berlin 15. 11. 1936, Sammlung Brammer, ZSg 101/29, fol. 467 f.

<sup>61</sup> Philips an das State Department, Rom 29. und 31. 10. 1936, in: FRUS 1936/II, Washington 1954, S. 548, 550.

telmeer“ zu berichten<sup>62</sup>, und auch sein Londoner Kollege registrierte das sowjetische Bestreben, die Schaffung „eines unabhängigen katalonischen Staates“ zu benutzen, um sich des neuen Staatsgebildes ganz zu bemächtigen<sup>63</sup>. Daß Moskau die Einverleibung Nordspaniens beabsichtigt habe, um Frankreich in die Zange zu nehmen, klingt weniger phantastisch, wenn man sich in Erinnerung ruft, daß Stalin mit seinem Eingreifen in den Spanischen Bürgerkrieg von Anfang an in erster Linie die Sowjetisierung des spanischen politischen Systems verfolgte<sup>64</sup>. Die sowjetische Intervention in Spanien wurde nicht von einem militärischen, sondern von einem politischen Kalkül geleitet, und sie galt nicht dem Faschismus, sondern dem politischen und sozialen System der Spanischen Republik. Was viele, die an der republikanischen Front gedient haben, über die Funktion der sowjetischen Kommissare bei der Verfolgung und Liquidierung unabhängiger nichtkommunistischer Gruppierungen der marxistischen sowie der anarchistischen Linken, etwa POUM, aussagten<sup>65</sup>, wirft ein ebenso seltsames Licht auf die Sowjethilfe wie die Berichte über die brutalen Methoden von Sowjetagenten bei der Etablierung stalinistischer Positionen in der spanischen Armee und im spanischen Staatsapparat<sup>66</sup>. Die bittere Erfahrung vieler Spanienkämpfer lautet, daß sie sich in Spanien mehr den expansiven Sowjetisierungsinteressen Moskaus geopfert und weniger der Verteidigung der Republik gegen den Faschismus gedient hatten<sup>67</sup>. Und die von den Sowjets in Spanien praktizierten Methoden liefern genügend Hinweise darauf, wie die geplante Sowjetisierung Westeuropas vor sich gegangen wäre.

Doch zurück zu Mitteleuropa in der zweiten Jahreshälfte 1937. Der tschechoslowakische Militärattaché in Berlin, Oberst Hron, scheint im November 1937 Sowjetisierungsgänge gehegt zu haben; jedenfalls erklärte er, daß ihm „die französische Hilfe viel lieber ist als die sowjetische“<sup>68</sup>. Anfang Januar 1938 sagten zwei in der ČSR wegen Spionage verhaftete Deutsche aus, sie arbeiteten nachrichtendienstlich für die Sowjetunion gegen die Tschechoslowakei. „Nie haben wir uns Illusionen gemacht über die tatsächliche Haltung des sowjetischen Geheimdienstes uns gegen-

<sup>62</sup> Dodd an das State Department am 3. 11. 1936, in: FRUS, ebenda, S. 550.

<sup>63</sup> Bingham an das State Department am 19. 11. 1936, in: FRUS, ebenda, S. 560.

<sup>64</sup> Donald T. Catell, *Soviet Diplomacy and the Spanish Civil War*, Berkeley 1957.

<sup>65</sup> Karl Landau, *Le stalinisme en Espagne*, Paris 1938; George Orwell, *Homage to Catalonia*, London 1938; Segismundo Casado, *The last days of Madrid*, London 1939.

<sup>66</sup> Casado, *Last days*; Julian Gorkin (Gomez), *Canibales políticos. Hitler y Stalin en España*, Mexico City 1941; Alexander Orlov, *The Secret History of Stalin Crimes*, London 1954.

<sup>67</sup> José Hernandez, *Le grande trahison*, Paris 1954; Lew Trotzki, *Revolution und Bürgerkrieg in Spanien*, Bd. I, Frankfurt a. M. 1975. Den „Export stalinistischer Methoden“ und „die stalinistische Dominanz mit ihren Scheußlichkeiten“ bezeugt Willy Brandt, *Barcelona 1937 – Madrid 1977*, in: L 76, Nr. 3 (1977), S. 58 f.

<sup>68</sup> Undatierte Aufzeichnung für Ribbentrop (wahrscheinlich von Anfang November 1937), in: PA/AA, Dienststelle Ribbentrop, Vertrauliche Berichte 1935–1939, Bd. I/1.

über“, kommentierte Oberst Moravec, Chef des Prager militärische Nachrichtendienstes<sup>69</sup>. Es sind in erster Linie britische Diplomaten gewesen, die im Laufe der zweiten Jahreshälfte 1937 immer wieder vor den aus Moskau drohenden Gefahren warnten. So äußerte Eden im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter in London den Argwohn, die Sowjetunion wolle die kapitalistischen Staaten in einen Krieg gegeneinander verwickeln, um endlich als „*tertius gaudens*“ in Europa triumphieren zu können<sup>70</sup>. So erklärte Ende Dezember 1937 ein anderer britischer Diplomat: „Rußland wird immer versuchen, in trüben Gewässer zu fischen, und wird ein schlechter und treuloser Verbündeter sein.“<sup>71</sup> Ende November 1937 machte selbst Beneš auf die Gefahr einer Teilung Europas in eine deutsche und eine sowjetische Machtsphäre aufmerksam: „Er hoffe, daß eine Einigung Deutschlands und Rußlands noch lange auf sich warten lasse, denn eine solche Einigung wäre das Schlimmste, was Europa passieren könne. Sie würde nicht mehr und nicht weniger als eine Aufteilung Europas in Interessenzonen bedeuten.“<sup>72</sup> Zu dieser genauen Prognose der Situation von 1939–1940 kehrte Beneš noch einmal zurück, als er, drei Monate später, gegenüber dem amerikanischen Gesandten erklärte, die Aufrechterhaltung der französischen Beziehungen zur Sowjetunion sei eine Notwendigkeit, weil nur so die Bemühungen Deutschlands blockiert werden könnten, die UdSSR zu isolieren und danach ein deutsch-sowjetisches Abkommen zu erreichen, das die Teilung Europas in eine deutsche und eine sowjetische Sphäre und folglich die Zerstörung der Unabhängigkeit aller kleineren Staaten Mitteleuropas bringen würde<sup>73</sup>. Diese Aussicht stellte für Beneš tatsächlich einen Alptraum dar; er sah die Eigenständigkeit Mitteleuropas nicht nur im deutschen, sondern auch im sowjetischen Meer versinken.

Die sowjetischen Führer selbst haben zur selben Zeit öffentlich ihre Sowjetisierungspläne angekündigt<sup>74</sup>. Am 15. Februar 1938 bestätigte Stalin persönlich auf recht provokative Weise die Gültigkeit des weltrevolutionären Programms der

<sup>69</sup> *Master of Spies. The Memoirs of General Moravec*, London 1975, S. 112; František Moravec, *Špión, jemuž nevěřili* (Der Spion, dem man nicht glaubte), Toronto 1977, S. 160f. Beide Spione sind auf tschechoslowakische Intervention hin der Prager Gesandtschaft der UdSSR zur „Untersuchung“ übergeben worden und Moskau ignorierte ostentativ das mehrfache Ersuchen Prags, den Vorfall zu erklären.

<sup>70</sup> Bingham an das State Department am 1. 6. 1937, in: FRUS 1937/I, Washington 1954, S. 318.

<sup>71</sup> James T. Henderson vom Far Eastern Department des FO am 23. 12. 1937, in: PRO London, FO 371, Vol. 20691, N 4819.

<sup>72</sup> Papen an Hitler über das Gespräch des österreichischen Gesandten in Prag, Marek, mit Beneš am 1. 12. 1937, in: ADAP, Ser. D, Bd. II, Baden-Baden 1950, Nr. 25, S. 51 f.

<sup>73</sup> „Germany is trying to isolate Russia from Western Europe. If it should succeed in doing so, it would promptly turn round and endeavour to enter in an agreement with Russia. If this should be attended with success, all Central Europe would be at the mercy of these two Powers and the independence of the several states of this area would cease to exist“. Carr an das State Department am 1. 3. 1938; in: FRUS 1938/I, Washington 1955, S. 31.

<sup>74</sup> Über Molotows scharf antifranzösische Rede auf der Sitzung des Obersten Sowjet am 19. 1. 1938 vgl. Boris Celovsky, *Das Münchener Abkommen 1938*, Stuttgart 1958, S. 36.

Sowjetunion, indem er mittels einer Zeitungsantwort auf den fingierten Brief eines anonymen Arbeiters „jede Art der Hilfe der Arbeiterklasse unseres Landes für die Arbeiterklasse bürgerlicher Länder“ versprach – eine Formulierung, die im sowjetischen Parteichinesisch Unterstützung des Kampfes für die Errichtung der Sowjetmacht bedeutete<sup>75</sup>. Der britische Gesandte in Warschau interpretierte Stalins ungewöhnliche Äußerung als Beginn einer Intensivierung der Kominternaktivität, möglicherweise unter Androhung militärischen Eingreifens, und er machte darauf aufmerksam, daß Stalin diesmal nicht zwischen faschistischen und demokratischen nichtkommunistischen Ländern differenziert habe, wie es seit dem VII. Kominternkongreß Brauch sei. Der Gesandte verstand nun auch die sowjetische Aufrüstung als Mittel für die Expansion der Sowjetmacht in andere Länder und erblickte in Stalins Ausführungen eine weitgehende Diskreditierung Litwinows, der im Völkerbund das sowjetische Interesse an kollektiver Sicherheit und friedlicher Koexistenz versicherte<sup>76</sup>. Einen Monat später gelangte in deutsche Hände ausführliches vertrauliches Material über Organisation, Aktivitätsformen und Wirkungsbereich der tschechoslowakischen Agentur der Komintern, die mit den Vorbereitungen zur Sowjetisierung Polens, Österreichs, Ungarns, Rumäniens, Jugoslawiens und Süddeutschlands beauftragt war. An der Tätigkeit der Agentur, die „Agenten zur Vorbereitung des Umsturzes“ insbesondere nach Polen entsandte und „Instruktionskurse für Agitatoren“, die dann nach Polen gingen, in Prag, Brünn, Ostrau, Sillein, Čadca, Ungvár, Munkatsch und Trinec veranstaltete, beteiligten sich auch zwölf Abgeordnete der KPČ, also vierzig Prozent ihrer gesamten Parlamentsvertretung. Die KPČ besaß im Rahmen der Agentur spezielle Referate für jeden der genannten Staaten, und ihre Zentralstellung in der Agentur verlieh ihr „weit größere Bedeutung als nur die eines brauchbaren Werkzeuges und Vollstreckers der Direktiven des Kominternbüros“, verstand sie es doch, in der Tschechoslowakei „für die Komintern ein Ausfalltor gegen Polen und andere Staaten“ aufzubauen<sup>77</sup>. Wußten die tschechoslowakischen Behörden davon? Wir wissen es nicht genau. Zwar hat der antitschechisch voreingekommene britische Geschäftsträger in Prag die tschechoslowakische Regierung und namentlich Beneš bezichtigt, von der Aktivität der Komintern in der ČSR zu wissen

<sup>75</sup> „We must strengthen and reinforce the international proletarian ties of the working class of the USSR with the working class of bourgeois countries; we must organize political help of the working class of bourgeois countries for the working class of our country in the event of military attack on our country, just as we must organize every kind of help from the working class of our country for the working class of bourgeois countries“. Open Letter by Stalin on the Position of the Soviet State in a Capitalist Encirclement, *Izwestija* 15. 2. 1938, in: Degras, *Communist International*, S. 274 f. In seiner Rede vor dem Völkerbundplenium am 21. 9. 1937 versuchte Litwinow die Sowjetunion von dem Verdacht ihrer Sowjetisierungsziele reinzuwaschen, seine Ausführungen klangen jedoch zu matt; Degras, ebenda, S. 259.

<sup>76</sup> Kennard an Eden am 18. 2. 1938, in: PRO London, FO 371, Vol. 22288, N 898.

<sup>77</sup> „Antipolnische umstürzlerische Zentrale in der Tschechoslowakei“: Eisenlohr an das AA am 21. 3. 1938, in: PA/AA, Polit. Abt. V, Pol Tschechoslowakei, Bd. 1.

und sie wohlwollend zu dulden<sup>78</sup>, jedoch stellte das sein Missionschef als „ludicrous“ ganz entschieden in Abrede<sup>79</sup>.

Das halbe Jahr nach dem Anschluß Österreichs brachte in die Pläne Moskaus für die Sowjetisierung Mitteleuropas neue Akzente. Auf einer Konferenz Stalins mit Molotow, Kaganowitsch, Woroschilow, Litwinow und Alexandrowski, die im Kreml zwischen dem 22. und 27. April 1938 stattfand, empfahl Alexandrowski nachdrücklich, keine konkreten Militärabsprachen mit Prag zu treffen, denn „es sei für die Sowjetunion unerträglich, Territorialkonzessionen an Rumänien zu machen, nur um dem französischen Sicherheitssystem in Mitteleuropa Hilfe angedeihen zu lassen“<sup>80</sup> – also keine Hilfe für ein System, das der Sowjetisierung im Wege stand. Daß sich Moskau während der Maikrise 1938 von der Tschechoslowakei in der Tat deshalb distanzierte, weil die ČSR noch nicht sowjetisiert war, vermutete der deutsche Botschafter in Moskau, der sagte, daß die Sowjetregierung wohl kaum „die Rote Armee zur Verteidigung eines bürgerlichen Staates marschieren lassen wird“<sup>81</sup>. Die KPČ, von der Komintern mit der Machtergreifung in Prag als einem ersten Schritt zur Sowjetisierung der ČSR beauftragt, arbeitete daran, diesen „Nachteil“ zu korrigieren. Wie Gottwald nachträglich erklärte, hatte die KPČ nach der tschechoslowakischen Teilmobilmachung vom 20. Mai 1938 geplant, einen Krieg mit Deutschland „in einen nationalrevolutionären Krieg umzuwandeln“<sup>82</sup> – in einen Bürgerkrieg also –, und die Bildung einer „jakobinischen Regierung der Nationalverteidigung mit kommunistischer Mehrheit“ vorgesehen, die dann die Sowjetmacht im Staat installieren sollte<sup>83</sup>. Die schnelle Beilegung der Maikrise ließ solche Pläne freilich gegenstandslos werden.

Dennoch versuchte Moskau, die Maikrise zu einer neuen Initiative zu nutzen.

<sup>78</sup> „Confidential. Czechoslovakia as a Base for Comintern Activity“: Hadow an das FO (Norton, Southern Depart.) am 8. 10. 1936, in: PRO London, FO 371, Vol. 20375, R 6060; Hadow an Eden (Annual Report for 1936) am 19. 2. 1937, in: ebenda, FO 371, Vol. 21134, R 1519.

<sup>79</sup> Bentinck an Eden am 10. 1. 1937, in: ebenda, FO 371, Vol. 21126, R 466. Angesichts der streng konspirativen Praxis der Kominternätigkeit ist diese Ansicht plausibel, um so mehr, als die Aufmerksamkeit des tschechoslowakischen Verfassungsschutzes zu dieser Zeit schon überwiegend auf die Nazi-Irredenta im Sudetengebiet konzentriert war.

<sup>80</sup> Der ČSR-Gesandte Fierlinger an Krofta am 24. und 28. 4. 1938, in: AMZV Prag, Eingänge Nr. 378 und 380; Bulgarischer Gesandter nach Sofia am 27. 4. 1938, in: Centralen Državen istoričeski archiv Sofia, 176/7 – 777/38, Bestand Außenministerium. Über die Beratung im Kreml gibt es auch eine Version des französischen Botschafters Coulondre, in der jegliche Erwähnung über Alexandrowskis Auslassungen fehlt. Warum übermittelte Fierlinger sie nach Prag, verschwieg sie jedoch vor Coulondre? – Mit den „Territorialkonzessionen“ meinte Alexandrowski die sowjetische Garantie der Integrität Bessarabiens, die Rumänien als Vorbedingung für seine Bewilligung des russischen Durchmarsches in die ČSR verlangte; in: DDF, 2e Série, Bd. IX, Paris 1974, S. 471 f.

<sup>81</sup> „Verhalten der Sowjetregierung während der tschechoslowakischen Krise“: Botschafter Graf Schulenburg an das AA am 22. 6. 1938, in: ADAP, Ser. D, Bd. II, S. 336–339, hier S. 339.

<sup>82</sup> Gottwalds Rede auf der Sitzung des EKKI in Moskau am 26. 12. 1938, in: Čtělí jsme bojovat (Wir wollen kämpfen), Bd. II, Prag 1963, Nr. 487, S. 397–412, hier S. 403.

<sup>83</sup> Die Rede des KPČ-Abgeordneten Gustav Kliment auf einer vertraulichen Parteiversammlung in Ostrau am 21. 5. 1938, in: SÚA Prag, Az. 21415/38, 87/23, PP 1931–1940.

Am 27. Mai 1938 erklärte Litwinow gegenüber dem französischen Botschafter Coulondre: „Ich hätte gerne gewußt, was Frankreich als Bundesgenosse Polens tun würde, wenn Polen nach einem Angriff auf die Tschechoslowakei seinerseits von der Sowjetunion angegriffen würde?“ Damit ließ Litwinow zum erstenmal offen durchblicken, daß für die UdSSR eigene Aspirationen auf Polen hinter der tschechoslowakischen Frage standen. Der bestürzte Coulondre verließ Litwinow mit dem Ausruf „Die UdSSR hat also ein militärisches Vorgehen gegen Polen ins Auge gefaßt!“ und verstand Litwinows Frage als Andeutung einer sowjetischen Liaison mit Deutschland, denn der Kreml „sieht in Polen ein Schlachtfeld oder ein Objekt zur Verständigung mit Deutschland“: ein sowjetischer Überfall auf Polen sei nur denkbar, wenn sich die Sowjetunion vorher mit Berlin verständigt habe<sup>84</sup>.

Daß Litwinow seine Frage toderntst gemeint hatte, beweist ein weiterer Schritt in diese Richtung. Am 5. Juni wiederholte Botschafter Suric in Paris offiziell die Frage an Coulondre vom 27. Mai. Litwinows Versuch, die von ihm verlangten Militärgespräche mit Paris zugunsten einer expansiven Großmachtspolitik Moskaus umzufunktionieren, stieß bei der bestürzten französischen Diplomatie auf klare Ablehnung. Bonnet, der keineswegs in Erwägung zog, den französisch-polnischen Pakt aufzugeben, worauf Litwinows Frage hinzielte<sup>85</sup>, antwortete kühl, die Sowjetunion sei schließlich zu einer Waffenhilfe an die Tschechoslowakei nur dann verpflichtet, wenn auch Frankreich seine Verpflichtungen gegenüber der ČSR erfülle. Als Coulondre am 8. Juni Litwinow diese Antwort überbrachte, komplizierte der sowjetische Außenkommissar die Sache noch mehr. „Das ist durchaus richtig“, so erklärte er. „Es besteht aber noch die Möglichkeit, daß die UdSSR aus dem einen oder anderen Grunde eingreift, ohne daß sich Frankreich gerührt hat.“<sup>86</sup> Da Litwinow zugleich mit keinem Wort auf die sowjetischen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei im Falle eines deutschen Angriffs einging, kann kein Zweifel daran bestehen, daß er mit seinem Satz nicht einen Alleingang der Sowjetunion zur Verteidigung der ČSR meinte, sondern ein sowjetisches Vorgehen zur Okkupation Polens im Einvernehmen mit dem Dritten Reich. Denn er muß sich darüber im klaren gewesen sein, daß Polen einen Angriff auf die Tschechoslowakei nur nach einem deutschen Angriff, den er jedoch gar nicht erwähnte, wagen konnte. Welch anderen sowjetischen Alleingang kann er im Sinn gehabt haben als den Mißbrauch des deutsch-tschechoslowakischen Krieges zum isolierten Angriff auf Polen?

So kann es nicht überraschen, daß der Appell, den der amerikanische Botschafter in Paris während der Maikrise an Roosevelt richtete, die tschechoslowakische Frage dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag vorzulegen, von dem Wunsch motiviert war, „die Bolschewisten jenseits der Sümpfe zu lassen, welche die Sowjetunion

<sup>84</sup> Robert Coulondre, *Von Moskau nach Berlin 1936–1939*, Bonn 1950, S. 221; Celovsky, *Münchener Abkommen*, S. 207.

<sup>85</sup> Litwinow wollte erzielen, daß „Frankreich zuerst den französisch-polnischen Pakt kündigte und danach der UdSSR volle Handlungsfreiheit gegenüber Polen zusicherte“, urteilt richtig Sven Allard, *Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Außenpolitik 1930–1941*, Bern/München 1974, S. 82.

<sup>86</sup> Coulondre, *Von Moskau nach Berlin*, S. 222.

von Europa trennen und dessen eigentliche Ostgrenze bilden<sup>87</sup>. Daladier erwartete von der sowjetischen Unterstützung der Tschechoslowakei gegen Hitler: „In die menschenleeren, verödeten Kriegsgebiete würden dann Kosaken- und Mongolenherden einziehen und Europa eine neue ‚Kultur‘ bringen. Dies müsse verhütet werden, auch wenn es große Opfer koste.“<sup>88</sup> Man darf freilich nicht übersehen, daß die Furcht vor der Sowjetisierung den westlichen Staatsmännern und Diplomaten auch als Rechtfertigung der Beschwichtigung Hitlers auf Kosten der ČSR diente.

Doch Litwinow hörte selbst nach der französischen Absage nicht auf, seine „Initiative“ zu wiederholen und dabei Prag über den Hintergrund seiner Fragen zu täuschen. Am 9. Juni sprach er gegenüber Fierlinger und Coulondre nicht mehr von einer sowjetischen Invasion Polens, sondern von einer sowjetischen Hilfeleistung an die Tschechoslowakei, sollte diese von Polen angegriffen werden. Coulondre mußte natürlich zugeben, daß in solchem Falle der Bündnispakt Paris-Warschau ungültig würde, fragte jedoch verwundert, weshalb denn Litwinow eigentlich mit einer derartigen Hypothese herausrücke<sup>89</sup>. Ebenso wurde in Paris Osuský von Surić über den wahren Sinn der sowjetischen Anfrage irregeführt. Er persönlich habe im Quai d'Orsay nur die Einstellung Frankreichs für den Fall sondieren wollen, daß auch Polen die Tschechoslowakei angreife; nach Meinung des falsch informierten Czerin-Palais bemühten sich also die Sowjets keineswegs um die Erkundung der französischen Einstellung hinsichtlich einer sowjetischen Invasion Polens, sondern lediglich im Hinblick auf einen polnischen Überfall auf die ČSR, der mit der deutschen Aggression koordiniert sei<sup>90</sup>. Nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal betrieb Moskau gegenüber Paris und Prag ein Doppelspiel, um bei seinen Verbündeten entgegengesetzte, sich wechselseitig ausschließende Auffassungen und Ungewißheit zu nähren.

Die westlichen Beobachter waren sich im politisch brisanten Hochsommer 1938 darin einig, daß sowjetische Hilfe für die Tschechoslowakei mit deren Sowjetisierung identisch wäre. So arbeitete Chilston eine komparative Studie aus, um festzustellen, ob für Großbritannien der Nationalsozialismus oder der Bolschewismus gefährlicher sei. Er wertete die nazistische Gefahr als akut, erklärte aber den Bolschewismus in langfristiger Perspektive für gefährlicher<sup>91</sup>. Diese Einstellung war typisch für die britische Politik. Dementsprechend ist Chamberlains Ausspruch

<sup>87</sup> Bullitt an Roosevelt am 22. 5. 1938, in: FRUS 1938/I, Washington 1955, S. 509.

<sup>88</sup> Botschafter Graf Welzeck an das AA am 23. 5. 1938, in: ADAP, Ser. D, Bd. II, S. 258.

<sup>89</sup> Fierlinger an das MZV am 18. 6. 1938, in: AMZV Prag, Moskau 1938, NR. 74/90494/II/38. Angesichts von Fierlingers bekannter, tendenziös sowjetfreundlicher Berichterstattung ist es jedoch keineswegs auszuschließen, daß er Litwinows Ausdrucksweise verfälscht hat, um in Prag nicht Beunruhigung wegen der polnischen Invasionsabsichten Moskaus hervorzurufen. Dafür spräche der ganz anders lautende Bericht Coulondres über das gleiche Gespräch, wonach Litwinow die Möglichkeit einer selbständigen Intervention, doch nicht gegen Deutschland, sondern gegen Polen, andeutete; in: DDF, 2e Série, Bd. X, Paris 1976, S. 6.

<sup>90</sup> Krofta an Fierlinger am 26. 6. 1938, in: AMZV Prag, Kab. 1938, Nr. 2349.

<sup>91</sup> Chilston an Vansittart am 11. 6. 1938, in: PRO London, FO 371, Vol. 22288, R 3621.



gegenüber Daladier zu deuten, der im Sommer 1938 in Paris zirkulierte: „Es wäre ein Unglück, wenn die Tschechoslowakei mit Sowjethilfe gerettet würde.“<sup>92</sup> Schulenburg begründete Ende August die deutliche Reduzierung der sowjetischen Hilfsbereitschaft mit dem Bestreben, am Schluß des Krieges über eine „intakte Armee“ zu verfügen, damit die UdSSR am Kriegsende „der einzige Nutznießer“ sein werde<sup>93</sup>. Bezeichnend war auch Coulondres Erklärung gegenüber Schulenburg aus den gleichen Tagen: „Ich hoffe von Herzen, daß es zu keinem deutsch-französischen Konflikt kommt. Sie wissen ebenso gut wie ich, für wen wir arbeiteten, wenn wir uns in die Haare geraten.“<sup>94</sup> Ebenso erwartete Bullitt in Paris am 31. August, die Sowjetunion werde sich in einer allgemeinen Konflagration so wenig wie möglich engagieren, um nach Kriegsende das erschöpfte Europa in eine Revolution stürzen zu können<sup>95</sup>.

Die tschechoslowakische Führung sah die Sowjetisierungsfahr ebenfalls und daher war ihre Haltung widersprüchlich: Einerseits wünschte sie die sowjetische Intervention im erwarteten Krieg mit Deutschland, andererseits fürchtete sie die Präsenz der Sowjetarmee im Lande. Diese Angst formulierte General Syrový, der Generalinspekteur der ČSR-Armee: „Wir wünschen nicht, die Russen hier zu haben. Wir werden sie nie wieder herausbringen können.“<sup>96</sup> Auch bei Beneš selbst ist der Widerspruch zu beobachten: So kritisierte Bonnet Mitte Juli mit Recht Beneš „gefährliches“ Interesse an der Sowjethilfe<sup>97</sup>, andererseits wünschte auch Beneš keine Präsenz sowjetischer Landstreitkräfte auf tschechoslowakischem Territorium und wollte die Sowjethilfe auf die Entsendung von Luftstreitkräften beschränken<sup>98</sup>. Nicht zuletzt sollten, so wurde vermutet, Angehörige der ČSR-Armee für Moskaus Bestrebungen eingespannt werden; so jedenfalls ein sonst freilich nicht verifizierbarer Bericht der deutschen Abwehr, wonach vierhundert bis fünfhundert nicht näher bezeichnete „Tschechen“ in die UdSSR entsandt werden sollten, um in Kiew von der NKVD „für Sonderdienste“ im Kriegsfall ausgebildet zu werden. Für die regelrechte „politische Schulung“ seien insbesondere Leute aus der Karpatho-Ukraine vorgesehen, die den Kern des „politischen Personals“, das dem sowjetischen Aufmarschstab zugeteilt werden solle, zu stellen hätten; andere Teilnehmer an diesen Kursen würden noch vor Kriegsausbruch in die Tschechoslowakei zurückkehren<sup>99</sup>.

<sup>92</sup> Bernd-Jürgen Wendt, München 1938: England zwischen Hitler und Preußen, Frankfurt 1965, S. 109.

<sup>93</sup> Schulenburg an das AA am 26. 8. 1938, in: ADAP, Ser. D, Bd. II, Nr. 396, S. 503; Aufzeichnung Asthon-Gwatkins vom 26. 8. 1938, in: DBFP, 3rd Ser., Vol. II/1938, London 1949, S. 167; Chilston an L. Collier im FO am 23. 8. 1938, in: DBFP, ebenda, S. 140.

<sup>94</sup> Schulenburg an Unterstaatssekretär Woermann am 22. 8. 1938, in: ADAP, Ser. D, Bd. II, S. 479 f.

<sup>95</sup> Phipps an Halifax am 2. 9. 1938, in: DBFP, 3rd Ser., Vol. II/1938, S. 219.

<sup>96</sup> John W. Wheeler-Bennet, Munich: Prologue to Tragedy, London 1948, S. 81.

<sup>97</sup> Phipps an Halifax am 16. 7. 1938, in: DBFP, 3rd Ser., Vol. II/1938, S. 502.

<sup>98</sup> Václav Král, Historická literatura o Mnichovu (Historische Literatur über München), in: ČsČH 22 (1974), S. 40 f.

<sup>99</sup> Agenturmeldung der Abwehr vom 15. 8. 1938, Allg. Wehrmachtsamt, in: Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg (BA/MA) RW 6, Bd. 104.

Dieser Bericht klingt phantastisch, und die hohe Personenzahl scheint in der Tat erheblich übertrieben; auch dürfte es sich wohl kaum um tschechoslowakische Soldaten gehandelt haben, sondern viel eher um ausgewählte KPČ-Mitglieder, deren „Sonderdienste“ ohne Zweifel darin bestanden hätten, die bewaffnete Verteidigung der ČSR in die Etablierung der Sowjetmacht umzufunktionieren.

Daß ein solcher Plan tatsächlich bestanden hat und der Abwehr-Bericht nicht einfach als Phantasieprodukt abgetan werden kann, bestätigen zwei erstrangige Quellen sowjetischer Provenienz. In seiner Leningrader Wahlrede erklärte Litwinow am 23. Juni 1938: „Die westliche Bourgeoisie scheut das Kriegsrisiko aus Furcht vor den politischen Forderungen der Arbeiter- und Bauernklasse, die ... mit größter Hartnäckigkeit nach einem neuen Krieg ihre Errungenschaften verteidigen würde. Hinzu kommt die Befürchtung, daß als notwendiges Gleichgewicht im Kampf gegen die Aggressorstaaten die Mitwirkung der Sowjetunion unvermeidlich sei und sich das ... auf die innenpolitischen Verhältnisse in einem den reaktionären Kreisen ungünstigen Sinne auswirken könne.“<sup>100</sup> Die hier noch eher angedeutete Absicht, den drohenden Krieg unter Beteiligung der Sowjetunion in einen Kampf für die Sowjetisierung pluralistischer innenpolitischer Strukturen zu verwandeln, kam ohne Umschweife im politischen Referat Alexej A. Schdanows – Moskauer Politbüro-Mitglied, Chef der wichtigen Leningrader KPdSU-Organisation und 1938 potentieller Nachfolger Stalins – auf der Prager Plenarsitzung des ZK der KPČ am 20./21. August 1938 zum Ausdruck. Schdanow erklärte dort: „Wenn der Krieg ausbricht, ... ist es die Pflicht der Kommunisten, mit allen Kräften zu versuchen, die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und damit die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft im eigenen Lande zu beschleunigen ... Eine große politische Rolle wird dabei die Teilnahme der Roten Armee an dem Konflikt spielen ... Der Überfall auf die Tschechoslowakei durch den deutschen faschistischen Aggressor und der sich gegen diesen Überfall wehrende Krieg der nationalen Bourgeoisie muß den Charakter eines Befreiungskrieges annehmen, in den die Arbeiterklasse und die Kommunisten eingreifen müssen ... Hier seht ihr, Genossen, daß Hitlers Überfall auf die Tschechoslowakei nicht nur zum Vorabend des Endes der faschistischen Übermacht wird, sondern auch das Ende der Herrschaft der Bourgeoisie und der Ausbeuter in eigenem Lande bringen wird. Daß das Volk, das sich an der Seite der Roten Armee in der Verteidigung der nationalen Freiheit gegen den faschistischen Angreifer schlagen wird, daß dieses Volk, angeführt von den Kommunisten, in dieser Situation die Freiheit von der Vorherrschaft seiner eigenen Bourgeoisie erkämpfen wird.“<sup>101</sup> Einer der ranghöchsten sowjetischen Parteifunktionäre legte hier den

<sup>100</sup> Schulenburg an das AA am 27. 6. 1938, in: PA/AA, Anlage, Polit. Abt. V/464, Rußland 1, Allgemeine auswärtige Politik Rußlands, Bd. 1.

<sup>101</sup> Protokoll der Sitzung des ZK der KPČ unter Anwesenheit der Kominternmitglieder Pollit, Cachin und Schdanow, Prag 20.–21. 8. 1938, in: Archiv des Institutes für Geschichte der KPČ (AÚD KPČ) Prag F 110/45, Bd. 19, Az. 317, hier abgedruckt als Anhang 3.

tschechoslowakischen Kommunisten unverblümt ein Rezept vor, wie sie den Verteidigungskrieg gegen Hitler zum bewaffneten Sturz des demokratischen Systems in der ČSR zu mißbrauchen hätten, die Staatsverteidigung zur Etablierung der Sowjetmacht in der Tschechoslowakei. Der Zusammenhang mit Woroschilows Drohungen vom Vorjahr ist unverkennbar. Nach Schdanows Auftritt dürften keine Zweifel mehr bestehen, daß es den Sowjets bei der Gewährung ihrer Hilfe einzig und allein um die Machtergreifung in Prag gegangen wäre.

Es ist nicht ganz klar, ob es mit Schdanows Prager Aufenthalt zusammenhing oder aber auf eine eigenständige Initiative der KPČ zurückzuführen ist, daß die KPČ bereits eine Woche vor Schdanows Auftritt daran ging, eine „jakobinische“ Bewegung zur Verteidigung der Tschechoslowakei zu institutionalisieren, und zwar durch die Bildung von „ständigen Komitees zur Verteidigung der Republik“ mit kommunistischer Majorität – also von Räten unter einem anderen Namen<sup>102</sup>. Die Schaffung solcher Sowjets kam jedoch nur langsam voran. Noch schwieriger gestaltete sich die Gründung eines gesamtstaatlichen Komitees als eines Zentralorgans zur Steuerung des Sowjetisierungsumsturzes, und Dimitroff kritisierte auf der EKKI-Sitzung vom Ende Dezember 1938 die KPČ dafür, daß sie den Aufbau ständige Komitees nicht schon während der Maikrise eingeleitet hatte<sup>103</sup>.

In der ersten Phase der Septemberkrise nahm in Europa die Furcht vor der Sowjetisierung sowohl der ČSR als auch eines weiteren europäischen Umfelds noch zu. So tat Bonnet Anfang September Suriés Rüge, der Quai d'Orsay konsultierte nur die Downing Street und überhaupt nicht den Kreml, mit der charakteristischen Bemerkung ab, „Rußlands einziger Wunsch besteht darin, einen allgemeinen Krieg in der verworrenen Lage zu entfachen, in der es im Trüben fischen will ... Es ist Rußlands größter Wunsch, eine allgemeine Konflagration zu provozieren, in der es selbst aber nur zu einem geringen Teil mitspielen will, ... danach aber wie ein Phönix aus unser aller Asche steigen und eine Weltrevolution entfesseln wird“<sup>104</sup>. Diese Ansicht teilte auch der Pariser Botschafter der USA, Bullitt. Daladier scheute einen Krieg, weil er glaubte, daß „nach Kriegsende ... der Ausbruch der Revolution ohne Rücksicht auf Sieger und Besiegte in Frankreich ebenso sicher ist wie in Deutschland und in Italien“<sup>105</sup>. Bullitt fügte dem hinzu, daß die Sowjetunion sich „nach der Schwächung des europäischen Kontinents eine Gelegenheit, die Weltrevolution in unsere Länder zu tragen, nicht entgehen lassen würde“<sup>106</sup>. Bonnet gab übrigens erst 1961 offen zu, das Ziel seiner Politik habe 1938 darin bestanden, Deutschland in einen Krieg mit der UdSSR zu verwickeln, während Frankreich seine Kräfte bis

<sup>102</sup> Zirkular des Sekretariats des ZK der KPČ vom 13. 8. 1938 an die Bezirkssekretariate der Partei mit der entsprechenden Instruktion, in: Čtělí jsme bojovat, Bd. II, S. 80.

<sup>103</sup> Robert Kvaček, KSČ a vládní koalice v roce 1938 (Die KPČ und die Regierungskoalition 1938), in: ČsČH 19 (1971), S. 173.

<sup>104</sup> Phipps an Halifax am 2. 9. 1938, in: DBFP, 3rd Ser., Vol. II/1938, S. 219.

<sup>105</sup> Phipps an Halifax am 8. 9. 1938, in: DBFP, ebenda, S. 270; Deutsche Botschaft (Bräuer) an das AA am 7. 9. 1938, in: ADAP, Ser. D, Bd. II, S. 569.

<sup>106</sup> Phipps an Halifax am 2. 9. 1938, in: DBFP, ebenda.

Kriegsende intakt halten sollte; er habe nämlich schon 1938 vorausgeahnt, daß nicht Hitler-Deutschland, sondern die Sowjetunion die eigentliche Gefahr für Europa darstellte<sup>107</sup>. Engländer, die in der ersten Septemberhälfte Prag besuchten, gaben den tschechoslowakischen Militärs zu verstehen, daß eine Sowjethilfe an die ČSR wegen der Sowjetisierungsgefahr „im Westen eine sehr unwillkommene Sache sein würde“<sup>108</sup>.

Die Sowjets haben ihre Sowjetisierungspläne indirekt selbst eingestanden, indem sie in auffallender Weise versuchten, die Furcht der Westmächte vor einer Sowjetisierung zu zerstreuen – eine Furcht, die sie dem Westen als Motiv für sein Desinteresse an einer Koalition mit der Sowjetunion unterstellten. Der sowjetische Botschafter in Paris beispielsweise schrieb schon am 3. September nach Moskau: „Einer der [französischen] Minister (ich vermute, es war Chautemps) sagte im Kabinett, er habe aus den Gesprächen mit den verantwortlichen Engländern den Eindruck davongetragen, daß sie am meisten die Intervention der UdSSR in die europäischen Angelegenheiten fürchten, und zwar auf Grund ihrer Angst, der Erfolg der sowjetischen Waffen könnte dem Kommunismus den Weg nach Mitteleuropa ebnen.“<sup>109</sup> Potëmkin, Litwinows Stellvertreter, sah Mitte September die Pariser Abneigung gegen eine Anwendung des französisch-sowjetischen Paktes in der französischen Furcht „vor sozialen Folgen für die Innenpolitik“ begründet und motivierte Moskaus Zurückhaltung gegenüber Prag mit dem sowjetischen Bestreben, es den westlichen Appeasern unmöglich zu machen, mit „der These zu operieren, der Bürgerkrieg in der Tschechoslowakei [sic!] sei von Moskau hervorgerufen worden“. Ferner erklärte Potëmkin, daß „die Sowjetunion dem Verdacht entgegen möchte, sie ziehe Europa absichtlich in einen Konflikt hinein, an dem sie sich schließlich nicht beteiligen und den sie lediglich zur subversiven Propaganda mißbrauchen werde“<sup>110</sup>. Man darf alle diese Hinweise sicherlich nicht überbewerten und sie als direkte Beweise für Moskaus Sowjetisierungspläne verstehen, doch liefern sie immerhin starke Verdachtsmomente.

Indes besitzen wir ein Schlüsseldokument, das schlagend nachweist, wie die Sowjets auf dem Höhepunkt der Septemberkrise tatsächlich versuchten, ihre Absicht zur Sowjetisierung der Tschechoslowakei in die Tat umzusetzen. Am 14. September entsandte die Komintern ihren Generalsekretär Georgi Dimitroff in die Tschechoslowakei, der dabei helfen sollte, mit subversiver Propaganda den bewaffneten Kampf der ČSR gegen die deutsche Aggression in einen Kampf für die Errichtung der Sowjetmacht umzufunktionieren. Um Dimitroffs Tätigkeit zu erleichtern, entsandte die Komintern Mitte September und knapp danach „mehrere Gruppen politi-

<sup>107</sup> Georges Bonnet, *Le Quai d'Orsay sous trois républiques*, Paris 1961, S. 244.

<sup>108</sup> Emanuel Moravec, *Das Ende der Benesch-Republik. Die tschechoslowakische Krise 1938*, Prag 1941, S. 329 ff. Der Verfasser, Oberst im Generalstab, war erstklassiger Militärtheoretiker, degenerierte jedoch nach 1939 zu einem Nazi-Kollaborateur der übelsten Sorte.

<sup>109</sup> Surič an Narkominděl am 3. 9. 1938, in: *Dokumenty k historii mnichovského diktátu 1937–1939* (Dokumente zur Geschichte des Münchener Diktats 1937–39), Prag 1979, S. 184.

<sup>110</sup> Fierlinger an Krofta am 17. 9. 1938, in: *AMZV Prag, Moskau 1938*, Nr. 117/135942/II/38.

scher Kommissare“, Sowjetagenten also, aus der UdSSR über Rumänien in die Tschechoslowakei<sup>111</sup>. In Prag versuchte Dimitroff, „den äußersten Widerstand gegen jede Konzession in der sudetendeutschen Frage“ unter Studenten, jungen Offizieren, linksliberalen Journalisten, linken Sozialdemokraten und den Arbeiter- und Gewerkschaftsfunktionären zu organisieren. Dabei „sei ihm das etwaige Schicksal der jetzigen tschechoslowakischen Regierung, ... ja des politischen Systems der Tschechoslowakei und sogar des tschechoslowakischen Staatswesens an sich völlig gleichgültig. Sogar eine Militärdiktatur erscheine ihm nicht unerwünscht, nur um bei den dann entstehenden chaotischen Zuständen ... das Weltrevolutionsprogramm der Komintern durchzuführen. Das Sprungbrett dazu solle die Installation des Rätessystems in der Tschechoslowakei nach dem Vorrücken der Roten Armee auf deren Gebiet bilden. Auf diese Weise wolle Dimitroff bzw. die Komintern den bewaffneten Widerstand der Tschechoslowakei ... umfunktionieren, um den ersten starken Stützpunkt und zugleich die Entfaltungsbasis des Sowjetsystems in Zentraleuropa zu schaffen.“<sup>112</sup>

Hier ist also bereits ein konkreter Versuch zu verzeichnen, die Situation von 1945 vorwegzunehmen. Die unmittelbaren Folgen einer sowjetischen militärischen Unterstützung der vom NS-Reich überfallenen Tschechoslowakei wären nicht anders gewesen als später die Konsequenzen der militärischen Befreiung der ČSR von der Nazi-Herrschaft. Man darf mit aller Vorsicht die Hypothese aufstellen, daß „nur“ das Ausbleiben des deutsch-tschechoslowakischen Krieges die Sowjetunion daran hinderte, den von Dimitroff ausgeklügelten Plan zu realisieren. In diesem Zusammenhang ist an Schdanows Programmforderung auf der ZK-Sitzung der KPČ vom 20./21. August zu erinnern; Dimitroffs Aktivität mitten in der tatsächlichen Krise entfaltete nur auf der Ebene der praktischen Aktion jene Postulate, die Schdanow der KPČ am Beginn der Krise auferlegt hatte. Danach kann kein Zweifel mehr bestehen, daß es den Sowjets tatsächlich nicht um Hilfe gegen Hitler ging, sondern schlicht um die Machtergreifung in Prag.

Eine Woche nach Dimitroffs Ankunft in Prag, am 21. September, kam es zur ersten tschechoslowakischen Kapitulation vor dem berüchtigten nächtlichen Ultimatum der Westmächte, das ein totales Desinteresse am weiteren Schicksal der Tschechoslowakei androhte, falls das Sudetenland nicht an Deutschland abgetreten werde. War auch diese Kapitulation von der Sowjetisierungsgefahr mitbestimmt?

<sup>111</sup> Fabricius an das AA am 20. 9. 1938, in: PA/AA, Büro Staatssekretär, Tschechoslowakei, Bd. 4.

<sup>112</sup> „Tätigkeit der Komintern“; Deutsche Botschaft (Bräuer) an das AA am 20. 9. 1938, in: PA/AA, Botschaft Paris, 480 S, Rußland, Bd. 22, hier abgedruckt als Anhang 4. Die Bestätigung dieses Berichtes findet man im nachträglich verfaßten Bericht des Prager Innenministeriums über Dimitroffs Prager Aufenthalt (bis zum 3. 10. 1938) vom 8. 10. 1938, in: SÚA Prag, Nr. 10234, PMV 1931–1940. Oldřich Janeček behauptet, Dimitroff sei zu dieser Zeit in der UdSSR gewesen, er geht dabei jedoch nur von den Dokumenten der illegalen bulgarischen KP aus, die uns nicht authentisch erscheinen; Pokyny Jiřího Dimitrova k činnosti Komunistické Internacionály na pomoc boji ČSR proti fašismu (Die Weisungen G. Dimitroffs für die Tätigkeit der Kommunistischen Internationale im Kampf der ČSR gegen den Faschismus), Příspěvky k dějinám KSČ 4 (1963), S. 860–887.

Und suchten die Sowjets die chaotische Stimmung der tschechischen Gesellschaft – zwischen Depression und Empörung schwankend – zur Entwicklung neuer Sowjetisierungsmaßnahmen auszunutzen? Es existieren stichhaltige Beweise, daß Beneš selbst und die übrigen tschechoslowakischen Führer in der am 21. September entstandenen internationalen Lage eine sowjetische Alleinhilfe als einen Vorgang mit unabsehbaren Folgen beurteilten und daß die Aussicht, die Tschechoslowakei werde den Kampf gegen das Dritte Reich ausschließlich mit sowjetischem Beistand bestreiten müssen, die Kapitulation Prags sogar entscheidend motivierte. In Prag herrschte eine geradezu panische Furcht, eine isolierte Kriegskoalition der ČSR mit der UdSSR werde unter der Parole eines Kreuzzuges gegen den Bolschewismus nicht nur den politischen Widerstand des Westens heraufbeschwören, sondern unter Umständen darüber hinaus eine aktive militärische Unterstützung Deutschlands gegen die tschechoslowakisch-sowjetische Front zur Folge haben. Man hegte also die Befürchtung, die politische Kooperation der vier Mächte Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich könnte in eine Kriegskoalition übergehen, unter deren Schlägen die Tschechoslowakei auf sehr lange Zeit zum völligen Untergang verurteilt wäre<sup>113</sup>.

So erklärte Fierlinger am 21. September in Moskau, es sei verständlich, wenn sich die UdSSR zurückhielte, der Tschechoslowakei allein zu Hilfe zu kommen, „in einer Form, welche seitens der deutschen Regierung als ein kommunistischer Putsch charakterisiert werden könnte und nur die Erfahrung Spanien wiederholen würde“<sup>114</sup>. Beneš selbst war bei seiner Entscheidung überzeugt, daß „wir in diesem Augenblick einen Krieg nur an der östlichen Front zusammen mit der Sowjetunion nicht wagen können und in unserem Interesse sowie im Interesse der Sowjetunion nicht einmal wagen dürfen . . . Wären wir sofort alleine mit Unterstützung der Sowjetunion in den Krieg mit Deutschland eingetreten, wäre mit diesen Folgen zu rechnen gewesen: a) Die ganze westliche Welt hätte . . . geglaubt, Hitler habe Recht mit seiner Propaganda, die Tschechoslowakei sei ein Instrument zur Bolschewisierung Mitteleuropas, und hätte sich gleich gegen uns gewandt . . . c) der mörderische Plan gewisser westlicher reaktionäre Kreise – den Nazismus um jeden Preis in einen Krieg gegen den Bolschewismus einzuspannen . . . und Deutschland dadurch . . . völlig an Mittel- und Osteuropa zu fesseln . . . – wäre endlich mit Hilfe der Tschechoslowakei verwirklicht worden. Ich schloß nicht einmal die Eventualität aus, daß sich die reaktionären Kräfte der westlichen Demokratien sogar zu einer unmittelbaren Hilfe für Deutschland gegen Rußland hätten hinreißen lassen.“<sup>115</sup>

Erst 1943 aufgestellt, kann die Analyse Benešs als eine nachträgliche Konstruk-

<sup>113</sup> B. G. D. Laffan, *The Crisis over Czechoslovakia: January to September 1938*, in: *Survey of International Affairs 1938*, Bd. 2, Oxford 1951; Edvard Táborský, *The Triumph and Disaster of Edvard Beneš*, in: *Foreign Affairs 36* (1957/58), S. 672; Robert D. Warth, *Soviet Russia in World Politics*, New York 1963, S. 211; Hubert Ripka, *Munich: Before and After*, London 1939, S. 83 ff., 146.

<sup>114</sup> USA-Geschäftsträger Kirk an das State Department am 21. 9. 1938, in: *FRUS 1938/I*, S. 633 f.

<sup>115</sup> Edvard Beneš, *Mnichovské dny* (Münchener Tage), Prag 1968, S. 318 ff. Die gleiche Perspektive entfaltete Beneš in seinen *Úvahy o slovanskvi* (Überlegungen zum Slaventum), London 1944, S. 245 ff.

tion zur Rechtfertigung eines Politikers wirken, der sich seiner Verantwortung für die Kapitulation entziehen möchte, sie spiegelt jedoch zweifellos sein Denken am 21. September 1938 wider und wird sowohl in späteren historischen Darstellungen, deren Verfasser die Überlegung Benešs nicht kennen konnten<sup>116</sup>, als auch in den zeitgenössischen Aussagen anderer tschechoslowakischer Politiker voll bestätigt. In der Kabinettsitzung am 21. September erklärte Ministerpräsident Hodža, daß „die Alleinhilfe des bolschewistischen Rußland die ganze westliche Welt gegen uns gestellt hätte“<sup>117</sup>, und Außenminister Krofta führte auf einer Pressekonferenz am selben Tag aus: „Wenn nur die UdSSR gekommen wäre, wäre dadurch ganz Europa gegen uns aufgehetzt . . . Es wäre Wahnsinn, wenn wir das tun würden.“<sup>118</sup> Daß Benešs Besorgnisse tatsächlich der Kalkulation der Prager Führung am 21. September entsprachen, bezeugte übrigens besonders klar Hubert Ripka, Benešs außenpolitischer Vertrauter, in einem wenige Wochen nach München entstandenen Bild der Ereignisse<sup>119</sup>. Auch ein damaliger politischer Außenseiter, der ursprünglich rechtsgerichteten Kreisen angehört hatte und zu einem harten Kritiker der Münchner Kapitulation werden sollte, wies im Sommer 1940 darauf hin, daß es „Frankreich und Großbritannien nicht hätten zulassen können, daß die Sowjetunion in Osteuropa selbständig siegte und dort unabhängig entschied“<sup>120</sup>.

Beneš sah aber eine zweifache Gefahr, wie er mit der Frage zeigte: „Sollte man versuchen, offen ausschließlich mit Rußland zu gehen und alle Konsequenzen daraus auf sich zu nehmen, inklusive einer bolschewistischen Revolution im mitteleuropäischen Raum bei gleichzeitigem Widerstand des Westens?“<sup>121</sup> Hier tritt der eigentliche Kern der Sache klar zu Tage. Wenn die Tschechoslowakei versucht hätte, sich durch eine enge Bindung an die Sowjetunion vor Hitler zu retten, hätte sie angesichts des Widerstands im Westen gegen eine Sozialrevolution in Mitteleuropa in jedem Falle den kürzeren gezogen und gebüßt – entweder durch den Untergang des Staates im Falle eines siegreichen deutsch-westlichen Kreuzzugs gegen die Sowjetunion oder aber durch die Sowjetisierung des eigenen Staates unter Erhaltung der formalen Souveränität im Falle des Mißlingens eines antisowjetischen (und antischechoslowakischen) Krieges.

Allerdings waren nicht alle in Prag so weitsichtig. In der Nacht vom 20. auf den 21. September soll Dr. Drtina, Benešs persönlicher Sekretär, gegenüber dem Staats-

<sup>116</sup> Frederick L. Schuman, *Soviet Politics at Home and Abroad*, New York 1946, S. 286; Wheeler-Bennett, *Munich*, S. 175.

<sup>117</sup> Protokoll der außerordentlichen Regierungssitzung am 21. 9. 1938, in: SÚA Prag, PMR, XVII/41.

<sup>118</sup> Kroftas Erklärung auf der Pressekonferenz des Außenministeriums am 21. 9. 1938, in: AMZV Prag, Erörterungen des Ministers, 1938, Kart. 10.

<sup>119</sup> Ripka, *Munich: Before and After*, S. 83 ff., 146 ff.

<sup>120</sup> Bohuslav Palkovský, *Promemoria über die Herbstereignisse 1938 in der Tschechoslowakei an Beneš* am 22. 7. 1940, in: AÚD KSČ Prag, 40, 11–24, 8.

<sup>121</sup> Beneš an Dr. Ladislav Rašín nach Prag, London im November 1938, in: AÚD KSČ Prag, BA II, Anglie 1938, f. 39. In der Nachkriegsveröffentlichung dieses Briefes fehlt dieser Satz; Beneš, *Šest let exilu a druhé světové války* (Sechs Jahre des Exils und des Zweiten Weltkrieges), Prag 1946, S. 22–32.

präsidenten erklärt haben, er befürworte den Widerstand mit Alleinhilfe der Sowjetunion auch um den Preis, daß „bei uns der Kommunismus die Übermacht erlange“; er, Drtina, sei entschlossen, die Rettung des Staates „dem Wunsch, die parlamentarische Demokratie bei uns aufrechtzuerhalten, und einer Kapitulation vorzuziehen“<sup>122</sup>. Drtina war sich also bewußt, daß die Hilfe der UdSSR eine Sowjetisierung der Tschechoslowakei zur Folge haben müßte, doch war er bereit, dies in Kauf zu nehmen, wenn dadurch die territoriale Integrität des Staates gerettet werden konnte. Daß damit die Unabhängigkeit der ČSR – der zweite Hauptzweck des Widerstandes gegen Hitler – gänzlich verlorengehe, kümmerte ihn offensichtlich nicht. Beneš hat diese Spekulation entschieden zurückgewiesen. Aber Drtinias Bekenntnis ist immerhin für die Stimmung jener unsicheren Demokraten bezeichnend, die bereit waren, zwischen Hitler und Stalin zu wählen und die Tschechoslowakei als Preis für ihre Rettung vor der nationalsozialistischen Aggression der Sowjetisierung auszuliefern.

Eine derartige Stimmung unter den radikalen linksorientierten Nichtkommunisten schien der Sowjetisierungsabsicht der KPČ entgegenzukommen. Bis zum 21. September hatte die KPČ noch nicht die Beseitigung der bisherigen Regierung angestrebt, sondern darauf abgezielt, den Wechsel in ihrer Politik und ihrer Zusammensetzung bei gleichzeitiger Institutionalisierung der außerparlamentarischen Sowjets durchzusetzen. In dem Moment aber, als die Regierung am 21. September vor dem westlichen Ultimatum kapitulierte, faßte die KPČ „den Beschluß, unverzüglich Aktionen zu entfalten, um die Regierung zu stürzen“<sup>123</sup>. Am Abend des 21. September vereinbarten neun Vertreter der KPČ-Führung in der Redaktion der linksliberalen Zeitung „Lidové noviny“ mit 25 sozialdemokratischen und volkssozialistischen Mitgliedern der Opposition gegen Beneš die Bildung eines „Komitees zur Verteidigung der Republik“ mit der Funktion eines getarnten zentralen Sowjets. An dessen Spitze wollten die Kommunisten Dr. Ladislav Rašín stellen, einen gegen die Kapitulation eingestellten rechtsgerichteten Abgeordneten, dem sie „die Rolle Kerenskis“ zugeordnet hatten – „absichtlich ließen wir dort Leute aus anderen Parteien auftreten, . . . um dort nicht nur allein aufzutreten“, bezeugt Gottwald<sup>124</sup>. Das Komitee wollte die Basis für eine neue, starke Regierung schaffen, mit der die Landesverteidigung energisch organisiert werden konnte, und es sollte der Öffentlichkeit auf einer Massendemonstration der Prager Bevölkerung am 22. September, mit der man den Rücktritt der Regierung zu erzwingen hoffte, vorgestellt werden. Die Regierung ist allerdings gleich nach der Annahme des franko-britischen Ultimatus zurückgetreten, so daß dem Komitee die Möglichkeit versagt blieb, die Nachfolge anzutreten und die Rätengewalt zu installieren<sup>125</sup>.

<sup>122</sup> Prokop Drtina, *Československo můj osud* (Die Tschechoslowakei mein Schicksal), Bd. I/1, Toronto 1983, S. 112–115.

<sup>123</sup> Gottwalds Referat an der Sitzung des EKKI in Moskau am 26. 12. 1938, in: *Čtělí jsme bojovat*, S. 408.

<sup>124</sup> Ebenda, S. 409.

<sup>125</sup> Kvaček, KSC, S. 175 f.



Über eine Ergänzung des Komitees verhandelte die KPČ noch am Vormittag des 22. September im Parlament mit den Sozialdemokraten und Volkssozialisten, die jedoch, da sie das eigentliche Ziel des Manövers zumindest ahnten, eine zunehmende Vormachtstellung der KPČ befürchteten: sie sprachen von der „Kommunisierung des Volkes“. Der Abgeordnete Prof. Dr. Jaroslav Stránský hatte schon am 21. September im Präsidium der Volkssozialistischen Partei die Notwendigkeit betont, sich auf Benešs Autorität zu stützen; sonst komme „es zur bolschewistischen Zersetzung“; und am 22. September beklagte der Prager Primator Dr. Petr Zenkl, daß „die Kommunisten aus den Ereignissen für ihre machtpolitischen Zwecke Kapital schlagen“<sup>126</sup>. Die ursprünglich geplante Proklamation und Konstituierung des Komitees als des Fundaments einer „jakobinischen“ Regierung schlug deswegen fehl, und das Scheitern des Planes der KPČ bedeutete auch das Ausbleiben eines Versuchs zur Installierung der Sowjetmacht im Staat. Ein solcher Versuch hatte gedroht, denn die KPČ-Führung richtete sich nach ihrer früher schon aufgestellten Maxime, „die Macht nur im Falle eines verlorenen Krieges zu übernehmen, wenn alles zerrüttet und der Staatsapparat geschwächt ist, oder wenn es zur Zersetzung der gesellschaftlichen Ordnung und des Regierungsregimes kommt“<sup>127</sup> – und die zweite Voraussetzung schien im Chaos und in der erregten Stimmung nach der Kapitulation vom 21. September durchaus gegeben sein. Und offensichtlich hatten sich die Sowjets bzw. die Komintern in die KPČ-Pläne aktiv eingeschaltet – bei den Demonstrationen der Volksmassen vor der Prager Burg am 22. September sind 39 „ausländische“ Agenten der Komintern festgenommen worden<sup>128</sup>.

Angesichts der Befürchtungen Stránskýs und Zenkls und angesichts der kommunistischen Arbeit mit der Formel von der „jakobinischen“ Verteidigung ist es bemerkenswert, daß es im bürgerlich-sozialistischen Lager der ČSR nur die linken Sozialdemokraten gewesen sind, die bereits im Frühling 1936, nach dem VII. Parteitag der KPČ, die kommunistische Taktik durchschaut und entlarvt haben. So lehnte Zdeněk Kojecký einen „jakobinischen“ Krieg entschieden ab, weil der „tschechische Arbeiter keine Garantie habe, nicht unter das Joch Hitlers zu geraten, wenn er die Verteidigung seines Landes durch eine revolutionär-aufständische Taktik schwächen würde“, und weil es in der ČSR „für einen jakobinischen Krieg keine Voraussetzungen gibt“, da „dem tschechoslowakischen Proletariat gar keine Zeit bliebe, zuerst mit seinen Klassenfeinden und seinen Girondisten abzurechnen“<sup>129</sup>. Der Verfasser scheint allerdings den Sinn des Begriffs „jakobinischer Krieg“ in kommunistischer Auffassung ebensowenig richtig begriffen zu haben wie die Absicht der KPČ, der

<sup>126</sup> Protokolle der Sitzungen des Präsidiums der Tschechoslowakischen Volkssozialistischen Partei vom 21. und 22. 9. 1938, in: Archiv der Tschechoslowakischen Sozialistischen Partei Prag.

<sup>127</sup> Senator František Nedvěd an Gottwald am 29. 1. 1936, in: AÚD KSČ Prag, f. 48, Akte Nedvěd, III/2.

<sup>128</sup> Geschäftsträger Hencke an das AA am 23. 9. 1938, in: PA/AA, Büro Staatssekretär, Tschechoslowakei, Bd. 4.

<sup>129</sup> Zdeněk Kojecký, K diskusi o Internacionále a válce (Zur Diskussion über Internationale und Krieg), *Dělnická osvěta* Jg. XXII, Nr. 3 vom 15. 3. 1936, S. 73–79.

Machtergreifung vor der Landesverteidigung Vorrang zu geben. Präziser erfaßte den Kern der Sache ein anderer linkssozialistischer Publizist, dem die Gleichsetzung der „jakobinischen“ Verteidigung mit einem Bürgerkrieg nicht entging: „Die Kommunisten behaupten, daß die ČSR erst dann einer erfolgreichen Verteidigung gegen die faschistische Aggression fähig sei, wenn das Proletariat zuvor mit der eigenen Bourgeoisie abrechne. In den Vorstellungen der Kommunisten geht es also zuerst um die Bildung einer neuen Tschechoslowakei, um irgendeine sozialistische Sowjetrepublik nach dem Vorbild Sowjetrußlands und erst in zweiter Linie um die Verteidigung dieses neuen Staatsgebildes . . . Die Kommunisten beharren also auch künftig auf der Umwandlung des antifaschistischen Verteidigungskrieges in einen Bürgerkrieg. Was allerdings diese jakobinische Kriegführung für die Tschechoslowakei bedeuten würde, ist allzu klar. Das wäre keine Verteidigung gegen den äußeren faschistischen Angreifer, sondern die Entfesselung eines großen Bürgerkampfes innerhalb des Landes, während der Feind nicht abwarten würde, wie dieser Kampf ausgeht.“<sup>130</sup> Diese weitsichtige Analyse der kommunistischen Pläne stand freilich im nichtkommunistischen Lager der ČSR ziemlich vereinsamt da.

Als die tschechoslowakische Krise nach dem 21. September und um die Godesberger Begegnung Chamberlain-Hitler ihren Höhepunkt erreichte, richtete sich das Moskauer Augenmerk auch wieder auf Polen. Am 23. September eröffnete Potěmkin dem polnischen Gesandten in Moskau, daß die Sowjetunion ihren Nichtangriffspakt mit Polen kündigen werde, falls polnische Kräfte die tschechoslowakische Grenze überschritten<sup>131</sup>. In Prag führte diese Drohung zu übertriebener Euphorie und wurde als eine sowjetische Geste zur Verteidigung der Tschechoslowakei gefeiert<sup>132</sup>, während sowohl die Polen als auch die Deutschen die realpolitische Bedeutung der Sowjetnote beinahe verächtlich herunterspielten<sup>133</sup>. Beide Einschätzungen erscheinen als irrig. Der sowjetische Militärattaché in Paris erklärte noch am 23. September, wenn sich Polen dem deutschen Angriff auf die ČSR anschliesse, werde die Sowjetunion keine andere Wahl haben, als ihre massiven Kräfte ohne Zögern gegen Polen in Bewegung zu setzen<sup>134</sup>. Daß es sich auch diesmal nicht um Unterstützung des bedrohten Verbündeten gehandelt hätte, sondern um einen aggressiven Akt gegen Polen zur Annexion der ostpolnischen Gebiete, zeigt ein zwei Tage später erschienener militanter Artikel der Moskauer „Prawda“. Darin wird die Zugehörigkeit des von Ukrainern und Weißrussen bevölkerten Ostpolen zum polnischen Staat in Frage gestellt und – unter Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechtes – Polen das Recht, über Ukrainer und Weißrussen zu regieren, aus-

<sup>130</sup> Jan Thelen, *Jsou pro obranu Československa – ale jakou?* (Sie sind für die Verteidigung der Tschechoslowakei – aber für welche?), *Nová svoboda* vom 1. 5. 1936, S. 196 ff.

<sup>131</sup> Schulenburg an das AA am 23. 9. 1938, in: ADAP, Ser. D, Bd. II, S. 716.

<sup>132</sup> Hencke an das AA am 25. 9. 1938, in: ebenda, S. 749.

<sup>133</sup> Moltke an das AA am 24. 9. 1938, in: ebenda, S. 738; Schulenburg an das AA am 26. 9. 1938, in: ebenda, S. 757 ff.

<sup>134</sup> Gamelin, *Servir*, S. 348–357; John Erickson, *The Soviet High Command. A Military-Political History 1918–1941*, London 1962, S. 503–506.

drücklich abgesprochen<sup>135</sup>. Endgültige Klarheit brachte am 26. September das sowjetische Außenkommissariat in die Sache. Es warnte Prag nachdrücklich vor Verhandlungen mit Polen und wies daraufhin, die UdSSR „wolle in günstiger Situation versuchen, eine gemeinsame Grenze mit der Tschechoslowakei in Ostgalizien zu erreichen“<sup>136</sup>. Damit kein Irrtum aufkommen konnte, überreichte Potěmkin Fierlinger eine Kartenskizze, auf der das von der Sowjetunion zu annektierende polnische Gebiet minutiös eingezeichnet war. Also ein – 1939 wie 1945 realisiertes – Vorhaben, das dokumentiert, wie Moskau unter dem Deckmantel seiner Bündnisverpflichtungen gegenüber Prag wiederum nur Eroberungsabsichten in Polen verfolgte.

In der letzten Woche der Septemberkrise taucht in sowjetischen Äußerungen immer häufiger „die spanische Variante“ einer Verteidigung der Tschechoslowakei auf: eine Hilfe, die von der Komintern in derselben Stärke, durch dieselben Mittel und auf dieselbe Weise wie im Falle des republikanischen Spanien organisiert werden sollte<sup>137</sup> – wie Krofta schon am 16./17. September erfuhr<sup>138</sup>. „Das praktische Vorgehen der Sowjetunion war mir noch nicht klar“, schrieb Beneš über den Plan einer „spanischen“ Lösung für die Sowjethilfe; er wertete es aber als „eine Katastrophe“, sofern „uns die Sowjetunion nur in dem Ausmaß helfen könnte, in dem sie der Spanischen Republik geholfen hatte“<sup>139</sup>. Das schrieb Beneš zwar erst einige Jahre später, doch schon im November 1938 analysierte er in einem privaten Brief die aussichtslose Perspektive einer Sowjethilfe dieser Art: „Was Rußland betrifft, so war es in den kritischen Tagen klar, daß es seine Verpflichtungen erfüllen würde, natürlich nur wenn Frankreich dasselbe täte . . . Es gab eine große Gefahr, daß Rußland nur Luftstreitkräfte schicken und auf dieselbe Weise wie der Westen warten und die ganze Sache wie ein zweites Spanien, das bei uns einen viel furchtbareren Lauf genommen hätte, behandeln würde.“<sup>140</sup> Und Fierlinger warnte noch wenige Stunden vor der Münchner Konferenz aus Moskau: „Es gibt hier eine ernste Befürchtung, daß bei einer einseitigen Intervention der Sowjets aus der tschechoslowakischen Frage ein Problem wie in Spanien entstünde mit allen furchtbaren politischen Folgen für ganz Europa und insbesondere dann für die Tschechoslowakei.“<sup>141</sup>

<sup>135</sup> „Spiel mit dem Feuer“, in: *Prawda* Nr. 261 vom 21. 9. 1938.

<sup>136</sup> Fierlinger an Krofta am 27. 9. 1938, in: *AMZV Prag, Moskau 1938, Eingänge Nr. 961*; Deutsche Botschaft an das AA am 26. 9. 1938, in: *PA/AA, Botschaft Paris, 480 S, Rußland, Bd. 22*.

<sup>137</sup> Moskau 24. und 26. 9. 1938, Forschungszentrum MZV, in: *AÜD KSČ Prag*; Fierlinger an Krofta am 25. 9. 1938, in: *AMZV Prag, Moskau 1938, Eingänge Nr. 903*; Karel Lisický, *Československá cesta do Mnichova (Der tschechoslowakische Weg nach München)*, Bd. III, London 1956, S. 38–42.

<sup>138</sup> Krofta war schon am 17. 9. 1938 überzeugt, daß „Rußland nur mit Frankreich geht, sonst würde es uns ähnliche Hilfe leisten wie an Spanien“; (Budapest 17. 9. 1938, Forschungszentrum MZV, in: *AÜD KSČ Prag*).

<sup>139</sup> Beneš, *Mnichovské dny*, S. 329.

<sup>140</sup> Beneš an Dr. L. Rašín, London im November 1938, in: *AÜD KSČ Prag, BA II, Anglie 1938, f. 39*.

<sup>141</sup> Fierlinger an Krofta am 29. 9. 1938, in: *AMZV Prag, Moskau 1938, Nr. 146, Az. 147423/II/38*. Auch die Sowjetpresse deutete an, daß sich die Dinge in der ČSR wie in Spanien entwickeln könn-

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß der Spanische Bürgerkrieg von Moskau nur zu Sowjetisierungsversuchen mißbraucht wurde und wie sich die Sowjetagenten in Spanien verhielten. Wir wissen freilich nicht, ob Beneš und die tschechoslowakischen Diplomaten die bereits 1938 erschienene und hier zitierte Dokumentation des Sowjetisierungsterrors in Spanien gekannt haben; sehr wahrscheinlich ist es nicht. Als sicher darf jedoch unterstellt werden, daß sie längst vor der Septemberkrise, wahrscheinlich schon zur Jahreswende 1937/1938, die Berichterstattung sowohl der ausländischen wie auch der inländischen Presse – nicht nur der rechtsgerichteten, sondern auch der liberalen und sozialistischen – über die drastischen Sowjetisierungsaktionen gegen die spanische Linke und über die terroristischen Methoden der sowjetischen Kommissare und Agenten zur Kenntnis genommen hatten. Das konnte in ihnen nur radikale Ablehnung einer „spanischen Variante“ der Sowjethilfe hervorrufen. Man darf getrost die Hypothese aussprechen, daß sich die tschechoslowakische Führung über die Sowjetisierungsgefahr auch im Falle der schwächeren „spanischen Variante“ im klaren war und daß dies zum Desinteresse Prags an einer sowjetischen Alleinhilfe erheblich beigetragen hat.

Daß die Realisierung sowjetischer Hilfe, in welcher Form auch immer, eine akute Sowjetisierungsgefahr mit sich gebracht hätte, ist nicht schwer nachzuweisen<sup>142</sup>. Auch wenn Ripka aus opportunistischen Gründen kurz nach der Münchner Katastrophe behauptete, Prag habe nie vor einer „sogenannten bolschewistischen Gefahr“ Angst gehabt<sup>143</sup>, gibt es zu viele Aussagen, die das Gegenteil beweisen. Gleich nach dem 21. September räumte die tschechische Presse ein, man habe befürchtet, daß die UdSSR in einem europäischen Kriege Siege erringen würde, die ihr „einen erhöhten Einfluß auf dem Kontinent“ verschaffen müßten<sup>144</sup>. Alexan-

ten; Václav Král, *Poznámky k úloze Sovětského svazu v záříjové krizi v roce 1938* (Bemerkungen zur Rolle der Sowjetunion in der Septemberkrise 1938), in: *Československo-sovětské vztahy* (Tschechoslowakisch-sowjetische Beziehungen), Bd. I, Prag 1972, S. 53. Die „spanische Variante“ als die wahrscheinlichste Form der Sowjethilfe läßt auch der sonst tendenziöse Jonathan Haslam zu: *The Soviet Union and the Czechoslovakian Crisis of 1938*, in: *Journal of Contemporary History* 14 (1979), S. 445 f.

<sup>142</sup> Die tschechische kommunistische Literatur gibt diese Gefahr ohne Umschweife zu, auch wenn sie sie in Phrasen wie „starkes Anwachsen des Einflusses der Sowjetunion“ und „möglichen Aufschwung der revolutionären Welle“ oder über „die Installierung der Volksfrontregierung in der ČSR“ hüllt. Vgl. dazu Jiří Hájek, *Die internationale Stellung der Tschechoslowakei in der Münchener Periode*, in: *Die Hintergründe des Münchener Abkommens von 1938*, Berlin (Ost) 1959, S. 48; Václav Král, *O Masarykově a Benešově kontrarevoluční protisovětské politice* (Über Masaryks und Benešs konterrevolutionäre antisowjetische Politik), Prag 1953, S. 179; Čestmír Amort, *SSSR a osvobození Československa* (Die UdSSR und die Befreiung der Tschechoslowakei), Prag 1970, S. 27 ff.; Král, *Spojení československo-sovětské*, S. 433 ff. Daß die Sowjethilfe in dieser Hinsicht „auf jeden Fall politisch maximal riskant war“, darauf wies vom nichtkommunistischen Standpunkt aus Milan Hauner hin: *Září 1938: kapitulovat či bojovat? (September 1938: kapitulieren oder kämpfen?)*, in: *Svědectví* (Das Zeugnis), Nr. 49 (Paris 1975), S. 175.

<sup>143</sup> Ripka, *Munich: Before and After*, S. 433.

<sup>144</sup> *Proč jsme byli opuštěni Západem* (Warum uns der Westen verließ), in: *Lidové noviny* vom 22. 9. 1938.

drowski erklärte am Tage der Münchner Konferenz Benešs Angst vor einem Hilfsappell an die Sowjetunion unverblümt damit, daß „er den Beistand der UdSSR als Mittel einer Verteidigung der Tschechoslowakei als selbstmörderisch für die tschechoslowakische Bourgeoisie betrachtet“<sup>145</sup>. Und um es vorwegzunehmen, keine zwei Monate nach München gestanden die Sowjets zu erstemal ganz offen ihre Absicht, die Karpatho-Ukraine an sich zu reißen<sup>146</sup>.

Ein britischer Historiker wies in einer brillanten Analyse darauf hin, daß die Annahme sowjetischer Hilfe, auch in deren „spanischer Variante“, zwangsläufig zu einem Bürgerkrieg in der ČSR geführt hätte, vor dem Beneš panische Angst hatte<sup>147</sup>. Das wird voll und ganz von Äußerungen Gottwalds nach München bestätigt: „Es war klar, wenn die Tschechoslowakei gegen Hitler kämpfen wollte, würde es ein national-revolutionärer Krieg [d. h.: Bürgerkrieg, I. P.] sein“, erklärte er. Beneš und die tschechoslowakische Führung „sahen, wie der Einfluß der Kommunisten, der Einfluß der Sowjetunion und ihr Prestige anwuchsen. Das mußte den Kommunismus in den Sattel setzen und aus dem Kampf eine ganz andere Tschechoslowakei hervorgehen lassen.“<sup>148</sup> Die Verteidigung der Tschechoslowakei gegen Hitlers Aggression „hätte die Form eines nationalen Befreiungskampfes [wiederum: Bürgerkrieg, I. P.] angenommen“, wobei „das Volk einen weitgehenden Einfluß auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Republik erzwungen hätte“, denn „im Falle eines erfolgreichen nationalen Befreiungskrieges, insbesondere unter Mithilfe der Sowjetunion, wäre das Verhältnis der Klassenkräfte in der Republik tiefgreifender zugunsten des werktätigen Volkes verändert worden“<sup>149</sup>.

In ihren Anstrengungen und Vorbereitungen, eine bewaffnete tschechoslowakische Verteidigung gegen Deutschland in einen Bürgerkrieg umzuwandeln, wurde die KPČ von Moskau unterstützt. Zumindest wissen wir, daß vom 28. September an „auf Veranlassung Moskaus“ ganze Schwärme von Kominternagenten (die allerdings zum Teil aus tschechoslowakischen Kommunisten bestanden) zu tschechoslowakischen Truppen an der Grenze entstandt wurden, „um Agitation im Sinne einer Umfunktionierung des tschechischen Widerstandes gegen das Reich in einen revolutionären Krieg für die Installierung einer Rätcmacht“ zu treiben<sup>150</sup>.

Wallace hat also ganz Recht, wenn er annimmt, im Falle eines Krieges hätte es

<sup>145</sup> Alexandrowski an Narkominděl am 29. 9. 1938, in: Neue Dokumente zur Geschichte des Münchener Abkommens, Prag 1959, S. 140.

<sup>146</sup> Fierlinger an Chvalkovský am 29. 11. 1938, in: AMZV Prag, Moskau 1938, Eingänge Nr. 1350.

<sup>147</sup> Beneš „was also particularly anxious to avoid the fate of Spain, a civil war . . . our outside intervention leading to civil war . . . The arrival of the Red Army could well be the signal for a civil war . . . Czechoslovakia could be taken over by the Communists with Soviet help. Beneš . . . had reason to fear a civil war . . . With Russia on its side Czechoslovakia . . . would end up a Communist state . . .“ William V. Wallace, *Czechoslovakia*, Boulder 1976, S. 210–214.

<sup>148</sup> Gottwalds Referat auf der Sitzung des EKKI in Moskau am 26. 12. 1938, in: *Chtěli jsme bojovat*, S. 412.

<sup>149</sup> Resolution des ZK der KPČ vom 8. 2. 1939, gebilligt am 22. 2. 1939 von dem EKKI, in: ebenda, S. 416.

<sup>150</sup> Hencke an das AA am 30. 9. 1938, in: PA/AA, Büro Staatssekretär, Tschechoslowakei, Bd. 5.

einen „kommunistischen Aufstand“ gegeben, der wiederum einen Bürgerkrieg – mit einer kommunistischen Machtergreifung am Ende – entfesselt hätte. Die ostentativ zur Schau getragene Verteidigungsbereitschaft Moskaus und der KPČ erscheint in der Tat als bloße Maske eines zynischen, perfiden Spiels mit der Existenz des Staates im eigenen machtpolitischen und parteilichen Interesse. Das Jahr 1945 bzw. 1948 war schon 1938 vorprogrammiert<sup>151</sup>.

War sich Beneš dessen bewußt? Nur mit Vorbehalten ist Keith Eubanks Analyse beizupflichten, daß Beneš, ein Mann des Westens, sein Land nicht ins kommunistische Lager führen wollte und daß er, die Isolierung vom Westen befürchtend, erfaßte, die Tschechoslowakei werde im Falle einer alleinigen Unterstützung durch die Sowjetunion auf den Status eines sowjetischen Satelliten und kommunistischen Protektorats absinken – und bei alledem doch nicht die Gewißheit haben, daß die UdSSR die ČSR vor Hitler tatsächlich retten wird<sup>152</sup>. Gewiß, in dem Augenblick, in dem seine zwanzigjährige politische Konzeption zusammengebrochen war, stand Beneš vor einem unlösbaren Dilemma: entweder seinen Staat, als Vorstufe zur völligen Zerstörung, von Hitler verkrüppeln zu lassen oder aber die territoriale Integrität zu bewahren um den Preis der Liquidierung seiner demokratischen Struktur durch eine andere totalitäre Macht<sup>153</sup>. Dies war für ihn eine inakzeptable Alternative: als einer der leidenschaftlichsten Hitler-Gegner in der europäischen Politik seit 1933 konnte er sein Land nicht der NS-Gewalt preisgeben, und als ein Demokrat mit Leib und Seele konnte er nicht das parlamentarische pluralistische System seines Landes opfern. Diese unlösbare Zwangslage sollte auch in seinen politischen Einschätzungen von 1939 und 1940 eine Schlüsselrolle spielen.

Wallaces Analyse wird im übrigen durch die Aktivität der KPČ in den Tagen der Münchner Konferenz durchaus bestätigt. Auf der Sitzung des Politbüros der KPČ am Nachmittag des 29. September wurde beschlossen, den Weg der „jakobinischen“ Landesverteidigung zu betreten, weshalb „die Möglichkeit der Bildung eines gesamtnationalen Rates als eines politischen und organisatorischen Zentrums für den Fall des Versagens der Staatsmacht“ überprüft werden müsse<sup>154</sup>. Einen letzten Schritt zur Wendung der Lage unternahm die KPČ am Vormittag des 30. Septem-

<sup>151</sup> Es ist daher der Ansicht der britischen Botschaft in Moskau zuzustimmen, Moskau suche „an unrivalled opportunity to fish in troubled waters and to extend its influence“ und „the collapse of Germany . . . would lead to Soviet preponderance in Eastern Europe“. Letter from H. M. Embassy on Soviet Policy, Moskau 20.2. 1939, in: DBFP, 3rd Ser., Vol. III, Appendix III, London 1951, S. 611–614.

<sup>152</sup> Keith Eubank, Munich, Oklahoma 1963, S. 223 f.

<sup>153</sup> Die akute Gefahr eines Bürgerkrieges, entfesselt zur Durchsetzung der Sowjetisierung, sieht Edvard Táborský, *President Edvard Beneš between East and West 1938–1948*, Stanford 1981, S. 56–70, merkwürdigerweise nicht. Die Bibliographie dieser sonst erschöpfenden Monographie zeigt, daß dem Verfasser Wallaces Werk von 1976 unbekannt war.

<sup>154</sup> Alena Hájková, *Strana v odboji. Z ilegálního boje KSČ 1938–1942 (Die Partei im Widerstand. Aus dem illegalen Kampf der KPČ 1938–1942)*, Prag 1975, S. 45. Die Verfasserin (S. 47 f.) gibt ausdrücklich zu, daß es der KPČ vor München um den Mißbrauch der Staatsverteidigung zur Machtergreifung ging, ob in eigener Regie oder in Verbindung mit der Sowjethilfe.

ber, als sich die Regierung bereits mit dem Münchner Diktat befaßte: Wieder tauchte der Gedanke auf, eine neue Regierung zur Verteidigung der Republik zu bilden. Zugleich kam es, auf Initiative der KPČ, zu dem Versuch, Syrovýs kapitulantenhafte Regierung durch eine von der KPČ provozierte Demission von vier volkssozialistischen Ministern – die das eigentliche Ziel des Manövers nicht durchschauten – zu torpedieren und dann den Rücktritt des Kabinetts zu erzwingen<sup>155</sup>; bei seiner Intervention in der Präsidiatkanzelei um 10,20 Uhr verlangte denn auch Gottwald die „Rekonstruktion des Kabinetts“<sup>156</sup>. Die KPČ strebte „die Entfesselung einer Massenbewegung“ (wie am 22. September) an, die „durch einen bewaffneten Aufstand die Regierung stürzen“ und zur kommunistischen Machtergreifung führen sollte<sup>157</sup>. Doch alle Anläufe blieben ergebnislos. Einmal stand Moskau am 30. September – im Gegensatz zum 21. September – nicht hinter der KPČ, da die Sowjets angesichts der zu starken Viermächte-Koalition den Sowjetisierungsplan für inaktuell hielten, und außerdem überstürzten sich die Ereignisse derart, daß der KPČ zum Umsturz einfach keine Zeit blieb. Sie war nach der Kapitulation vor dem Münchner Diktat am 30. September um 12,45 Uhr nicht mehr in der Lage, einen bewaffneten Kampf auszulösen und ohne linksbürgerliche Verbündete die Macht zu ergreifen. Sie verfügte weder in den Volksmassen noch in den eigenen Reihen über die unerläßlichen Voraussetzungen, jedes bewaffnete Auftreten hätte sie in die Isolation und in einen aussichtslosen Bürgerkrieg getrieben<sup>158</sup>. Es ist jedoch symptomatisch, daß Gottwald nur einen für die KPČ und für die Sowjetisierung aussichtslosen Bürgerkrieg ablehnte, nicht den Bürgerkrieg an sich. Tatsächlich hatte die KPČ bis zum letzten Moment mit Kampf, nicht mit Kapitulation gerechnet und daher keine Alternative für eine kampflose Niederwerfung des Staates entwickelt. Im Dezember 1938 warf übrigens die Komintern der KPČ vor, die Bildung eines außerparlamentarischen Verteidigungsorgans, das als „pressure group“ zur Beeinflussung der liberalen und sozialistischen Linken hätte dienen können, nicht rechtzeitig versucht zu haben. Und sie beanstandete ferner, daß die KPČ kein System von Organen und Organisationen geschaffen habe, die auf unterer Ebene als machtpolitische Instrumente hätten fungieren und zum Brennpunkt des Bürgerkrieges und der Errichtung der Sowjetmacht in der ČSR hätten werden können<sup>159</sup>.

Für die tschechoslowakische Kapitulation vor dem Münchner Diktat waren aber

<sup>155</sup> Kvaček, KSČ, S. 178 f.

<sup>156</sup> Archiv der Kanzlei des Präsidenten der Republik (AKPR) Prag, T 1533/38.

<sup>157</sup> Gottwalds Referat auf der Sitzung des EKKI in Moskau am 26. 12. 1938, in: *Čtělí jsme bojovat*, S. 397–412; Hájková, *Strana v odboji*, S. 52.

<sup>158</sup> Resolution des ZK der KPČ vom 8. 2. 1939, in: *Čtělí jsme bojovat*, S. 420 f. Auf der Sitzung des Prager Politbüros waren noch am 4. Oktober 1938 wieder die Ansichten zu hören, die KPČ solle sofort die ganze Mitgliederbasis mobilisieren, offensiv auftreten und die Volksmassen mitreißen, sie wurden jedoch von der Mehrheit als „sektierisches und abendteuerliches Vabanquespiel“ abgelehnt; Hájková, ebenda, S. 56. Es wäre interessant zu wissen, wer von den führenden Parteifunktionären diese Alternative, die mit Chaos und mit der Zersetzung kalkulierte, befürwortet hatte.

<sup>159</sup> Hájková, ebenda, S. 54.

nicht die Sowjetisierungsperspektiven im Fall von Widerstand bestimmend, sondern – wie schon am 21. September – die Ängste vor den Folgen einer Annahme der Sowjethilfe. Daß Prag nach München keinen Hilferuf an Moskau gerichtet hat, ist ebenfalls durch die Befürchtung zu erklären, die Tschechoslowakei könne als Werkzeug und Vorhut der Bolschewisierung Europas stigmatisiert und in einem anti-sowjetischen Kreuzzug zerstört werden. Auf der entscheidenden Kabinettsitzung am Mittag des 30. September nannten Beneš und Krofta als Hauptbegründung für die Annahme des Diktats: „Wenn allein Rußland uns zu Hilfe käme, würden alle gegen Rußland ziehen und der Westen ginge gegen uns vor . . . Aus Angst vor dem Kommunismus werden die Engländer und Franzosen mit den Deutschen zusammengehen. Sie fürchten den Krieg, insbesondere aber fürchten sie die Sozialrevolution.“<sup>160</sup> Daß diese Überlegung der entscheidende Anlaß zur Kapitulation war, bestätigte auch General Husáreks an Alexandrowski übermittelte Information, auf der schicksalhaften Kabinettsitzung sei folgende These aufgestellt worden: „Wenn sich die Tschechoslowakei heute zur Wehr setzte und deswegen ein Krieg entstände, verwandelte sich der Krieg sofort in einen Krieg der UdSSR mit ganz Europa, da es Hitler in München gelungen ist, Chamberlain und Daladier davon zu überzeugen, daß die UdSSR eine größere Gefahr für den europäischen Frieden darstellt als er.“<sup>161</sup> Auch die Rundfunkansprachen des parteilosen Propagandaministers Vavrečka<sup>162</sup> und des sozialdemokratischen Justizministers Dérer<sup>163</sup>, die am späten Nachmittag des 30. September die aufgebrachte Bevölkerung beruhigen und die Kapitulation rechtfertigen sollten, operierten fast ausschließlich mit der sowjetischen Komponente; in den Kommentaren der Prager Presse sind ebenfalls derartige Argumente vorgebracht worden<sup>164</sup>.

<sup>160</sup> Protokoll der außerordentlichen Regierungssitzung am 30. 9. 1938, in: SÚA Prag, 11,30 – 12,45, PMR/38, XVIII/9. Die letzte sehr präzise Analyse von Beneš Motivation für die Kapitulation brachte gerade in diesem Sinne František Lukeš, Beneš a SSSR (Beneš und die UdSSR), in: Sešity pro mladou literaturu Nr. 21 (1968), S. 45.

<sup>161</sup> Alexandrowski an Narkominděl am 1. 10. 1938, in: Dokumenty a materiály, Bd. III, S. 613 f.

<sup>162</sup> „Unser Krieg an der Seite Rußlands wäre nicht nur ein Krieg gegen Deutschland gewesen. Ganz Europa samt Frankreich und England würde den Krieg als Krieg des Bolschewismus gegen Europa betrachtet haben und so wäre höchstwahrscheinlich ganz Europa gegen Rußland und uns gezogen“. Rundfunkansprache des Propagandaministers Ing. Hugo Vavrečka am 30. 9. 1938 um 16,45 Uhr, in: Právo lidu vom 2. 10. 1938, abgedruckt auch in: Československá krize a Evropa (Die tschechoslowakische Krise und Europa), Prag 1939, S. 300.

<sup>163</sup> „Von allen verlassen und uns nur auf die UdSSR stützend wären wir in einer gefährlichen Lage gewesen, denn der Krieg hätte einen gefährlichen Charakter angenommen. Die Tschechoslowakei würde als Exponent des Bolschewismus bezeichnet werden, und auch unsere Verbündete im Westen würden den Krieg als Kampf des Kommunismus gegen die westliche Zivilisation betrachten“. Rundfunkansprache des Justizministers Dr. Ivan Dérer am 30. 9. 1938 um 17,10, in: Právo lidu vom 2. 10. 1938.

<sup>164</sup> „Jedermann befürchtet den Nachkriegsbolschewismus und gerade zu dieser Zeit sollte die Sowjetunion auf den europäischen Kriegsschauplatz als Kriegsverbündeter Moskaus kommen! Auch wenn wir mit der russischen Hilfe ausgekommen wären, hätte sich ganz Europa auf uns geworfen und uns zur Vorhut des Bolschewismus erklärt“; Karel Z. Klíma, Jejich mír a naše obět (Ihr Frieden und unser Opfer), in: Česká slovo vom 2. 10. 1938.



Nach München waren in Benešs Äußerungen zur Sowjetpolitik disharmonische Mißtöne einer politischen Schizophrenie zu vernehmen, zurückzuführen auf einen Münchner Komplex, der die Genauigkeit und Verlässlichkeit seiner politischen Urteile auf Dauer lahmlegte und verzerrte. Sein Münchner Trauma – ausgedrückt in seiner qualvollen Frage: „Habe ich in dieser grauenvollen Krise richtig entschieden? Die Ereignisse, die kommen, werden sie mich nicht verurteilen?“<sup>165</sup> – bestimmte seine plötzliche prosowjetische Fiktion, in der er einen möglichen Ausweg aus seiner Belastung suchte; man darf wohl geradezu von einer psychologischen Verkrampfung Benešs sprechen. Nur so ist seine seit Anfang 1939 wachsende Überzeugung zu erklären, daß die Wiederholung der Situation vom September 1938 nur durch eine weitgehende Änderung der geopolitischen und strategischen Lage der ČSR auszuschließen sei, wie sie einzig und allein eine unmittelbare Präsenz der Sowjetunion in Mitteleuropa wirksam garantieren könne: „Rußland wird in Mitteleuropa das Wort haben . . . Geographisches Gesetz . . . Hitler verhilft uns zur Nachbarschaft mit Rußland. Nach den künftigen Katastrophen muß das Ziel sein, daß Rußland in Užhorod sein wird, Prešov in Rußland . . . Die Grenze mit Rußland so lang wie möglich auch mit Hinsicht auf Polen . . . Die polnische Grenze kürzen, die Grenze mit Rußland bis hinter Bardějov.“<sup>166</sup> Es wirkt erschütternd, daß Beneš vier Monate nach München bereit war, auf einen beträchtlichen Teil des tschechoslowakischen Territoriums (weit mehr als 20 000 qkm) zugunsten der UdSSR zu verzichten, doch hatte seine Haltung auch einen realpolitischen Hintergrund: Er war schon vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges fest davon überzeugt, daß die UdSSR früher oder später in den Krieg mit Deutschland eingreifen und schließlich nach Mitteleuropa vordringen werde. Diese Überzeugung revidierte er nicht einmal nach dem Hitler-Stalin-Pakt. Bereits nach dem sowjetischen Einfall in Ostpolen drängte er beim Londoner Sowjetbotschafter Maiski darauf, die Rote Armee „solle bis zu unserer Grenze vorrücken“, denn „wir müssen nach diesem Krieg unmittelbar und auf die Dauer der UdSSR benachbart sein. Auch das ist für uns eine Lehre aus München.“<sup>167</sup> Seine langjährige Angst vor der Sowjetisierung war wie weggezaubert, er vollzog eine Wendung um 180 Grad.

Die Überschätzung der deutschen Nachkriegsgefahr und das Trugbild, ausgerechnet die territoriale Expansion der Sowjetunion nach Mitteleuropa werde die Sicherheit der künftigen ČSR garantieren, wurden von Benešs Mitarbeitern voll und ganz geteilt. So schrieb Ripka schon im April 1939 an Jan Masaryk: „Ich hoffe, daß es nach dem Kriege möglich sein wird, daß wir näher an Rußland geraten, daß es unser direkter Nachbar sein wird . . . Wenn dies geschähe, wird Rußland unmittelbar in Mitteleuropa interessiert sein und wird zu einem wirksameren Gegengewicht

<sup>165</sup> Beneš, *Mnichovské dny*, S. 342.

<sup>166</sup> Aufzeichnung Dr. J. Drábeks über sein Gespräch mit Beneš in London am 31. 1. 1939, in: SÚA Prag, A – I – 1/256/14/1; Drtina, *můj osud*, S. 313f.

<sup>167</sup> Edvard Beneš, *Paměti (Memoiren)*, II/1, Prag 1947, S. 207; Ivan M. Majskij, *Kdo pomáhal Hitlerovi (Wer half Hitler)*, in: *Kulturní tvorba* vom 1. 7. 1965.

gegenüber Deutschland als bisher.“<sup>168</sup> Einen Monat später führte Ripka seine Vorstellung gegenüber Beneš noch weiter aus: „Ich weiß, daß es für unsere Zukunft am wichtigsten sein wird, eine gemeinsame Grenze mit Rußland zu erreichen und so ein Gegengewicht gegen Deutschland zu schaffen . . . Außerdem vermute ich, daß wir, uns auf Rußland stützend, mit größerem Erfolg als in der Vergangenheit dazu gelangen können, das Donaubecken nach unseren Vorstellungen und Interessen zu organisieren und in ihm eine führende Stellung einzunehmen.“<sup>169</sup> Beneš und seine Genossen sind also von ihrem Münchner Komplex so in die Irre geführt worden, daß sie bei unmittelbarer Nachbarschaft der UdSSR nicht nur keine Sowjetisierungsgefahr mehr sahen, wie es ein realistisches politisches Kalkül nahelegen mußte, sondern in geradezu absurder Weise hofften, dann zum Ausbau der machtpolitischen Stellung der Tschechoslowakei in Mitteleuropa imstande zu sein. Größere Illusionen sind wohl kaum denkbar.<sup>170</sup>

Es wäre jedoch eine psychologische Vereinfachung, wollte man die prosowjetische Ebene in Benešs Ansichten während des Krieges verabsolutieren, ohne die tiefe Identitätskrise zu berücksichtigen, die ihn in seinem Verhältnis zur Sowjetunion zu einer ausgesprochen gespaltenen Persönlichkeit machte. Nach dem Zusammenbruch seiner Lebensgewißheiten, wie sie bis München bestanden hatten, suchte er als Ausweg aus seiner Krise neue Gewißheiten, die er dann in jener sich selbst wie auch seiner Umgebung eingeredeten Fiktion fand. Doch ist es kein Zufall, daß die massivste Häufung prosowjetischer Illusionen 1939 zu finden ist, als die Stärke und der Erfolg westlichen Widerstands gegen das Dritte Reich noch ungewiß war. Nach der Anerkennung der provisorischen Exilregierung im Juli 1940 tauchen plötzlich auch andere Elemente wieder öfter auf. Beneš fand nun den Weg zurück von der Fiktion zur Realität; jetzt sind sein wahres Denken und sein wahres Urteil in der Sowjetisierungsfrage sicherer zu erkennen als in den Monaten völliger Verstörung seiner politischen Persönlichkeit.

Bereits im Dezember 1939, wahrscheinlich unter dem Eindruck des sowjetischen Überfalls auf Finnland, schrieb Beneš in einer Instruktion an den ČSR-Gesandten in Washington: „Rußland wartet ab und sobald es auf Grund der deutschen Kriegsführung für sich allseits die möglichst stärkste Position gewonnen hat (die Baltischen Staaten, Polen, Finnland, Bessarabien, offenbar Bulgarien und Nordtürkei und -persien), wird es alles Erdenkliche zum Sturz des heutigen Deutschland tun und dort wie auch überhaupt in Mitteleuropa eine Revolution mit Sowjetregimes hervorrufen.“<sup>171</sup> Solche Befürchtungen sprach Beneš aus, als die Sowjetunion noch tief in

<sup>168</sup> Ripka an Masaryk am 14. 4. 1939, in: AÚD KSČ Prag, BA, EB II, Kart. 2, Francie 1939, f. 39.

<sup>169</sup> Ripka an Beneš am 21. 5. 1939, in: ebenda, 40, 23 - R/39.

<sup>170</sup> „In die Zukunft nur durch München zu schauen“, bemerkte später zu diesen Ansichten treffend der Leiter Benešs Präsidialkanzlei, „bedeutet ein anderes, umgekehrtes München vorzubereiten“. Smutnýs Aufzeichnung vom 22. 8. 1943, in: Dokumenty k historii československé politiky 1939-1943 (Dokumente zur Geschichte der tschechoslowakischen Politik 1939-1943) (DHČP), Bd. I, Prag 1966, S. 362.

<sup>171</sup> Beneš an Hurban nach Washington am 10. 12. 1939, in: AÚD KSČ Prag, 40, 17 - 32/24 a.

der Kooperation mit Hitler-Deutschland steckte und noch kein reales sowjetisches Vordringen nach Mitteleuropa zu verzeichnen war. Dies erlaubt Rückschlüsse auf die Situation vom Herbst 1938. Wenn Beneš derartige Befürchtungen hegte, solange der deutsche Partner Moskaus noch eine Barriere gegen die beschworenen sowjetischen Pläne darstellte, war dann seine Angst nicht maßgeblich an seiner Entscheidung in der Münchner Krise beteiligt, die Sowjethilfe nicht anzurufen? Weitere Zeugnisse deuten ebenfalls darauf.

Ende Januar 1940 ließ Beneš dem Leiter der tschechoslowakischen Militärmission in Bukarest ausrichten: „Sowjetrußland verfolgt ohne Zweifel bei seiner Verbindung mit Deutschland das Ziel, nicht nur Deutschland, sondern ganz Mitteleuropa zu revolutionieren, zu kommunistieren und zu sowjetisieren. Einer sozialen Veränderung dieser Art, die mit der Sozialstruktur des reifen tschechoslowakischen Arbeitervolkes ganz unvereinbar ist, wollen und dürfen wir unseren Staat nicht aussetzen.“<sup>172</sup> Galt das Gebot, den Staat einer solchen Veränderung nicht auszusetzen, nicht um so mehr im September 1938, als diese Gefahr viel unmittelbarer und handfester scheinen mußte als sechzehn Monate später? Es ist doch inakzeptabel, der Sowjetunion zu unterstellen, ihre Mitteleuropa-Politik in weniger als anderthalb Jahren nach München geändert bzw. im September 1938 ganz andere Ziele verfolgt zu haben als Anfang 1940. Und man wird Beneš nicht unterstellen dürfen, die Parallele nicht gesehen zu haben, zumal sich Beneš 1940 durch die mit seiner Erwartung identische Meinung des inländischen Widerstandes sicherlich bekräftigt fühlte. Die Botschaft aus Prag, daß „Moskau danach trachtet, Europa zu sowjetisieren“, was „eine vollständige Erledigung der mitteleuropäischen Völker bedeuten würde“<sup>173</sup>, beantwortete Beneš mit der Feststellung: „Rußland stellt sich seine Hilfe an uns nur in Form einer revolutionären Aktion und einer Sowjetisierung der betreffenden Länder vor.“<sup>174</sup> Auch wenn es oft bedenklich sein mag, spätere Aussagen auf eine frühere historische Situation übertragen zu wollen, so scheint doch hier der Schluß nicht unberechtigt zu sein, daß alle diese Ängste eine Schlüsselrolle schon im September 1938 gespielt haben müssen.

<sup>172</sup> Gesandter Smutný an Oberst Pika nach Bukarest (Wiedergabe Benešs Weisung) am 30. 1. 1940, in: ebenda, 40, 3–7.

<sup>173</sup> Bericht der Widerstandsgruppe „PVVZ“ nach London am 3. 8. 1940, in: DHČP, Bd. II, S. 559.

<sup>174</sup> Benešs Botschaft an die inländische Widerstandsbewegung am 7. 10. 1940, in: ebenda, Bd. I, S. 131.

## ANHANG

## I

*Außenpolitischer Beschluß des Politbüros der KPdSU (B), Moskau 8. August 1935<sup>175</sup>*

Nach Entgegennahme des Berichtes des Genossen Stalin über die internationale Lage und über die neue Taktik des internationalen revolutionären Proletariats stellt das Politbüro der KPdSU (B) in seiner Sitzung am 8. August 1935 in Moskau mit Genugtuung fest, dass (sic!) zwischen der Kommunistischen Internationale und den sozialistischen Parteien, die der II. Internationale angehören, keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten bestehen in der Einschätzung der sozial-politischen Weltlage und in der Bestimmung der Hauptaufgaben, die der Arbeiterklasse der ganzen Welt nun gestellt sind. Das Politbüro stellt als allgemein anerkannte These, die alle Kräfte des Weltproletariats vereinigt, auf, dass (sic!) im gegenwärtigen Augenblick das Hitler-Deutschland die mächtigste Festung des internationalen Faschismus ist und dass (sic!) der militärische Zusammenbruch des nazistischen Deutschland eine der wichtigsten Bedingungen für die Entfaltung der proletarischen Revolution in Zentraleuropa ist.

Das Politbüro stellt ferner mit besonderer Befriedigung die feste und einmütige Überzeugung ausnahmslos aller sozialistischen Parteien ohne Unterschied fest, dass (sic!) der militärische Sieg der Sowjetunion für die gesamte Arbeiterklasse, unabhängig von der parteilichen Zugehörigkeit ihrer einzelnen Gruppen, als wünschenswert erscheint. Das Politbüro begrüßt (sic!) die feste Entschlossenheit nicht nur der kommunistischen, sondern auch der menschwistisch-sozialistischen Organisationen der Arbeiterklasse, jeden möglichen neuen Krieg zur Eroberung der Macht und zum Sturze des Kapitalismus auszunutzen.

Das Politbüro schliesst (sic!) sich der Behauptung des Genossen Stalin an, dass (sic!) im Interesse des Weltproletariats nicht eine Beschleunigung, sondern eine Vermeidung des Krieges liegt, denn ein Aufschub des neuen Weltkrieges verstärkt nicht, sondern schwächt nur die innenpolitischen Positionen jedes faschistischen Regimes. Daher ist das Weltproletariat gezwungen, selbst die bourgeois-demokratischen Regierungen zu unterstützen, soweit diese für die Aufrechterhaltung des Friedens eintreten. Das Politbüro schliesst (sic!) sich auch ganz der These des Genossen Stalin an, die besagt, dass (sic!) einerseits die Bildung einer mächtigen Staatenkoalition gegen Deutschland, andererseits aber die Stärkung der Autorität des Völkerbundes, verwirklicht durch das System kollektiver Sicherheitspakete, zu den Aufgaben gehören, die die restlose Unterstützung des Weltproletariats verdienen. Nach Ansicht des Politbüros (sic!) besteht volle Einmütigkeit aller Führer der proletarischen Richtungen und Parteien darüber, dass (sic!) die regionalen Pakte der gegenseitigen Hilfeleistung zwischen den Staaten, denen ein Angriff von seiten Deutschlands droht, ebenso wie die Aufrüstung und Organisation der militärischen Verteidigung der genannten Staaten eine Unterstützung vonseiten (sic!) der Arbeiterklasse verdienen.

Nach der festen Überzeugung des Politbüros (sic!) bildet die Sowjetunion nach wie vor den Kern der künftigen gesamteuropäischen und dann Weltföderation der sozialistischen

<sup>175</sup> Zur Herkunft und Authentizität der in deutsche Hände geratenen Beschlüsse des Moskauer Politbüros von 1934–1937 vgl. Ivan Pfaff, Prag und der Fall Tschatschewski, in: VfZ 35 (1987), S. 122 f.

Arbeiter- und Bauernrepubliken. Das Politbüro hält es nicht nur für möglich, sondern auch für unbedingt notwendig, schon jetzt alle Befürchtungen eines gewissen Teiles des Proletariats zu zerstreuen, dass (sic!) etwa die Militärpolitik der Sowjetunion unter den Einfluss (sic!) ihrer kapitalistischen Verbündeten geraten könnte: diese Politik ist und bleibt revolutionär und proletarisch und darauf gerichtet, den Krieg in die Weltrevolution zu verwandeln. Das Politbüro schliesst (sic!) sich vollkommen der Behauptung des Genossen Stalin an, der sagt: „Es ist Zeit, alle prinzipiellen und taktischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arbeiterklasse zu vergessen. Es ist ein so entscheidender Augenblick gekommen, dass (sic!) ein Bündnis mit allen Kräften zulässig ist, die – aus dem einen oder anderen Grunde – gegen den Weltfaschismus auftreten. In dem Bestreben, den Krieg abzuwenden, darf nicht vergessen werden, dass (sic!) im Falle seines Ausbruchs alle Mittel gut und zulässig sind, um der faschistischen Reaktion eine Niederlage beizubringen (?), das (sic!) jeder, der gegen den Faschismus ist, damit auch schon ein Verbündeter des revolutionären Proletariats in dessen Kampf mit dem schrecklichen und mächtigen Feind ist“.

BA Koblenz: Adjutantur des Führers, NS  
10, Bd. 58, fol. 103–106 und Bd. 50, fol.  
134–136

## 2

*Geheime Staatspolizei an das Auswärtige Amt, Berlin 10. November 1937*

Nach einer hier eingegangenen vertraulichen Mitteilung soll im Laufe des Sommers dieses Jahres eine Sitzung des Politbüros in Moskau stattgefunden haben. Der Kriegskommissar, Marschall *Woroschilow*, habe auf derselben erklärt, daß in nicht allzu ferner Zeit der Boden der Tschechoslowakei unter den Tritten der Roten Armee erzittern werde; dann sei der Moment der Befreiung des Proletariats in Österreich, Ungarn, Rumänien und Polen gekommen. Von dort aus könne dann die Weltrevolution ebenso wie von Frankreich aus vorgetragen werden. Überall wird das Proletariat die Rote Armee jubelnd als Befreier aufnehmen. Im Kriegsfalle kann sich die Kommunistische Partei auch Mittel bedienen, auf die andere Staaten sonst verzichten. Zur Aufrichtung der Volksherrschaft ist aber jedes Mittel anzuwenden, das Erfolg verspricht.

Im Falle des Einmarsches der Roten Armee in die Tschechoslowakei und einer Erhebung des Proletariats in den Nachbarstaaten der ČSR denken wir an die Errichtung einer großen Donaurepublik (Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Österreich und Teile von Jugoslawien) unter tschechischer Führung und an eine Balkanrepublik. Die Volksrepublik Frankreich soll sich über Belgien, Holland, Schweiz, Vorarlberg, Tirol und Norditalien erstrecken.

Vorstehende Mitteilung übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrag:  
gez. Müller

PA/AA Bonn: Politische Abteilung II –  
Verschluß 73 Po g Rußland – Politische  
Angelegenheiten Rußlands, Bd. 4

*Protokoll der Sitzung des ZK der KPČ, Prag 20.–21. August 1938*

Anwesend die Kominternmitglieder: Pollit, Schdanow, Cachin. Politisches und Organisationsreferat des Genossen Schdanow (Übersetzung: Hájek):

Die Kommunistische Partei in der ČSR spielt eine bedeutende Rolle in der Frage des Kampfes für den Frieden sowie in der Frage der Verteidigung der Tschechoslowakischen Republik. Die Komintern erwartet, daß die KPČ in der gegebenen Situation ihre taktische politische Linie zur Verwirklichung der Volksfront in der ČSR ausnutzen würde. Die KPČ muß sich bewußt werden, daß die Bildung der Einheitsfront der Arbeiterklasse einen entscheidenden Faktor in der Vorbereitung des werktätigen Volkes für bevorstehende Kämpfe in der zweiten Runde proletarischer Revolutionen darstellt.

Als Hauptbedrohung erweisen sich einerseits die faschistischen Staaten, andererseits spielt die faschistische Gefahr eine große Rolle in der Vereinigung der Arbeiterklasse in den demokratischen Ländern. Der Kampf für Frieden, für die Verteidigung des Landes stellt die KPČ vor die größten Möglichkeiten zur Bildung der Einheitsfront. Wenn der Krieg trotzdem ausbrechen und die Tschechoslowakei überfallen würde, ist es die Pflicht der Kommunisten, sich am energischsten für die Landesverteidigung und für die Niederlage des faschistischen Angreifers einzusetzen und mit aller Kraft die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen suchen und damit die Abschaffung der kapitalistischen Klassenherrschaft im eigenen Lande zu beschleunigen.

Diese Situation wird damit deutlicher beleuchtet, daß die Auslösung des Kriegskonfliktes durch den faschistischen Angreifer mehrere Staaten erfaßt, und die Kommunisten haben überall die gleichen Aufgaben.

Der große politische Faktor in diesem Konflikt wird die Rote Armee sein. Dem Überfall auf die Tschechoslowakei durch einen deutschen faschistischen Angreifer, der bestrebt sein wird, ihre nationale Unabhängigkeit und Integrität zu vernichten oder ihre Teilung zu erreichen, folgt dann der sich diesem Überfall widersetzen Krieg der nationalen Bourgeoisie, der den Charakter eines Befreiungskrieges annehmen wird, in den die Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei eingreifen müssen.

Aufgabe der Kommunisten in der Tschechoslowakei wird es sein, sich – für die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Stellung der Arbeiter, Bauern und nationalen Minderheiten unversöhnlich kämpfend – gleichzeitig in die erste Reihe der Kämpfer für nationale Unabhängigkeit einzugliedern und den Befreiungskrieg bis zum siegreichen Ende zu führen. Dabei darf es sich die eigene Bourgeoisie nicht erlauben, mit den angreifenden Mächten auf Kosten des eigenen Landes zu schwächen. Von diesen prinzipiellen Problemen ausgehend, sehen wir, vor welche große Aufgaben die KPČ bald gestellt wird, deshalb muß ihr Kampf für Einheit möglichst verstärkt werden. Deshalb ist es notwendig, daß die KPČ, ohne auf ihre selbständige Arbeit für kommunistische Erziehung zu verzichten, alle Schritte unternehmen muß, um zum gemeinsamen Vorgehen aller sozialistischen und demokratischen Parteien zu kommen. Man muß schon damit aufhören, nur Angebote zu formulieren, sondern man muß die Möglichkeiten prüfen, an sie näherzutreten, sorgfältig die Antworten der sozialistischen Parteien zu studieren, sich ihrem Standpunkt anzunähern versuchen.

Die KPČ konzentriert sich in der Frage der Einheit in erster Reihe auf die Sozialdemokratie. Alle Mißerfolge deprimieren sie dann. Die Genossen vergaßen, daß die Sozialdemokratie die letzte Partei sein wird, die das einheitliche Vorgehen mit den Kommunisten antreten wird. Man verwirrt nur sehr schwer die Spaltung ihrer Partei, aus der die KPČ hervorging. Deshalb ist es notwendig, bei anderen Parteien anzufangen, mit denen die KPČ keine Parteiwidersprüche durchgemacht hat, allen voran bei den Volkssozialisten und den Katholiken. Im allgemeinen ist es unerlässlich für die KPČ, das Koalitionssystem und die Verpflichtungen der Sozialisten zu respektieren. Die sehr ernste Ursache für den Mißerfolg der Volksfrontbildung in der Tschechoslowakei ist der große Einfluß der Agrarpartei, die eine große Bremse für die Einheit ist, auf die demokratischen Parteien.

Doch auch so muß die KPČ große Unterschiede zwischen den Agrarbankiers, Großgrundbesitzern und den kleinen Landwirten machen. In dieser Frage muß man den sowohl politischen als auch wirtschaftlichen Druck auf die halbfaschistischen Parteiführungen verstärken. Ich denke dabei daran, wie unzureichend die sabotierende Einstellung der tschechischen Agrarbourgeoisie in der Frage der Staatsverteidigung kritisiert und enthüllt wird. Wie unzureichend und unsystematisch die Ursachen der heutigen, von Henlein herbeigeführten kritischen Lage in der ČSR propagiert werden und daß die Henlein-Partei aus dem Chauvinismus der Regierungspolitik gegenüber den böhmischen Deutschen und unter dem Protektorat der halbfaschistischen Agrararistokratie geboren wurde. Es gibt eine Reihe von Beispielen, die ungenügend ausgenutzt worden sind – gerade hier muß eine schnelle Besserung erfolgen, sowohl in der Einstellung der KPČ gegenüber den sozialistischen Parteien als auch im tatkräftigen Vorgehen gegenüber der agrarischen und überhaupt der faschistischen Bourgeoisie. Diese reaktionären faschistischen Horden in die Defensive zu drängen, andererseits eine neue taktische Offensive für die Volkseinheit zu entwickeln – dies ist das Gebot der Stunde und der Situation für die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei.

Die Komintern eröffnet in dieser Aktion ein breites Feld an Zugeständnissen der KPČ im Standpunkt zur Einheitsfront der sozialistischen Parteien. Freilich müssen wir alle sehen, daß diese politischen und organisatorischen Zugeständnisse nur die Taktik darstellen, die sich aus unserer heutigen Situation ergibt und zu unserem konkreten Ziel führen wird. Also einzig und allein ein Mittel zum Zweck. Genosse Dimitroff stellt die KPČ vor sehr ernste Aufgaben, die aus der politischen Situation, die in Mitteleuropa und in der Tschechoslowakei entstanden ist, hervorgehen. Dies beweist die Analyse der politischen Situation in Mitteleuropa. Sie ist allgemeingültig. Es wird ein ganzer für die Referenten der Bezirksleitungen ausgearbeiteter Entwurf folgen.

Die Schlußfolgerung: Hier seht ihr, Genossen, als Vertreter unserer brüderlichen kommunistischen Bewegung in der ČSR, daß meine Einleitungsworte zur zweiten Runde proletarischer Revolutionen in Mitteleuropa keine Phrasen sind, sondern daß die politische Situation selbst ihre Beschleunigung fördert. Daß jeder taktische Rückzug Siebenmeilenschritte nach vorn bedeutet. Daß Hitlers Überfall auf die Tschechoslowakei der Vorabend zum Ende der faschistischen Übermacht sein wird, aber zugleich das Ende der Herrschaft der Bourgeoisie und der Ausbeuter im eigenen Lande bringen wird. Daß das Volk, das sich an der Seite der Roten Armee in Verteidigung nationaler Freiheit gegen den ausländischen faschistischen Angreifer zu schlagen weiß, daß dieses Volk unter der Führung der Kommunisten in dieser Situation die Freiheit von der Vorherrschaft seiner eigenen Bourgeoisie erkämpfen wird.

Ich erinnere noch an folgendes: für die Aufrechterhaltung des Paktes der ČSR mit der Sowjetunion müssen die Kommunisten in der Tschechoslowakei alle Kräfte einsetzen. Deshalb ist die Einheitsfront zumindest in dieser Frage äußerst notwendig: den tschechoslowakisch-sowjetischen Pakt und die Verteidigung der Tschechoslowakischen Republik betreffend. Die Komintern und das gesamte sowjetische Volk mit dem Genossen Stalin an der Spitze hoffen, daß die KPČ unter der Führung des Genossen Gottwald das in sie gesetzte Vertrauen nicht enttäuschen wird.

F 110/45, Bd. 19, Az. 317, AÚD KSČ  
Prag  
(Aus dem Tschechischen übersetzt  
vom Verfasser)

4

„Tätigkeit der Komintern“: Deutsche Botschaft an das Auswärtige Amt, Paris 20. September 1938

Von einem im allgemeinen gut unterrichteten und zuverlässigen Vertrauensmann erfahre ich über die Tätigkeit der Komintern in den letzten Wochen folgendes:

Seitens des ZKI (Zentralvollzugskomitee der KPdSU) sei der Komintern und namentlich Dimitroff in letzter Zeit der Vorwurf gemacht worden, daß sie ihren Aufgaben nicht gewachsen sei und im entscheidenden Moment immer versage. Als Beispiele würden insbesondere Spanien und China angeführt. Ferner werde der Komintern seitens des ZKI ein schwerer Vorwurf aus der Zerschlagung des kommunistischen Parteiapparates in Polen gemacht. Es sollen nämlich vor einigen Wochen drei Sonderbeauftragte der Komintern nach Polen gekommen sein, um die durch die Schauprozesse in Moskau stark demoralisierte kommunistische Parteileitung in Polen neu zu organisieren. Jedoch hätten die drei Sonderkommissare eine derartige Zersetzung und Zerrüttung innerhalb des polnischen Parteiapparates vorgefunden, daß sie sich entschlossen hätten, zunächst einmal sämtliche Funktionäre zu entlassen und den gesamten Apparat neu aufzubauen. So hätte es geschehen können, daß im jetzigen Augenblick Polen ohne eine verantwortliche kommunistische Parteileitung dasteht und dementsprechend zu keinerlei Aktion nach außen fähig sei. Dieser Umstand hätte sich angesichts der durch die Ereignisse im Sudetengebiet entstandenen außenpolitischen Krise für die Agitationsarbeit der Komintern verhängnisvoll ausgewirkt, da es infolge der Maßnahmen der drei Sonderkommissare unmöglich geworden sei, eine kommunistische Wühlarbeit von Polen aus nach Deutschland zu betreiben. Die drei Sonderbeauftragten der Komintern wären daher in Moskau erschossen worden.

Unter diesen Umständen sei es für Dimitroff geradezu eine Prestigefrage geworden, den Wert der Komintern gegenüber dem ZKI zu beweisen, und er setze alles daran, wenigstens in der tschechoslowakischen Frage vor seinen Moskauer Auftraggebern bestehen zu können. Aus diesem Grunde halte sich Dimitroff zur Zeit in Prag auf und pendele zwischen der Tschechoslowakei und Polen hin und her. In Prag versuche er, den äußersten Widerstand gegen jede Konzession in der sudetendeutschen Frage zu organisieren und bearbeite vor allem die ultranationalistischen Kreise in der Tschechoslowakei – die Studenten, jungen Offiziere, linksliberalen Journalisten, linksorientierten Sozial-



demokraten, die Arbeiter- und Gewerkschaftsfunktionäre und dergleichen mehr. Dabei sei ihm das etwaige Schicksal der jetzigen tschechoslowakischen Regierung beziehungsweise des Herrn Benesch, ja des politischen Systems der Tschechoslowakei und sogar des tschechoslowakischen Staatswesens an sich völlig gleichgültig. Sogar eine Militärdiktatur erscheine ihm nicht unerwünscht, nur um den bei dann entstehenden chaotischen Zuständen und der Möglichkeit einer allgemeinen Konflagration das Weltrevolutionsprogramm der Komintern durchzuführen.

Das Sprungbrett dazu sollte die Installierung des Rätessystems in der Tschechoslowakei nach dem Vorrücken der Roten Armee auf deren Gebiet bilden. Auf diese Weise wolle Dimitroff beziehungsweise die Komintern den bewaffneten Widerstand der Tschechoslowakei gegen ein kriegereschreitendes Deutschland umfunktionieren, um den ersten starken Stützpunkt und zugleich eine Entfaltungsbasis des Sowjetsystems in Zentraleuropa zu schaffen. Daher konzentrierte sich auch Dimitroffs Agitation insbesondere auf die bereits im Felde stehenden Truppen der tschechoslowakischen Armee.

Weitere Einzelheiten, insbesondere wann Dimitroff in Prag eingetroffen ist und unter welchem Namen und mit welchen konkreten Mitteln er seine subversive Tätigkeit in der Tschechoslowakei durchführt, hat der Vertrauensmann bisher nicht ermitteln können. Alles scheint jedoch dafür zu sprechen, daß er sich in Prag seit dem 14. September aufhält.

gez. Bräuer

PA/AA Bonn: Botschaft Paris, 480 S,  
Rußland, Bd. 22

Smelser/Zitelmann (Hrsg.)

### Die braune Elite

R. Smelser/R. Zitelmann (Hrsg.)  
**Die braune Elite**  
22 biographische Skizzen



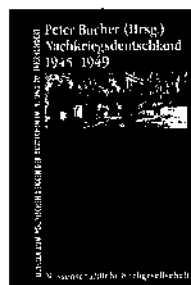
Wissenschaftliche Buchgesellschaft

(WB-Forum, Bd. 37)  
1989. XIV, 323 S.  
mit 22 Abb., kart.  
Hier entsteht „das  
Bild der deutschen  
Geschichtspathologie  
im 20. Jahrhundert“.  
(FAZ)  
3-534-80036-2  
DM 29,80

Peter Bucher (Hrsg.)

### Nachkriegsdeutschland

1990. XXV, 494 S.,  
Gzl. mit SU.  
Anhand von Quellen-  
texten wird die politi-  
sche und wirtschaft-  
liche Entwicklung in  
den vier Besatzungs-  
zonen dokumentiert.  
3-534-09082-9  
DM 98,-



**Wissenschaftliche Buchgesellschaft**

REINHARD SCHIFFERS

GRUNDLEGUNG DES STRAFRECHTLICHEN  
STAATSSCHUTZES IN DER BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND 1949–1951\*

1. Die prekäre Ausgangslage

Staatsschutz oder Verfassungsschutz im weiteren Sinne gilt als unverzichtbarer Bestandteil des Staates<sup>1</sup>, ebenso wie der Schutz der Grundrechte<sup>2</sup>. Der Schutz des Staates und sein Gegenstück, der Freiheitsraum des einzelnen, sind Elemente von Dauer: sie wirken prägend über einen längeren Zeitraum und sind damit einer Untersuchung zugänglich. Ihre Realisierung hängt vom Ausmaß der Verflechtung der internationalen Lage mit der innenpolitischen Entwicklung ab<sup>3</sup>. Das Spannungsverhältnis zwischen dem Schutz der Grundfreiheiten des Individuums und dem Schutz der Verfassung im ganzen kann besonders dann Interesse beanspruchen, wenn die außen- und innenpolitische Lage eines Staates als Krisensituation erfahren wird<sup>4</sup>. Das Bedrohungsbild, das Bundestagsmehrheit und Bundesregierung in den frühen fünfziger Jahren vor Augen hatten, wurde gleichermaßen von geschichtlichen Erfahrungen und aktuellen Vorgängen bestimmt. Schutzbedürftig erschien die zweite Republikgründung zum einen im Rückblick auf das Scheitern der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Rechtsverformung, zum andern unter dem Eindruck der kommunistischen Machtübernahmen in den ostmitteleuropäischen Staaten, des Korea-Krieges und rechtsextremer Umtriebe<sup>5</sup>. Für die damalige, von den Zeitgenossen als doppelte Herausforderung empfundene Lage mögen die

\* Erweiterte und mit Anmerkungen versehene Fassung der öffentlichen Antrittsvorlesung des Verfassers vom 8. Juni 1988 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

<sup>1</sup> Paul Kirchhof, Die Identität der Verfassung in ihren unabänderlichen Inhalten, in: Josef Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Heidelberg 1987, S. 790–792.

<sup>2</sup> Josef Isensee, Staat und Verfassung, in: ebenda, S. 623–626.

<sup>3</sup> M. Rainer Lepsius, Die Bundesrepublik in der Kontinuität und Diskontinuität historischer Entwicklungen: Einige methodische Überlegungen, in: Werner Conze/M. Rainer Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983, S. 16f.

<sup>4</sup> Ebenda.

<sup>5</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte (im folgenden: BT, Sten. Ber.), Bd. 5, 83. Sitzung vom 12. 9. 1950, Bonn 1951, S. 3104 C–3121 C.

Stichworte SRP, Soldatenverbände, Kommunismus und Kalter Krieg hier genügen<sup>6</sup>.

Diese Umstände legten eine Wiederherstellung und Neufassung auch des politischen Strafrechts nahe, d. h. den Schutz der Bundesrepublik – ihres Gebietes, ihrer Verfassung, ihrer Organe und ihrer Symbole – durch strafrechtliche Normen<sup>7</sup>. Damit stand der Gesetzgeber vor einer schwierigen Aufgabe: schwierig wegen der Anpassung der tradierten Tatbestände an die modernen, gewaltlosen Methoden einer „Machtergreifung“<sup>8</sup>, wegen der damit verbundenen Notwendigkeit, neue Straftatbestände zu definieren, wegen der infolgedessen befürchteten Überforderung der Gerichte bei der Auslegung der neuen Vorschriften, wegen der unumgänglichen Selektion des rechtlichen Erbes aus der Zeit vor und nach 1933 sowie wegen der voraussehbaren Kollision mit noch bestehendem Besatzungsrecht.

## 2. Zum Begriff des politischen Strafrechts

Verächtlichmachung der Bundesrepublik, Verunglimpfung führender politischer Persönlichkeiten, Volksverhetzung durch antisemitische Kundgebungen, Beschimpfung der Widerstandskämpfer und die Vorbereitung einer neuen Dolchstoßlegende – dies waren Formen des Angriffs, mit denen nationalistische und neonazistische, mithin antidemokratische Gruppen von rechts<sup>9</sup> das noch junge Staatswesen in Frage stellten. Die rechtsextremen Umtriebe gaben der Bundesregierung den ersten Anstoß, eine Ergänzung des Strafgesetzbuches zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung und des inneren Friedens vorzubereiten<sup>10</sup>.

Den zweiten Anstoß, den Schutz des westdeutschen Staates und seiner Verfassung auch im Bereich des Strafrechts zu verstärken, gab das Verhalten der KPD. Sie galt als gefährlich, weil sie kontinuierlich und durch alle Formen ihrer politischen Betätigung der Bundesrepublik ihre Existenzberechtigung bestritt: z. B. durch den Aufruf zum Sturz des Adenauer-Regimes, das massenhafte Einschleusen und Verbreiten von Propagandamaterial sowie durch das offene oder getarnte Agieren von Nebenorganisationen. Diese Aktivitäten erfüllten die wieder bzw. neugeschaffenen Tatbestände der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, der Verfas-

<sup>6</sup> Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957*, Stuttgart–Wiesbaden 1981, S. 130–134, 437 ff.

<sup>7</sup> Durch das Erste Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. 8. 1951, in: *BGBI I*, S. 739. Vgl. dazu ausführlich Reinhard Schiffers, *Zwischen Bürgerfreiheit und Staatsschutz. Wiederherstellung und Neufassung des politischen Strafrechts in der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 1989.

<sup>8</sup> Zum Terminus „Machtergreifung“, der den historischen Vorgang eher verschleiert und ursprünglich propagandistisch gedacht war, vgl. Gotthard Jasper, *Die gescheiterte Lähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934*, Frankfurt a. M. 1986; Hans-Ulrich Thamer, *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945*, Berlin 1986, S. 231–336.

<sup>9</sup> Eduard Kern, *Der Strafschutz der Verfassung, der höchsten Staatsorgane und des inneren Friedens. Ein Rückblick aus Anlaß der bevorstehenden Änderung des StGB*, in: *NJW* 3 (1950), S. 405.

<sup>10</sup> Ebenda.

sungsstörung, der illegalen Einfuhr und Verbreitung staatsgefährdender Schriften sowie der Gründung bzw. Förderung verfassungsfeindlicher Vereinigungen<sup>11</sup> – alles Strafbestimmungen, die deshalb aus der Sicht des Bundesjustizministeriums „für die Bekämpfung der kommunistischen Gefahr“<sup>12</sup> in Betracht kamen.

In den genannten Tatbeständen deutet sich an, was politisches Strafrecht ist. Im engeren Sinne „enthält eine Vorschrift politisches Strafrecht, wenn sie den Bereich der politischen Auseinandersetzung mit strafrechtlichen Mitteln ordnen oder einschränken soll“<sup>13</sup>. Daß der Begriff „politisches Strafrecht“ vielfach im abschätzigen Sinn gebraucht wird, hat ohne Zweifel zu seiner Verbreitung als griffiges Schlagwort beigetragen. Das gleiche gilt für den Begriff „politische Justiz“, also die Rechtsprechung in politischen Strafsachen<sup>14</sup>.

Die Vorbehalte gegenüber dem politischen Strafrecht hängen zum einen mit der alten Streitfrage zusammen, ob Recht und Politik nicht zwei entgegengesetzte und somit letztlich unvereinbare Bereiche seien<sup>15</sup>. Zum andern setzt sich das politische Strafrecht leicht der Kritik aus, Gesinnungsstrafrecht zu sein. Tatsächlich sind politisches Strafrecht und politische Justiz motivorientierte Begriffe, die nahezu jeden Straftatbestand – z. B. Beleidigung, Fälschung von Geld oder Urkunden und Mord aus politischen Motiven – umgreifen können<sup>16</sup>.

Der Blick auf die Begrifflichkeit der politischen Straftatbestände bedarf einer Ausweitung auf drei Begriffe der politischen Sprache: Totalitarismus, Extremismus und Terrorismus. Sie bezeichnen Phänomene, die zunächst außerhalb der Rechtssphäre liegen, die aber Typen der Gefährdung von Staat und Verfassung darstellen, denen u. a. mit den Mitteln des Strafrechts begegnet wurde oder wird. Angesichts der zahlreichen und beachtenswerten Untersuchungen zu allen drei Begriffen<sup>17</sup> darf ein gewisser Konsens über ihren Inhalt vorausgesetzt werden. Hier sei daher nur der Stellenwert angedeutet, der den Begriffen in den Gesetzesberatungen der Jahre 1949 bis 1951 zukam.

Parlamentarier und Regierungsvertreter verstanden ihre Mitarbeit am Ersten Strafrechtsänderungsgesetz u. a. als eine doppelte Absage an den Totalitarismus<sup>18</sup>,

<sup>11</sup> Schreiben des Bundesministers der Justiz, Dehler, Geh. 7/50 vom 28. 8. 1950 an den Bundesminister des Innern, Heinemann, und an den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Kaiser, in: Bundesarchiv Koblenz (BA) B 141/3021.

<sup>12</sup> Ebenda.

<sup>13</sup> So zutreffend Adolf Arndt (SPD), in: BT Sten. Ber., Bd. 35, 191. Sitzung vom 7. 2. 1957, S. 10911 A.

<sup>14</sup> Otto Kirchheimer, Politische Justiz. Verwendung juristischer Verfahrensmöglichkeiten zu politischen Zwecken, Neuwied/Berlin 1965, S. 85.

<sup>15</sup> Max Güde, Das politische Strafrecht, in: B. Freudenfeld (Hrsg.), Schuld und Sühne. Dreizehn Vorträge über den deutschen Strafprozeß, München 1960, S. 119.

<sup>16</sup> Diether Posser, Politische Strafjustiz aus der Sicht des Verteidigers, Karlsruhe 1961, S. 3.

<sup>17</sup> Uwe Backes/Eckhard Jesse, Totalitarismus – Extremismus – Terrorismus. Ein Literaturführer und Wegweiser zur Extremismusforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1985.

<sup>18</sup> Karl Dietrich Bracher, Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München 1980; ders., Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1982, S. 170–188; ders., Die totalitäre Erfahrung, München 1987.

sowohl an den vergangenen des Hitler-Regimes als auch an den damals gegenwärtigen der Stalin-Ära. Alle Parteien, KPD und SRP ausgenommen, stimmten grundsätzlich darin überein, daß man in dem Gegensatz zwischen Demokratie und jeglicher Form von Diktatur einen weltumspannenden Konflikt zu sehen hatte, der der Bundesrepublik ihren Platz an der Seite der westlichen Demokratien zuwies<sup>19</sup>. Als weitere Sammelbezeichnungen für antidemokratische Einstellungen und Bestrebungen waren zur Zeit der ersten Strafrechtsänderung der Begriff Extremismus<sup>20</sup> und das ältere Wort Radikalismus<sup>21</sup> in Gebrauch; sie wurden je nach Einschätzung durch die Vorsilben „Rechts“ und „Links“ näher bestimmt. Mit der Extremismus-Diskussion verbindet sich häufig der Begriff Terrorismus<sup>22</sup>. Er meint im allgemeinen Sprachgebrauch den mit bewaffneter Gewalt verbundenen Terror, vor allem seit Beginn der siebziger Jahre<sup>23</sup>. In den Auseinandersetzungen um die erste Strafrechtsänderung taucht der Begriff nicht auf und kann daher hier außer Betracht bleiben.

### 3. Vorgaben und Vorbelastungen aus der Zeit vor und nach 1933

Neben dem Problem der Definierbarkeit politisch motivierter Straftaten hatte der Gesetzgeber Vorgaben und Vorbelastungen zu berücksichtigen, die ihren Grund in der Rechtentwicklung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges hatten. Jede politische Neuordnung – und das Grundgesetz war eine solche – führt zu einer „Selektion der Traditionsbestände und der sie legitimierenden Wertvorstellungen“<sup>24</sup>. Dies galt auch für die erste Strafrechtsänderung nach 1949. Sie geriet zwangsläufig zu einer gedanklichen Auseinandersetzung mit dem politischen Strafrecht der Jahre vor und nach 1933.

Bei seinem Bemühen, der verfassungsmäßigen Ordnung und den Organen der Bundesrepublik einen strafrechtlichen Schutz zu geben, las der Gesetzgeber aus der nationalsozialistischen Rechtsverformung vor allem zwei Warnungen heraus. Zum einen hatten die Nationalsozialisten vielfach kaum eingrenzbare, auf die Volksgemeinschaft oder das sog. Volksempfinden bezogene Bewertungen zu strafrechtlichen Tatbeständen gemacht. Die Folge war, daß der einzelne nicht mehr in der Lage war zu beurteilen, ob er sich strafbar gemacht hatte oder nicht<sup>25</sup>. Nach 1945 galt es daher, möglichst auf Generalklauseln und sog. Blankettbegriffe (wie z. B. „Mißbrauch“) zu verzichten, die die Gerichte erst wertend ausfüllen und damit notwen-

<sup>19</sup> Anselm Doering-Manteuffel, *Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949–1963*, Darmstadt 1983, S. 125.

<sup>20</sup> Backes/Jesse, *Totalitarismus – Extremismus – Terrorismus*, S. 9–27.

<sup>21</sup> Ebenda, S. 17 ff.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 243 ff.

<sup>23</sup> Hans Josef Horchem, *Fünfzehn Jahre Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 5/87 vom 31. 1. 1987, S. 3–15.

<sup>24</sup> Lepsius, *Kontinuität und Diskontinuität*, S. 13.

<sup>25</sup> Lothar Gruchmann, *Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner*, München 1988, S. 838, 846, 850.

dig subjektivieren mußten<sup>26</sup>. Zum anderen war für das nationalsozialistische Gerichtsverfassungsrecht die große Zahl von Sondergerichten kennzeichnend, die man von 1933 an für bestimmte Materien und Personenkreise neu errichtet hatte. Aufgabe der besonderen Strafgerichte war es gewesen, politische und andere Delikte rascher und wirkungsvoller zu ahnden, d. h. durch Abbau auch des formellen Rechts „kurzen Prozeß“ zu machen<sup>27</sup>. Es war daher ein erkennbares Anliegen in den Beratungen des Ersten Strafrechtsänderungsgesetzes, keine Sonderstrafkammern für Staatsschutzsachen entstehen zu lassen<sup>28</sup>.

Neben dem umfassenden strafrechtlichen Zugriff auf den einzelnen durch den Nationalsozialismus prägte das Scheitern der Weimarer Republik die Ausgestaltung des Strafrechtsänderungsgesetzes von 1951 nachdrücklich. In der Entstehung, Anwendung und Änderung der Staatsschutzbestimmungen der ersten deutschen Republik spiegeln sich zugleich ihre Krisen<sup>29</sup>. Die beiden Republiksschutzgesetze von 1922 und 1930, von demokratischen Mehrheiten verabschiedet, erwiesen sich ebenso wie die Notverordnungen der Präsidialkabinette als ungeeignet, die zunehmende Entfremdung weiter Bevölkerungskreise von der Republik aufzuhalten<sup>30</sup>. Daß die Gesetze und Verordnungen wirkungslos blieben, lag letztlich an dem Fehlen einer die Weimarer Demokratie stützenden demokratischen Mehrheit. Diesem Defizit entsprach eine „einseitig gegen links zielende politische Rechtsprechung in Weimar bei Schonung der Rechten, die weiche Haltung des Staatsgerichtshofes gegenüber dem Verfassungsbruch der Regierung Papen vom 20. Juli 1932 und das schwächliche Ausweichen von Reichsgericht und Staatsgerichtshof“ vor einer Stellungnahme zu den umstürzlerischen Zielen der NSDAP<sup>31</sup>.

Zu dieser Entwicklung hatte die Konzeption der Weimarer Verfassung als offener, wertneutraler Verfassung beigetragen, die wohl verfassungswidrige Methoden, aber keine verfassungswidrigen Ziele gekannt und so in der Form legale „Macht-ergreifungen“ in den Ländern und im Reich ermöglicht hatte<sup>32</sup>. Lehren aus dieser Erfahrung zogen nach 1945 zunächst die Verfassungsgeber in den westdeutschen Ländern. An die Stelle der wertneutralen Verfassung setzten die Verfassungsgeber

<sup>26</sup> Vgl. die zeitgenössischen Bedenken, durch Generalklauseln die Gerichte zu überfordern, bei Hellmuth Mayer, Der strafrechtliche Schutz des Staates, in: Süddeutsche Juristenzeitung (SJZ) 5 (1950), Sp. 247; Ernst Heinitz, Staatsschutz und Grundrechte. Vortrag, Frankfurt a. M./Berlin 1953, S. 20.

<sup>27</sup> Ingo Müller, Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz, München 1987, S. 158–164; Gruchmann, Justiz im Dritten Reich, S. 946–956, 982, 1050.

<sup>28</sup> BT Ausschuß für Rechtswesen und Verfassungsrecht, Wortprotokolle, 119. Sitzung vom 29. 6. 1951, S. 1–35 und 120. Sitzung vom 5. 7. 1951, S. 14–24 (BT Parl. Arch.).

<sup>29</sup> Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930, Tübingen 1963; ders., Justiz und Politik in der Weimarer Republik, in: VfZ 30 (1982), S. 167–205.

<sup>30</sup> Mayer, Schutz des Staates, Sp. 247 nennt das Gesetz von 1930 einen „Schlag ins Wasser“, der „den extremen Parteien sogar billiges Agitationsmaterial lieferte“.

<sup>31</sup> Jasper, Justiz und Politik, S. 193.

<sup>32</sup> Heinitz, Staatsschutz und Grundrechte, S. 11 f.; Jasper, ebenda S. 192.

von 1946 an das Staatsziel der wehrhaften Verfassung und der streitbaren Demokratie<sup>33</sup>; durch die Verpflichtung aller Staatsbürger oder bestimmter Personenkreise auf die Verfassung, die Verwirkung von Grundrechten, das Verbot antidemokratischer Parteien, den Ausschluß grundlegender Verfassungselemente von jeglicher Änderung und die Einrichtung einer besonderen Verfassungsgerichtsbarkeit<sup>34</sup>.

Damit ist der verfassungsrechtliche und politische Hintergrund angedeutet, vor dem Hessen als erstes Land versuchte, eine gesetzliche Grundlage für den strafrechtlichen Staatsschutz zu schaffen<sup>35</sup>. Der Entwurf eines „Staatsschutzgesetzes“<sup>36</sup> oder „Gesetzes zum Schutz der demokratischen Freiheit“, wie es der Rechtsausschuß des hessischen Landtags für die zweite Lesung im Plenum umbenannte<sup>37</sup>, ist aus drei Gründen für die Wiederherstellung des deutschen politischen Strafrechts nach 1945 bemerkenswert. Einmal stellt der hessische Entwurf von 1947/48 den wohl frühesten Versuch von deutscher Seite nach dem Krieg dar, die verfassungsmäßige Ordnung durch Normen des Strafrechts zu schützen. Zum andern warf seine Beratung eine Reihe von Grundsatzfragen auf, die sich bei der Ausgestaltung des Ersten Strafrechtsänderungsgesetzes erneut aufdrängten<sup>38</sup>. Drittens gingen inhaltliche Elemente und Formulierungen in den sozialdemokratischen Entwurf eines Gesetzes gegen die Feinde der Demokratie vom Februar 1950 und in die Regierungsvorlage des Ersten Strafrechtsänderungsgesetzes vom September 1950 ein<sup>39</sup>.

Wie die Verfassungen in den westdeutschen Ländern, so war auch die Ausarbeitung des Grundgesetzes von dem Konsens getragen, eine wehrhafte Demokratie zu schaffen. Einen strafrechtlichen Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung des Bundes und der Länder hatte der Konvent von Herrenchiemsee indessen nicht vorgesehen<sup>40</sup>. Diesen Schritt tat erst der Parlamentarische Rat mit der Strafdrohung gegen Hochverrat in Art. 143 GG i. d. F. von 1949. Unter Hochverrat versteht das Strafrecht einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung oder auf das Gebiet des

<sup>33</sup> Zur „streitbaren Demokratie“ in den Verfassungsberatungen von 1945–1949 vgl. Frank R. Pfetsch, *Verfassungspolitik der Nachkriegszeit*, Darmstadt 1985, S. 83–88; Armin Scherb, *Präventiver Demokratieschutz als Problem der Verfassunggebung nach 1945*, Frankfurt a. M. 1987.

<sup>34</sup> Frank R. Pfetsch, *Verfassungspolitische Innovationen. Am Anfang war der liberale Rechtsstaat*, in: ZParl 17 (1986), S. 5–25; Wilfried Fiedler, *Die Entstehung der Landesverfassungsgerichtsbarkeit nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Christian Starck/Klaus Stern (Hrsg.), *Landesverfassungsgerichtsbarkeit*, Bd. 1, Baden-Baden 1983, S. 103–153.

<sup>35</sup> Den Werdegang des Gesetzentwurfs belegen die Akten in der Staatskanzlei des Hessischen Ministerpräsidenten, Wiesbaden (Az. 3d 02/07) und im Hess. Ministerium der Justiz ebendort (Az. 1030/69).

<sup>36</sup> Vgl. den Wortlaut des Gesetzentwurfs im Hess. Landtag, 1. Wp., Drucks. Abt. I Nr. 592 (1948) und Abt. II Nr. 557 (1949).

<sup>37</sup> Dazu näher Schiffers, *Bürgerfreiheit und Staatsschutz*, S. 39–45.

<sup>38</sup> Siehe unten Abschnitt 5.

<sup>39</sup> Dies bestätigte der Hess. Ministerpräsident Stock mit Schreiben Tgb.-Nr. 1 K. 06/01 vom 30. 6. 1950 an den Bundesminister der Justiz, Dehler, in: BA B 141/3011. Vgl. den Nachweis bei Schiffers, *Bürgerfreiheit und Staatsschutz*, S. 97.

<sup>40</sup> Der Parlamentarische Rat 1948–1949, *Akten und Protokolle*. Bd. 2: *Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee*, bearb. von Peter Bucher, Boppard 1981, S. 575 ff., 630.

Bundes und der Länder, und zwar mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt<sup>41</sup>. Das Delikt des Landesverrats, im Strafrecht dann als Gefährdung der Bundesrepublik durch Preisgabe eines Staatsgeheimnisses an Unbefugte umschrieben, wurde vom Parlamentarischen Rat bewußt ausgeklammert. Mit Rücksicht auf die Besatzungsmächte sollten nämlich diejenigen Deutschen straffrei bleiben, die mit ihnen zusammenarbeiteten und ihnen Informationen aus deutschen Quellen verschafften<sup>42</sup>. Hier stieß der Verfassungsgeber auf Besatzungsrecht.

#### 4. Einflüsse des Besatzungsrechts und des schweizerischen Strafrechts

Nach der Kapitulation des Deutschen Reiches hatte der Alliierte Kontrollrat durch die drei Gesetze vom 20. September 1945, vom 30. Januar 1946 und vom 20. Juni 1947 den ganzen Komplex nationalsozialistischer Strafvorschriften aufgehoben, zum Teil sogar mehrfach<sup>43</sup>. Damit waren auch die Abschnitte des Strafgesetzbuches über Hoch- und Landesverrat weggefallen. Die Alliierten hatten eigene Strafnormen eingeführt, die ihre spezifischen Belange – bei anfänglich weitgehender Androhung der Todesstrafe – schützen sollten<sup>44</sup>.

Der Zusammenstoß zwischen dem strafrechtlichen Schutz der Besatzungsinteressen und dem strafrechtlichen Schutz der Bundesrepublik, den der Parlamentarische Rat vermieden hatte, erfolgte dann bei der Ausgestaltung des Ersten Strafrechtsänderungsgesetzes. Die darin vorgesehene Strafbarkeit der Preisgabe eines Staatsgeheimnisses an Unbefugte<sup>45</sup> weckte bei den Alliierten erneut Bedenken, daß ihnen damit die Möglichkeit genommen werden könnte, sich Informationen über Vorgänge zu verschaffen, die von deutschen Behörden als Staatsgeheimnis angesehen würden und deren Weitergabe an die Alliierten deshalb strafrechtlich verfolgt würde. Auf diese Weise könnten Deutsche erfaßt werden, die mit alliierten Dienststellen zusammenarbeiteten<sup>46</sup>.

<sup>41</sup> Entstehungsgeschichte der Artikel des Grundgesetzes, bearb. von Klaus-Berto v. Doemming, in: *Jahrbuch für öffentliches Recht (JböffR)* N. F. Bd. 1 (1951), S. 912–916 (Art. 143 a. F.).

<sup>42</sup> Ebenda.

<sup>43</sup> Kontrollratsgesetze Nr. 1, 11 und 55; Michael Stolleis, *Rechtsordnung und Justizpolitik 1945–1949*, in: Norbert Horn (Hrsg.), *Europäisches Rechtsdenken in Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Helmut Coing zum 70. Geburtstag*, Bd. 1, München 1982, S. 384, 388 f.

<sup>44</sup> Hans Mittelbach, *Strafrechtlicher Schutz der Besatzungsinteressen. Bemerkungen zum Gesetz Nr. 14 der Alliierten Hohen Kommission*, in: *Deutsche Richterzeitung (DRiZ)* 28 (1950), S. 52–55.

<sup>45</sup> § 94 des Regierungsentwurfs vom 4. 9. 1950 und § 99 StGB i. d. F. vom 30. 8. 1951, in: *BGBI I*, S. 739.

<sup>46</sup> Vgl. die Übersetzung/Spr.-1022 der zusammenfassenden gutachtlichen Darstellung der Bedenken des amerikanischen Hohen Kommissars gegen die Vorschrift des § 94 des Entwurfs (Verrat von Staatsgeheimnissen). Diese Zusammenfassung übersandte das Bundeskanzleramt-Verbindungsstelle zur AHK mit Schreiben vom 21. 6. 1950 an den Bundesminister der Justiz Dehler, in: *BA B 141/3030*.



Wiederholte Zusicherungen und Klarstellungen von deutscher Seite vermochten indessen nicht, das Mißtrauen der Alliierten in dieser Frage abzubauen<sup>47</sup>. Die Alliierte Hohe Kommission erließ daher zu dem Zeitpunkt, als das Erste Strafrechtsänderungsgesetz in Kraft trat, das Zusatzgesetz Nr. 62. Danach durften die gerade erst wieder hergestellten Landesverratsvorschriften nicht auf deutsche Informanten der Besatzungsmächte angewendet werden<sup>48</sup>. Seinen Grund hatte der Konflikt zwischen den Alliierten und der Bundesregierung letztlich darin, daß die Erste Strafrechtsnovelle den Geheimnisschutz im Abschnitt Landesverrat auf eine politische Selbständigkeit der Bundesrepublik zugeschnitten hatte, die 1951 noch nicht gegeben war. Die Bundesrepublik als besetztes Gebiet mußte aufgrund des Besatzungsstatuts ihr politisches Handeln vor den Besatzungsmächten offenlegen, und sie hatte keine Gewähr dafür, daß ihr Geheimhaltungsinteresse gewahrt wurde, wenn es sich nicht mit dem Geheimhaltungsinteresse der Besatzungsmächte deckte<sup>49</sup>.

Mit ihrer Diskussion über den Fragenkomplex der inneren und äußeren Sicherheit und den Ausbau des strafrechtlichen Staatsschutzes stand die Bundesrepublik indessen nicht allein, sie fügte sich vielmehr in eine Rechtsentwicklung ein, die sich gleichzeitig in einer Reihe von westlichen Regierungssystemen vollzog<sup>50</sup>. Der politischen Strafgesetzgebung dieser Länder war – unter dem Eindruck des Ost-West-Konfliktes – gemeinsam, daß sie die strafbaren Handlungen nicht mehr ausschließlich auf die direkte Beteiligung an Versuchen zum gewaltsamen Sturz der bestehenden Staatsordnung, also auf gewaltsame Angriffe gegen das Gebiet, die Verfassung und die Träger der Staatsgewalt, beschränkte. Das politische Strafrecht wurde vielmehr in der Weise erweitert, daß es auch jede nicht gewaltsame, aber gleichwohl gegen die vorhandene verfassungsmäßige Ordnung gerichtete Handlung mit Strafe bedrohte<sup>51</sup>. Diese Ausgestaltung der Staatsschutzbestimmungen durch eine Reihe ausländischer Staaten war für die Bundesregierung ein Argument, mit dem sie ihren Entwurf für das Erste Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 begründete<sup>52</sup>.

Von der Bundesregierung ausdrücklich als Teil der westlichen Rechtsentwicklung vorgestellt<sup>53</sup>, enthielten die Vorschläge für den strafrechtlichen Staatsschutz der

<sup>47</sup> Vgl. die einschlägige Korrespondenz zwischen dem Bundeskanzleramt (Verbindungsstelle zur AHK bzw. Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten) und der Alliierten Hohen Kommission in den Jahren 1950 und 1951, in: Auswärtiges Amt, Politisches Archiv (AA/PA), Abt. 2, 203-00; Abt. 2, 240-11.

<sup>48</sup> Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission 1951, S. 1106 und den in Anm. 46 genannten Aktenbestand.

<sup>49</sup> Hellmuth von Weber, Das Strafrechtsänderungsgesetz, in: *Monatsschrift für Deutsches Recht (MDR)* 5 (1951), S. 519.

<sup>50</sup> Otto Kirchheimer, Wandlungen in der Struktur des Staatsschutzes, in: *ZPolit. N.F.* 11 (1964), S. 142.

<sup>51</sup> Ebenda.

<sup>52</sup> BT, Anlagen zu den Sten. Ber., Drucksachen (im folgenden: BT, Drucks.), Bd. 6, Bonn 1951, Nr. 1307 vom 4. 9. 1950, S. 27.

<sup>53</sup> Ebenda S. 27 f., 36.

Bundesrepublik in der Tat wichtige Impulse aus einer ausländischen Rechtsordnung. So verweist die Begründung der Bundesregierung zu ihrem Entwurf der Ersten Strafrechtsnovelle an mehreren Stellen auf die schweizerische Strafgesetzgebung als Vorbild<sup>54</sup>, und Bundesjustizminister Dehler machte bei der ersten Lesung der Vorlage im Plenum deutlich, welche Vorschriften sich an den Schweizer Entwurf anlehnten. So sollten nach Schweizer Vorbild vor allem strafbar sein die gewaltlose Störung der Verfassung und landesverräterische Beziehungen zu einem fremden Staat bzw. zu einer Partei, Vereinigung oder Einrichtung außerhalb des Bundesgebietes<sup>55</sup>. Ähnlich orientierte sich der Rechtsausschuß des Bundestages an den helvetischen Vorgaben<sup>56</sup>. Die gedanklichen Anleihen, mit denen die Bundesregierung ihre Vorlage vom September 1950 legitimierte, fanden trotz der mit solchen Entlehnungen verbundenen Fehlinterpretationen nur zaghaften Widerspruch<sup>57</sup>.

### 5. Schwerpunkte und Streitpunkte der ersten Strafrechtsänderung

Der im Abschnitt 3 erwähnte Entwurf für ein hessisches Staatsschutzgesetz von 1948 hatte Grundsatzfragen aufgeworfen, die bei der ersten Novellierung des Strafgesetzbuches in Bonn erneut zutage traten: a) das Spannungsverhältnis zwischen dem notwendigen Schutz des Staates und den ebenso schutzwürdigen Rechten des einzelnen, b) die Abgrenzung zwischen verfassungswidriger politischer Betätigung und der in einer Demokratie unverzichtbaren parlamentarischen Opposition, c) das Problem, inwieweit politisches Strafrecht nicht nur unrechtes Tun, sondern auch unrechtes Unterlassen ahnden soll sowie d) die Frage, welche Gerichte für die Aburteilung der politischen Straftaten zuständig sein sollten<sup>58</sup>.

Auf Bundesebene drängten sich diese Fragen zuerst in zwei Gesetzesinitiativen der parlamentarischen Opposition auf. Angesichts rechtsextremer Kundgebungen beantragte die Zentrumsparlei im September 1949 den strafgesetzlichen Schutz der Bundesflagge bzw. der Bundesfarben<sup>59</sup>. Im Februar 1950 folgte die SPD – ebenfalls unter dem Eindruck rechtsextremer Umtriebe – mit dem Entwurf eines Gesetzes gegen die Feinde der Demokratie<sup>60</sup>. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete die Bundesregie-

<sup>54</sup> Ebenda S. 27, 29, 34 f., 36 f.

<sup>55</sup> BT, Sten. Ber., Bd. 5, 83. Sitzung vom 12. 9. 1950, S. 3106 B, 3108 A.

<sup>56</sup> BT Rechtsausschuß, Wortprot., 95. Sitzung vom 4. 4. 1951, S. 10, 14, 19, 22; 118. Sitzung vom 28. 6. 1951, S. 16 (BT Parl. Arch.).

<sup>57</sup> Vgl. die Kritik bei Karl Pfannenschwarz, Die Staatsgefährdung im Schweizer Recht, in: Die Justiz 7 (1957), S. 48; Hans Čopić, Grundgesetz und politisches Strafrecht neuer Art, Tübingen 1967, S. 11 Anm. 29.

<sup>58</sup> Hess. Landtag, 1. Wp., Drucks. Abt. III Nr. 32: Sten. Bericht der 32. Sitzung vom 28. 1. 1948, S. 1009–1015.

<sup>59</sup> BT, Drucks., Bd. 1, Nr. 25 vom 22. 9. 1949.

<sup>60</sup> Ebenda, Bd. 1, Nr. 563 vom 15. 2. 1950.

rung bereits an dem Entwurf für ein Strafrechtsänderungsgesetz, den sie im September 1950 im Bundestag einbrachte<sup>61</sup>.

Vergleichsweise wenig Schwierigkeiten bereitete die Wiederherstellung und Neufassung der Tatbestände des Hoch- und Landesverrats. Sie galten als klassische Normen des souveränen Staates, und so knüpfte der Gesetzgeber bei den Bestimmungen über Hoch- und Landesverrat weitgehend an Vorbilder im früheren deutschen Strafrecht an<sup>62</sup>. Soweit der Regierungsentwurf sich am nationalsozialistischen Strafrecht orientierte, gab seine Begründung das jeweilige Vorbild aus der Zeit vor 1945 ausdrücklich an. Erklärend und zutreffend fügte die Begründung mehrfach hinzu, daß die Vorschriften der NS-Zeit ihrerseits teilweise Erweiterungen festschrieben, die Rechtsprechung und Schrifttum bereits in der Weimarer Republik, besonders kurz vor ihrem Ende, vollzogen hatten<sup>63</sup>. Kontinuität gab es auch in personeller Hinsicht, und zwar dadurch, daß die Regierungsvorlage maßgeblich von einem Beamten des Bundesjustizministeriums mitgestaltet wurde, der bereits in der NS-Zeit die gleiche Materie bearbeitet hatte<sup>64</sup>. Ministerialrat Schafheutele konnte bei seinen Vorschlägen auf Kenntnisse zurückgreifen, die er bereits nach 1933 durch seine Ausarbeitungen zum strafrechtlichen Staatsschutz und Strafprozeßrecht des Dritten Reiches erworben hatte<sup>65</sup>.

Zusätzlich zu den traditionellen Strafnormen des Hoch- und Landesverrats enthielt der Regierungsentwurf vom September 1950 zwei neue, sehr umstrittene Tatbestände: den Friedensverrat und die Verfassungsverletzung. Die Vorschriften über den Friedensverrat sollten den ersten Abschnitt der Strafrechtsnovelle bilden; ihnen zufolge sollte bestraft werden, wer ideologisch oder mit Waffen einen Angriffskrieg vorbereitet oder gegen ein anderes Volk hetzt<sup>66</sup>. Die Vorschriften über den Friedensverrat stießen jedoch innerhalb und außerhalb des Parlaments auf so viele Bedenken, daß der Rechtsausschuß des Bundestages sie rasch fallen ließ<sup>67</sup>. Eines dieser Bedenken ging von der damaligen Lage der Bundesrepublik aus. Wenn man Friedensstörungen in einem weltweiten Sinn begriff, dann gehörten sie vor einen internationalen Gerichtshof, nicht jedoch vor ein nationales Gericht und am allerwenigsten vor dasjenige einer Macht dritten Ranges wie damals die Bundesrepublik<sup>68</sup>. Erst

<sup>61</sup> Ebenda, Bd. 6, Nr. 1307 vom 4. 9. 1950.

<sup>62</sup> Friedrich-Christian Schroeder, *Der Schutz von Staat und Verfassung im Strafrecht. Eine systematische Darstellung, entwickelt aus Rechtsgeschichte und Rechtsvergleichung*, München 1970, S. 91 ff., 115 ff., 162 ff.

<sup>63</sup> BT, Drucks., Nr. 1307 vom 4. 9. 1950, S. 31–34, 36 f.

<sup>64</sup> Müller, *Furchtbare Juristen*, S. 213, 234; Gruchmann, *Justiz im Dritten Reich*, S. 933, 935 ff., 981, 984.

<sup>65</sup> Schafheutele war Mitverfasser des Kommentars von Leopold Schäfer/Hans Richter/Josef Schafheutele, *Die Strafgesetznovellen von 1933 und 1934*, Berlin 1934. Seine Tätigkeit vor 1945 wurde in den Beratungen des Ersten Strafrechtsänderungsgesetzes 1950 und 1951 nicht angesprochen.

<sup>66</sup> BT, Drucks., Nr. 1307 vom 4. 9. 1950, S. 6 f.

<sup>67</sup> BT Rechtsausschuß, Wortprot., 91. Sitzung vom 1. 3. 1951, S. 23 f. (BT Parl. Arch.).

<sup>68</sup> So der Bericht von Prof. Richard Busch vom 9. 6. 1950 an Bundesjustizminister Dehler über die Tagung der deutschen Strafrechtslehrer in Mainz, 14 S., hier S. 1 f., in: BA B 141/3010.

im Zuge der Strafrechtsreform Ende der sechziger Jahre fand der Friedensverrat, für den es in dem bis dahin geltenden Recht kein Beispiel gab, Eingang in das Strafgesetzbuch<sup>69</sup>.

Nicht fallen gelassen, sondern umgestaltet wurde der ebenfalls neue und umstrittene Tatbestand der Verfassungsstörung. Die Vorschrift im Regierungsentwurf von 1950 war nur kurz: Wegen Verfassungsstörung sollte bestraft werden, „wer eine Handlung vornimmt, die darauf gerichtet ist, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder auf verfassungswidrige Weise zu ändern oder zu stören“<sup>70</sup>. Diese sehr allgemeine Formulierung war dem schweizerischen Strafrecht entlehnt, das noch zwei anderen Strafbestimmungen als Vorbild diente<sup>71</sup>.

Wie sich Verfassungsstörung bzw. Staatsgefährdung<sup>72</sup> konkret äußern kann, erläutert der Regierungsentwurf von 1950. Danach sei bei internationalen Machtkämpfen neben die Gewaltanwendung in Form des Krieges der sog. Kalte Krieg getreten. Er werde vielfach in der Weise geführt, daß man versuche, die Widerstandskraft der gegnerischen Bevölkerung mit den Mitteln der Desorganisation und der seelischen Zermürbung niederzuzwingen, also keine Gewalt anzuwenden<sup>73</sup>.

Die entsprechende Erscheinung auf dem Gebiet der innerstaatlichen Machtkämpfe sei die „kalte Revolution“<sup>74</sup>. Sie werde so vorbereitet, daß sich der Entschluß, zur Gewalt zu greifen, bei den erkennbaren verfassungsfeindlichen Maßnahmen in der Regel nicht nachweisen lasse. Die feindliche Partei reiße die Macht unter Ausnutzung der systematisch vorbereiteten Lage auf scheinbar legale Weise an sich: durch Eindringen in die Schlüsselpositionen und die Zersetzung des Staatsapparats. „In dem Augenblick, zu dem die staatsfeindliche Partei die Maske der Gewaltlosigkeit fallen läßt, hat sie schon unter Ausnutzung der wohl vorbereiteten politischen Lage die Macht an sich gerissen. Die Gewalt wird, wenn überhaupt, zu spät spürbar. Sie zeigt sich erst unmittelbar vor der Machtergreifung oder nur noch als Abrechnung mit dem aus der Macht verdrängten Gegner.“<sup>75</sup> Als Beispiele für die kalte Revolution – also einen Umsturz ohne Barrikaden und ohne gewaltsame Vertreibung der Regierung – nannte die Begründung zum Regierungsentwurf die „Machtergreifung“<sup>76</sup> durch Hitler und die kommunistische Machtübernahme in der Tschechoslowakei<sup>77</sup>.

<sup>69</sup> 8. Strafrechtsänderungsgesetz vom 25. 6. 1968, in: BGBl. I, S. 741; Horst Woesner, Das neue Staatsschutzstrafrecht, in: NJW 21 (1968), S. 2129–2134.

<sup>70</sup> BT, Drucks., Nr. 1307 vom 4. 9. 1950, S. 8, 34 (§ 90 des Entwurfs).

<sup>71</sup> Siehe Anm. 54.

<sup>72</sup> Der BT-Rechtsausschuß ersetzte den Begriff der Verfassungsstörung durch den der Staatsgefährdung.

<sup>73</sup> BT, Drucks., Bd. 6, Nr. 1307 vom 4. 9. 1950, S. 34.

<sup>74</sup> Sigmund Neumann, The International Civil War, in: World Politics 1 (1949), S. 337: „The modern revolution is a calculated, planned, long-range process and not an unexpected, uncontrollable, sudden event.“

<sup>75</sup> Siehe Anm. 73.

<sup>76</sup> Siehe Anm. 8.

<sup>77</sup> Siehe Anm. 73.

Trotz der damals vielfach empfundenen Gefahrensituation waren die Widerstände gegen den Paragraphen über die Verfassungsverletzung, ja gegen den Regierungsentwurf als Ganzes, außerordentlich stark. Im Bundesrat, im Bundestag und beim Bundesgerichtshof überwog die Ansicht, daß die Straftatbestände des Regierungsentwurfs teilweise zu unbestimmt seien, „in ihrem Anwendungsbereich viel zu kautschukartig“<sup>78</sup>. Die Bedenken richteten sich dabei gegen Generalklauseln wie „mit verwerflichen Mitteln“ oder „die verfassungsmäßige Ordnung stören“. Die Unbestimmtheit der Tatbestände würde es den Gerichten, ja selbst dem Bundesgerichtshof, unmöglich machen, zwischen verfassungsmäßigen und verfassungswidrigen Handlungen zu unterscheiden<sup>79</sup>.

Im Blick auf derart auslegungsfähige Formulierungen sahen die Sprecher von KPD und SPD Teile der Regierungsvorlage in bedenklicher Nähe zum Strafrecht des Dritten Reiches<sup>80</sup>. Ein weiteres Spannungsmoment in den Gesetzesberatungen ergab sich aus der unterschiedlichen Konzeption der Entwürfe. Insgesamt gesehen richtete sich der Initiativgesetzentwurf der SPD vor allem gegen den Staatsstreich von oben, während der später eingebrachte Regierungsentwurf in erster Linie den Schutz der Ämter und Institutionen gegen Angriffe von unten vor Augen hatte<sup>81</sup>.

#### 6. Die drei Normenkreise des Strafrechtsänderungsgesetzes von 1951

Trotz aller Vorbehalte in Wissenschaft und Praxis blieb die Bundesregierung bei ihrem Wagnis, die gewaltlose Verfassungsverletzung bzw. Staatsgefährdung strafrechtlich zu definieren, und setzte sich damit durch. Der Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 und die Sorge, daß sich ein ähnliches Szenarium in Europa wiederholen könnte, veränderten die Sichtweise des Gesetzgebers. Die Bedrohung durch den internationalen Kommunismus erschien nun ungleich viel größer als die Gefahr eines westdeutschen Neonazismus<sup>82</sup>.

Unter diesem Gesichtspunkt gestalteten Regierungsvertreter und Abgeordnete des Bundestages den Regierungsentwurf völlig um. Fallen gelassen wurden die Vorschriften über den Friedensverrat und den Schutz der Kriegsdienstverweigerung, ebenso eine Reihe von Vorschriften gegen den Rechtsradikalismus, so z. B. die Ver-

<sup>78</sup> Bundesrat (BR) Sitzungsbericht Nr. 25 vom 23. 6. 1950, S. 430 B (Josef Müller, CSU).

<sup>79</sup> Vgl. Niederschrift über die Besprechung zwischen Mitgliedern des Bundesjustizministeriums und Mitgliedern des Bundesgerichtshofs und der Bundesanwaltschaft vom 12./13. 1. 1951 über den Entwurf des Strafrechtsänderungsgesetzes, 31 S., hier S. 2–11, in: BA B 141/3023.

<sup>80</sup> BT, Sten. Ber., Bd. 5, 83. Sitzung vom 12. 9. 1950, S. 3116 C, 3117 B (Paul), S. 3188 B (Arndt).

<sup>81</sup> Josef Schafheude, Das Strafrechtsänderungsgesetz, in: Juristenzeitung (JZ) 1 (1951), S. 614; Schroeder, Schutz von Staat und Verfassung, S. 180.

<sup>82</sup> BT Rechtsausschuß, Wortprot., 112. Sitzung vom 13. 6. 1951, S. 13 (Otto John, Präs. des Bundesamtes für Verfassungsschutz).

unglimpfung der Widerstandskämpfer und die Verwendung nationalsozialistischer Kennzeichen<sup>83</sup>.

Andererseits weitete man den einzigen Paragraphen über die Verfassungstörung zu einem eigenen Abschnitt „Staatsgefährdung“ aus. Unter dieser bis 1951 ungebrauchlichen Sammelbezeichnung erweiterte der Rechtsausschuß des Bundestages den Gesetzentwurf um einen Katalog von 10 Strafvorschriften, die durch z. T. neue Begriffe und eine entsprechende Strafzumessung speziell die Methoden des Kalten Krieges erfassen sollten<sup>84</sup>. Danach waren als gewaltlos, aber gleichwohl staatsgefährdend strafbar z. B. der Mißbrauch von Hoheitsbefugnissen, umstürzlerische Sabotage und Streiks, zersetzendes Einwirken auf Behördenangehörige, verfassungsverräterischer Nachrichtendienst, illegale Einfuhr von Propagandamaterial usw.<sup>85</sup>.

Angesichts der vielfach als neuartig empfundenen Bedrohung durch den Kalten Krieg sah sich der Gesetzgeber gezwungen, sowohl die zu schützenden Rechtsgüter als auch die gegen sie gerichteten Angriffsformen und Angriffsmittel z. T. neu zu definieren. Dies bedingte eine intensive Debatte über die Rechtsgüter und ihre Inhalte, insbesondere über die freiheitliche demokratische Grundordnung, die verfassungsmäßige Ordnung und die verfassungsmäßige Opposition<sup>86</sup>.

Der Rechtsausschuß des Bundestages verzichtete schließlich auf den als ausfüllungsbedürftig erachteten Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und ersetzte ihn durch sechs als besonders schutzwürdig geltende Prinzipien:

„1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen, 2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht, 3. das Recht auf die verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, 4. die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung, 5. die Unabhängigkeit der Gerichte, 6. der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft“<sup>87</sup>. Erklärtes Ziel der Ausschlußmehrheit war es, möglichst konkrete Verfassungsgrundsätze zu formulieren, die der richterlichen Entscheidung zugänglich sind. Daß diese später vom Bundesverfassungsgericht aufgegriffenen Verfassungsgrundsätze gewaltlos angegriffen werden können, kommt in den Angriffsformen zum Ausdruck, die der Gesetzgeber entsprechend umschrieben hat: (die Bundesrepublik, ihre Selbständigkeit oder einen Teil von ihr) „unter fremde Botmäßigkeit bringen“, „sonst beseitigen“ oder „löslösen“<sup>88</sup>.

<sup>83</sup> Weber, Strafrechtsänderungsgesetz, S. 517.

<sup>84</sup> §§ 88–98 StGB i. d. F. vom 30. 8. 1951, in: BGBl. I, S. 739.

<sup>85</sup> Ebenda.

<sup>86</sup> Vgl. insbesondere BT Rechtsausschuß, Wortprot., 111. Sitzung vom 7. 6. 1951 und 112. Sitzung vom 13. 6. 1951 (BT Parl. Arch.).

<sup>87</sup> Ebenda. Vgl. § 88 StGB i. d. F. von 1951.

<sup>88</sup> Schroeder, Schutz von Staat und Verfassung, S. 188.

Am Ende der parlamentarischen Beratungen im Juli 1951 blieb von dem Regierungsentwurf nur ein Fragment übrig, dessen Schwerpunkt bei den gewaltlosen Staatsgefährdungsdelikten lag. Zwischen die klassischen Normenkreise des Hochverrats und des Landesverrats fügte der Gesetzgeber als dritten Normenkreis die Staatsgefährdung ein. Der Spannungszustand des Kalten Krieges bewog damals eine breite Mehrheit im Bundestag, die bis zum Schluß um Verbesserung der Vorlage bemüht war<sup>89</sup>, das Strafrechtsänderungsgesetz in ungewöhnlicher Eile zu verabschieden<sup>90</sup>. Die deswegen als „Blitzgesetz“<sup>91</sup> kritisierte Novelle schuf die gesetzliche Grundlage für die dann einsetzende strafrechtliche Verfolgung von Kommunisten und Rechtsextremisten<sup>92</sup>.

### 7. Probleme der Rechtsprechung in Staatsschutzsachen nach 1951

Abgesehen von den Hochverratsbestimmungen in Art. 143 GG i. d. F. von 1949 gab es bis zum Inkrafttreten des Ersten Strafrechtsänderungsgesetzes am 30. 8. 1951 keine deutschen Vorschriften für den strafrechtlichen Staatsschutz. Nun erst setzte die deutsche Rechtsprechung in politischen Strafsachen ein, für die – nach dem Gerichtsverfassungsgesetz<sup>93</sup> – der Bundesgerichtshof oder bestimmte Strafkammern eines Landgerichts als erste Instanz zuständig waren. Die Konfliktlage des Kalten Krieges führte bald dazu, daß in erster Linie die kommunistische Agitation in ihren vielfältigen Formen – Streiks, Einfuhr verbotener Schriften, Befragungaktionen usw. – gegen die meisten der neuen oder neugefaßten Strafvorschriften verstieß und entsprechend geahndet wurde<sup>94</sup>.

Dabei kam nur anfänglich den Vorschriften über den Hochverrat eine gewisse Bedeutung zu, insbesondere dem bereits strafbaren Tatbestand der „Vorbereitung zum Hochverrat“. Der Bundesgerichtshof neigte bis 1954 erkennbar der Auffassung zu, daß die Kommunisten durch ihre gesamte politische Betätigung – so durch den Aufruf zum Sturz des „Adenauer-Regimes“ – den Umsturz vorbereiteten<sup>95</sup>. Auch die Deliktgruppe des Landesverrats spielte bei der strafrechtlichen Verfolgung von Kommunisten insgesamt gesehen eine eher untergeordnete Rolle<sup>96</sup>. Dafür, daß

<sup>89</sup> BT, Sten. Ber., Bd. 8, 160. Sitzung vom 11. 7. 1951, S. 6486 A.

<sup>90</sup> Ebenda, S. 6476 C-6486 A.

<sup>91</sup> Vgl. stellvertretend für die vielstimmige Kritik den Artikel „Gesetzgebungsgewitter (Blitzgesetze)“, in: Die Gegenwart. Eine Halbmonatsschrift 6, Nr. 135 (1951), S. 3 f.

<sup>92</sup> Alexander von Brünneck, Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968, 1978, S. 73–75.

<sup>93</sup> Gemäß § 134 GVG i. d. F. des Rechtsvereinheitlichungsgesetzes vom 12. 9. 1950, in: BGBl. I, 1950, S. 455; Wilhelm Dallinger, Gerichtsverfassung und Strafverfahren, in: JZ 1 (1951), S. 620 ff.

<sup>94</sup> Walter Wagner/Günther Willms, Der 6. Strafsenat – Legende und Wirklichkeit, in: Gerda Krüger-Nieland (Hrsg.), 25 Jahre Bundesgerichtshof am 1. Oktober 1975, München 1975, S. 266 f.

<sup>95</sup> Brünneck, Politische Justiz, S. 91–99 und aus der Sicht eines damals bekannten Strafverteidigers demnächst Diether Posser, Als Anwalt im Kalten Krieg.

<sup>96</sup> Brünneck, ebenda S. 100–108.

KPD-Mitglieder nicht in erster Linie als Täter von Landesverratsdelikten, sondern von Staatsgefährdungsdelikten bestraft wurden, gab es vermutlich zwei Gründe. Zum einen konnten Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft den Geheimnisverrat durch Kommunisten leichter abwehren, weil ihnen die Täter bereits weitgehend aus anderen Zusammenhängen bekannt waren. Zum anderen legte die Vorgehensweise der Kommunisten die Vermutung nahe, „daß die KPD das Geschäft des Landesverrates vorzugsweise Nichtkommunisten überließ, um ihre schwierige Situation nicht zusätzlich zu belasten“<sup>97</sup>.

Von ungleich größerer Bedeutung als die Vorschriften über Hoch- und Landesverrat erwiesen sich in der Praxis die Strafnormen der Staatsgefährdung, insbesondere die sog. Organisationsdelikte: § 90a (Verfassungsfeindliche Vereinigungen) sowie die §§ 128, 129 und 129a StGB (Geheimbündelei, Kriminelle Vereinigungen und Fortführung einer verbotenen Vereinigung). Da alle bedeutenden Formen der politischen Betätigung von Kommunisten sich in irgendeinem organisatorischen Zusammenhang vollzogen, ließ sich die große Zahl der Fälle unter eines der Organisationsdelikte subsumieren<sup>98</sup>. Wo die Gerichte die in diesen Vorschriften aufgeführten Kriterien als gegeben ansahen, stellte das Wirken kommunistischer Organisationen eine strafbare Handlung dar, und die Organe der Strafverfolgung konnten auf diesem Weg zahlreiche Formen der politischen Betätigung von Kommunisten unterbinden<sup>99</sup>. Mit dem KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1956 wurden zusätzlich zu den Organisationstatbeständen des Strafgesetzbuchs zwei weitere Straftatbestände aus dem Gesetz über das Bundesverfassungsgericht wirksam. Danach war mit der Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD zugleich jede Zuwiderhandlung gegen die Auflösung der Partei und gegen die Schaffung einer Ersatzorganisation strafbar<sup>100</sup>.

Die Zielrichtung des politischen Strafrechts, das seiner Natur nach vorwiegend Präventivstrafrecht und als solches dazu bestimmt ist, politische Straftäter, denen ein staatsgefährdendes Verhalten zur Last gelegt wird, möglichst frühzeitig durch justizförmige Verfahren auszuschalten, führte schon in den fünfziger Jahren zu Unzulänglichkeiten und Auslegungsschwierigkeiten der Rechtsprechung<sup>101</sup>. Angesichts dieser Erfahrungen bezeichnete der Rechtsexperte der SPD, Adolf Arndt, die Erste Strafrechtsnovelle rückblickend als „Schlangenei“<sup>102</sup> und bedauerte, das Gesetz mitverantwortet zu haben.

Unzulänglich erschien das Erste Strafrechtsänderungsgesetz Kritikern vor allem

<sup>97</sup> Ebenda S. 100 f.

<sup>98</sup> Ebenda S. 141.

<sup>99</sup> Ebenda S. 141 f.

<sup>100</sup> Nach §§ 46 Abs. 3 und 47 BVerfGG i. d. F. von 1951; Schroeder, *Schutz von Staat und Verfassung*, S. 197, 222.

<sup>101</sup> Max Güde, *Probleme des politischen Strafrechts*. Vortrag, Hamburg 1957, S. 13–19.

<sup>102</sup> So Adolf Arndt, *Die geistige Freiheit als politische Gegenwartsaufgabe*, in: *Bundeskongreß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1956*. Protokoll. Hrsg. Vorstand der SPD, Bonn o. J. (1956), S. 123.



aus zwei Gründen. Zum einen sah es die Bekämpfung staatsgefährdender Vereinigungen nur unter dem Gesichtspunkt der Strafbarkeit einzelner Mitglieder. Dies rührte daher, daß das Strafrecht von seiner Tradition her Individualstrafrecht ist. Wann immer die Gerichte von 1951 an Einzelpersonen – und diese waren zumeist Kommunisten – strafrechtlich verfolgten, mußten sie in jedem einzelnen Fall das Kollektivgeschehen würdigen, d. h. das Hintergrundgeschehen einbeziehen. Nur so ließ sich die organisierte Rechtsverletzung ahnden. Die Folge waren z. T. ungewöhnlich umfangreiche, bisweilen mehrere hundert Seiten lange Anklageschriften und Urteilsbegründungen, die sich auf weiten Strecken wie zeitgenössische und politische Abhandlungen lesen. Den Angeklagten selbst war darin nur der kleinste Teil gewidmet<sup>103</sup>.

Der zweite Vorwurf betraf die Unbestimmtheit zahlreicher Tatbestände. Bei einigen Staatsgefährdungsdelikten fehlte – so zeitgenössische Kritiker – ein objektiv klarer Tatbestand. Die §§ 88–98 StGB i. d. F. von 1951 enthielten vielmehr Tatbestandsmerkmale wie z. B. die Begriffe „beeinträchtigen“, „beseitigen“, „außer Geltung setzen“ und „untergraben“. Diese Formulierungen waren teilweise neu und von der Rechtsprechung noch nicht in anderem Zusammenhang geklärt. In der Praxis erforderten sie daher eine inhaltliche Ausfüllung, die zwangsläufig unterschiedlich ausfiel<sup>104</sup>. Dies führte dazu, daß sich bei den anhängigen Verfahren in Staatsschutzsachen Mitte der fünfziger Jahre eine erhebliche Rechtsunsicherheit bemerkbar machte und die Gerichte bei der Auslegung der teilweise neuen Rechtsbegriffe in starkem Maße tasteten<sup>105</sup>.

## 8. Zeitbedingter Wandel des strafrechtlichen Staatsschutzes

Für das politische Strafrecht in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre galt, was ein Sprecher der Regierungsparteien bei der Beratung der Vierten Strafrechtsnovelle 1957 im Bundestag feststellte: „Es ist eine Waffe, die geschmiedet wurde, um im Kalten Krieg zu bestehen“<sup>106</sup>. Sie richtete sich in erster Linie gegen die KPD und ihre Nebenorganisationen, und dies zu einer Zeit, als die Partei aus einer Reihe von Gründen bereits allmählich an Boden verlor<sup>107</sup>. Sanktionen für begangene und Prävention gegen künftige Angriffe auf Staat und Verfassung<sup>108</sup> – in dieser Funktion

<sup>103</sup> Walther P. Dorbritz, Die Problematik bestehender Straftatbestände im geltenden Recht, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Politische Strafprozesse, Hannover 1962, S. 50.

<sup>104</sup> Gustav W. Heinemann/Diether Posser, Kritische Bemerkungen zum politischen Strafrecht in der Bundesrepublik, in: NJW 12 (1959), S. 123.

<sup>105</sup> Vgl. BT Rechtsausschuß, Wortprot., 165. Sitzung vom 28. 11. 1956, S. 19 (Korref. Wittrock, SPD). (BT Parl. Arch.).

<sup>106</sup> So der Abg. Haasler (CDU), in: BT, Sten. Ber., Bd. 35, 192. Sitzung vom 8. 2. 1957, S. 10 931 B.

<sup>107</sup> Schwarz, Gründerjahre, S. 437 ff.

<sup>108</sup> Güde, Vortrag, S. 17 f.

war das Erste Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 Ausdruck einer Staatsraison, die die Bundesrepublik als „streitbare Demokratie“ begreift und das politische Strafrecht in den Dienst ihrer Selbsterhaltung stellt<sup>109</sup>.

Die vielstimmige Kritik, die das Erste Strafrechtsänderungsgesetz nach seinem Inkrafttreten – u. a. im Hinblick auf den Perfektionismus des Gesetzgebers<sup>110</sup> – erfuhr, läßt leicht das geschichtliche und politische Umfeld seiner Entstehung und Anwendung vergessen. Die Gestalter des Gesetzes standen gleichermaßen unter dem Eindruck des Scheiterns der ersten deutschen Republik und der Konfrontation im Kalten Krieg; zur Sorge vor einem Rückfall im „Weimarer Verhältnisse“ gaben die unruhigen Ränder des politischen Spektrums genügend Anlaß. Infolgedessen gab es innerhalb und außerhalb des Parlaments einen breiten Konsens darüber, daß Staat und Verfassung auch des strafrechtlichen Schutzes bedürften, d. h. daß man den Anfängen auch mit den Mitteln des Strafrechts wehren müsse<sup>111</sup>. Soweit sich Zweifel an der Praktikabilität und Wirksamkeit der neuen Strafbestimmungen regten, traten sie hinter ein nahezu alle Parteien verbindendes Sicherheitsbedürfnis zurück.

Gleichwohl war die Annahme der Strafrechtsvorlage durch den Bundestag und die Zustimmung des Bundesrates im Juli 1951 kein vorbehaltloses Ja zu ihrem Inhalt. Nichts belegt deutlicher die Sorge der beiden Kammern um Rechtssicherheit<sup>112</sup> als die Tatsache, daß beide den stets prekären Ausgleich zwischen Staatsschutz und Bürgerfreiheit nur als vorläufig anerkannten. Der Bundestag nahm bei der Verabschiedung des Gesetzes – einem Antrag der SPD folgend – eine Entschlie-ßung an, die die Bundesregierung kurzfristig ersuchte, ein Abänderungsgesetz zu dem soeben verabschiedeten Ersten Strafrechtsänderungsgesetz vorzulegen: die nächste Novelle sollte einen zweiten Rechtszug in Staatsschutzsachen dort vorschreiben, wo bis dahin nur eine Instanz zur Aburteilung der Angeklagten bestand. Damit und mit der Forderung nach der Mitwirkung von Laien an der Rechtsprechung in Staatsschutzsachen in der ersten Instanz sprach der Bundestag das manchmal unterschätzte Gerichtsverfassungsrecht an<sup>113</sup>.

Der Bundesrat seinerseits hatte die materiellen Strafvorschriften im Blick, als er bei seiner Zustimmung zur Ersten Strafrechtsnovelle in einer eigenen Entschlie-ßung die Bundesregierung aufforderte, bei dem nächsten Strafrechtsänderungsgesetz eine Anzahl der gerade beschlossenen Vorschriften zu revidieren. Geschehen sollte dies in einer Weise, die einerseits die Feinde der Demokratie schärfer traf, andererseits

<sup>109</sup> Eduard Kern, *Der Strafschutz des Staats und seine Problematik*, Tübingen 1963, S. 40.

<sup>110</sup> Günther Willms, *Der strafrechtliche Staatsschutz nach dem neuen Vereinsgesetz*, in: JZ 15 (1965), S. 87.

<sup>111</sup> BT, Sten. Ber., Bd. 5, 83. Sitzung vom 12. 9. 1950, S. 3104 C–3121 C.

<sup>112</sup> Zum Verlangen nach Rechtssicherheit in den 50er Jahren vgl. Detlef von Bülow, *Strafrecht und Kriminalpolitik*, in: Hans de With (Hrsg.), *Deutsche Rechtspolitik. Entwicklungen und Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949*, Heidelberg/Karlsruhe<sup>2</sup> 1980, S. 74 f.

<sup>113</sup> Siehe Anm. 93.

aber diejenigen Bestimmungen der Ersten Strafrechtsnovelle abänderte, die die freie Kritik einengten<sup>114</sup>.

Tatsächlich geriet das Erste Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 zum Auftakt für weitere Novellierungen, die jedoch zunächst nicht die von Bundestag und Bundesrat postulierten Punkte aufgriffen. Erst das Achte Strafrechtsänderungsgesetz vom 25. Juni 1968 schränkte – als Folge der vorausgegangenen Reformdiskussion und unter dem Eindruck der sich abzeichnenden Entspannung im Ost-West-Konflikt – das bis dahin geltende materielle politische Strafrecht ein<sup>115</sup>. Im Bereich des formellen Rechts entsprach das Gesetz zur Einführung eines zweiten Rechtszuges in Staatsschutz-Strafsachen vom 8. September 1969 dem Ersuchen des Bundestages vom Juli 1951<sup>116</sup>. Auf diese Weise gelang es, Ende der sechziger Jahre – zum Teil mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichtes – die Rechtsprechung aus den zeitbedingten geistigen Bindungen des Ersten Strafrechtsänderungsgesetzes zu lösen.

Trotz dieser und anderer Änderungen des strafrechtlichen Staatsschutzes bleibt festzuhalten, daß das heute geltende politische Strafrecht in wesentlichen Teilen durch das Erste Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. August 1951 vorgezeichnet wurde<sup>117</sup>. Seine Entstehung vollzog sich in einem dreifachen Spannungsfeld. Dieses entstand erstens aus dem notwendigen Ausgleich zwischen der grundgesetzlichen Garantie politischer Freiheiten einerseits und dem Erfordernis einer wirksamen Sicherung der Demokratie und damit einer Einschränkung der staatsbürgerlichen Freiheiten andererseits. Zweitens geriet die erste Novellierung des politischen Strafrechts in der Bundesrepublik in Konflikt mit dem damals bestehenden Besatzungsrecht und war insoweit kein rein deutsches Problem. Drittens wurde die erste Strafrechtsänderung zu einem Feld der politischen Auseinandersetzung zwischen den beiden deutschen Staaten, weil die Novelle in erster Linie verschiedene Formen politischer Betätigung der KPD und ihrer Nebenorganisationen erfassen sollte, durch die die Bundesrepublik als Staatswesen ihre Legitimität bestritten und ihre verfassungsmäßige Ordnung bedroht sah<sup>118</sup>.

Neben dem politischen Zusammenhang zwischen strafrechtlichem Staatsschutz und verfassungsmäßiger Ordnung ist die enge rechtliche Anbindung der Ersten Strafrechtsnovelle an den Willen des Verfassungsgebers zu vermerken. Das Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. 8. 1951 war zugleich das erste Änderungsgesetz zum Grundgesetz: es trat an die Stelle der grundgesetzlichen Vorschriften des Art. 143

<sup>114</sup> BR, Drucks. Nr. 577/51 (Beschluß) vom 27. 7. 1951. Zum unfertigen Charakter der 1. Strafrechtsnovelle vgl. Weber, Strafrechtsänderungsgesetz, S. 517.

<sup>115</sup> Brünneck, Politische Justiz, S. 324 f.

<sup>116</sup> Walter Wagner, Die gerichtliche Zuständigkeit in Staatsschutz-Strafsachen, in: Hans-Heinrich Jescheck/Hans Lütiger (Hrsg.), Festschrift für Eduard Dreher zum 70. Geburtstag, Berlin/New York 1977, S. 644.

<sup>117</sup> Siehe Anm. 7.

<sup>118</sup> Siehe Anm. 5 und 90.

GG a. F. GG, die der Parlamentarische Rat als vorläufig angesehen und deren Ablösung durch ein einfaches Gesetz er selbst bestimmt hatte<sup>119</sup>.

Nicht nur mit der Verfassung stand die Erste Strafrechtsnovelle in engstem Zusammenhang, sondern auch mit einer Reihe von Gesetzesvorhaben, die sich teils aus der Vollendung des Staatsaufbaus, teils aus dem Sicherheitsbedürfnis des noch jungen Staates ergaben. Gemeinsam war diesen Gesetzesvorhaben in den Bereichen des organisatorischen Verfassungsschutzes sowie des Versammlungs-, Presse- und Rundfunkrechts<sup>120</sup>, daß sie mindestens teilweise dem Staatsschutz dienen, gewisse „Formen des politischen Lebens“ vorzeichnen<sup>121</sup> und den Alliierten vorbehaltene Materien<sup>122</sup> in deutsche Zuständigkeit überleiten sollten.

Bei der Ausgestaltung der hier vorgestellten Materie überschritten sich somit mehrere Fragenkreise: die Auseinandersetzung mit dem Staatsschutz der Weimarer Republik und dem des NS-Regimes, das Spannungsverhältnis zwischen dem Schutz der Verfassung und dem Schutz des einzelnen Bürgers sowie die Kollision zwischen dem Souveränitätsstreben der noch jungen Bundesrepublik und dem bestehenden Besatzungsrecht. Von daher gesehen ist die Wiederherstellung und Neufassung des strafrechtlichen Staatsschutzes in der Bundesrepublik von 1949–1951 nicht nur Ausdruck der Rechtspolitik im Kalten Krieg, sondern auch ein beachtenswertes Element der westdeutschen Verfassungsentwicklung.

<sup>119</sup> Das Außerkrafttreten von Art. 143 a. F. GG wurde während des Gesetzgebungsverfahrens nicht problematisiert. Vgl. Stefan Schaub, *Der verfassungsändernde Gesetzgeber. Parlament und Verfassung im Spiegel der Anträge, Beratungen und Gesetzesbeschlüsse zur Änderung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1984, S. 176, 225, 283 f.

<sup>120</sup> So wurde zunächst die gesetzliche Grundlage geschaffen für die Errichtung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (27. 9. 1950), des Bundeskriminalamtes (8. 3. 1951) und für die Regelung des Versammlungsrechts (24. 7. 1953).

<sup>121</sup> Vgl. Protokoll der SPD-Fraktion, Sitzung vom 13. 7. 1950 zur Absetzung des Versammlungsgesetzes von der Tagesordnung, „bis die anderen Gesetze über die Formen des politischen Lebens vorliegen“. In: *Archiv der sozialen Demokratie, Prot. SPD-Fraktion*.

<sup>122</sup> Vgl. den Aktenbestand Übersendung von Gesetzen und Verordnungen an die Alliierte Hohe Kommission in Vorbehaltmaterien in: AA/PA Abt. 2, 240-11.

KLAUS-JÜRGEN MÜLLER

## DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER ALGERIENKRIEG

### I.

Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Algerienkrieg<sup>1</sup> muß vor dem Hintergrund der allgemeinen Politik der Jahre 1954 bis 1962 betrachtet werden. Der Algerienkonflikt fiel in die Zeit, in welcher die Bundesrepublik zum souveränen Staat, zum Partner des Westens und schließlich zur europäischen Mittelmacht wurde. Entscheidende Faktoren waren für Bonn damals die Entwicklung des Ost-West-Konfliktes, die Einbeziehung des neuen deutschen Staates in das westliche Bündnis und die Politik des europäischen Zusammenschlusses, deren Voraussetzung der deutsch-französische Ausgleich war. Damit ist bereits das allgemeine Spannungsfeld angedeutet, in dem sich die Außenpolitik der Bundesregierung bewegte<sup>2</sup>.

Als am 1. November 1954 der Aufstand der FLN (Front de la Libération Nationale) begann, war die Bundesrepublik noch nicht formell souverän, waren die Pariser Verträge, welche ihre Einbeziehung in das westliche Bündnis regelten, zwar unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert; die Römischen Verträge, welche die europäische Zusammenarbeit in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Atomgemeinschaft begründeten, wurden während des Algerienkrieges verhandelt, unterzeichnet und ratifiziert (Mai 1956 Venedig, März 1957 Rom, Juli 1957 Ratifizierung in Bonn); hinzu kommt, daß in der Zeit des Algerienkonfliktes das

<sup>1</sup> Die hiermit vorgelegte Analyse beruht auf den zur Zeit zugänglichen Akten des Politischen Archivs (PA) des Auswärtigen Amtes. Die Akten der obersten Entscheidungsebene (vom Staatssekretär über den Außenminister bis zum Bundeskanzler) stehen der Forschung noch nicht zur Verfügung. Es handelt sich daher bei den nachfolgenden Darlegungen um einen ersten Versuch, der nur vorläufige Erkenntnisse bringen kann.

<sup>2</sup> Allgemein zur Außenpolitik der Bundesregierung in dieser Zeitphase seien aus der großen Fülle der einschlägigen Arbeiten nur genannt: Wilhelm G. Grewe, *Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit*, Stuttgart 1960; Helga Haftendorn, *Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen Sicherheitsbefriedigung und Friedenssicherung. Zur Außenpolitik der BRD 1955–1973*, Düsseldorf 1974; Ernst Nolte, *Deutschland und der Kalte Krieg*, München/Zürich 1974; Waldemar Besson, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe*, München 1970; Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Außenpolitik*, München/Zürich 1975; ders., *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957*, Stuttgart/Wiesbaden 1981; Auswärtiges Amt (Hrsg.), *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1972.

Deutschland- und das Berlin-Problem mehrfach akut wurde bis hin zu krisenhaften Zuspitzungen: vom Scheitern der Außenministerkonferenz der vier Großmächte in Genf im Herbst 1955 bis zum Bau der Berliner Mauer im August 1961.

All diese Ereignisse und Entwicklungen machen verständlich, warum der Algerienkonflikt nie im Mittelpunkt der deutschen Außenpolitik stand, warum die Bundesrepublik andere Probleme für wichtiger und für ihre vitalen Interessen bedeutsamer ansah. Dennoch spielte der Algerienkonflikt im Gesamtzusammenhang der erwähnten Entwicklungen und Ereignisse<sup>3</sup> doch gleichsam eine funktionale Rolle: Er betraf das Verhältnis zu Frankreich, er war in der Perspektive Bonns bedeutsam für die Entwicklung des westlichen Bündnisses und er war indirekt mit dem Ost-West-Gegensatz verbunden.

So relativ auch der Stellenwert des Konfliktes im Rahmen der deutschen Außenpolitik war, ignoriert werden konnte er nicht. Daher war er auch von Anfang an in das Blickfeld der deutschen Politik getreten.

Das Auswärtige Amt in Bonn war schon seit Jahresende 1954 eingehend über die Lage in Algerien und die Problematik der algerischen Frage unterrichtet<sup>4</sup>. Die Botschaft in Paris verhehlte in ihren Berichten nicht ihre Skepsis hinsichtlich der Erfolgsaussichten der für unzureichend gehaltenen französischen Reformmaßnahmen und der angelaufenen Repressionsmaßnahmen gegen die Rebellen.

Diese *Skepsis* beruhte auf zwei Einsichten: einmal auf der Erkenntnis, daß Algerien „nicht nur ein integraler Bestandteil des französischen Mutterlandes ist, sondern in erster Linie ein Teil des arabischen muselmanischen Nordafrikas, des Maghreb“<sup>5</sup>, und zweitens auf einer nüchternen Einschätzung der sozio-ökonomischen Interessenlage der Beteiligten. So meldete Botschafter Hausenstein schon im Januar 1955, daß die im Reformprojekt des neuen Generalgouverneurs Soustelle vorgesehene Totalintegration auf den starken Widerstand interessierter pressure groups wie der Alkohol-Lobby und der Vereinigung der algerischen Bürgermeister stoßen würde, die den Verlust ihrer Privilegien befürchteten<sup>6</sup>.

Ebenfalls wurde schon früh erkannt, daß eine militärische Befriedungsaktion lange Zeit benötigen würde, eine endgültige Befriedung aber nur erfolgen könne, wenn den berechtigten Ansprüchen des neun Zehntel der Gesamtbevölkerung ausmachenden muselmanischen Bevölkerungsteils durch grundlegende Reformen Rechnung getragen würde<sup>7</sup>.

So realistisch die Bundesregierung auch informiert worden war, sie hat zu diesem Zeitpunkt das Algerienproblem offensichtlich noch nicht als einen Faktor angesehen oder ansehen wollen, den man in Hinblick auf das deutsch-französische Verhältnis

<sup>3</sup> Hierzu vgl. allgemein Gilbert Ziebura, *Die Deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Pfullingen 1970.

<sup>4</sup> Vgl. die Vorgänge in: PA 205 (Bd. 18), Berichte der Botschaft Paris vom 11. 2., 7. 9., 6. 10. und 17. 12. 1954.

<sup>5</sup> Ebenda, Bericht Botschafter Hausenstein vom 17. 12. 1954.

<sup>6</sup> Ebenda, Bericht Botschafter Hausenstein vom 1. 3. 1955.

<sup>7</sup> Ebenda, Bericht Botschafter Hausenstein vom 17. 12. 1954.

oder die deutsche Europa- bzw. die Integrationspolitik berücksichtigen müßte. Zwar ist die Algerienfrage mit in die Tagesordnung des Baden-Badener Treffens zwischen Adenauer und dem französischen Ministerpräsidenten Mendès-France am 14. Januar 1955 aufgenommen worden; aber sie war noch eingebettet in Überlegungen zur wirtschaftlichen Stabilisierung der französischen Besitzungen in ganz Afrika, worüber in den folgenden Monaten Besprechungen erfolgen sollten. Daher kam es danach zur Eröffnung von konsularischen Vertretungen in Algier und Dakar.

Das geringe Gewicht, das man trotz genauer Informationen jedoch dem Algerienproblem innerhalb der deutsch-französischen Beziehungen noch einräumte, zeigt folgende Tatsache: Die im April 1955 dem neuen deutschen Botschafter in Paris, Frhr. v. Maltzan, ausgehändigte Instruktion enthielt keinen Hinweis auf das Algerienproblem<sup>8</sup>. Dieses konnte lediglich im Rahmen seiner generellen Weisung betrachtet werden: „Ihre Aufgabe als Botschafter (muß es) sein, unser Verhältnis zu Frankreich auf der Grundlage einer umfassenden deutsch-französischen Verständigung zu festigen und den Bestrebungen einer gemeinsamen europäischen Politik Ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen.“

Als Elemente dieses deutsch-französischen Verhältnisses wurden genannt:

- das „stark historisch begründete Selbstverständnis der Franzosen“,
- „die belastenden (wiewohl allmählich abklingenden) Kriegserinnerungen“,
- „die ökonomischen Verbindungen“ (Marshall-Plan) und die daraus resultierende deutsch-französische Kooperation.

Im übrigen seien alle politischen Probleme zwischen Deutschland und Frankreich „im weiteren Rahmen einer gesamteuropäischen Perspektive zu betrachten.“

Diese „gesamteuropäische Perspektive“ stellte fortan die Leitlinie dar, unter der alle Probleme subsumiert wurden, welche das deutsch-französische Verhältnis betrafen. Das Algerienproblem wurde in diesem Sinne lediglich funktional betrachtet; somit wurde es zu einem Randproblem, das die deutsche Politik der Europa- und Westintegration, deren Kern die deutsch-französischen Beziehungen waren, auf keinen Fall stören dürfe. Daher nahm die Bundesregierung, soweit wie irgend möglich auf den französischen Standpunkt in dieser Frage und auf französische Interessen Rücksicht.

Das wurde bereits kurz vor dem Erlaß dieser Instruktion bei der Behandlung der Frage deutscher Staatsangehöriger in der französischen Fremdenlegion deutlich<sup>9</sup>. Nach deutschen Informationen dienten damals etwa 18000 Deutsche in dieser Truppe; Probleme ergaben sich aus der anhaltenden französischen Werbung für die Legion auf deutschem Boden. Die Bundesregierung versuchte vergeblich, im Rahmen der Verhandlungen über den Stationierungsvertrag dieser Praxis Einhalt zu gebieten. Dies war um so dringender, als die Opposition in Bonn diese Frage auf-

<sup>8</sup> PA 204 (82-94.07, Bd. 7), Instruktion vom 28. 4. 1955.

<sup>9</sup> Hierzu und zum folgenden vgl. die Vorgänge ebenda und PA 204 (84.00, Bd. 14, fasc. „Fremdenlegion“).

griff. Zuerst starteten die Jungsozialisten eine Anti-Legions-Kampagne, „die sich gegen die französische Politik, aber auch gegen die Bundesregierung“ richtete, welche „zu wenig tat, um Frankreich von der Anwerbung Jugendlicher in der Bundesrepublik abzuhalten“. Dann drohte die Opposition mit einem Grundsatzprozeß, „der aufzeigen sollte, daß es mit unserem Recht, aber auch mit dem Geist des Bündnisses nicht zu vereinbaren sei, wenn ein Verbündeter dem anderen mit illegalen Mitteln Wehrpflichtige abwirbt“. Gleichzeitig bemühten sich SPD-Politiker im Bunde mit der FLN, deutsche Legionäre in Algerien zum Überlaufen aufzufordern und solche Überläufer über Tunesien und Marokko zu repatriieren<sup>10</sup>. Auf der anderen Seite gab es offensichtlich Initiativen arabischer Länder, in der Bundesrepublik deutsche Militärausbilder und -berater für die FLN zu rekrutieren<sup>11</sup>. Schließlich griff der Bundestag den gesamten Komplex auf. Es kam zu einer parlamentarischen Anfrage der FDP. Die SPD bemühte sich, die Frage auf die internationale Ebene zu heben: Der Abgeordnete Wehner regte an, die UNO mit dieser Frage zu befassen, da in den gesamten Komplex der Fremdenlegion auch die Rückführung deutscher Legionäre aus den Gefangenenlagern der Vietminh (in denen die Sterbequote angeblich 65% betrage) hineingehöre, die Franzosen aber die Repatriierung derjenigen aus der Gefangenschaft heimkehrenden Legionäre ablehne, deren Verpflichtungszeit noch nicht abgelaufen sei (franz. Verbalnote vom 23. 12. 1954). Andere schlugen vor, den Europarat mit dieser peinlichen Sache zu befassen<sup>12</sup>.

Die Bundesregierung geriet damit unter Druck. Sie blockte den Vorschlag, die UNO damit zu befassen, mit dem Hinweis ab, kein UNO-Mitgliedstaat sei für eine Intervention zu gewinnen; im übrigen gehörten die drei meistbetroffenen Staaten (Deutschland, Schweiz und Italien) gar nicht der UNO an. Sie plädierte vielmehr dafür, diese Angelegenheit diskret und im Rahmen der Stationierungsverhandlungen ohne Aufsehen zu regeln; ihre Argumentation folgte dabei haargenau der oben erwähnten Generalklausel: Ein offener deutsch-französischer Gegensatz müsse „aus Gründen der allgemeinen Politik vor der UNO vermieden werden“. Er würde nur „den kommunistischen Staaten eine unverhoffte Gelegenheit zu Propagandareden gegen die Verteidigungsorganisation Westeuropas“ geben und zu einer „Demonstration der Uneinigkeit im westlichen Lager führen“<sup>13</sup>.

Was hier an einem Detailproblem aufgezeigt wurde, das galt insgesamt für die

<sup>10</sup> Ebenda sowie Hans-Jürgen Wischnewski, *Mit Leidenschaft und Augenmaß*. In *Mogadischu und anderswo. Politische Memoiren*, München 1989. Das Zitat S. 109.

<sup>11</sup> *Archives du Ministère des Affaires Etrangères (MAE)*, Paris, *Europe 1949–55, Sous-Série Allemagne*, Bd. 320. *Allemagne et Afrique Française Mai 1954–Dec. 1955*, S. 152: Bericht des französischen Botschafters in Bern vom 7. 3. 1955.

<sup>12</sup> PA 204 (84.00 Bd. 14) Vgl. auch über illegale Rückführungsaktionen durch Kräfte der politischen Linken: Wischnewski, *Politische Memoiren*, S. 108 ff. sowie Claus Leggewie, *Kofferträger. Das Algerienprojekt der Linken im Adenauer-Deutschland*, Berlin 1984, S. 83 ff. Differenzierte Sicht bezüglich deutscher Fremdenlegionäre: Siegfried von Nostitz, *Algerisches Tagebuch 1960–62*, Düsseldorf 1971, S. 92 f.

<sup>13</sup> PA 204 (84.00, Bd. 14), *Aufz. Ref. 302* vom 7. 3. 55.



Haltung der Bundesregierung in der Algerienfrage: Die Politik der deutschen Westorientierung und das Bemühen um die Stärkung des westlichen Lagers hatten angesichts des alles dominierenden Bewußtseins der kommunistischen Bedrohung absoluten Vorrang. Diesen beiden Zielsetzungen wurde alles andere untergeordnet. Daher bemühte man sich erstens – trotz der von Anfang an skeptischen Einschätzung von Lösungsmöglichkeiten des Algerienproblems – alles zu tun, um dem französischen Bündnispartner die schwierige Lage zu erleichtern, mindestens aber alles zu unterlassen, was ihm zusätzliche Probleme bereiten könnte; zweitens aber konnte und wollte man Frankreich damit auch zugunsten der Politik der Westintegration und der Stärkung des westlichen Bündnisses beeinflussen.

Dabei muß man sich die damalige Lage der Bundesrepublik deutlich machen. Es war eine Periode, die Hans-Peter Schwarz als „kritische Reifepériode deutscher Außenpolitik“ bezeichnet hat. Eine neue Konstellation zeichnete sich ab, welche die Möglichkeit einer „umsichtigen, für die deutschen Interessen optimalen Gleichgewichtspolitik im Rahmen der westlichen Zusammenschlüsse (zu) erlauben“ schien<sup>14</sup>; aber noch waren gewichtige Handicaps für die Bundesrepublik vorhanden: zwar hatte die Pariser Nationalversammlung dem deutschen NATO-Beitritt im Dezember zugestimmt, zwar waren die Pariser Verträge unterzeichnet und im Februar in Bonn ratifiziert worden, aber die Verträge zur Aufhebung des Besatzungsstatuts sollten erst im Mai 1955 in Kraft treten, erst dann wurde die Bundesrepublik in politisch wesentlichen Bereichen souverän; die Saar-Frage – „eine latente Hypothek der deutsch-französischen Beziehungen“<sup>15</sup> – war ebenfalls noch ungelöst; vor allem aber war Frankreich als eine der vier Siegermächte für die Bundesrepublik ein wichtiger Faktor bei der künftigen Behandlung der Deutschland-Frage, und gerade diese hatte jetzt eine neue Qualität gewonnen. Im Sommer 1955 war die Konferenz der Regierungschefs der Großen Vier in Genf gescheitert; Moskau hatte im September die DDR zum souveränen Staat proklamiert. Von Ende Oktober bis Mitte November tagte in Genf die Konferenz der vier Außenminister, auf der es zum Tauziehen zwischen Ost und West über die Deutschlandfrage kam. Die diametral entgegengesetzten Standpunkte prallten aufeinander. Die Sowjetunion ging nunmehr von der „Existenz zweier deutscher Staaten“ aus; die Westmächte und die Bundesrepublik hingegen hielten an der gesamtdeutschen Zielsetzung fest und betonten, daß die Bundesrepublik allein die legitimen Interessen der deutschen Nation vertrete. Würde diese westliche Gemeinsamkeit künftigen Belastungen immer gewachsen sein? Diese Frage war noch nicht eindeutig zu beantworten.

Das war eine Konstellation, die der Bundesrepublik in deutschem Interesse sowie im wohlverstandenen Interesse des westlichen Bündnisses größte Zurückhaltung auferlegte. In einem großen Bericht über „Fünf Jahre deutsch-französische Beziehungen“ vom 4. 8. 1955 beschrieb Botschafter v. Maltzan die Komplexität der damaligen deutsch-französischen Beziehungen mit den Worten, die Ratifizierung der

<sup>14</sup> Schwarz, Gründerjahre, S. 348.

<sup>15</sup> PA 204 (81-82.-00, Bd. 6), Bericht Botschafter v. Maltzan vom 4. 8. 55.

Pariser Verträge sei fraglos „ein Wendepunkt in den deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen“. Mit ihnen sei „eine Ausgangsposition geschaffen worden, von der aus die deutsch-französische Politik nunmehr ihren Anfang nehmen könne“. Die mit der Ratifizierung geschaffenen Tatsachen könnten zu einem „Wandel der Einstellungen“ führen. Aber noch bestände „im Bewußtsein jedes Franzosen die bange Frage: wird es diesmal gelingen, die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ohne Rückschläge und ohne Enttäuschungen zu realisieren?“<sup>16</sup>

Mehr noch: Angesichts der Weltlage war die weitere Entwicklung trotz der Pariser Verträge in mancher Hinsicht noch offen; jedenfalls mußte sie nicht mit absoluter Notwendigkeit nur in eine Richtung gehen. Wohl stellte Maltzan in einem „Außenpolitischen Ausblick“ fest: Nach der „durch die Pariser Verträge erreichten formellen Normalisierung“ stelle sich die Frage, ob nicht über den „erreichten modus vivendi ... hinaus zwischen beiden Ländern außenpolitische Affinitäten“ bestünden, die „eine auf die Neuordnung Europas angelegte, über das deutsch-französische Verhältnis hinausgehende Politik möglich mache?“ Aber gleichzeitig relativierte er doch diese positive Bilanz der deutsch-französischen Normalisierung, indem er sie ganz nüchtern in eine umfassendere Perspektive deutscher Politik hineinstellte: „Ist die außenpolitische Entwicklung Frankreichs“ – so fragte er – „an einem Punkt angelangt, an dem Frankreich seine Außenpolitik unter Umständen neuorientieren muß? Die Art und Weise, wie die Sowjets den Franzosen die gemeinsame Bedrohung durch Deutschland ins Gedächtnis rufen, die Möglichkeit, daß die Vereinigten Staaten über die Köpfe der europäischen Länder hinweg einen Dialog mit Rußland suchen und die zumindest selbständige Diplomatie der Engländer lassen das Verhältnis Deutschland – Frankreich in einem anderen Licht erscheinen“<sup>17</sup>.

Noch erschien dem Botschafter nicht alles entschieden zu sein, noch schien die Frage nicht endgültig beantwortet: Wird die Bundesrepublik zum wichtigsten außenpolitischen Partner der Franzosen oder wird Frankreich seine alte Allianzpolitik mit dem Osten, mit der Sowjetunion, wieder aufnehmen? Gerade unter solcher Perspektive war deutsche Zurückhaltung in der Algerienfrage geradezu zwingend<sup>18</sup>.

<sup>16</sup> Ebenda.

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> Das war um so schwieriger, als die deutsche Presse generell sehr kritisch über Frankreichs Algerienpolitik berichtete. Vgl. MAE, Europe 1949–55, Bd. 320, S. 228 ff.: Bericht französische Botschaft Bonn vom 25. 8. 1955 „Reactions allemandes aux événements en Afrique du Nord“, in dem eine „joie maligne“ und ein „ton doctoral et pesant“ konstatiert wurden. Die Deutschen sähen in dem Entkolonisationsprozeß generell „une revanche éclatante sur les puissances qui, en 1918, les ont dépossédés de leur empire colonial“. Ingeheim – so unterstellte man in der Botschaft – hofften die Deutschen nach erfolgter Entkolonisierung den Platz der Briten und Franzosen in der Dritten Welt einnehmen zu können. Zum Presseecho in der Bundesrepublik auf den Algerienkrieg vgl. Klaus-Jürgen Müller, La Guerre d'Algérie vue par la presse ouest-allemande, in: *Relations Internationales* 58 (1989), S. 177–185; zur Perzeption der Entwicklung der Bundesrepublik aus der Sicht der französischen Botschaft bzw. Hochkommission vgl. die Auszüge aus dem Bericht François-Poncets vom 3. 5. 1955 bei Hans Manfred Bock, Zur Perzeption der frühen Bundesrepublik Deutschland in der französischen Diplomatie, in: *Francia* 15 (1987), S. 654–675.

Dies galt um so mehr, als sich in der Sicht der Bundesregierung die Situation in Algerien in der zweiten Jahreshälfte 1955 immer mehr zuspitzte. Die Pariser Botschaft berichtete Anfang August, daß es Frankreich „trotz des Einsatzes zahlenmäßig großer Streitkräfte“ nicht gelungen sei, der Unruhen Herr zu werden. Dies habe den Rebellen „eine erhebliche Stärkung ihres Prestiges bei der Bevölkerung“ eingebracht<sup>19</sup>. Vor allem aber konnte die Bundesregierung keine aussichtsreichen Lösungsmöglichkeiten erkennen; Frankreich war offenkundig nicht in der Lage, die tieferen Ursachen des Konfliktes zu beseitigen: „Die eigentlichen Wurzeln der Unruhen (sind) in der wirtschaftlichen Notlage der algerischen Bevölkerung zu suchen“ sowie in der „verhängnisvollen Fiktion“, daß Algerien integraler Teil des Mutterlandes sei, eine Fiktion, von der sich die Regierung in Paris „aus innerpolitischen Rücksichten“ nicht zu trennen wagte. Repressionsmaßnahmen verschärften die Gegensätze in Algerien nur noch. „Aus der juristischen Fiktion“ ergäben sich „unlösbare Schwierigkeiten“. Daher und wegen der „gegenwärtigen innerpolitischen Kräfteverhältnisse in Frankreich (sei es) wenig wahrscheinlich, daß die verantwortlichen französischen Stellen bereit sind, eine . . . grundsätzliche Revision der französisch-algerischen Beziehungen ins Auge zu fassen“. Vielmehr verschärfe sich die Lage weiterhin, nicht zuletzt, weil die Unabhängigkeit Tunesiens und die Entwicklung in Marokko den Algeriern Auftrieb gegeben hätten<sup>20</sup>. In einem ausführlichen Bericht, den eine Mitarbeiterin der Pariser Botschaft nach einer längeren Informationsreise in Algerien anfertigte und der dem Bundeskanzler und dem Bundespräsidenten vorgelegt wurde, hieß es, „die gesamte muselmanische Bevölkerung sei mit dem Aufstand . . . solidarisch“. Selbst gemäßigte Moslems weigerten sich heute, gegen die Rebellen Stellung zu nehmen. Die Reformvorhaben Soustelles, der persönlich positiv beurteilt werde, würden von der arabischen Bevölkerung als unzureichend abgelehnt. Das politische Leben in Algerien werde fast gänzlich von den Großgrundbesitzern und Industriellen beherrscht. Nur eine Minderheit von Franzosen in Algerien lege sich Rechenschaft darüber ab, daß gerade das starre Festhalten an den traditionellen Herrschaftsverhältnissen die gegenwärtige Lage heraufbeschworen habe und daß eine grundsätzliche Neuordnung unvermeidlich sei. Die Mehrzahl rufe jedoch nur nach schärferen Repressionsmaßnahmen gegen die Rebellen<sup>21</sup>.

## II.

Aufgrund solcher Berichte erfaßte die Bundesregierung spätestens in der *zweiten Jahreshälfte 1955* das Algerienproblem in seiner ganzen Schärfe, aber auch in seiner ganzen strukturellen Ausweglosigkeit. Auf der Grundlage dieser Lagebeurteilung

<sup>19</sup> PA 205 (Bd. 18), Bericht Botschafter v. Maltzan vom 3. 8. 55.

<sup>20</sup> Ebenda, Bericht Botschaft Paris vom 30. 9. 55.

<sup>21</sup> Ebenda, Bericht Attaché Dr. Osiander vom 18. 1. 56; vgl. auch den Bericht der Botschaft vom 3. 11. 55 über die sozio-ökonomischen Hintergründe des Algerienkonfliktes.

erfolgte jetzt ein *Perspektivwandel* in Bonn – hatte sich die internationale Konstellation doch bedenklich verändert. Seit April 1955, seit der Bandung-Konferenz, hatten sich die Länder der Dritten Welt, vornehmlich die asiatisch-afrikanisch-arabischen Staaten, in der Weltpolitik zu Wort gemeldet. Die Sowjetunion zeigte sofort ihr Interesse an diesem neuen Faktor der internationalen Politik. Auf den Abschluß des im Rahmen der westlichen Eindämmungspolitik 1955 konzipierten Bagdad-Paktes reagierte Moskau mit der Erklärung, es werde die Unabhängigkeit der Länder des Mittleren Ostens schützen und verteidigen. Desweiteren war das Scheitern der Genfer Außenministerkonferenz über Deutschland schon abzusehen (Oktober/November 1955). Zudem hatten die Franzosen die Internationalisierung des Algerien-Konfliktes nicht verhindern können; die UNO beschäftigte sich damit.

Diese weltpolitischen Gewichtsverlagerungen zusammen mit den beginnenden Entspannungstendenzen zwischen Ost und West veränderten den Referenzrahmen der deutschen Außenpolitik. Damit nahm auch das Algerienproblem eine neue Dimension für Bonn an. Das wird äußerlich schon daran deutlich, daß die diplomatischen Berichte über die Lage in Algerien nunmehr fast regelmäßig dem Bundeskanzler und dem Bundespräsidenten vorgelegt und meist auch den wichtigsten Ministerien zur Information zugeleitet wurden. Ebenso wurden von allen deutschen Auslandsmissionen Berichte über die Haltung angefordert, welche die Länder, bei denen sie akkreditiert waren, in der UNO zur Algerienfrage einnehmen.

In dieser Lage kam es innerhalb der deutschen Diplomatie zu einer Art *Grundsatzdiskussion* über Möglichkeiten und Zielsetzungen deutscher Frankreichpolitik. Die deutsche Botschaft in Paris legte eine umfangreiche Analyse unter dem Titel ›Außenpolitische Lage Frankreichs: Entwicklung und Möglichkeiten‹ vor, die Botschaftsrat Dr. Paul Frank, der spätere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und dann des Bundespräsidialamtes (1970–1979), verfaßt hatte; durch seine Unterschrift identifizierte sich der Botschafter mit ihr<sup>22</sup>.

In der Denkschrift wird konstatiert, daß erstmals in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen seit 1954 „das politische Zusammengehen der beiden Länder aus realpolitischen Erwägungen“ erfolge. Durch die Teilung der Welt in Ost und West sei den Franzosen „das traditionelle Hinterland, diplomatische Hinterland“ in Osteuropa verloren. Frankreich habe so seine Mittlerstellung zwischen Ost und West eingebüßt. „Die Schwierigkeiten in Nordafrika, wo sich Frankreich im Gegensatz zur Weltöffentlichkeit und zur asiatisch-arabischen Welt befindet, haben . . . in Frankreich ein Bewußtsein der Isolierung entstehen lassen.“ In diesem Zusammenhang wird eine französische Pressestimme zitiert: „Nous avons tort de nous croire universellement aimés!“ Das „Gefühl der Franzosen, in ihren nordafrikani-

<sup>22</sup> PA 204 (83.00, Bd. 12), Bericht Botschafter v. Maltzan vom 4. 11. 1955 betr. „Die Außenpolitische Lage Frankreichs: Entwicklungen und Möglichkeiten“. Der Botschafter hob in seinem Anschreiben an Min. Dirigent v. Marchtaler hervor, dieser Bericht sei „von meinem vorzüglichen Mitarbeiter Dr. Frank“ verfaßt worden.

schen Schwierigkeiten von ihren angelsächsischen Alliierten nur mangelhaft unterstützt zu werden, und die Tatsache, daß sie bei den Abstimmungen in der UNO von einem Teil ihrer traditionellen Freunde verlassen worden sind“, haben Paris um so mehr auf die Bundesrepublik zurückverwiesen. Diese werde „mehr und mehr als wirtschaftlicher und politischer Partner Frankreichs begriffen. Im Quai d'Orsay wachse die „Überzeugung . . ., daß Deutschland aufgehört hat, ein potentieller Gegner Frankreichs zu sein“. Man verschließe nicht die Augen vor der Tatsache, daß die Sowjets ihre Militärgrenze bis nach Thüringen vorgeschoben haben, während Frankreich erhebliche Teile seiner Truppen nach Nordafrika abziehen müsse. In zunehmendem Maße werde man sich bewußt, daß „das Schicksal Frankreichs mit demjenigen des kontinentalen Westeuropas identisch“ sei.

Aufgrund dieser Lagebeurteilung entwickelte Botschaftsrat Frank sodann ein großes Konzept, eine Art „Grand Design“ deutscher Frankreichpolitik im größeren Rahmen einer westeuropäischen Konzeption. „In diesem Zustand“, so schreibt der Verfasser der Denkschrift, „wird Frankreich, ob es will oder nicht, auf seinen Nachbarn Deutschland zurückgeworfen. In diesen realen Vorgängen liegt die Chance einer realistischen deutsch-französischen Politik, welche die Möglichkeit einer Synchronisierung der außenpolitischen Ziele der Bundesrepublik mit den außenpolitischen Zielsetzungen Frankreichs in greifbare Nähe“ rücken lasse und damit die „Grundlage eines deutsch-französischen Kernes, von dem aus die Neuordnung der europäischen Verhältnisse unternommen werden“ könne. Denn Frankreich beginne in seiner jetzigen Lage „endlich zu begreifen, daß es auf Gedeih und Verderb mit dem kontinentalen Europa verbunden ist . . . Die wichtigste Aufgabe einer deutsch-französischen Politik besteht daher darin, die sich abzeichnenden Affinitäten rasch in institutionelle Tatsachen umzuwandeln . . .“ Mehr denn je liege in der „Herstellung eines deutsch-französischen Blocks speziell in den außenpolitischen Fragen die große Chance zu einer europäischen Neuordnung“. Man sieht also: Frank wollte unter anderem auch die Algerienproblematik als Instrument zur Verwirklichung einer Europa-Konzeption benutzen, die um einen deutsch-französischen Kern herum realisiert werden sollte.

So fährt er fort: „Die Franzosen haben das sichere Gefühl, daß ihr wirtschaftliches und militärisches Potential nicht ausreicht, um die nordafrikanische Stellung auf die Dauer zu halten . . . Es besteht kein Zweifel, daß die vernünftigste Lösung des nordafrikanischen Problems im Rahmen einer europäischen Föderation eher möglich“ ist. Also: Europäisierung des algerischen Problems, um somit einer europäischen Föderation den Weg zu ebnen und gleichzeitig die nordafrikanische Position dem Westen zu erhalten. Die europäischen Staaten – so heißt es weiterhin – könnten sich „angesichts der Bedeutung der nordafrikanischen Stellung und des an sich schon prekären Gleichgewichtes im Mittelmeer . . . an diesen Fragen nicht desinteressieren!“

Was bedeutet dieses große Konzept nun für die konkrete deutsche Frankreichpolitik und für die praktische deutsche Haltung gegenüber dem Algerienproblem? Hierzu schreibt der Verfasser: „Wenn die Vereinigten Staaten . . . Frankreich nur

zögernd unterstützen, wenn England glaubt, Frankreich müsse seinem Beispiel in der Aufgabe kolonialer Positionen folgen, wenn Rußland glaubt, über die arabische Liga seinen Arm in das Mittelmeer vorstrecken zu können, so ist dies für Deutschland und Westeuropa Grund genug, der französischen Politik der Erhaltung dieser Gebiete im europäischen Einflußbereich Verständnis entgegen zu bringen.“ Das müsse nicht heißen, daß man einem überholten Kolonialismus das Wort rede, aber es könne „sehr wohl bedeuten, daß man Frankreich in dieser Frage propagandistisch solange abschirmt, bis es sich eines Tages im weiteren Verlauf der ungebahnten Entwicklung darauf besinnt, daß beide Länder dort gemeinsam erreichen können, was den Franzosen im Alleingang versagt bleiben muß.“

Ein wichtiges weiteres Element der Interessenidentität liege auch darin, daß „die französische Regierung hinsichtlich der Ost-West-Probleme und der Wiedervereinigung Deutschlands einen mit unseren Auffassungen fast identischen Standpunkt einnimmt“. Für die Bundesrepublik sei es „von allergrößter Bedeutung . . ., die Einheit der außenpolitischen Konzeption (des Westens gegenüber der Sowjetunion) in dieser Frage um jeden Preis zu erhalten . . .“ Auch deshalb müsse Deutschland „der französischen Regierung ihre Situation . . . erleichtern . . . und alles . . . unterlassen, was in der öffentlichen Meinung Frankreichs eben erloschene feindliche Gefühle gegen Deutschland zum Wiederaufleben bringen würde“.

Propagandistische Abschirmung, verständnisvolle Haltung und zarte Rücksichtnahme – das mag vielleicht, gemessen an dem in der Zielpjektion enthaltenen „Grand Design“, als ein bißchen wenig an praktischer Politik erscheinen. Dennoch: Trotz dieses offenkundigen Defizites hinsichtlich der praktischen Umsetzung des Konzeptes ist eines klar: Hier wurde erstmals der Versuch gemacht, den für Frankreich schmerzhaften Dekolonisationsprozeß konstruktiv in Verbindung zu bringen mit dem Konzept der europäischen Einigungspolitik.

Die Überlegungen, welche hinter diesem Versuch standen, faßte Frank rückblickend in die Worte: „Haben wir Deutsche denn in all diesen Jahren verstanden, was die Entkolonisierung, ein ebenso schmerzlicher wie unvermeidlicher Vorgang, für Frankreich und seine Rolle in Europa bedeutet hat? Haben wir nicht munter europäische Pläne auf den Verhandlungstisch geworfen, gerade so, als ob es den französischen Indochinakonflikt, Tunesien, Marokko, Schwarz-Afrika und Algerien nicht gegeben hätte? Haben wir auch nur einmal das verständnisvolle und konstruktive Gespräch mit Frankreich darüber gesucht? Es war nicht weit her mit unserer Zivilcourage, die Interessenabwägung auch dort vorzunehmen, wo es – das sei zugegeben – schwierig und undankbar war.“<sup>23</sup>

Aus diesem Geist heraus ist das Memorandum geschrieben worden: „Die Bewältigung der kolonialen Vergangenheit“, so schrieb Frank einige Jahre später, „absorbierte die Kraft Frankreichs so stark, daß es für die einzig zukunftssträchtige Konzeption auf dem europäischen Kontinent, das vereinte Europa, nicht mit seinem

<sup>23</sup> Paul Frank, *Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur*, München 1985, S. 39 ff.

vollen Gewicht zur Verfügung stand<sup>24</sup>. Diese verhängnisvolle Situation wollte der Autor des Memorandums ändern. Aber genügte ein großes Konzept, um unter den alltäglichen Zwängen diesseits und jenseits des Rheins zukunftssträchtige und konstruktive Politik zu machen? Immerhin, hier wurde jedenfalls ein großes Gesamtkonzept deutsch-französischer Europa-Politik entworfen. In diesem Konzept hatte das Algerienproblem einen besonderen Stellenwert. Es verwies die französische Politik mit Notwendigkeit auf Europa, speziell auf die Bundesrepublik. Diese wiederum sei hinsichtlich der Deutschlandfrage auf Frankreich angewiesen. Diese Interdependenz begründete in den Augen seines Verfassers „eine wohlverstandene Interessengemeinschaft der beiden Länder“ und stellte eine solide Grundlage für eine gemeinsame konstruktive Europa-Politik dar.

Im Auswärtigen Amt und im Umkreis des Bundeskanzlers mag man die Lageanalyse des Memorandums geteilt haben, mag sicher auch einverstanden gewesen sein mit dem europäischen Kerngehalt des Konzeptes; aber man sah die Realisierungschancen eines solchen Konzeptes doch sehr viel skeptischer. Erstens schätzte man die Fähigkeit Frankreichs, sich zu einer konstruktiven Lösung des Algerienproblems auf der Basis einer entschlossenen Reformpolitik durchringen zu können, sehr pessimistisch ein. Ministerialdirektor Blankenhorn, einer der engsten Berater des Bundeskanzlers, schrieb Ende 1955 in einer persönlichen Aufzeichnung: „Auch in der freien westlichen Welt gibt es Anlaß zur Sorge. Ich denke hierbei in erster Linie an Frankreich, wo Regierungskrisen und Immobilismus die so dringliche Lösung der brennenden sozialen Probleme verzögern. Wie will man auch Nordafrika halten, wenn man sich nicht entschließen kann, dort die überlebte koloniale Herrschaft endlich aufzugeben, die für Europa wirtschaftlich und politisch so bedeutsamen Gebiete in die Unabhängigkeit zu überführen und sie zugleich in gegenseitiger fruchtbarer wirtschaftlicher Kooperation mit Europa zu verbinden? Es gibt im Augenblick wohl keine führenden französischen Persönlichkeiten von Rang, die diesen Problemen gewachsen wären. Es dominiert in Paris schon wie so oft der ängstliche Rentnerverstand. Die Folge ist, daß ähnlich wie in Indochina auch in Nordafrika die französische und damit die europäische Position zerbröckelt.“<sup>25</sup>

So wenig schmeichelhaft die französische Position hier gekennzeichnet wird, so deutlich ist die Einsicht ausgesprochen, daß in Nordafrika auch europäische Interessen auf dem Spiel standen. Aber es blieb bei dieser Feststellung; es wurde im Gegensatz zu Franks Initiative nicht der Versuch gemacht, ein umfassendes Lösungskonzept auf europäischer Grundlage und auf der Basis eines Ausgleichs französischer und europäischer Interessen zu entwickeln. Diese Zurückhaltung entsprang jedoch weniger politisch-intellektuellem Unvermögen, als vielmehr einer skeptischeren Lagebeurteilung und wohl auch einem stärker ausgeprägten Problem- und Gefährdungsbewußtsein. Man war sich offenbar in Bonn nicht so sicher, ob Frankreich in

<sup>24</sup> Ebenda, S. 42.

<sup>25</sup> Herbert Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1980, S. 241 f.

der Deutschlandfrage und im Kontext des Ost-West-Konfliktes stets und unter allen Umständen ein verlässlicher Partner wäre oder bliebe. Solche Fragen bedrängten die Verantwortlichen in Bonn um so mehr, als man zu bemerken glaubte, daß die sowjetische Entspannungsoffensive „allerlei Illusionen ausgelöst (hatte), die in manchen Ländern zu einem fühlbaren Abbau der Verteidigungsbereitschaft“ geführt habe<sup>26</sup>. Man fürchtete nicht nur, daß etwa der britische Premierminister versuchen könne, „einen wie auch immer gearteten ‚Entspannungserfolg‘ (zu) erzielen, um damit seinen innenpolitischen Schwierigkeiten Herr zu werden“, sondern man sorgte sich auch, daß „solche Extratouren“ Frankreich ebenfalls veranlassen könnten, „eigene Wege nach Moskau zu gehen. Das wäre das Ende der Einheit des Westens.“<sup>27</sup>

Man sieht, in Bonn wurde die optimistische Lageeinschätzung der Pariser Botschaft nicht geteilt. Man hielt die Lage noch für weit ungefestigter als die deutschen Vertreter in Paris. Sahen Maltzan und Frank den Weg nach Moskau für Paris schon als nicht mehr gangbar an, so war man diesbezüglich in Bonn erheblich skeptischer. Man wollte nicht a priori eine für die deutschen Interessen negative Wendung der französischen Außenpolitik ausschließen, die sich unter dem Druck wachsender innen- und kolonialpolitischer Schwierigkeiten und angesichts sich ausbreitender Entspannungseuphorie ergeben könnte. Man hielt auch den Zwang für Frankreich, nur und ausschließlich mit der Bundesrepublik kooperieren zu müssen, nicht für so absolut und unausweichlich.

Obendrein bereiteten bestimmte *weltpolitische Entwicklungen* den Regierenden in Bonn zusätzlich große Sorgen, welche sie zu vorsichtiger Zurückhaltung in der Algerienfrage veranlaßten: In Asien und in Nahost war eine neue Dynamik sowjetischer Politik festzustellen. Freundschaftsbesuche der sowjetischen Spitzenpolitiker in Indien, Afghanistan und Kaschmir; sowjetische Waffenlieferungen an Ägypten; eine groß angelegte sowjetische Propagandaoffensive gegenüber der arabischen Welt mit Beteuerung der Völkerfreundschaft und der anti-kolonialistischen Solidarität ließen für den Nahen Osten und den gesamten Mittelmeer-Raum, damit auch für Nordafrika, die Gefahr einer Ausweitung des sowjetischen Einflusses in dieser für den Westen vital wichtigen Region als reale Bedrohung erscheinen.

Gegen Jahresende hatte die Bundesregierung zudem mit der Proklamation der „Hallstein-Doktrin“ die Konsequenzen aus der im September 1955 erfolgten Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der UdSSR gezogen. Damit entstand für sie das Problem, eine Anerkennung der DDR überall auf der Welt außerhalb des Ostblockes zu verhindern; das galt insbesondere für die Länder der Dritten Welt, für die sogenannten Blockfreien Staaten. Dadurch wurde die Bundesrepublik natürlich druckempfindlich oder sogar erpreßbar. So schaute man voll Sorge vor allem auf die arabischen Länder. Mit diesen hatte Deutschland traditionsreiche und historisch gewachsene Freundschaftsbeziehungen; andererseits aber unterstützten diese Län-

<sup>26</sup> Ebenda, S. 240 (Eintragung vom 31. 12. 1955).

<sup>27</sup> Ebenda, S. 242 (Eintragung vom 31. 12. 1955).



der im Zeichen des Panarabismus die algerische Aufstandsbewegung. Das war eine Belastung für die deutsch-arabischen wie für die deutsch-französischen Beziehungen; es konnte vor allem Folgen für die Durchsetzung bzw. Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruches der Bundesrepublik haben. Bestand nicht die Gefahr, bei einer allzu betonten Solidarität mit den Franzosen die Araber zu verprellen?

Gerade die Rücksicht auf die arabischen Staaten hat Bonn auch davon abgehalten, den Vorschlägen Franks und Maltzans zu entsprechen. Blankenhorn ließ dies in einem Gespräch mit Botschafter François-Poncet ganz offen durchblicken. Der Botschafter sprach den deutschen Diplomaten Anfang April 1955 auf die Möglichkeit einer bundesdeutschen Beteiligung bei der Errichtung von Rüstungsbetrieben in Nordafrika an – ein Projekt, das schon im Herbst 1954 von dem damaligen Ministerpräsidenten Mendès-France vorgeschlagen worden war. Blankenhorn aber zeigte sich desinteressiert und gab zu verstehen, daß man von arabischer Seite die Warnung erhalten habe, eine solche deutsch-französische Kooperation würde als unfreundlicher Akt angesehen, der zum Abbruch der deutsch-arabischen Handelsbeziehungen führen könne. Diese aber seien sehr wichtig für die Bundesrepublik<sup>28</sup>. Obendrein sorgte man sich in Bonn, daß die Araber dann auch den sowjetischen Sirenenklängen ihr Ohr leihen und die DDR anerkennen würden.

Der Kanzler argwöhnte schon seit geraumer Zeit, daß hinter der algerischen Rebellion die Kommunisten steckten. So forderte er im Sommer 1956 vom Auswärtigen Amt eine Expertise zu der Frage, ob und in welchem Maße die Sowjetunion und die Kommunisten die Aufständischen in Algerien unterstützten<sup>29</sup>. Zwar kam das Außenministerium zu dem Schluß, daß keine Beweise für eine solche Unterstützung vorlägen, daß die algerischen Kommunisten wie der PCF eine „bemerkenswerte Zurückhaltung“ zeigten; die Sowjetunion nähme eine abwartende Haltung ein. Aber in größerer Perspektive sei der Algerienkonflikt innerhalb der Ost-West-Auseinandersetzung durchaus ein Gefahrenherd für den Westen; denn „unbeschadet der offiziellen sowjetischen Zurückhaltung dürfte sich“, so schrieb der Frankreichreferent des Auswärtigen Amtes<sup>30</sup>, „der Algerienkrieg mit der Bindung von NATO-Streitkräften gut in das Gesamtkonzept der sowjetischen Globalstrategie einfügen“. Zur Zeit seien die zentraleuropäischen Fronten erstarrt, daher sei der Algerienkonflikt eine willkommene Gelegenheit für den Beginn eines an der europäischen Südfanke ansetzenden Aufweichungsprozesses. Das kam der französischen These sehr nahe, wonach Europas Sicherheit in Algerien verteidigt werde.

<sup>28</sup> MAE, Europe 1949–55, Bd. 320, S. 167: Bericht französische Botschaft Bonn von 6. 4. 1955; vgl. auch ebenda, S. 82 ff. (Bericht vom 12. 11. 1954): Infolge der Vorfälle in Algerien sei die deutsche Geschäftswelt skeptisch bezüglich des Aufbaues gemeinsamer Rüstungsproduktionsstätten dort.

<sup>29</sup> PA 205 (8110/0, Bd. 19), Anforderung des Bundeskanzleramtes vom 31. 7. 1956. Die Franzosen hatten bereits Ende 1954 vorgeschlagen, im Rahmen eines westeuropäischen Rüstungspools Rüstungsbetriebe aus dem als strategisch gefährdete Zone deklarierten Westdeutschland nach Nordafrika zu verlagern.

<sup>30</sup> Ebenda, Aufzeichnung des Frankreichreferates vom 1. 8. 1956.

## III.

Angesichts dieser Sachlage ist es nicht erstaunlich, daß nicht die großen Perspektiven, die in dem Frank-Bericht aufgezeigt worden waren, die deutsche Haltung bestimmten, sondern ein vorsichtiges, pragmatisches Lavieren. Klassisch kommt diese Haltung in einer Aufzeichnung des Frankreich-Referenten des Auswärtigen Amtes zum Ausdruck, in der als Verhaltensrichtlinie formuliert wurde, daß „die Bundesregierung in den Fragen der französischen Politik in Nordafrika grundsätzlich größte Zurückhaltung bewahre und es ihr mit Rücksicht auf das deutsch-französische Verhältnis *und* auf die Beziehungen zu den arabischen Staaten unmöglich sei, in irgendeiner Form Stellung zu nehmen oder auch nur durch die Haltung ihrer offiziellen Vertreter im Ausland eine Stellungnahme in der einen oder anderen Richtung vermuten zu lassen“<sup>31</sup>. Man bewegte sich also wissentlich zwischen Scylla und Charybdis.

Eine solche Politik erschien um so mehr angebracht, als – wie schon Ministerialdirektor Blankenhorn hervorgehoben hatte<sup>32</sup> – zur Zeit in Bonn niemand irgendein Anzeichen dafür erkennen konnte, daß es Frankreich durch rasche und effektive Repression oder aufgrund durchgreifender Reformen gelingen könne, das Algerienproblem zu lösen: Die Aufstandsbewegung breitete sich vielmehr weiter aus<sup>33</sup>; die erforderlichen innerpolitischen Voraussetzungen für grundlegende politische Lösungen waren ebenfalls nicht erkennbar: „Niemand von der Linken bis zur Rechten sieht ... eine gangbare Lösung des Problems.“ Andererseits wird ebenso nüchtern wie weitsichtig konstatiert: „Die weitere Verschleppung des Problems birgt ernsthafte Gefahren in sich, die nicht nur die Existenz der Regierung, sondern auch den Bestand des republikanischen Systems selbst infrage stellen könne.“ Die französische Politik in Algerien sei in einem absoluten Dilemma festgefahren<sup>34</sup>.

In dieser schwierigen Situation, die keinen unmittelbaren und direkten Ausweg bot, versuchte es die Bundesregierung mit einer Art *Doppelstrategie*, die wohl vorläufigen Charakter trug, gleichwohl aber einer konstruktiven Dimension nicht entbehrte: *einerseits* vorsichtige Zurückhaltung in der algerischen Frage (die zu lösen die Franzosen aus Bonner Sicht vorerst unfähig waren, die zudem immer mehr Kräfte band), *andererseits* aber den Franzosen in allen anderen Bereichen weitestmöglich entgegenzukommen, vor allem aber durch festere europäische Einbindung der Franzosen zu verhindern, daß Frankreich wegen seiner verhängnisvollen algeri-

<sup>31</sup> Ebenda, Aufzeichnung des Frankreichreferates vom 21. 12. 1955.

<sup>32</sup> Blankenhorn, Verständnis und Verständigung, S. 241 f.

<sup>33</sup> PA 205 (Bd. 18), Botschaft Paris vom 2. 3. und 19. 3. 1956.

<sup>34</sup> Ebenda, Botschaft Paris vom 8. 2. 1956 „Auswirkungen des algerischen Problems auf die französische Innenpolitik“; Blankenhorn, Verständnis und Verständigung, S. 249 (6. Mai 1956), befürchtete daher, daß „die Schwäche der derzeitigen französischen Politik ... in einer größeren Verständigungsbereitschaft gegenüber der Sowjetunion innen- und außenpolitische Entlastung sucht, ohne die sie der schweren Krise der französischen Herrschaft in Algerien nicht Herr werden zu können glaubt.“

schen Bindung aus der gemeinsamen europäischen Politik ausschert, gleichzeitig aber Frankreich auf lange Sicht dadurch zu stärken.

Dabei kam es zu *einer Art außenpolitischem Spiel mit drei Bällen*, das bisweilen der deutschen Politik in dieser Phase auf den ersten Blick etwas Ambivalentes gab, im Grunde aber nur Ausdruck einer Politik des erzwungenen Pragmatismus war:

- *erstens* betonte Rücksichtnahme auf die *Dritte Welt*, vor allem auf die arabischen Staaten, nicht zuletzt wegen des deutschen Alleinvertretungsanspruches;
- *zweitens* alles zu *vermeiden, was Frankreich schaden könnte*, ohne jedoch deutsche vitale Interessen aufs Spiel zu setzen, und zu versuchen, eben weil sich das algerische Problem zur Zeit nicht lösen ließ, Schaden zu begrenzen;
- *drittens*, angesichts der Relativierung des amerikanischen Nuklearmonopols und der amerikanischen Neigung zu weltpolitischen Alleingängen *das europäisch-amerikanische Verhältnis* auf der Grundlage einer *Stärkung des europäischen Pfeilers* um eine deutsch-französische Kombination herum zu reequilibrieren.

Diese Politik konkretisierte sich zum Beispiel darin, daß der Bundeskanzler in der Folgezeit bei den Verhandlungen um die Eintrittskonditionen in den Gemeinsamen Markt von den Grundsatzbeschlüssen von Messina (Juni 1955) bis zur Unterzeichnung der Römischen Verträge über den Gemeinsamen Markt und EURATOM (23. 3. 1957) den Franzosen oft weit entgegenkam, bisweilen sogar im Gegensatz zu deutschen ökonomischen Interessen und selbst gegen den Widerstand von Teilen des Kabinetts. Die deutsche Konzessionsbereitschaft war also nicht nur eine Vorleistungsstrategie zugunsten der Förderung eines europäischen Einigungsprozesses, sondern mindestens ebenso sehr eine bewußte, wengleich indirekte Hilfestellung für Frankreich bei seinen Bemühungen, das Algerienproblem zu lösen.

Diese Art der Stärkung des europäischen Pfeilers hatte für den Kanzler auch noch eine andere Dimension: Einmal glaubte er Anzeichen einer bedenklichen Änderung der amerikanischen Politik zu erkennen: Eisenhowers Äußerungen über den Wert der Neutralität in der Dritten Welt (6. 6. 1956) und das Kennan-Memorandum vom Mai desselben Jahres zugunsten eines „Disengagement der Blöcke“ waren ihm Beweise für diese Tendenz. Zweitens war es die mangelnde Koordinierung der westlichen Politik – wie sie in der Zypern-Krise sich zeigte und bald auch in der Suez-Intervention deutlich werden sollte –, die ihn angesichts der sowjetischen Expansion im Nahen Osten und im Mittelmeer mit tiefer Sorge erfüllte. Das sowjetische Engagement im Mittelmeer-Raum und im Nahen Osten sah er als Vorbereitung für ein späteres sowjetisches Vordringen gegen Europa von Süden her an<sup>35</sup>.

Angesichts dieser Entwicklungen drängte er darauf, die NATO von einem bloßen Militärbündnis zu einer politischen Allianz mit gemeinsamer politischer Willensbildung, mindestens aber mit gemeinsamen Konsultationsmechanismen auszubauen. Die NATO mußte unter allen Umständen zu einer konzertierten Politik gelangen. Die USA, in der Phase des vermeintlichen weltpolitischen „Tauwetters“ geneigt, ein

<sup>35</sup> Konrad Adenauer, *Erinnerungen*, Bd. 3, 1955–1959, Stuttgart 1967, S. 136–148, 157.

exklusives Gespräch mit den Sowjets zu beginnen, und auf den pazifisch-asiatischen Raum fixiert, seien wenig an der NATO interessiert; deshalb – so betonte er immer wieder, etwa gegenüber Gaitskell und Guy Mollet – müßten die Europäer zu einem engeren Zusammenschluß gelangen<sup>36</sup>. Wäre dazu aber nicht ein Aufgreifen der Vorschläge des Frank-Memorandums geeignet gewesen?

Die drei Komponenten der Politik des erzwungenen Pragmatismus traten als Bestimmungsfaktoren des deutschen Verhaltens und der deutschen Reaktionen während der Suez-Krise deutlich hervor. Als mit der Verstaatlichung des *Suez-Kanals* im Juni 1956 die Krise offen ausbrach, konstatierte Adenauer, daß „die Ohnmacht Europas erschreckend deutlich“ geworden sei: die Europäer uneinig, die Haltung der Amerikaner enttäuschend. Mehrfach betonte Adenauer später in seinen Memoiren: „Hätten wir schon eine europäische Union gehabt, hätten wir mit Nasser eine befriedigende Lösung schon gefunden . . . Nach meiner Überzeugung wäre auch nach der Verstaatlichung . . . eine befriedigende Lösung noch möglich gewesen.“ Mollets Bemerkung bei seinem Treffen mit Adenauer am 29. September: „Man muß zu einer echten Leistungsgemeinschaft zwischen den sieben WEU-Partnern gelangen“, fand bei ihm daher offene Ohren, wenngleich er den instrumentalen und interessengebundenen Charakter dieser Bemerkung wohl erkannte. Adenauer hoffte, daß die Krise vielleicht doch das Gute haben könnte, die europäischen Partner zu einer engeren Zusammenarbeit zu bringen<sup>37</sup>.

Auf der anderen Seite stellte sich rasch heraus, daß die Interessenlagen der Deutschen und Franzosen divergierten. Aufzeichnungen der einschlägigen Länderreferate im Auswärtigen Amt<sup>38</sup> zeigen die Schwierigkeit, in welche die Bundesregierung durch die Suezkrise geraten war: Auf der einen Seite wird betont, daß „wir zu unseren Bündnispartnern stehen“ müßten, daß Zuverlässigkeit „auch unter Opfern und Risiken gezeigt werden“ müsse; der Westen müsse gestärkt, sein Zusammenhalt gefördert werden. Auf der anderen Seite müsse die Bundesrepublik nicht nur entschlossen für eine friedliche Lösung eintreten, sondern auch für eine Lösung unter Wahrung der ägyptischen Rechte. Wenn Deutschland auf der Londoner Konferenz, die zur friedlichen Regelung der Suez-Krise Ende August zusammentreten sollte, allzu eindeutig „auf die Seite der Briten und Franzosen träte“, würden Ägypten und die Bandung-Länder geneigt sein, die DDR anzuerkennen. Da aber aus innerpolitischen Gründen die französische Regierung eine wenig nachgiebige Haltung gegenüber Nasser einnehmen werde, wir jedoch „mit Festigkeit . . . einen Ausgleich auf friedlichem Wege, auf einer den Ägyptern zumutbaren fairen Basis, unter möglicher Schonung der Gefühle der farbigen Völker befürworten, eine Verschärfung des Konfliktes . . . vermeiden wollen und Gewaltanwendung erst dann und nur dann für ratsam halten, wenn Nasser tatsächlich die Durchfahrt durch den Kanal verwehrt“,

<sup>36</sup> Ebenda, S. 219 ff., 224 f. und 263.

<sup>37</sup> Ebenda.

<sup>38</sup> Die folgenden Zitate aus: PA 708 (90.00 SK, Bd. 4), August 1956, Aufzeichnungen der Referate 316 Nahost, 302 Frankreich, 301 Großbritannien, 313 Sowjetunion, 305 USA.

könnte die Bundesrepublik unter Umständen in eine unangenehme Zwickmühle geraten.

Als Richtlinie der deutschen Haltung in dieser Krise formulierte das Auswärtige Amt Anfang September 1956 schließlich, die Bundesregierung müsse in der Suezfrage ihrem Bündnisverhältnis zu Großbritannien und Frankreich, aber auch zu den Vereinigten Staaten Rechnung tragen, andererseits aber auch ihre Beziehungen zu Ägypten und den arabischen Ländern sowie den Bandungstaaten berücksichtigen: „Oberste Richtlinie für die Bundesregierung ist hierbei, auf die Beziehungen zu diesen (d. h. den arabischen und asiatischen) Mächten bis zu der Grenze Rücksicht zu nehmen, die durch die Vermeidung einer Gefährdung ihres (d. h. der Bundesregierung) Bündnisverhältnisses zu England und Frankreich gesetzt ist.“<sup>39</sup> Das kam einer schwierigen, nicht ungefährlichen Gratwanderung gleich.

Auf der anderen Seite versuchte das Frankreich-Referat, der Situation noch einen positiven Aspekt abzugewinnen: „Die Suez-Konferenz bietet eine erste Möglichkeit für eine deutsch-französische Zusammenarbeit im . . . weltpolitischen Bereich“, denn „Frankreich . . . durch amerikanische Zurückhaltung enttäuscht . . . wird . . . für eine deutsche Unterstützung auf der Konferenz sicher sehr empfänglich sein. Frankreich wird dabei vermutlich Verständnis haben für den deutschen Standpunkt, daß die Suez-Krise nur mit friedlichen Mitteln gelöst werden soll.“ Das erinnert entfernt an Franks frühere Vorstellungen. Andererseits kommt auch noch die traditionelle Sorge vor ostpolitischen Alleingängen Frankreichs auf deutsche Kosten zum Ausdruck: „Eine betont neutrale Haltung der Bundesregierung würde auf französischer Seite . . . Mißtrauen hervorrufen.“ Das könne dann „entgegen aller Logik zur Folge haben, daß sich in Frankreich die Tendenzen zu der in langer Tradition wurzelnden Politik eines Ausgleichs mit dem Osten auf Kosten Deutschlands verstärken“<sup>40</sup>. So blieben die zitierten konstruktiven Hinweise folgenlos. Nicht zuletzt deshalb, weil sich aus Frankreich die Meldungen mehrten, daß in Paris jene Kreise an Einfluß gewannen, die sich nicht mehr mit einer bloßen Regelung der Kanal-Durchfahrt zufrieden geben würden; vielmehr seien sie bestrebt, Nasser zu demütigen, ihn nach Möglichkeit aus den Angeln zu heben, mindestens aber sein Prestige in der arabischen Welt zu mindern; „dahinter stehe die Überzeugung, daß im Falle eines Sieges Nassers das algerische Problem unlösbar“ werde. In Bonn jedoch glaubte man immer noch, daß die erkennbaren militärischen Vorbereitungen Frankreichs nur Teil einer Art Drohkulisse seien; man rechnete nicht mit einer militärischen Aktion, son-

<sup>39</sup> PA 708 (90.00, Bd. 6), September 1956, Aufzeichnung Abt. 3 (A 2, 316) für Bundesaußenminister über Staatssekretär. Vgl. auch: PA 205 (8110/0 / 90.02, Bd. 19): „Aufzeichnung für Referat 309 – für Informationsdienste“, o. D. (terminus ante quem: 1. 11. 56), S. 12, wo es u. a. heißt: „Es ist der Bundesregierung – . . . mit Rücksicht auf ihre Beziehungen zu den europäischen Ländern und unter Berücksichtigung des Problems der Anerkennung des ostzonalen Regimes – nicht möglich, sich auf der Seite Frankreichs in Nordafrika zu engagieren. Die Bundesregierung begrüßt jedoch jede europäische Initiative, durch welche das Nordafrika-Problem in einer dem gesamteuropäischen Interesse förderlichen Form gelöst wird.“

<sup>40</sup> Ebenda, Stellungnahme des Frankreichreferates (302).

dem mit einer allerdings recht langwierigen friedlichen Lösung der Krise, wie einst bei der persischen Krise um Mossadegh (1951–53)<sup>41</sup>.

Die für Bonn überraschend erfolgende anglo-französische Militärintervention von Ende Oktober 1956 erforderte von der Bundesregierung erhebliches Geschick, sollten die Prinzipien ihrer Politik einigermaßen gewahrt und sollte nicht ihr gesamtes Kalkül bezüglich einer gemeinsamen deutsch-französischen Europa-Politik ruiniert sowie die deutsche Position in der arabischen Welt stärkstens belastet werden, zumal mit dem einige Tage später ausbrechenden Volksaufstand in Ungarn und der folgenden sowjetischen Intervention die internationale Spannung rasch anstieg.

Insgesamt gesehen gelang es der Bundesregierung tatsächlich, dem Dilemma ohne Schaden zu entgehen. Sie mißbilligte zwar das militärische Vorgehen ihrer Verbündeten, vor allem weil es ohne vorherige Konsultationen erfolgt sei; gleichzeitig aber ließ sie vorsichtig ein gewisses Verständnis für die Franzosen und Briten erkennen. Vor allem aber drängte sie auf eine Regelung des Konfliktes im Rahmen der Vereinten Nationen, womit sie den arabischen Staaten entgegenkam<sup>42</sup>. Wichtiger noch erschien es ihr für die deutsche Interessenlage, die Lehren aus der Suez-Krise zu ziehen und erneut auf eine innere Stärkung der westlichen Allianz hinzuwirken sowie die Europa-Politik voranzutreiben.

Adenauer taktierte in dieser Hinsicht recht geschickt. Durch seinen Besuch in Paris vom 6. November 1956 demonstrierte er gegenüber den Franzosen zuverlässige Freundschaft im Augenblick der totalen Isolierung Frankreichs, obwohl eine so frühzeitige Reise nach der Militärintervention innerhalb der Regierung wie bei der Opposition nicht für ratsam gehalten wurde<sup>43</sup>. Er drängte in Paris auf Wiederherstellung der Einheit im westlichen Bündnis, das durch die Affäre Schaden genommen habe; gleichzeitig trat er für eine vernünftige Regelung des Suezkonfliktes ein, durch welche die arabischen Interessen und Empfindlichkeiten berücksichtigt würden. Ebenso fühlte er sich veranlaßt, auch den Franzosen durch Zugeständnisse in der Europa-Politik und in der französischen Nuklearpolitik entgegenzukommen. So akzeptierte er, daß die EURATOM-Behörde keine Kontrollbefugnisse hinsichtlich des für militärische Zwecke der Mitgliedstaaten bestimmten spaltbaren Materials erhalten solle<sup>44</sup>. Besorgt über die Entwicklung der amerikanischen Militärpolitik<sup>45</sup>,

<sup>41</sup> PA 708 (90.00, Bd. 5), Bericht Botschaft Paris vom 15. 9. 1956.

<sup>42</sup> Auswärtiges Amt, Die Außenpolitik der Bundesrepublik, S. 340ff.: Erklärung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer zur Außenpolitik vor dem Deutschen Bundestag vom 8. November 1956 (speziell S. 342f.).

<sup>43</sup> Felix von Eckardt, Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen, Frankfurt a. M./Berlin/Wien o. J., S. 313ff. sowie Wilhelm G. Grewe, Rückblenden 1976–1951, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1979, S. 281–286.

<sup>44</sup> Vgl. auch Ziebur, Deutsch-französische Beziehungen, S. 89f. sowie Pierre Guillen, La France et la négociation du traité d'Euratom, in: Relations Internationales (1985), S. 391–412.

<sup>45</sup> Es ging damals um Erwägungen über eine Reduzierung der konventionellen Streitkräfte zugunsten der nuklearen Komponente der Amerikaner. Der Zusammenhang mit dem Algerienproblem und der deutschen Sicherheit geht aus Adenauers Ausführungen gegenüber dem CIA-Chef und Bruder

neigte er dazu, die Berechtigung einer französischen Nuklearrüstung anzuerkennen. Desweiteren wurde eine engere Zusammenarbeit im Rüstungsbereich vereinbart. Vor allem griff Adenauer Initiativen zur Erweiterung der politischen Aufgabenstellung der NATO auf, die der italienische Außenminister De Martino auf der Dezembertagung der Allianz 1956 gemacht hatte und die zur Einsetzung des „Rates der Drei Weisen“ (Lange, De Martino, Pearson) geführt hatten (Mai 1956). Positive Ergebnisse dieser Initiativen zeigten sich dann auf der NATO-Ministerratssitzung im Dezember 1956 in Paris. Den Anregungen der „Drei Weisen“ folgend, die von kleineren Bündnispartnern nachdrücklich unterstützt wurden, wurde dort übereinstimmend die Notwendigkeit ständiger politischer Konsultationen unterstrichen und der Belgier Spaak, der ganz auf der Linie Adenauers lag, zum Generalsekretär gewählt. Einen Monat später wurde Verteidigungsminister Strauß von seinem französischen Kollegen zum Besuch des französischen Raketerversuchszentrums Colombe-Béchar in der Sahara eingeladen. Beide Politiker trafen in der Folge Absprachen über eine engere Rüstungskoooperation und faßten erstmalig die gemeinsame Konstruktion einer Isotopen-Trennungsanlage ins Auge. Ministerialdirektor Blankenhorn konnte somit um diese Zeit feststellen, daß die deutsch-französischen Beziehungen nunmehr in ein Stadium engerer Zusammenarbeit getreten seien<sup>46</sup>.

So wurden die gefährlichen Turbulenzen der Suez-Krise relativ rasch und mit positiven Auswirkungen für das deutsch-französische Verhältnis passiert, ohne daß deutsche Interessen in der arabischen Welt Schaden nahmen.

#### IV.

Die positive Bilanz einer schwierigen Krisenphase hatte natürlich die Rahmenbedingungen der deutschen Politik, speziell jener gegenüber Frankreich, nicht grundlegend verändert. Es blieben die drei Grundelemente bestehen: *erstens* die Vertiefung der Zusammenarbeit mit Frankreich; dabei starke Rücksichtnahme auf die mit dem Algerienproblem gegebenen Schwierigkeiten dieses wichtigsten europäischen Verbündeten; *zweitens* Fortsetzung der Politik der europäischen Einigung mit dem bewußten Bemühen, diesen entscheidenden Partner zu stärken; *schließlich* nachdrückliche Stärkung des westlichen Bündnisses bei gleichzeitiger Rücksichtnahme auf die Länder der Dritten Welt, vor allem die arabischen Länder, die immer wichtiger wurden sowohl als Handelspartner als auch im Hinblick auf den bundesdeutschen Alleinvertretungsanspruch wie auch unter dem Aspekt der sowjetischen Akti-

des US-Außenministers, Allan Welsh Dulles, vom 25. 8. 1956 hervor: „Ich wies darauf hin, daß fast die ganzen französischen Streitkräfte in Nordafrika seien, daß die Engländer Kontingente abzögen, was ich ihnen nicht übelnähme; und wir stünden erst am Beginn der Aufrüstung. Wenn auch noch die Vereinigten Staaten ihre sichtbare Macht an konventionellen Truppen in der NATO verminderten, sei die NATO erledigt.“ Adenauer, *Erinnerungen*, Bd. 3, S. 213.

<sup>46</sup> Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung*, S. 263.

vitäten in diesem Gebiet, die als Bedrohung der europäischen Südflanke perzipiert wurden.

Daher war die Zeitphase zwischen Liquidierung der Suez-Affäre Anfang 1957 und Mai/September 1958 (Zerfall der Vierten Republik und de Gaulles Machtübernahme) eine Phase, in der die Politik des erzwungenen Pragmatismus fortgesetzt wurde. Es war dabei unvermeidlich, daß der Eindruck einer gewissen Ambivalenz entstand: *einerseits* haben „die deutsch-französischen Beziehungen in der Endphase der Vierten Republik einen Höhepunkt erlebt“<sup>47</sup>: Das alte Mißtrauen gegen die Deutschen war in Paris nahezu geschwunden, die Sorge vor französischen „Extraktoren in Richtung Osten“ wurde in Bonn geringer, die EWG begann allmählich Realität zu werden, die ökonomische Kooperation schien gut auf dem Wege zu sein.

*Andererseits* blieb die Lage des französischen Partners desolat: Eine Lösung des Algerienkrieges war nicht in Sicht, Frankreich hatte sich in der übrigen Welt weitgehend isoliert, der Konflikt hatte zu Spannung mit der Sowjetunion geführt, aber auch mit den Ländern, auf die es den Deutschen besonders ankam, den USA und der arabischen Welt. Ein Ausweg aus der algerischen Krise war für die Bundesregierung nicht zu erkennen: Der innerpolitische Spielraum der französischen Regierung für eine Lösung des Algerienproblems wurde immer enger, die militärische Konfrontation in Algerien nahm immer härtere Formen an; zwar gab es auch Indizien, daß diese letzten Endes wohl zugunsten Frankreichs ausgehen könne, aber man machte sich in Bonn doch keinerlei Illusionen darüber, daß das Problem damit noch lange nicht gelöst sei, da es „letzten Endes im Politischen liegt“.

In dieser Lage blieb der Bundesregierung vordergründig nicht viel anderes übrig, als weiterhin zu lavieren: Typisch dafür ist beispielsweise die Instruktion an die Botschaft in Paris, daß an einer vom Quai d'Orsay für die dort akkreditierten Diplomaten organisierten Informationsreise nach Algerien nur der rangniedrigste Botschaftsangehörige, ein Legationssekretär, teilnehmen solle. Mitglieder des Generalkonsulates in Algier dagegen sollten „mit Rücksicht auf die Beziehungen zu den arabischen Staaten an der Reise nicht teilnehmen“<sup>48</sup>. Ebenso typisch war dann auch, daß Bonn sich im Gegenzug weigerte, Delegierte der algerischen Befreiungsfront im Auswärtigen Amt zu empfangen.

Gleichzeitig jedoch drückte die Bundesregierung beide Augen zu, als der FLN trotz französischer Proteste in Bad Godesberg im Schutz der tunesischen Botschaft sein Europa-Hauptquartier installierte. Sie registrierte obendrein mit größter Aufmerksamkeit alle Anzeichen, die innerhalb des FLN auf Mäßigung und Kompromißbereitschaft hindeuteten<sup>49</sup>. Auch tolerierte sie die zunehmenden pro-FLN-Akti-

<sup>47</sup> So Zieburga, *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 90.

<sup>48</sup> PA 205 (8110/0, Bd. 19), Entscheidungen des Unterabteilungsleiters West (v. Welck) vom 12. 6. 1957.

<sup>49</sup> Ebenda, Botschaft Paris vom 16. 10. 1957.



vitäten aus den Reihen der politischen Opposition<sup>50</sup>. Auf der anderen Seite bemühte der Kanzler sich, die Amerikaner von einer einseitigen Parteinahme zugunsten des FLN abzuhalten und der französischen Regierung keine zusätzlichen Schwierigkeiten zu machen: das Vordringen der Sowjetunion im Mittelmeer-Raum sei eine Gefährdung für die freie Welt! Gewisse Tendenzen im State Department, dem FLN zu helfen, so sagte er dem amerikanischen Botschafter<sup>51</sup>, beunruhigten ihn sehr. Die Amerikaner sollten bedenken, ein Sturz der französischen Regierung über das Algerienproblem würde katastrophal sein. Es könne zu einer Militärrevolte in Frankreich kommen, die revolutionäre Aufstände unter kommunistischer Führung hervorrufen könnte. All dies wäre ein enormer Erfolg für die Sowjetunion. Wiederholt legte Adenauer den Amerikanern nahe, nichts zu tun, womit die französische Regierung nicht einverstanden sei<sup>52</sup>. Er versuchte auch, einflußreichen Vertretern der amerikanischen Presse ebenso massiv wie undifferenziert zu suggerieren, „Algerien ist keine Kolonialfrage, Algerien ist eine kommunistische Frage“<sup>53</sup>.

Das war fraglos eine „Politik des Spagats“, eine Politik des „Sowohl-als-auch“. Daß sie indessen nicht nur in vordergründigem Taktieren verblieb, sondern durchaus auch in der „großen Politik“ ihre Spuren hinterließ, zeigte sich bei der Ausarbeitung und Ratifizierung der EWG- und EURATOM-Verträge. Aufschlußreich sind in dieser Hinsicht die Ausführungen des Abgeordneten Professor Furler (CDU), der in der Bundestagsdebatte über diese Vertragsprojekte die Regierungspolitik vertrat und dem kein anderer als Paul Frank als Ghostwriter die Feder geführt hatte: „Ich weiß, daß die sehr komplizierte und schmerzliche Algerienfrage viel dazu beigetragen hat, die Beziehungen zu Afrika und den nordafrikanischen Ländern zu belasten. Aber ... wenn wir überzeugt sind, das Zeitalter des Kolonialismus ... gehe zu Ende, ... dann glaube ich, ist es eine wichtige Aufgabe, neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit überseeischen Gebieten zu entwickeln ... Aber der Sinn ... ist nicht, die Algerienpolitik Frankreichs zu unterstützen. Sie wissen, daß Algerien einen Sonderstatus bekommt. Es kommt nicht völlig in den Vertrag hinein ... Wir werden und können Frankreich die Verantwortung für seine Algerienpolitik nicht abnehmen. Wir können aber auch nicht deshalb, weil Frankreich noch in einer schwierigen Situation ist, sagen, wir lehnen eine (europäische) Gemeinschaftsbildung ab.“<sup>54</sup>

Es ist gesagt worden, diese Politik sei „nicht mehr als eine Verlegenheitslösung, die zwar den Vorteil hatte, Frankreich für die Installierung des gemeinsamen Marktes bei der Stange zu halten, aber zu dem Preis erkaufte wurde, daß die Bundesrepu-

<sup>50</sup> Vgl. Wischniewski, Politische Memoiren, S. 105 ff. und Leggewie, Koffertträger, S. 145 ff.

<sup>51</sup> Adenauer, Erinnerungen, Bd. 3, S. 401 f. (Gespräch mit Botschafter Bruce vom 1. 4. 1958).

<sup>52</sup> Ebenda, S. 403.

<sup>53</sup> Konrad Adenauer, Teegespräche, Bd. 3: 1955–1958, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters, hrsg. v. Rudolf Morsey u. Hans-Peter Schwarz, Berlin 1986, S. 286 (Gespräch vom 13. 8. 1957) und S. 212 (Gespräch vom 6. 8. 57 mit Cyrus Sulzberger); vgl. auch Adenauer, Erinnerungen, Bd. 3, S. 401 ff.

<sup>54</sup> Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wp., Stenographische Berichte Bd. 35, Bonn 1957, 200. Sitzung vom 21. 3. 1957, S. 11 348 ff.; vgl. auch die Rede Staatssekretär Hallsteins vor dem Bundestag vom 21. 3. 1957, ebenda, S. 11 327 ff.

blik, zumindestens indirekt, gemeinsame Sache mit dem Kolonialismus machte und damit auf die Dauer dazu beitrug, gerade das zu bewirken, was Adenauer befürchtete: eine Schwächung des Westens, auf jeden Fall aber Westeuropas, im Mittelmeer-Raum<sup>55</sup>. Eine solche rigoristische Beurteilung verkennt einmal die unlösbare Zwangslage, in der sich die Bundesregierung befand, die gerade nicht *coûte que coûte* den Kolonialismus unterstützen wollte, die durchaus willens war, auch auf die Araber Rücksicht zu nehmen, die andererseits aber gerade wegen der sowjetischen Bedrohung die Einheit des Westens erhalten und stärken zu müssen glaubte – und dazu gehörte eben eine verständnisvolle Kooperation mit Frankreich, das trotz aller außereuropäischer Schwierigkeiten (oder gerade wegen dieser) in den europäischen Einigungsprozeß unbedingt einbezogen werden mußte. Obendrein ging es bei den überseeischen Gebieten Frankreichs (wie anderer Mitgliedsstaaten) auch um die Sicherung wichtiger europäischer Wirtschaftsinteressen (Absatzmärkte und Rohstoffquellen).

Vordergründig war diese mehrdimensionale Politik darauf abgestellt, Risiken zu minimieren und Schaden zu vermeiden. Aber sie war doch alles andere als nur eine „Verlegenheitslösung“. Das wird erkennbar, wenn man die Entwicklung der deutsch-französischen Kooperation zwischen dem Ende der Suez-Affäre und dem Frühsommer 1958 genauer analysiert<sup>56</sup>. Die Kooperationsabsprachen Strauß – Bourges-Maunoury sind schon erwähnt worden. Seit dem Sputnik-Schock vom Oktober 1957 und seitdem die amerikanische Nukleargarantie an Glaubwürdigkeit verlor, wurden diese Kooperationsprojekte intensiviert. Adenauer bemerkte kurz darauf gegenüber einem französischen Regierungsmitglied, die US-Basen in Europa stünden fortan unter der Drohung sowjetischer Raketen, er befürchte einen Rückzug der Amerikaner aus Europa. Die Europäer mußten daher ihre Kräfte, insbesondere im Nuklearbereich, zusammenfassen<sup>57</sup>.

Auf der NATO-Tagung vom Dezember 1957 war er sich mit dem französischen Ministerpräsidenten Félix Gaillard einig, der meinte, man müsse eine europäische Strategie entwickeln, so daß „man im Grunde wieder zur EVG zurückkomme“<sup>58</sup>. Gaillard sprach sich – ohne bei Adenauer Widerspruch zu erregen – dafür aus, daß die NATO ihre politischen Konsultationen auch auf Gebiete außerhalb des NATO-Bereiches ausdehnen solle, womit er natürlich nicht zuletzt auch an Algerien, den Maghreb und den Nahen Osten dachte. Beide Regierungschefs kamen überein, diesbezüglich eine Reform der NATO anzustreben und dabei insbesondere die Entwicklung einer „europäischen strategischen Einheit“ voranzutreiben. Adenauer schreibt: „Ich bestätigte, daß niemand an dem Block der Beneluxländer, Frankreich, Italien und der Bundesrepublik vorübergehen könne. Den Kern dieses Blocks mußte

<sup>55</sup> So Zierbura, *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 92.

<sup>56</sup> Im folgenden beziehe ich mich weitgehend auf die vorzügliche Analyse von Georges-Henri Soutou, *Les problèmes de sécurité dans les rapports franco-allemands de 1956 à 1963*, in: *Relations Internationales* 58 (1989), S. 227–251.

<sup>57</sup> Adenauer, *Erinnerungen*, Bd. 3, S. 339.

<sup>58</sup> Ebenda, S. 337 ff.

Frankreich und Deutschland bilden.<sup>59</sup> Es folgte zwei Monate später die Unterzeichnung eines Geheimprotokolls über eine deutsch-französisch-italienische Kooperation im Nuklearbereich. Es spricht viel dafür, daß hier die Umriss eines großen politischen Konzeptes erkennbar werden, das darauf abzielte, im strategisch-militärischen Bereich zu einem europäischen Verbund zu kommen und eine Neuverteilung der Gewichte innerhalb der Atlantischen Allianz zu initiieren<sup>60</sup>. Die deutsch-französische Kooperation stand im Zentrum dieser Bestrebungen. Sie sei – wie Georges-Henri Soutou es formuliert<sup>61</sup> – auf der Grundlage einer Konvergenz der Interessen konzipiert worden: *Frankreich* wollte in diesem Rahmen seine atomaren Ambitionen verwirklichen, die Atlantische Allianz umstrukturieren, dabei seine Großmachtposition stärken, seine Sicherheit in einem sich wandelnden strategischen Kontext gewährleisten und das zweite Element seiner Großmachtposition neben der Nuklearwaffe, sein afrikanisches Empire, bewahren. Die Reform des westlichen Bündnisses und die Ausdehnung des NATO-Konsultationsbereiches sollte die Voraussetzungen schaffen, daß Frankreichs Kampf in Algerien als wichtiger Beitrag zur westlichen Verteidigung anerkannt würde.

Die *Bundesrepublik* dagegen könnte in diesem Prozeß der Umstrukturierung und der Entstehung eines starken europäischen Pfeilers indirekt Anteil an der europäischen Nuklearbewaffnung erhalten, was ihr eine Art Gleichrangigkeit mit Frankreich verleihe, da man auf diese Weise die diskriminierenden Klauseln der Pariser Verträge umging; sie könnte gleichzeitig ihre strategische Position und damit ihre Sicherheit verbessern sowie ihre deutschlandpolitischen Interessen bei den zu erwartenden Ost-West-Verhandlungen besser wahren, zumal sich die Gefahr abzeichnete, daß sich aufgrund des Entspannungsprozesses zwischen den Supermächten das bislang unangefochtene Junktim von Abrüstung und Deutschlandproblem auflöste und die Abrüstung Priorität vor der Wiedervereinigungsfrage gewinnen würde.

In der Perspektive unseres Themas müßte man hinzufügen, daß mit der Realisierung eines solchen „europäischen Projektes“ das Algerienproblem für die Bundesrepublik seine Problematik zum erheblichen Teil verloren hätte. Frankreich wäre im gleichen Maße wie die westeuropäische Position gestärkt worden. Die Bundesrepublik hätte eine Chance gehabt, die schwierige „Politik des Spagats“ beenden zu können. Das Algerienproblem wäre damit gleichsam als ein Unterproblem des deutsch-französischen Verhältnisses relativiert worden. Zugespißt könnte man die deutsch-französische Kooperation zwischen Ende 1956 und Frühjahr 1958 als die Adenauerische Variante des Frankschen „Grand Design“ von 1955 ansehen. Auch hier sollte das Algerienproblem in einer grundlegenden, um den deutsch-französischen Kern erfolgenden europäischen Neuordnung im Rahmen der Atlantischen Allianz entschärft werden.

In diesen Kontext fügt sich auch ganz plausibel ein, daß der Kanzler gleichzeitig

<sup>59</sup> Ebenda, S. 342.

<sup>60</sup> Soutou, *Problèmes de sécurité*, S. 230.

<sup>61</sup> Ebenda, S. 231.

auf eine konstruktive Araberpolitik des Bündnisses drängte. So mahnte er auf dem NATO-Gipfel vom Dezember 1957 in Paris nachdrücklich und nicht zuletzt mit Blick auf den „Nahen Osten und Afrika“, die Allianz brauche „mehr denn je in den großen politischen Fragen eine gemeinsame Politik . . .“, es sei „unerlässlich, daß wir uns rechtzeitig über gewisse gemeinsame Grundlinien unserer Politik . . . einigen“<sup>62</sup>.

Dies war gleichsam eine Politik des „indirect approach“. Sie zielte darauf ab, durch eine konstruktive Nahostpolitik des Westens dazu beizutragen, den Franzosen die Flanke in der Algerienfrage freizuhalten und dadurch vielleicht Konstellationen herbeiführen zu helfen, durch welche eine Lösung des Algerienkonfliktes erleichtert werden könnte. Sie hatte aber ebenso sehr den Zweck, gegenüber den arabischen Staaten und auch der FLN sich jenen Handlungsspielraum zu bewahren bzw. zu gewinnen, der zur Wahrung deutscher Interessen in Bonn für nötig erachtet wurde.

## V.

Der letzte Abschnitt der Entwicklung, der ab Mai/Juni 1958 begann und mit der Unabhängigkeit Algeriens 1962 endete, läßt sich in zwei deutlich voneinander getrennte Phasen aufteilen: *einmal* die Phase der Irritation und der Unsicherheit – eine Phase, die abschloß mit einer kurzen, aber heftigen konzeptionellen Diskussion; und *zweitens* in eine Phase der Umakzentuierung, dann der Ablösung der Spagat-Politik.

Die Phase der Irritation und Unsicherheit begann mit den Mai-Ereignissen 1958, von denen die Bundesregierung völlig überrascht wurde. Adenauer hat – wie die „Teegespräche“ belegen<sup>63</sup> – noch bis zuletzt gemeint, Ministerpräsident Pflimlin würde die Lage unter Kontrolle halten und zu einem guten Ende bringen können. Einen Tag, nachdem die aufgebrachtten Massen der Anhänger einer „Algérie Française“ das Generalgouvernement gestürmt hatten, ein „Wohlfahrtsausschuß“ sich gebildet hatte und eine Reihe höherer Offiziere, an ihrer Spitze General Massu, mit Billigung der Regierung und in der Absicht, die Bewegung unter Kontrolle zu bringen, in diesen eingetreten waren, sagte er, Pflimlin sei „ein ausgezeichnete Mann“, er werde die Sache meistern, es sei sehr geschickt von ihm gewesen, „den obersten Rebellen general . . . in den Dienst der Regierung genommen“<sup>64</sup> zu haben. Er hoffe, daß „all diese krisenhaften Erscheinungen doch den Common Sense, die gute politische Gesinnung breiter Wählerschichten wieder zur Entfaltung bringen“. Am 20. Mai zeigte er sich erleichtert, daß de Gaulle nicht, wie er befürchtet hatte, einen Staatsstreich inszenierte, sondern gemäß seiner Presseerklärung „sich an die Legali-

<sup>62</sup> Zit. bei Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung*, S. 281 f.

<sup>63</sup> Adenauer, *Teegespräche*, Nr. 27 (14. 5. 1958), S. 274; Nr. 28 (20. 5. 1958), S. 287 ff.

<sup>64</sup> Pflimlin hatte dem Oberbefehlshaber in Algerien, General Salan, alle militärische und zivile Gewalt übertragen, der daraufhin den Eintritt Massus in den Wohlfahrtsausschuß gebilligt hatte.

tät halten will“. Mit dieser Presseerklärung de Gaulles vom Vortage sei, so meinte der Kanzler, „der Heros weg! . . . jetzt kann de Gaulle nicht noch einmal kommen und sagen: ‚Ich spiele den Diktator‘. Ich meine, das ist jetzt vorbei.“ Pflimlin werde nun wohl der Lage Herr werden. Man müsse ihn unbedingt unterstützen. Das war in der Tat eine totale Fehlbeurteilung der Lage.

De Gaulles Machtübernahme löste daher in Bonn erhebliche Irritationen und Befürchtungen aus. Die Tagebuchaufzeichnungen Blankenhorns sprechen hier eine deutliche Sprache. Im Mai schon notierte der Botschafter, daß die Ereignisse in Algerien „auch auf die Außenpolitik Frankreichs negative Auswirkungen haben“ könnten. De Gaulle sei gegen die NATO, gegen die europäische Einigung und voller Ressentiments gegenüber den Vereinigten Staaten – also gegen die drei zentralen Faktoren der deutschen Außenpolitik. Auch der Bundeskanzler sei sehr besorgt, da über die „gegenwärtigen Auffassungen und Ziele des Generals keine klaren Vorstellungen“ bestünden<sup>65</sup>. Etwas beruhigend wirkte zwar die Ernennung des ehemaligen französischen Botschafters in Bonn, Couve de Murville, zum Außenminister; aber die Ungewißheit über die Entwicklung in Frankreich überschattete in jenen Tagen alle Bonner Überlegungen. „Es bleibt fraglich“, so schrieb Blankenhorn einige Wochen später, „ob es de Gaulle gelingen wird, das nordafrikanische Problem zu lösen“<sup>66</sup>.

Skepsis herrschte also vor. In sie mischte sich die Besorgnis, daß es künftig für die deutsche Politik schwieriger sein würde, die Politik des Pragmatismus durchzuhalten. Blankenhorns Analyse kalkuliert dies ein: „Die Proklamation eines unabhängigen Algeriens in Kairo steht wohl unmittelbar bevor. Man kann nicht ausschließen, daß die französische Regierung sich bemühen wird, die atlantischen Partnerstaaten für eine geschlossene Front zugunsten Frankreichs in Nordafrika zu gewinnen. Dies wirft große Probleme auf . . . Wir (müssen) vorsichtig operieren, wenn wir unsere an sich schon schwierige Position im Nahen Osten nicht gefährden wollen. Das gleiche gilt für Italien und die anderen Partnerstaaten.“<sup>67</sup>

Um nicht in solche unangenehme Lage zu geraten, schlug Bonn den sich bietenden Ausweg ein, der sich angesichts der generellen Problematik der Spagat-Politik immer wieder anbot: Man hob das Problem auf die multilaterale Ebene des westlichen Bündnisses: So kam es erneut zu deutschen Initiativen, um innerhalb der NATO zu einer koordinierten und konstruktiven Araberpolitik des Bündnisses zu gelangen. Im Sommer schlug Blankenhorn, damals deutscher Vertreter bei der NATO in Paris, dem NATO-Rat erneut vor, „endlich einmal im Rat eine langfristige Politik für die Behandlung der arabischen Probleme zu entwickeln und damit zu verhindern, daß die arabischen Völker endgültig in die Arme Sowjetrußlands

<sup>65</sup> Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung*, S. 295 f. (16. 5. 1958).

<sup>66</sup> Ebenda, S. 299 (9. 7. 1958).

<sup>67</sup> Ebenda.

entgleiten“<sup>68</sup>. Auch der Kanzler drängte im Juli gegenüber Spaak, man solle sich im westlichen Lager „einmal grundsätzlich über das Verhältnis zu den arabischen Ländern Gedanken machen“<sup>69</sup>. Unmittelbarer Anlaß dieser Initiativen waren natürlich die Ereignisse im Irak, Libanon und Jordanien; aber für die deutsche Politik war das Algerienproblem immer mit einbezogen. Über dieses Problem war die deutsche Araberpolitik unmittelbar mit dem deutsch-französischen Verhältnis, mit der Entwicklung der Atlantischen Allianz und mit der Deutschlandfrage verbunden. Diese war durch den Rapacki-Plan vom Herbst 1957 (Vorschlag einer kernwaffenfreien Zone aus beiden Teilen Deutschlands und Polens), dann Anfang des Jahres durch den sowjetischen Vorschlag, eine Wiedervereinigung durch eine Konföderation beider Staaten herbeizuführen sowie durch einen sowjetisch-amerikanischen Notenwechsel Ende Februar über einen deutschen Friedensvertrag wieder akut geworden. Adenauer führte im März und April mit sowjetischen Diplomaten und Politikern (Botschafter Smirnow, Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates Mikojan) intensive Gespräche, in denen er Vorschläge zur Lösung des Deutschlandproblems zur Diskussion stellte. Im Juni begannen auch die drei Westmächte mit Moskau Sondierungsgespräche über eine neue Viermächtekonferenz. Seit der Jahresmitte kam es – wie der Kanzler in seinen Memoiren schreibt – zu einem „Klimasturz zwischen Ost und West“. Der Kanzler vermutete einen Zusammenhang „mit den Vorgängen in Frankreich“<sup>70</sup>. Er meinte: „Die Kommunisten hatten sich bei der Beauftragung de Gaulles mit dem Amt des Ministerpräsidenten ruhig verhalten. Warum wohl? De Gaulle war schon einmal französischer Ministerpräsident gewesen. Die besonderen Ziele seiner damaligen Politik waren gerichtet auf die Spaltung Deutschlands in mehrere Teile und ein Zusammengehen mit Sowjetrußland. Die Hoffnung, daß Frankreich unter de Gaulle zu der Politik des französisch-russischen Bündnisses des Jahres 1944 zurückkehren werde, war gewiß ein Grund dafür, daß sich während der Staatskrise in Frankreich die französischen Kommunisten so brav und still verhielten.“<sup>71</sup>

Unter diesen Umständen durfte man nach Bonner Meinung das Verhältnis zu Frankreich auf keinen Fall belasten; vielmehr war man auf eine positive Haltung Frankreichs angewiesen<sup>72</sup>.

Mehr denn je war man in Bonn davon überzeugt, daß es in einer solchen Zeit von besonderer Bedeutung für die Bundesrepublik sei, die Beziehungen zu Frankreich so eng wie möglich zu gestalten. In der exponierten Lage gegenüber dem Osten sei Frankreich nicht nur das Hinterland der Bundesrepublik, sondern das, was in Paris geschieht, „ist unsere höchst eigene Angelegenheit geworden. Sollte der Ordnungsversuch de Gaulles scheitern, stehen wir unter Umständen vor schwerwiegenden

<sup>68</sup> Ebenda, S. 301 f. (äußerer Anlaß war der Umsturz im Irak von Mitte Juli 1958, der eine neue Nahost-Krise auslöste).

<sup>69</sup> Ebenda, S. 303 (24. 7. 1958).

<sup>70</sup> Adenauer, *Erinnerungen*, Bd. 3, S. 437 ff.

<sup>71</sup> Ebenda.

<sup>72</sup> Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung*, S. 299 (9. 7. 1958).

Folgen, Folgen für die Bundesrepublik wie für die Atlantische Gemeinschaft.“ Andererseits sah man klar die kühle Haltung de Gaulles gegenüber der Idee der europäischen Einigung und der NATO. „Hier“ – so meinte Blankenhorn – „könnten sich Konflikte ergeben, die zu einer gefährlichen Belastung der deutsch-französischen Beziehungen führen, wenn es nicht gelingt, unsere Auffassung verständlich zu machen.“ Ein europäischer Zusammenschluß sei das einzige Mittel, um „Europa wieder Einfluß auf die weltpolitischen Entscheidungen gewinnen“ zu lassen; er sei nur „vorstellbar, wenn Deutschland und Frankreich ihn wirklich wollen. Gegen den Willen Frankreichs, in diesem Fall gegen den Willen de Gaulles, wäre ein solches Vorhaben von vornherein zum Scheitern verurteilt.“<sup>73</sup>

Dies war auch die Ansicht des Bundeskanzlers. Nach einer Phase der skeptischen und sorgenvollen Zurückhaltung gegenüber de Gaulle kam es dann, wohl vorbereitet durch mehrere Pariser Abgesandte, zu der berühmten Begegnung von Colombey-les-deux-Eglises am 14. September<sup>74</sup>. Aus der „Mischung von Unsicherheit und diffuser Antipathie“, mit der sich bislang diese beiden Männer gegenübergestanden hatten, wurde plötzlich ein positives Verhältnis, das offensichtlich auf einer „Art von Kongenialität“ beruhte. Sie stimmten in der Beurteilung der internationalen Lage weitestgehend überein. Für Adenauer war „die Entschlossenheit de Gaulles, der Sowjetunion gegenüber Festigkeit an den Tag zu legen, entscheidend wichtig. Das allein zählte und übertönte manches, was (in den Ausführungen de Gaulles) Adenauer hätte aufhorchen lassen müssen.“<sup>75</sup> Fortan hat Adenauer trotz mancher Meinungsverschiedenheiten mit Paris doch stets darauf gesehen, daß dieses persönlich begründete Grundeinverständnis nicht gefährdet wurde.

Das führte Ende 1958 zu einer kurzen, aber heftigen konzeptionellen Debatte zwischen Auswärtigem Amt und dem Kanzler. Paul Frank, nunmehr Frankreichreferent des Auswärtigen Amtes, hat damals mehrfach versucht, Adenauer zu veranlassen, das Algerienproblem in seiner Bedeutung für die Europa-Politik bei de Gaulle anzusprechen<sup>76</sup>. Frank meinte damals, die Begegnung von Colombey-les-deux-Eglises habe „eine ausreichend tragfähige Grundlage“ entstehen lassen, um „mit Frankreich vertrauensvoll über die Sorgen zu sprechen, die der Algerienkrieg auch für die Nachbarn Frankreichs mit sich brachte, für uns und für die Europapolitik“. Hintergrund dieser Initiative war einmal die Besorgnis innerhalb des Auswärtigen Amtes, daß bestimmte Kräfte in der neuen französischen Regierung, die für eine Algérie-Française-Lösung eintraten, die Bundesrepublik vor eine unannehm-

<sup>73</sup> Ebenda, S. 312 f. (4. 9. 1958).

<sup>74</sup> Vgl. Adenauer, *Erinnerungen*, Bd. 3, S. 417 ff., 421 ff., 424 ff. und Charles de Gaulle, *Memoiren der Hoffnung. Die Wiedergeburt 1958–1962*, Wien/München/Zürich 1971, S. 218 ff.

<sup>75</sup> Zieburg, *Deutsch-französische Beziehungen*, S. 99 ff., sowie mit sehr positiver Einschätzung François Seydoux, *Beiderseits des Rheins. Erinnerungen eines französischen Diplomaten*, Frankfurt a. M. 1975. Vgl. auch die sehr interessanten Einschätzungen des Treffens von Colombey durch Karl Carstens, Jean Laloy und Paul Frank in: Jean Lacouture/Roland Mehl, *de Gaulle ou Féternel défi*, Paris 1988, S. 359 f.

<sup>76</sup> Zum folgenden vgl. Frank, *Entschlüsselte Botschaft*, S. 40 ff.

bare Alternative stellen würden: zu wählen „zwischen der Sympathie für ein unabhängiges Algerien und der Freundschaft mit Frankreich“ – wie es der Kabinettsdirektor des französischen Premierministers gegenüber einem deutschen Diplomaten einmal formulierte. Um zu verhindern, daß die Franzosen ihre Unterstützung in der Deutschlandfrage abhängig machten von einer deutschen Unterstützung der Algérie-Française-Lösung, solle der Kanzler mit de Gaulle das Algerienproblem auf höchster Ebene besprechen; damit hätte zugleich eine weniger ambivalente deutsche Politik eingeleitet werden können, und zwar vor allem auch gegenüber den arabischen Ländern. Gewiß wollte Frank auch die neue, seit dem Treffen von Colombey-les-deux-Eglises sich abzeichnende Konstellation im deutsch-französischen Verhältnis zum Anlaß nehmen, um zu versuchen, sein „Grand-Design“ einer deutsch-französischen Europa-Politik im post-kolonialen Zeitalter unter veränderten Bedingungen durchzusetzen und damit auf einen Schlag zugleich die Malaise der deutschen Spagatpolitik ein für allemal zu beseitigen. Er legte daher am 30. Dezember 1958 dem Außenminister eine Denkschrift vor, die dieser an den Kanzler weiterleitete<sup>77</sup>.

Die Denkschrift ging von der Überlegung aus, daß es vom weiteren Verlauf des Algerienkrieges abhängt, ob „Frankreich in eine wohlverstandene Solidarität mit seinen kontinental-europäischen Partnern weiter hineinwachse, oder . . . ob es eines Tages nach dem unvermeidlichen Mißerfolg seiner auf Erhaltung bedachten (nord)afrikanischen Politik auf den europäischen Kontinent zurückgeworfen werde, ohne dann noch die Macht zu haben, dessen Schicksal zu unseren Gunsten zu beeinflussen“. „Das Algerienproblem“, so schrieb Frank, „kann nicht herausgelöst werden aus den Bestrebungen für den panarabischen Zusammenschluß. Die arabische Welt ist erwacht, und Algerien ist ein Teil dieser arabischen Welt . . . In dem Maße, wie die panarabische Bewegung Erfolge aufweisen kann, wird die Position Frankreichs in Algerien als einem unerlösten Teil der arabischen Welt unhaltbar werden . . . Wir haben . . . die Sorge, daß Frankreich in diesem hoffnungslosen Streben nach nationaler Größe seine Energien verbraucht und so den Rest der europäischen Macht zerstört.“ Blankenhorn, inzwischen Botschafter in Paris, riet jedoch „dringend ab, unsere Beziehungen zu Frankreich im gegenwärtigen Zeitpunkt durch ein Gespräch (auf höchster Ebene) über Algerien zu belasten“. Adenauer selbst wies „diese unglaubliche Aufzeichnung“ Franks mit ihren „unmöglich(n) Schlußfolgerungen“ schroff zurück. Nach Colombey-les-deux-Eglises wollte er keine Kontroversen mit de Gaulle, sondern nur die Festigung und den Ausbau der scheinbar so gut begonnenen deutsch-französischen Kooperation in der Ära der V. Republik. Das Algerienproblem war für ihn, der auf den Ost-West-Gegensatz, auf die Festigung des atlantischen Bündnisses und auf die Fortsetzung der europäischen Einigungspolitik fixiert war, nur ein störendes Randproblem, das man – soweit möglich – ignorieren müsse, das auf keinen Fall aber zum Ansatzpunkt einer wie auch immer gearteten strategischen Neuorientierung gemacht werden dürfe.

<sup>77</sup> Ebenda, S. 44 f.



Das Zusammenspiel mit Frankreich war schon schwierig genug; daher galt auch hier die Devise „Keine Experimente“.

Das hätte die Fortsetzung der pragmatischen Spagat-Politik der Bundesrepublik zwischen Frankreich und der arabischen Welt bedeutet, ohne jedoch die in der vorde-Gaule-Phase angestrebte und begonnene europäische Fundierung. Indessen begann mit der rasanten und dramatischen Entwicklung des Algerienkonfliktes, die nunmehr einsetzte, die zweite Phase dieses letzten Abschnittes deutscher Politik unter dem Signum des Algerienkonfliktes. In ihr bot sich nicht nur die Möglichkeit einer Umakzentuierung, sondern schließlich auch die Chance der Ablösung der Spagat-Politik. Der deutsche politische Handlungsspielraum erweiterte sich in dem Maße, in dem de Gaulle fähig erschien, eine wie auch immer geartete Lösung des Konfliktes in absehbarer Zeit durchzusetzen.

Ein Indiz dafür, daß die Bundesregierung nun eine nach beiden Seiten ausgewogene Politik begann, waren die Ausführungen des deutschen Generalkonsuls in Algier gegenüber dem Generaldelegierten Delouvrier im Oktober 1960. Der deutsche Diplomat legte den Standpunkt der Bundesregierung „unter Hinweis auf die engen freundschaftlichen Beziehungen der beiden Regierungen“ dar und führte aus, in Bonn hoffe man, „... daß das Algerienproblem bald einer friedlichen Lösung zugeführt werde, die die berechtigten Interessen *aller* Beteiligten wahre und die natürlichen Bande zwischen Algerien und Frankreich bestehen lasse“<sup>78</sup>. Das war fast ein Standpunkt der Äquidistanz. Ähnlich aufschlußreich für diese Haltung, die den gewachsenen Bewegungsraum widerspiegelt, war die sogenannte Lastwagen-Affäre vom Herbst 1960<sup>79</sup>. Die Firma Daimler-Benz beabsichtigte damals, geländegängige Unimog-Lastwagen nach Libyen zu liefern, die dort dem FLN übergeben werden sollten. Die französische Regierung protestierte in Bonn gegen diese Lieferungen und verlangte deren Stornierung. Auf der anderen Seite versuchten der Irak und andere arabische Staaten die Bundesrepublik mit versteckten Hinweisen auf eine mögliche Anerkennung der DDR unter Druck zu setzen, falls es zu einem Zusammenspiel der Bundesrepublik mit Frankreich gegen den FLN komme. Die deutsche Botschaft in Bagdad unterstrich daraufhin in einem für die arabische Welt bestimmten Communiqué, daß die Bundesregierung keine Maßnahmen plane, die in irgendeiner Weise gegen den FLN gerichtet seien. „Die Politik der Bundesregierung“, so hieß es dann in diesem Communiqué, „sei stets eine solche der strikten Neutralität im Algerienkonflikt gewesen und wird es auch in Zukunft sein. Diese Politik betrifft natürlich beide in diesen Konflikt involvierte Parteien.“ Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes rügte zwar in einer internen Aufzeichnung den von der Botschaft benutzten Ausdruck „Neutralität“; es hätte „Nichteinmischung“ heißen müssen, aber nach außen blieb es dabei.

Eine ähnlich neutrale Haltung zeigte man auch bei anderen Affären. Aktivitäten deutscher Waffenhändler zugunsten des FLN wurden zwar mißbilligt, aber nicht

<sup>78</sup> PA 205 (8100/8404/9002), Generalkonsulat Algier vom 28. 10. 1960.

<sup>79</sup> Vgl. hierzu PA 205 (8100/8404/9002), Vorgänge von September–Oktober 1960.

effektiv unterbunden; gegen das Anhalten und Untersuchen deutscher Schiffe durch die französische Kriegsmarine wurde seitens der Bundesregierung jedoch regelmäßig protestiert<sup>80</sup>. Man sorgte sich offensichtlich weniger – wie noch einige Jahre zuvor –, daß eine „betont neutrale Haltung ... auf französischer Seite Mißtrauen hervorrufen“ würde. Die deutsch-französische Zusammenarbeit war insgesamt eben solide fundiert, die Position der Bundesrepublik im westlichen Bündnis inzwischen konsolidiert. Bonn hatte ein gewisses Gewicht gewonnen.

Auch innenpolitisch war die Lage der Bundesregierung einfacher geworden. Die Medien, die lange Zeit ziemlich einhellig die französische Politik in Algerien heftig kritisiert und auch die allzu große Diskretion der Bonner Regierung angeprangert hatten, waren seit de Gaulles Amtsantritt positiver eingestellt. Seit seinem Angebot des „Friedens der Tapferen“ verfolgte die Mehrzahl der westdeutschen Presseorgane die Politik des Generals mit Wohlwollen, wengleich sie weiterhin kritisch-wachsam blieben<sup>81</sup>.

Zwischen der Bundesregierung, insbesondere dem Auswärtigen Amt, und jenen Vertretern der Opposition, die sich – wie der 1957 in den Bundestag gewählte SPD-Politiker Wischniewski – die Sache der Algerier zu eigen gemacht hatten, war allmählich eine Art „Große Koalition“ bezüglich der algerischen Frage entstanden, die sich zum Nutz und Frommen deutscher Interessen gerade in kritischen Situationen erwies<sup>82</sup>. Wischniewski mit seinen vorzüglichen Beziehungen zur FLN und ihren Repräsentanten in Nordafrika wie in der Bundesrepublik agierte gleichsam als inoffizieller diplomatischer Agent der deutschen Außenpolitik in engster Fühlungnahme mit dem Auswärtigen Amt – hier hatte Frank schon frühzeitig die Weichen gestellt –, er war unentbehrlicher Berater und informeller Kontaktmann bei der Lösung der vielfältigen Probleme, die sich vor allem aus der Anwesenheit von über dreitausend algerischen Flüchtlingen auf dem Boden der Bundesrepublik ergaben. Er sorgte einerseits dafür, daß die internen, oft zur gewaltsamen Austragung tendierenden Auseinandersetzungen unter diesen in tolerierbarem Rahmen blieben; andererseits half er in engstem Kontakt mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundeskanzleramt mit, daß die künftigen Beziehungen der Bundesrepublik zu einem unabhängigen Algerien nicht von vornherein unheilvoll präjudiziert wurden. Er sorgte nicht nur dafür, daß ein halbes Hundert algerischer Studenten von Ostberlin an den Rhein übersiedeln und dort ihre Studien mit wohlwollender Duldung der Regierung fortsetzen konnten<sup>83</sup>, er gewährleistete auch die ständigen indirekten Kontakte zwi-

<sup>80</sup> Vgl. Seydoux, *Erinnerungen*, S. 213 und Nostitz, *Tagebuch*, S. 64 sowie Leggewie, *Kofferträger*, S. 179 ff.

<sup>81</sup> Vgl. dazu die Beispiele bei Müller, *La Guerre d'Algérie*, S. 180 ff.

<sup>82</sup> Vgl. hierzu Wischniewski, *Politische Memoiren*, S. 107–122 und Leggewie, *Kofferträger*, S. 145–162 sowie Nostitz, *Tagebuch*, S. 86: „Besonderen Kummer machen uns die mehreren tausend algerischen Flüchtlinge ... in der Bundesrepublik. Wenn sie sich nur ruhig verhielten. Dann könnte es ein Aktivum für uns werden, daß wir ihnen so großzügig Asyl gewähren.“

<sup>83</sup> Wischniewski, *Politische Memoiren*, S. 114: „Die damalige Bundesregierung mußte sich zurückhalten, denn natürlich betrachtete Frankreich die Aufnahme algerischer Studenten ... als einen

schen der offiziell nicht anerkannten politischen Vertretung des FLN in Bonn und den Regierungsstellen<sup>84</sup>.

Viele dieser Aktivitäten „waren natürlich so heikel, daß davon nur selten etwas in den Arbeitsgang (des Auswärtigen Amtes) gedungen ist“<sup>85</sup>. In mindestens einer wichtigen Affäre war dies jedoch der Fall. Im Vorfeld des Treffens der EWG-Staats- und Regierungschefs in Bonn sah der Generalbundesanwalt die von ihm seit langem gewünschte Gelegenheit gekommen, die Verhaftung des inoffiziellen Vertreters der algerischen Exilregierung in Bonn, Malek (Hafis Keramane), und zweier weiterer algerischer Repräsentanten wegen Geheimbündelei und anderer Delikte anzuordnen. Er ließ sich davon auch nicht abbringen, daß Malek ihm als künftiger algerischer Botschafter in Bonn benannt wurde. Erheblicher Schaden drohte den künftigen deutsch-algerischen Beziehungen zu entstehen, liefen doch zur selben Zeit in Genf bereits französisch-algerische Verhandlungen über die Modalitäten der Unabhängigkeit. Prompt kamen auch aus den arabischen Ländern und von der Provisorischen Algerischen (Exil-)Regierung energische Proteste. Im Auswärtigen Amt sah man die Affäre als böse Panne an. Aber die deutsche Justiz, penibel auf Gewaltenteilung bestehend, verharrete strikt auf dem Legalitätsprinzip. Angesichts dessen, was auf dem Spiel stand, bildete sich eine „Große Koalition der Vernunft“: Das Auswärtige Amt schaltete Wischnewski ein, der in Genf den Algeriern die Lage erläuterte; der CDU-Abgeordnete Majonica unterstützte von seiten der Mehrheitsparteien die Niederschlagung der Affäre; im Kanzleramt setzte sich Staatssekretär Globke – mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht ohne Einverständnis des Kanzlers und unterstützt von einigen Regierungsmitgliedern – nachdrücklich für eine elegante Erledigung der Affäre ein. Wischnewski besorgte eine hohe Kautions, und nach langwierigen Verhandlungen erfolgte schließlich die Freilassung der drei<sup>86</sup>.

In der Bonner Regierung war man nunmehr überzeugt, daß die Unabhängigkeit Algeriens, in welcher konkreten Form auch immer, nur noch eine Frage der Zeit sein konnte. Die Berichte aus Algier wie aus Paris zeigten dies ganz deutlich. Generalkonsul von Nostitz meldete schon im Januar 1960, die militärischen Operationen seien zwar noch härter und umfassender geworden, aber sie blieben ohne nachhaltigen Erfolg. Das militärische Lagebild sei unverändert; der FLN zeigete eine „erstaunliche Regenerationsfähigkeit“. Gleichzeitig aber zeigte sich eine ständige Ver-

---

unfreundlichen Akt . . . Heute muß man nicht mehr verschweigen, daß auch die Bundesregierung damals behilflich gewesen ist.“

<sup>84</sup> Wischnewski, ebenda, nennt als seine Kontaktbeamten im Auswärtigen Amt Staatssekretär van Scherpenberg, Ministerialdirektor Prof. Carstens und den Frankreichreferenten Paul Frank. Vgl. auch Nostitz, Tagebuch, S. 195 f.

<sup>85</sup> Zitat aus einem Brief Franks, abgedruckt bei Leggewie, Kofferträger, S. 152.

<sup>86</sup> Der gesamte Vorgang in PA 205 (8100-84.00/9002) beginnend April 1961, endend mit einer Aufzeichnung vom 30. 5. 1961; die Ausreise erfolgte am 23. 5. 1961; die Rechtsvertretung der Algerier übernahmen übrigens der spätere Bundespräsident Heinemann und der spätere nordrhein-westfälische Justizminister Posser. Weitere Einzelheiten der Affäre auch in Wischnewski, Politische Memoiren, S. 115 f. und bei Leggewie, Kofferträger, S. 153 ff.

schlechterung der Einstellung der europäischen Bevölkerung zu de Gaulle. Nostitz sagte im Grunde „die Möglichkeit des Ausbruches von de Gaulle- und regierungsfeindlichen Ausschreitungen in nächster Zeit“ voraus. Andererseits rechneten selbst in amtlichen Funktionen tätige Vertreter der muslimischen Bevölkerung mit einer Entwicklung, die irgendwann zur Unabhängigkeit führen würde<sup>87</sup>. Im Herbst berichtete der Generalkonsul, daß selbst der General-Delegierte Delouvrier die Möglichkeit einer rechtsradikalen Revolte nicht in Abrede stelle und dieser nachdrücklich betone, westliche Regierungen möchten doch auf den FLN einwirken, daß dieser wieder an den Verhandlungstisch komme, wobei er durchblicken ließ, daß sich diese Bitte speziell an die Bundesregierung richte<sup>88</sup>. Hier zeigt sich umrißartig, daß offensichtlich die bundesdeutsche Algerienpolitik eine erfolgreiche Bilanz würde vorweisen können.

In der unmittelbaren Schlußphase des Konfliktes, als eine Regelung immer näher rückte, kam es unter einigen Bonner Ministerien zu einer interessanten internen Kontroverse<sup>89</sup>. Sie läßt an einem Detailproblem schlaglichtartig erkennen, wie man sich von der Politik des Spagats löste und wieder Aktionsfreiheit gewann. Einige deutsche Erdölfirmer hatten Anfang 1961 Anträge auf Regierungsgarantien für Finanzinvestitionen gestellt, die man zusammen mit französischen Firmen in Algerien zu tätigen beabsichtigte. Französische Behördenvertreter hatten schon im Januar 1961 gegenüber dem deutschen Generalkonsul in Algier bemerkt, man möchte deutsche und amerikanische Firmen am Aufbau von Chemieunternehmen interessieren<sup>90</sup>. Das Wirtschaftsministerium befürwortete diese Anträge nicht nur, sondern hatte diese Firmen sogar dazu ermutigt. Das Auswärtige Amt und das Finanzministerium lehnten jedoch zunächst mit der Begründung ab, Garantien von Investitionen seien zur Zeit in Algerien politisch unmöglich, „da uns dies in der arabischen Welt den Vorwurf des Kolonialismus eintragen würde“. Für die Bundesrepublik sei wichtig, daß „deutsche Investitionen nicht als Unterstützung eines Kolonialregimes verkannt werden“ dürften. Nachdem jedoch bis Oktober 1961 etwa 30 Staaten die Provisorische Regierung der Algerischen Republik (GPRA) anerkannt hatten und abzusehen war, daß die Verhandlungen in Evian auf eine algerische Unabhängigkeit hinauslaufen würden, änderte sich die Haltung des Auswärtigen Amtes. Mitte Oktober 1961 befürwortete das Generalkonsulat in Algier ein ökonomisches Engagement in Algerien<sup>91</sup>. Zwar sei die politische Form eines künftigen unabhängigen Algeriens noch unklar, auch sei wohl mit einem dirigistischen Wirtschaftssystem zu rechnen, aber aus politischen Gründen sei es doch ratsam, wenn die deutsche Wirtschaft dort präsent sei. Mit dem Engagement deutscher Firmen und mit Kapitalinvestitionen könnte man einer zu erwartenden Infiltration der

<sup>87</sup> PA 105 (81.000-84.04.9002), Bericht vom 17. 1. 1960 Generalkonsulat Algier.

<sup>88</sup> Ebenda, Bericht Generalkonsulat Algier vom 28. 10. 1960.

<sup>89</sup> Zum folgenden ebenda (Aufzeichnungen des Referates 403 vom 12. 7. 61 über Sitzungen des Referentenausschusses für Kapitalinvestitions-Garantien bei „Hermes“ und „Treuhandarbeit“).

<sup>90</sup> Nostitz, Tagebuch, S. 45.

<sup>91</sup> Ebenda, Generalkonsulat Algier vom 17. 10. 1961.

DDR, die mit Sicherheit die Vorläufige Algerische Regierung bald anerkennen werde, rechtzeitig begegnen.

Auch von seiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde im übrigen betont, daß das bald unabhängige Algerien „dem Westen erhalten werden müsse“<sup>92</sup>. Die Bundesregierung tat nun alles ihr Mögliche, um die Position der Bundesrepublik dort in flexibler Weise gegen Ostblock-Aktivitäten und Ostblock-Konkurrenz zu fundieren. Selbst über eine Präsenz von DDR-Repräsentanten solle der deutsche Diplomat, der als Sonderbotschafter die Bundesrepublik bei den Unabhängigkeitsfeiern vertrat, hinwegsehen, sofern diese nur keinen offiziellen Status bekämen – eine für die damalige Politik der Hallstein-Doktrin relativ maßvolle Weisung<sup>93</sup>. Hier deutet sich bereits an, daß das Algerienproblem für die Bundesregierung fortan nur noch ein Problem des Ringens um die Länder der Dritten Welt im Rahmen des Ost-West-Konfliktes sein würde und nicht mehr ein Problem, welches das deutsch-französische Verhältnis betraf.

Die „Politik des Spagats“ hatte sich – auch wenn sie bisweilen zu schwierigen Situationen geführt hatte – letztlich ausgezahlt. Die Priorität einer westeuropäischen Einigungspolitik, deren Voraussetzung Ausgleich und Zusammenarbeit mit Frankreich war, konnte trotz etlicher Irritationen erfolgreich beibehalten werden.

Die atlantische Bündnispolitik wurde trotz mancherlei Schwierigkeiten fortgesetzt und sogar ausgebaut. Auf der anderen Seite hatte das Verhältnis zu den Dritte-Welt-Staaten, insbesondere zu den arabischen Ländern, dennoch vorsichtig, aber stetig in positivem Sinne entwickelt werden können; der dann Mitte der sechziger Jahre ausbrechende Konflikt zwischen der Bundesrepublik und einem Teil der arabischen Welt hatte andere Ursachen. Insgesamt gesehen muß daher die schwierige und bisweilen unvermeidlich auch etwas unklar erscheinende „Politik des Spagats“ als eine flexible politische Antwort auf eine überaus komplexe Problemlage angesehen werden, die am Ende eine alles in allem erfolgreiche Bilanzierung erlaubt.

<sup>92</sup> So Ludwig Rosenberg vom Vorstand des DGB gegenüber dem deutschen Generalkonsul in Algier im September 1962; vgl. Nostitz, Tagebuch, S. 206.

<sup>93</sup> Ebenda, S. 224 ff.

## Dokumentation

STEFAN FRÖHLICH

### WIDER DIE NUKLEARE BEDROHUNG

Die amerikanische „Nuclear Freeze Campaign“ 1980/84

Die Idee eines „sofortigen und kontrollierbaren“ Einfrierens der Nuklearrüstung beherrschte seit Beginn der achtziger Jahre die nuklearstrategische und rüstungskontrollpolitische Diskussion in den USA und löste eine Protestbewegung aus, die sich schließlich unter dem Namen „Nuclear Freeze Campaign“ formierte und auf ihrem Höhepunkt 1983/84 als Bewegung von großer und scheinbar unabsehbarer politischer Tragweite erschien<sup>1</sup>.

Die folgende Darstellung skizziert zunächst in knapper Form die Geschichte der amerikanischen Friedensbewegung nach 1945. Sie beschränkt sich dabei bewußt auf die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, da es sich bei der Freeze-Kampagne primär um eine Antinuklear-Bewegung handelte und die Rolle der Nuklearwaffen erst in dieser Phase bedeutsam wurde. Nach 1945 engagierten sich verschiedene Organisationen im Friedenskampf gegen die Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik der jeweiligen Administration. Sie wurden später auch zu wichtigen Stützen der Freeze-Kampagne.

Stationen dieser Zeitperiode bilden die Antinuklear-Bewegung der fünfziger Jahre, die Anti-Vietnam-Kampagne der sechziger und die Friedens- und Umweltbewegung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, die schließlich den Aufbau einer neuen Bewegung ankündigte. In ihr wird deutlich, daß sich die Aktivitäten der amerikanischen Friedensbewegung keineswegs in der Freeze-Kampagne erschöpften. Daneben gab es eine weitgehend unbekannt Vielfalt an Organisationen, Aktivitäten und Aktionsformen. Das politische Profil, die soziale Struktur und die Protestformen der Gesamtbewegung werden hier skizziert.

Die daran anschließenden Kapitel bilden den Schwerpunkt der Ausführungen. Sie setzen sich mit der bedeutendsten Strömung der jüngsten amerikanischen Friedensbewegung auseinander, der Freeze-Kampagne. In ihrer Ausbreitung spiegelt sich die wachsende Stärke und der sich nach 1982 beschleunigende Reifungsprozeß der Gesamtbewegung wider. Im Mittelpunkt steht die Frage, inwieweit der ursprüngliche Freeze-Aufruf nicht als Rüstungskontroll- oder Abrüstungsvorschlag formuliert worden ist, der direkt

<sup>1</sup> Die Freeze-Idee geht auf einen Vorschlag von Randall Forsberg, ehemals Direktorin des Institute for Defense and Disarmament Studies, aus dem Jahre 1980 zurück und wurde von ihr als Resolutionstext „Call to Halt the Nuclear Arms Race“ verfaßt. Dieser verlangte ein unverzügliches Moratorium, d. h. ein bilaterales, „gleichzeitiges Einfrieren der Produktion, des Testens und der Stationierung von Nuklearwaffen sowie ihrer Trägersysteme“ durch die USA und die Sowjetunion als einen ersten Schritt zu einer weitweiten verifizierbaren Abrüstung der Nukleararsenale. Vgl. Dokument 1.

in die Sicherheitspolitik hätte umgesetzt werden können. Fungierte er am Ende eher als politischer „Aufreißer“, als ein ideologisches Aufklärungsinstrument, um eine öffentliche Diskussion über Rüstungskontrolle und Abrüstung auszulösen?

Wie auch immer: Die überparteiliche Unterstützung der Kampagne in beiden Häusern des US-Kongresses, die schließlich zur Verabschiedung einer Freeze-Resolution im Repräsentantenhaus führte, unterstrich den großen Einfluß, den die Kampagne auch auf offiziell-politischer Ebene erlangte. Die Kampagne hatte sich zur Massenbewegung entwickelt.

### 1. Zur Geschichte der amerikanischen Friedensbewegung

In der unmittelbaren Nachkriegsphase entwickelte die amerikanische Friedensbewegung ihren entscheidenden Wirkungs- und Reifegrad. Sie bemühte sich, als Antikriegs-Bewegung gewaltfreie Alternativen aufzuzeigen und die mittlerweile so fortgeschrittene Kriegstechnik als ernsthafte Bedrohung für die Weltbevölkerung darzustellen<sup>2</sup>. Der japanische Angriff auf Pearl Harbor und Washingtons darauffolgender Eintritt in einen Zwei-Fronten-Krieg im Dezember 1941 spaltete die amerikanische Friedensbewegung. Gewaltfreier Widerstand als Mittel zur Bekämpfung von Rassendiskriminierung, Kriegsdienst oder interventionistischer US-Politik wurde zur respektierten Position zahlreicher radikaler Pazifisten und Konfessionalisten<sup>3</sup>. Die Fellowship of Reconciliation (FoR), Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) and War Resister's League (WRL) als Kern jener Bewegung unterstützten Kriegsdienstverweigerer, protestierten gegen Bombenangriffe und kritisierten die Unfähigkeit der Alliierten, ernsthafte Friedensvorschläge zu unterbreiten<sup>4</sup>. Die Anhängerschaft dieser Organisationen rekrutierte sich trotz der vorwiegend mittelständischen Führungsstruktur quer durch die amerikanische Bevölkerung aus allen sozialen Schichten.

In der unmittelbaren Nachkriegsphase war die Hoffnung dieser Generation auf dramatische soziale Veränderungen groß, zerschlug sich jedoch mit der Abkühlung im Ost-West-Verhältnis zusehends<sup>5</sup>. Man engagierte sich zwar in diversen Projekten, übte aber erst wieder gegen Ende der fünfziger Jahre nennenswerten Einfluß aus, als man mit zahlreichen Angriffen gegen die Regierung auf die rapide Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und das wachsende Supremat der weißen Bevölkerung aufmerksam machte<sup>6</sup>.

Ähnlich wie die Protagonisten des gewaltfreien Widerstands entwickelte sich die Antinuklear-Bewegung aus den Kriegswirren heraus. Die Zerstörung Hiroshimas deutete die

<sup>2</sup> Helen Caldicott, *Nuclear Madness: What you Can Do*, New York 1980, S. 67 f.

<sup>3</sup> Patricia McNeal, *Catholic Conscientious Objection during World War II*, in: *Catholic Historical Review* LXI, 2 (1975), S. 222 ff.

<sup>4</sup> FoR: pazifistisch-religiös orientierte Organisation, die seit den 30er Jahren zu den prominentesten der amerikanischen Friedensbewegung zählt; WILPF: 1915 gegründete Organisation, die v. a. Frauen für den Kampf um Frieden und Abrüstung mobilisierte; WRL: 1923 gegründete pazifistische Organisation gegen Rüstung und Wehrpflicht, stark aktionsorientiert und für einseitige westliche Abrüstungsvorleistungen.

<sup>5</sup> Abraham J. Muste, *The Campo of Liberation*, London 1954.

<sup>6</sup> Lawrence S. Wittner, *Rebels against War. The American Peace Movement, 1941–60*, New York 1970, S. 58 ff.

Unkontrollierbarkeit der nuklearen Kriegsführung und ihre verheerende Wirkung für die Menschheit an.

„One world or none“ lautete die radikale Losung, mit der Pazifisten Unterstützung in der Öffentlichkeit suchten, aber in nur unerheblichem Maße fanden. „World-government“ war die bis zum Beginn des Kalten Krieges populäre Antwort der amerikanischen Administration und zahlreicher prominenter (Atom-)Wissenschaftler. Sie spaltete die amerikanische Bevölkerung in eine kleine Minderheit von Nuklearpazifisten und eine überwältigende Mehrheit von Befürwortern eines Ausbaus der Atomwissenschaft. Die Begeisterung für die Idee der Beherrschbarkeit und Kontrollierbarkeit der Weltordnung durch eine technologische Überlegenheit der Amerikaner war größer als die Vorstellungskraft von einer dadurch eskalierenden Bedrohung für die Menschheit.

Die Idee des hegemonialen Führungsanspruchs zerstreute sich nach 1950, als sie sich auf dem Höhepunkt der Ost-West-Spannungen zunehmend als amerikanisches Wunschdenken entpuppte und das Loyalitäts- und Sicherheitsdenken den Dissens verringerte. Erst als beide Seiten in ihrem Rüstungswettlauf die Massenvernichtung durch die Schaffung thermonuklearer Streitkräfte wahrscheinlicher gemacht hatten, gewannen Nuklearpazifisten ihren Einfluß und Elan zurück<sup>7</sup>.

Gegen Ende der fünfziger und mit Beginn der sechziger Jahre erhielt die Friedensbewegung sowohl eine politische als auch moralische Relevanz. Sie analysierte globale Konflikte, entwickelte eine stärkere Lobby in der Gesetzgebung wie bei Wahlkampagnen und war erstmals in der Lage, die Bevölkerung für ihre Aufrufe zum militanten zivilen Ungehorsam und zu bis dato beispiellosen Massendemonstrationen zu mobilisieren. Gleichzeitig hatte sie sich auf politischer Ebene sowohl den Menschen- und Bürgerrechtsfragen wie auch den Problemen einer durch Wissenschaft und Forschung vorangehenden Nukleartechnik angenommen<sup>8</sup>.

In dem Maße, wie die Nukleardebatte abebbte, rückte ein anderes Ereignis in den Vordergrund, welches über Jahre hinweg im Mittelpunkt der Öffentlichkeit und der Aktivitäten der Friedensbewegung stand: der Vietnamkrieg<sup>9</sup>. Mit dem zunehmenden Engagement der Amerikaner in Vietnam eskalierte auch der landesweite Protest. Demonstrationen, Flugblattaktionen, in denen zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen wurde, „Sit-ins“ und Friedenskundgebungen gehörten zur Tagesordnung. An den Universitäten und Colleges forderte man die Administration zum sofortigen Rückzug aus Vietnam auf. Im April 1965 zog es mehr als 20 000 Menschen in die Hauptstadt des Landes, die einem Aufruf der Students for a Democratic Society (SDS) gefolgt waren und so für die bis dahin größte Friedensdemonstration in der Geschichte Washingtons gesorgt hatten. Anders als bei ähnlichen Friedensdemonstrationen der Jahre zuvor, beeindruckten in der Folgezeit nicht nur die Größenordnung und die Radikalität in der Vorgehensweise, sondern auch die Vielschichtigkeit des Protests. Neben dem Kern etablierter Friedensorganisationen war erstmals eine Reihe von neuen politischen, professionellen, bürgerlichen und religiösen Gruppierungen in der Bewegung aktiv geworden.

<sup>7</sup> Morton Grodzins/Eugene Rabinowitsch, *The Atomic Age: Scientists in National and World Affairs*, New York 1963, S. 352 f.

<sup>8</sup> Charles De Benedetti, *The Peace Reform in American History*, Bloomington 1980, S. 157 ff.

<sup>9</sup> Zum Vietnamkrieg allgemein vgl.: Neil Sheehan, *The Pentagon Papers*, New York 1971; William O'Neill, *Coming Apart: An Informal History of America in the 1960s*, Chicago 1971; Henry Kissinger, *White House Years*, Boston 1979.



## 2. Der Aufbau einer neuen Bewegung

Die Erfahrungen aus Vietnam wirken bis in die amerikanische Gegenwart fort. Sie sind zu einem Trauma der amerikanischen Weltpolitik geworden. Der breite Konsens in der Bevölkerung über das amerikanische Sendungsbewußtsein in die Dritte Welt und den hegemonialen Führungsanspruch war nach 14 Jahren Krieg endgültig aufgehoben. Mißtrauen gegenüber Politik und Militär kennzeichneten die Zeit nach 1973. Es trat an die Stelle eines vormals naiven Glaubens an die Legitimation und Integrität der bisherigen US-Politik, nachdem sich Rechtfertigungen des Pentagon und State Department über das amerikanische Engagement in Vietnam über Jahre hinweg teilweise schlicht als *dolus eventualis* entpuppten.

Mit dem endgültigen Rückzug amerikanischer Truppen aus Vietnam im Frühjahr 1975 ließ zwar das Engagement der Friedensbewegung zunächst merklich nach. Die Koalition außerparlamentarischer Kriegsgegner zerfiel vorübergehend und fand erst nach zähen Richtungskämpfen zu neuem Konsens. Die vom damaligen Verteidigungsminister Schlesinger 1974 angekündigte Akzentverschiebung der amerikanischen nuklearen Zielplanung (Schlesinger-Doktrin) hin zur Flexibilisierung von Erstschlags- und Kriegsführungsoptionen richtete den Protest jedoch schon bald vehement gegen die lange Zeit vernachlässigten Fragen atomarer Hochrüstung und amerikanischer Nuklearstrategie.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung schuf ein 1976 von Sidney Lens veröffentlichter Artikel unter dem Titel „The Domsday Strategy“ die Voraussetzung für die politische und programmatische Neuorientierung und gleichzeitig eine wichtige Diskussionsgrundlage der Bewegung<sup>10</sup>. In der Folge leiteten die traditionellen Friedensorganisationen – Fellowship of Reconciliation (FoR), War Resisters League (WRL), Women's International League for Peace and Freedom (WILPF), SANE und das American Friends Service Committee (AFSC)<sup>11</sup> – Entwicklungen ein, die wichtige Themen der frühen achtziger Jahre ideologisch und politisch vorformulierten: die Konversionskampagne zur wirtschaftlichen Umrüstung der ausschließlich zu militärischen Zwecken genutzten Rüstungsindustrie und gegen die Entwicklung einer qualitativ neuen Generation erstschlagfähiger Atomwaffen<sup>12</sup>. Sie wurden unterstützt von Bürgerinitiativen, die

<sup>10</sup> Sidney Lens, *The Domsday Strategy*, in: *The Progressive*, Februar 1976, S. 12–35.

<sup>11</sup> SANE: in den fünfziger Jahren gegründete Organisation, die durch landesweite Informationskampagnen und grass-roots-orientierte Unterstützungsarbeit in Konversionsprojekten in Erscheinung trat; AFSC: Dienstleistungs- und Koordinationszentrum der Quäker, von dem wichtige Impulse für Freeze ausgingen. Zur weiteren Information: *Swarthmore College Peace Collection Guide – Disarmament Campaigns*, PO. Box 18747, Den Haag.

<sup>12</sup> Der Konversionsgedanke geht auf eine Initiative des AFSC aus dem Jahre 1973 zurück. Ursprünglich gegen den Bau des Langstreckenbombers B-1 gerichtet, weitete er sich später auf andere Waffen- und Trägersysteme aus und gewann rasch an Popularität in der Bewegung. Zu den bekanntesten Projekten zählten beispielsweise das v. a. gegen Trident gerichtete sogenannte „Mid-Peninsula Conversion Project“ in Silicon Valley/California, das „Agape Project“ entlang der Eisenbahnlinie zwischen Utah und Bangor, auf der die Motoren der Trident transportiert wurden, das „Rocky Flats Conversion Project“ in der Nähe von Denver/Colorado gegen die Herstellung von Nuklearmaterial und Auslösersysteme aus Plutonium oder die zahlreichen Projekte am Pudget Sound, ein dem Staate Washington vorgelagerter Teil des Pazifik bei St. Louis, wo die ersten Trident-U-Boote stationiert wurden. Vgl. u. a. Joel Yudken, *Mid-Peninsula Conversion Project*, in: *WIN*, Bd. XVII, 12 (1981).

sich seit Mitte der siebziger Jahre an den verschiedenen Produktionsstätten und in der Umgebung von militärischen Forschungseinrichtungen der amerikanischen Rüstungsindustrie, so den bekannten Livermore und Los Alamos-Laboratorien in der Nähe von Berkeley/California bzw. New Mexico, gegen die Entwicklung und Stationierung nuklearer Waffen- und Trägersysteme – B-1 und Stealth-Bomber, Trident II, MX und GLCM – zu regionalen Protestbewegungen mit teilweise hohem Organisationsgrad formiert hatten. Zu ihnen zählten maßgeblich die 1975 gegründete Pacific Life Community (California), die Atlantic Life Community (im Raum Connecticut, Washington D. C. und Boston) und die Great Lake Life Community (Michigan/Wisconsin). Der Protest dieser Gruppierungen richtete sich gegen den Ausbau der amerikanischen U-Boot-Flotte durch das Trident-Programm und ein eigens dafür entwickeltes Kommunikationssystem mit dem Kodennamen ELF (Extra Low Frequency). Im Südwesten des Landes (Utah/Nevada und angrenzende Gebiete) verhinderte der organisierte Widerstand der Great Basin MX-Alliance, des MX-Information Center und der Tri-State MX-Coalition anfangs der achtziger Jahre immerhin die Realisierung der ursprünglichen Stationierungspläne der Reagan-Administration für die erstschlagfähige MX-ICBM<sup>13</sup>.

Was sich später auch als konstitutives Element der Freeze-Kampagne erwies, deutete sich also bereits in der Aufbauphase der neuen Bewegung an: ihre heterogene Struktur und die genuine Basisverankerung. Teile der Bewegung konzentrierten jedoch die inhaltliche Auseinandersetzung auf die mit dem Ausbau der friedlichen Nutzung der Kernenergie verbundenen Restrisiken und die Proliferation von Nuklearwaffen. Erst als es gelang, einen Zusammenhang zwischen dem generellen Ausbau der Kernenergie und den nuklearen Aufrüstungsprogrammen der Regierung herzustellen, konnte das Potential außerparlamentarischer Opposition voll ausgeschöpft werden.

Mit der Gründung der Mobilization for Survival (MfS) im Frühjahr 1977 wurde schließlich ein Dachverband geschaffen, der sich um die Koordinierung der Arbeit der diversen Friedensgruppen auf der einen Seite sowie Anti-AKW- und Umweltorganisationen auf der anderen Seite bemühte<sup>14</sup>. Unter seiner Führung gelang die Organisation landesweiter Demonstrationen anlässlich der im Mai 1978 stattfindenden UNO-Sondersitzung zu Fragen der Sicherheit und Abrüstung. Diese bildeten den Auftakt zu verstärktem Bemühen, eine die Abrüstungs- und Antikernkraft-Bewegung vereinigende programmatische Forderung zu entwickeln, um die befürchtete Dynamik des amerikanisch-sowjetischen Rüstungswettlaufes zu bremsen. AFSC, FoR und WILPF schlugen zunächst ein Moratorium der Entwicklung von Kernwaffen als ersten Schritt zum langfristigen Ziel einer völligen nuklearen Abrüstung beider Bündnissysteme vor. Im Dezember 1979 stellte daraufhin Randall Forsberg auf einer Konferenz der Mobilization for Survival ihren erwähnten Vorschlag zur Diskussion.

Dieser nahm eine Minimalposition ein in Fragen der Strategie. Forsbergs Aufruf ver-

<sup>13</sup> Phil McManus/Scott Kennedy, Trident II: a local nuisance. A neighbourhood up in Arms about the Nuclear Arms Race, in: *The Progressive*, September 1979; Joanne Sheehan, Protest at Sub Launch, in: *War Resisters League News* 222 (1981); Wendell Rawls Jr., Nuclear Arms Protests Grow in Usually Pro-Military South, in: *New York Times* vom 23. 4. 1982; MX-Information Center, MX – The Costs; The Impacts, Salt Lake City/Utah, o. J.; Great Basin MX Alliance, Air Force Upset by Water Protests – Countries and Towns Urge to Join Fight, Bd. 2, 2 (1981).

<sup>14</sup> MfS: Koordinationszentrum der Friedensbewegung; zur weiteren Information: Swarthmore College Peace Collection Guide oder über MfS, 48 St. Marks Place, New York, NY 10003.

langte ein unverzügliches Moratorium, d. h. ein bilaterales, gleichzeitiges „Einfrieren“ der Produktion von Atomwaffen durch die USA und die Sowjetunion, die Einstellung von Atomwaffentests sowie die Unterlassung der Entwicklung und Stationierung neuer Nukleargefechtssköpfe als einen ersten verifizierbaren Schritt zu der weltweiten Abschaffung dieser Waffensysteme. Nur ein solcher erster Schritt konnte die Gefahr eines nuklearen Holocausts bannen, die weitere Proliferation von Nuklearwaffen verhindern und dringend benötigte Mittel zur Unterstützung von Konversionsprojekten im In- wie Ausland (Dritte Welt) freimachen.

Seit April 1980 zirkulierte dieser Vorschlag nun bei lokalen, regionalen Friedensinitiativen. Mit ihm war schließlich jener kleinste gemeinsame Nenner für die neue amerikanische Abrüstungsbewegung gefunden. Ehemalige Vietnam-Aktivistinnen konnten sich gleichermaßen für die Idee begeistern wie große Teile der AKW-Bewegung oder bisher voneinander isoliert arbeitende Gruppierungen in den diversen Konversionsprojekten, so daß es erstmals zu einer gemeinschaftlichen Orientierung unter der Wahrnehmung verschiedener Zielsetzungen vor Ort kam.

Nur ein halbes Jahr später, im November 1980, kam es ausgerechnet bei der Wahl von Ronald Reagan zum neuen US-Präsidenten zu einem ersten Teilerfolg für Freeze. Das Taprock Peace Center in Deerfield/Massachusetts unter der Leitung von Randall Kehler – einem der prominentesten Wortführer der Bewegung – und das AFSC-Büro in Northampton/Massachusetts setzten kurzerhand das Thema auf den Stimmzettel der anstehenden Wahlen. Mit großem Einsatz hatten Vertreter der Organisationen in Canvassing-Aktionen Anhänger für die Idee mobilisiert und die für die „Wählbarkeit“ erforderlichen 1200 Unterschriften in beiden Wahlkreisen gesammelt. Am 4. November 1980 erhielt Freeze 60 Prozent der abgegebenen Stimmen. Was jedoch das eigentlich Bemerkenswerte bei diesen Wahlen war: Die Idee erhielt sogar die Mehrheit in 30 von 33 Städten, die sich für Ronald Reagan als zukünftigen Präsidenten entschieden hatten<sup>15</sup>.

### 3. Der Durchbruch zur Massenbewegung

Der Vertrauensverlust der amerikanischen Bevölkerung in die politische Führung nach Vietnam führte zu einer zunehmenden Verlagerung des Entscheidungsprozesses in nationalen Sicherheitsfragen von den politischen Machtzentren in alternative Forschungs- und Informationszentren, wie dem Institute for Defense and Disarmament Studies in Brookline/Massachusetts, dem Institute for Policy Studies und dem Center for Defense Information in Washinton, D. C., oder der ebenfalls dort ansässigen Coalition for a New Foreign and Military Policy<sup>16</sup>. Vertreter dieser Institutionen erschwerten es

<sup>15</sup> Heinrich Ahlemeyer/Laura Gerken, Freeze Now: The Structure and Strategy of the U. S. Anti-Nuclear Movement in the 1980's, in: EAST, IV: 1,2 (1982), S. 222 ff.

<sup>16</sup> Das Institute for Defense and Disarmament Studies (IDDS) wurde 1979 als „Forschungs- und Bildungszentrum“ zu Friedensfragen gegründet; das Institute for Policy Studies (IPS) gilt v. a. als „think tank“ der US-Linken zur Entwicklung alternativer Sicherheits- und Strategiekonzepte auf dem Rüstungskontrollsektor; das Center for Defense Information (CDI) beschäftigt sich vornehmlich mit Fragen des Rüstungshaushalts und des amerikanisch-sowjetischen militärischen Kräfteverhältnisses; die Coalition for a New Foreign and Military Policy steht für ca. 50 Friedens-, Forschungs-, Kirchen- und Gewerkschaftsorganisationen, die sich mit Fragen der amerikanischen Außen- und Verteidigungspolitik beschäftigen.

der Reagan-Administration fortan, ihre ehrgeizigen Aufrüstungspläne im Nuklearbereich als notwendige Sicherheitsvorkehrungen gegenüber der sowjetischen Prävalenz auf diesem Gebiet an eine im Vergleich zu früheren Zeiten ungleich besser informierte Bevölkerung zu verkaufen. Durch ihre gezielte Aufklärungsarbeit wirkten sie aber gleichzeitig in starkem Maße polarisierend. Einerseits profitierte davon eine sich neu formierende populistische und neokonservative Rechte; andererseits erhielt die Friedensbewegung großen Auftrieb. Zentral für den Durchbruch zur Massenbewegung war jedoch die Spezifik dieser Polarisierung. Sie äußerte sich in dem überparteilichen Konsens des konservativen und liberalen Lagers in der Friedensfrage unter den praktischen Erfahrungen des Übergangs von der Carter- zur Reagan-Administration<sup>17</sup>.

Die permanenten Angriffe des neuen Präsidenten gegen die sowjetische Führung und seine Warnungen vor ihren gefährlichen, das Kräfteverhältnis destabilisierenden Aufrüstungsprogrammen im nuklearen wie konventionellen Bereich fanden einfach nicht mehr die Zustimmung in der Bevölkerung und stärkten allenfalls diese Dichotomie. Gleiches galt für seine Überzeugung, die Sowjetunion hege unvermindert weltweite Expansionsgelüste, die sie durch ihre ideologischen Ablenkungsmanöver im Westen geschickt vertusche. Obwohl der traditionelle Antisowjetismus der Amerikaner vorhandene Vorurteile bestärkte, versagte er so erstmals als Begründung unmittelbar erfahrbarer außenpolitischer „Reaktionen“ der US-Administration. Damit erreichte eine seit der Präsidentschaft Lyndon Johnsons zu beobachtende Entwicklung in der US-Bevölkerung ihren vorläufigen Höhepunkt: der zunehmende Unmut über einen aggressiven Militarismus nach außen und den Zerfall einer austarierten inneren sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur, begleitet von einer schleichenden Erosion des persönlichen und politischen Kredits des jeweiligen Repräsentanten.

#### 4. Lokale Autonomie und nationale Koordination als Organisationsmerkmale der Freeze-Kampagne

Obwohl die Freeze-Kampagne eine nationale Bewegung war, erfolgte sie in höchstem Maße dezentralisiert auf lokaler Ebene. Die Initiatoren vor Ort setzten durch ihre Aktionen spezifische Schwerpunkte im Rahmen des Moratoriumsvorschlages. Das nach einer Begegnung von mehr als einem Dutzend bedeutender Friedensgruppierungen im September 1980 in New York City unter der Koordination der Nuclear Weapons Freeze Campaign eingerichtete nationale Koordinationszentrum in St. Louis/Missouri war weniger eine übergeordnete Zentralverwaltung mit entsprechender Weisungsbefugnis als vielmehr die entscheidende Clearingstelle, die die Kommunen mit Informationen versorgte und ihnen als Kommunikationszentrum zur Seite stand. Dennoch oder gerade aufgrund dieses Selbstverständnisses hat es maßgeblich dazu beigetragen, daß sich die amerikanische Friedensbewegung in den achtziger Jahren in der Freeze-Kampagne mehrheitlich zu gemeinsamem Handeln zusammenfand und auf das übergeordnete Ziel einer weltweiten atomaren Abrüstung einigte. Über dieses Ziel hinaus gab es in den USA einfach keine einheitliche, von der Mehrheit getragene Strategie für den Ausbau und die Integration des Friedensbewußtseins in der Gesellschaft. Die Auseinandersetzungen hier-

<sup>17</sup> Gallup Report, Nuclear Arms 188 (1981), S. 3 ff.; ders., Nuclear Disarmament 208 (1983), S. 10 ff.; ders., Federal Deficit 209 (1983), S. 16 ff.

über scheiterten immer wieder an der Frage nach der geeigneten Zielgruppe, der Thematisierung des Zusammenhangs zwischen Friedens- und anderen gesellschaftspolitischen Fragen sowie den Perspektiven über die Freeze-Idee hinaus.

Eine möglichst alle ansprechende Abrüstungsformel mußte also gefunden werden. Was lag daher näher, als schlicht an beide Seiten zu appellieren, ihre ehrgeizigen Aufrüstungsziele aufzugeben, die Nukleararsenale in einem ersten Schritt auf dem aktuellen Niveau einzufrieren und dadurch freiwerdende Mittel für den Ausbau staatlicher Sozialleistungen zu verwenden. Durch die ausdrückliche Betonung der Zweiseitigkeit des Aufrufes war die Unterstützung breiter Kreise von vornherein gewährleistet. Sie verhinderte einerseits die Ausgrenzung derer, die aufgrund ihres latenten Antisowjetismus einseitige Vorleistungen von amerikanischer Seite ausschlossen, erlaubte es andererseits auch Skeptikern in der Bewegung, den Appell zu unterstützen. Denn selbst wenn – wie die meisten befürchteten – über das unmittelbare Ziel des Einfrierens das längerfristige der Abrüstung vernachlässigt blieb und die Kampagne es versäumte, den notwendigen Kontext zwischen Nuklearfrage und politischen und wirtschaftlichen Implikationen herauszuarbeiten, so bot der Appell doch die Chance, erstmals eine breite Anti-Reagan- und Antinuklear-Opposition zu instrumentalisieren<sup>18</sup>.

Der einfache und unverbindliche Charakter des Aufrufs war es schließlich auch, der dem nationalen Koordinationszentrum seine erfolgreiche Arbeit ermöglichte. Forsbergs Resolution ließ sich, ergänzt durch „backup statements“ zu Vorschlägen über Umfang und Verifikationsmöglichkeiten eines Moratoriums sowie Vorort-Initiativen, leicht über das Land verbreiten<sup>19</sup>. Im Nu hatten „public interest groups“ sie aufgegriffen und veröffentlicht, wurde sie von autonomen Bürgerinitiativen unterschiedlichen lokalen Kolorits durch Protestaktionen – friedliche Demonstrationen, Aktionen zivilen Ungehorsams bis hin zu Blockadeaktionen – nach dem grass-roots-Prinzip unterstützt und popularisiert. Es entstand also eine Massenbewegung unterhalb der offiziell/politischen Ebene.

Erste Erfolge, die Idee auch in Richtung US-Kongreß zu lancieren – wie durch Randall Kehler 1980 über drei Kongreßdistrikte West Massachusetts geschehen –, wurden zum damaligen Zeitpunkt noch durch Reagans überwältigenden Wahlerfolg verdrängt. Daß dies jedoch durchaus dem Kalkül einer auf drei bis fünf Jahre konzipierten Strategie der Freeze-Kampagne entsprach, darf nicht übersehen werden<sup>20</sup>. Eine parlamentarische Initiative hielt man erst dann für sinnvoll, wenn die ausreichende Unterstützung landesweit aufgebaut und gesichert war. Zunächst jedoch kam es darauf an, das mobilisierbare

<sup>18</sup> Ed Hedemann, *The Freeze: A Step Backwards*, in: *WRL News*, Mai/Juni 1981.

<sup>19</sup> *Nuclear Weapons Freeze Campaign*, National Clearinghouse, 4144 Lindell Blvd., St. Louis/MO 63108, *The Freeze-Fact Sheet 2*, *The Freeze Campaign: What You Can Do*, Januar 1983; *Fact Sheet 6*, *The Freeze and Verification*, April 1983; *Fact Sheet 4*, *The Freeze and the Military Balance*, Februar 1983; *Fact Sheet 5*, *The Freeze and Arms Control*, Februar 1983.

<sup>20</sup> Sowohl auf der ersten (1981) wie auf der vierten (1983) Jahresversammlung der *Nuclear Weapons Freeze Campaign* distanzierte man sich bewußt und ausdrücklich von einem allzu engen parlamentarisch-politischen Fokus, wie er auf der zweiten und dritten Jahresversammlung von Teilen der Bewegung gefordert, jedoch noch nicht durchgesetzt wurde. Vgl. *Nuclear Weapons Freeze Campaign, Where We've Been and Where We're Going – Message from the National Coordinator*, National Clearinghouse, St. Louis 1983; dies., *Summary of 1984 National Freeze Strategy*, Keets Road Deerfield, Massachusetts 1983; *Freeze Widens Focus*, in: *In These Times* vom 14. 12. 1983; *Guardian*, New York vom 24. 3. 1982; *Freeze Newsletter* vom 21. 10. 1983, Joan Walsh, *Peace PACs proliferate as Freeze changes tactics*, in: *In These Times* vom 11. 4. 1983.

Potential durch Abstimmungserfolge in Referenden zu demonstrieren. Danach sollte über die ursprünglichen Trägergruppen hinaus weitere Unterstützung gewonnen und erst im dritten Schritt das politische Establishment angesprochen werden. Vor dem Hintergrund massenhafter Unterstützung also sollte die Idee zum Gegenstand einer nationalen politischen Auseinandersetzung werden. Die Entwicklung der kommenden Jahre schien dieses Konzept eindrucksvoll zu bestätigen.

Bereits bei den Kongreß- und Gemeinderatswahlen im November 1982 votierten knapp 11 Millionen Amerikaner in Massachusetts, New Jersey, Oregon, California, Michigan, Montana, Rhode Island, North Dakota und District of Columbia in verschiedenen Referenden mehrheitlich (durchschnittlich 60 Prozent!) für Freeze. Bis zum Frühjahr 1983 hatten 446 „Townmeetings“, 321 „City Councils“, 63 „County Councils“ und 11 „State Legislatures“ Freeze-Resolutionen über die oben beschriebene Verfahrensweise gebilligt. Eine Umfrage des Harris-Instituts zu diesem Zeitpunkt ergab, daß 76 Prozent der Bevölkerung den Aufruf befürworteten<sup>21</sup>.

Natürlich war dies auch das Ergebnis einer breiten Offensive liberaler Politiker, die Freeze entweder als politisches Sprungbrett betrachteten, der Idee ansonsten aber mit erstaunlicher Indolenz begegneten, oder diese aber tatsächlich zu ihrem ganz persönlichen Anliegen machten.

Die Offensive nahm ihren Ausgang von der New Yorker Friedensdemonstration am 12. Juni 1982 anlässlich der UN-Abrüstungsgespräche und wurde durch den gezielten Ausbau der Nuclear Weapons Freeze Campaign zu einer zunehmend bürokratischen Organisation mit expertengestützter Lobbytätigkeit in Richtung Kongreß und Administration besonders gefördert<sup>22</sup>. Mit Hilfe von Public Relations-Firmen organisierte das Führungsbüro in St. Louis „direct mail shots“, „phone-ins“ oder TV-Spots und übte so Druck auf die Kongreßabgeordneten aus<sup>23</sup>. Angesichts des hohen Grads an Responsivität des pluralistischen politischen Systems der USA erschien diese Vorgehensweise durchaus plausibel. Die Gelder hierfür wurden über PACs – Political Action Committees – zum Zweck der finanziellen und organisatorischen Wahlkampfunterstützung bestimmter Kandidaten oder durch honorige Zuwendungen philanthropischer Millionäre, Stiftungen und Unternehmen – Stewart Mott/New York, Harold Willens/California, Field-Foundation, Ford-Foundation, Carnegie-Corporation u. a. – aufgebracht<sup>24</sup>.

Bleibt festzuhalten: Während grass-roots-Aktivisten bei ihren lokalen Thesen blieben und so den Protest an der Basis organisierten, steigerten nationale Koordinationszentren ihren Einfluß auf das politische System, solange der Vorschlag nicht durch radikale einseitige Vorleistungsforderungen ausgehöhlt wurde. Aus der Verbindung von lokaler Autonomie und nationaler Koordination erwuchs die Organisationsstruktur der Bewegung.

<sup>21</sup> U. S. House, Congressional Record, 16. 3. 1983, S. H1286.

<sup>22</sup> Anne Quindlen, About New York, in: New York Times vom 13. 6. 1982; Robert D. McFadden, A Spectrum of Humanity Represented in the Rally, in: ebenda vom 13. 6. 1982; Michael Levin, The Springsteening of Disarmament, in: ebenda vom 19. 6. 1982.

<sup>23</sup> Hans Günter Branch/Duncan L. Clarke, Decisionmaking for Arms Limitation – Assessments and Prospects, Cambridge/Mass. 1983, S. 38 ff.

<sup>24</sup> Werner Kaltefleiter/Robert Pfaltzgraff, The Peace Movements in Europe and the United States, London 1985, S. 183 f.

### 5. Die Linke und das linksliberale Lager als mainstream der Bewegung

Eine ideengeschichtliche Einordnung des in der Freeze-Bewegung zum Ausdruck kommenden Gedankenguts läßt zwei miteinander verbundene Denkschulen erkennen – die Linke und das linksliberale Lager. Die individuellen Positionen ihrer Exponenten bildeten die Grundlage für die Diskussion des Vorschlags an der Basis.

Unter den zahlreichen Gruppierungen, die in den USA zu Beginn der achtziger Jahre als Bindeglied zwischen Administration und politischer Basis agierten, waren nur wenige, die von marxistisch-leninistischen Doktrinen ausgehend für eine radikale politische Systemveränderung im Lande eintraten<sup>25</sup>. Zu ihnen zählten die Communist Party USA, Youth Against War and Fascism, The Revolutionary Workers Party sowie einige ihrer meist unbedeutenden kleineren Splittergruppierungen.

Ansonsten war das Spektrum der Linken breit. Ob pazifistische, anarchistische oder ausschließlich religiöse Gruppierungen – alle besaßen ihren ursprünglichen Charakter und ihre besondere Führungsstruktur; alle hatten zwar das gleiche Endziel, nämlich die weltweite Abrüstung der Nuklearwaffen. Alle jedoch verfolgten dieses Ziel mit unterschiedlichen Mitteln, da die Linke insgesamt angesichts des klassenunspezifischen Charakters und der rapiden Entwicklung des sozialen Prozesses – Verschmelzen heterogener sozialer Gruppierungen in situativen Protestformen – in ihren Strategien verunsichert war.

Das Gros der Linken vertrat eine weniger doktrinäre, nicht unbedingt pro-sowjetische sozialistische oder marxistische, aber doch entschieden antikapitalistische Ideologie, in deren Mittelpunkt fünf Kernforderungen standen: Erstens die Forderung nach einer Veränderung der nationalen und globalen Wirtschaftsordnung zugunsten der Entwicklung alternativer Ordnungsmodelle. Zweitens die Forderung: Zurückdrängen des Sicherheitsaspekts in der amerikanischen Auslandshilfe unter Berücksichtigung des von den USA als verbindlich anzuerkennenden Nichteinmischungsprinzips und internationalen Selbstbestimmungsrechts. Drittens die Forderung nach einer verstärkten Wirtschaftshilfe zur Errichtung und Festigung freier Institutionen sowie zur Verknüpfung von wirtschaftlichem Wachstum und Demokratie statt Bekämpfung des Kommunismus. Viertens: Veränderung des bestehenden Machtgefüges in den USA zu Lasten des korporativen Kapitalismus und zugunsten substantieller Abrüstung. Und schließlich, fünftens, die Forderung nach der weltweiten Abschaffung aller Atomwaffen nach einseitigen amerikanischen Vorleistungen – die USA als Auslöser des nuklearen Wettrüstens und in Besitz der überlegenen Nuklearstreitmacht seien dazu moralisch verpflichtet<sup>26</sup>.

Damit wehrte sich die Linke gegen die Tendenz innerhalb des linksliberalen Lagers, die Frage der Atomwaffen aus allen Zusammenhängen herauszulösen, andere Themen von vorneherein nicht aufzugreifen und die Nuklearwaffen als rein technologisches Problem aufzufassen. Diese seien aber nicht das Kernproblem, sondern nur ein zweifellos

<sup>25</sup> Mancur Olson, *The Rise and Decline of Nations*, New Haven 1982.

<sup>26</sup> Richtungsweisend waren die Veröffentlichungen von Richard J. Barnet und Marcus G. Raskin vom Institute for Policy Studies. Vgl. Rael Jean Isaac, *The Institute for Policy Studies: Empire on the Left*, in: *Midstream*, Juni/Juli 1982; Richard J. Barnet/Ronald E. Muller, *Global Reach: The Power of the Multinational Corporations*, New York 1974; Richard J. Barnet, *The Lean Years: Politics in an Age of Scarcity*, New York 1980, S. 226 ff.; ders., *The Sources of Insecurity*, in: *The Progressive*, Juli 1984, S. 30 ff.; Marcus G. Raskin, *The Politics of National Security*, New Brunswick, N. J. 1979, S. 31 ff.; ders., *Notes on the Old System*, New York 1974, S. 4 ff.

gefährliches Symptom. Der direkte Zusammenhang zwischen Atomwaffen, Rüstungsausgaben, Haushaltsdefizit und Einschnitten in das Sozialgefüge würde nicht thematisiert, das eigentliche Ziel einer weltweiten Abrüstung nicht genügend in den Vordergrund gerückt. Statt dessen begnügten sich Linksliberale mit einem Moratoriumsvorschlag völlig unverbindlichen Charakters, der es der Regierung erlaube, am ineffizienten Rüstungskontrollinstrument festzuhalten, von ihrer intransigenten Haltung in der Abrüstungsfrage – sowjetischer Abbau des nuklearen und konventionellen Übergewichts vor irgendwelchen westlichen Konzessionen – jedoch keinen Deut abzuweichen<sup>27</sup>.

Das vornehmlich von Barnet und Raskin entwickelte Gesellschafts- und Politikbild der USA wurde von den intellektuellen Führungskräften der Bewegung in seinen Grundzügen geteilt. Dazu zählten Jonathan Shell, Richard Falk, Robert Jay Lifton, E. P. Thompson und Jerome Frank. Ihre Kritik findet sich in vier Punkten zusammengefaßt: Erstens: Rüstungskontrolle und Abschreckung gelten als gleichermaßen bedrohliche Elemente einer umfassend formulierten Sicherheitspolitik wie die Nuklearwaffen selbst. Zweitens: Der aggressive US-Nationalismus muß zugunsten einer neuen Weltfriedensordnung eingedämmt werden. Dazu bedarf es zunächst des bedingungslosen Abbaus von Overkill-Kapazitäten auf das für die Umstellung beider Bündnissysteme auf ausschließlich defensiven Charakter erforderliche Niveau. Drittens ist nach einer Phase der Détente die völlige Abschaffung der Nuklearwaffen und eventuell die Auflösung der Bündnissysteme anzustreben<sup>28</sup>. Viertens muß dieser Prozeß von einem Abbau des Haushaltsdefizits und der teilweisen Umverteilung der durch die massiven Streichungen im Verteidigungsetat freierwerdenden Mittel zugunsten von Sozialprogrammen für unterdrückte Minoritäten begleitet werden.

Auf den ersten Blick also scheinbar völlige Übereinstimmung in der Konzeption. Bei genauerem Zusehen relativiert sich jedoch der Befund. Während Raskin und Barnet kompromißlos den sofortigen Abbau der Nuklearwaffen forderten, hielten Lifton und Falk zunächst auch nur den Abbau der Nuklearkapazitäten beider Seiten auf ein für ausschließlich defensive Zwecke verwendbares Maß für durchaus vertretbar. Beide betrachteten selbstverständlich die völlige Abschaffung der Nuklearwaffen als Endziel. Beide werteten aber auch bereits die Einstellung des Rüstungswettlaufs und die Aufgabe wesentlicher Elemente einer offensiven Nuklearzielplanung als Erfolg – also: „counterforce-strategy“, „first-strike-options“, „limited war and war-fighting scenarios“<sup>29</sup>.

Solche Nuancen in der Aussage scheinen zunächst unerheblich, sollten jedoch in ihrer Wirkung auf die Bewegung nicht unterschätzt werden. Sie waren ursächlich für häufige Spannungen im Gesamtgefüge, denn zunehmend leisteten sich auch die bisher ihren Führungskräften folgenden verschiedenen Gruppierungen ideologische Exzentrizitäten – ihnen im einzelnen nachzugehen, lohnt hier nicht. Es kam zu Reibungsverlusten, die die konsenserhaltende Minimalstrategie belasteten.

<sup>27</sup> Dieses protomarxistische Denkszenario als Erklärung für den Rüstungswettlauf erläutert, stellvertretend für Freeze-Protagonisten der Linken, der Vorsitzende von SANE, Seymour Melman. Vgl. Seymour Melman, *Pentagon Capitalism: The Political Economy of War*, New York 1979.

<sup>28</sup> Vgl. Jonathan Schell, *The Fate on Earth*, New York 1982; Robert Jay Lifton/Richard Falk, *Indefensible Weapons: The Political and Psychological Case Against Nuclearism*, New York 1982; Jerome D. Frank, *Sanity and Survival in the Nuclear Age: Psychological Aspects of War and Peace*, New York 1982.

<sup>29</sup> Lifton/Falk, *Indefensible Weapons*, S. 246 ff.



In dieser Situation fiel der vermittelnden Position der Kirche eine besondere Rolle innerhalb der Bewegung zu. Die Kirchen bestimmten nämlich maßgeblich das politische Leben an der Basis. Da der Protest der Freeze-Kampagne aber von der Basis organisiert wurde, stärkten deren Institutionen die religiöse Dimension der Bewegung erheblich. In gewissem Maß sahen sich die Kirchen allerdings auch selbst unter Druck. Griffen größere Konfessionen nämlich die Nuklearfrage nicht auf oder ignorierten sie schlicht die Ängste in der Bevölkerung vor einem Krieg, riskierten sie die zunehmende Entfremdung in ihren Gemeinden.

Hatten früher traditionell die protestantischen Friedenskirchen die herausragende Rolle in der Friedensbewegung gespielt, so fiel diesmal das Engagement der Katholischen Kirche, unterstützt von Pax Christi und dem Weltkirchenrat, sowie anderer Konfessionen auf<sup>30</sup>. Vor allem Gemeindemitglieder und hohe Würdenträger der Katholischen Kirche nahmen an allen wichtigen Initiativen des Friedenskampfes teil und zählten bald zu den Führungskräften der Bewegung. Sie übernahmen damit Verantwortung für einen raschen Politisierungsprozeß innerhalb ihrer Kirche<sup>31</sup>. Dieser beeinflusste maßgeblich das politische Leben und das Verhältnis der Katholischen Kirche zu den Traditionalisten im Vatikan. Außerdem förderte er in bemerkenswerter Weise Gemeinsamkeiten mit den protestantischen Kirchen sowie generell die Bereitschaft katholischer Geistlicher und umgekehrt anderer Konfessionen, interkonfessionelle politische Koalitionen einzugehen. Beispielhaft für diese Entwicklung waren der Hirtenbrief der katholischen Bischöfe und der von der religiös-pazifistischen Gruppe Sojourners verfaßte Aufruf „A Call to Faithfulness“<sup>32</sup>. Beide Dokumente vertreten zwar unterschiedliche Lösungsansätze zur Durchsetzung ihrer Abrüstungsziele im Detail, zeugen jedoch von eben dieser breiten Offensive und einer zunehmend pragmatischen Sichtweise.

Der sehr ausführliche Hirtenbrief der katholischen Bischöfe unterstützte den Freeze-Appell in seiner genuinen Fassung. Er befürwortete ein unmittelbares, bilaterales und verifizierbares Einfrieren, daran anschließende Reduzierungsmaßnahmen, die Überprüfung des Teststoppabkommens aus dem Jahre 1963 und den Ausbau von Rüstungskontrollzentren. Die Bischöfe hielten den Einsatz von Nuklearwaffen zwar nicht grundsätzlich für illegitim, brachten jedoch ihre tiefe Skepsis hinsichtlich der moralischen Rechtfertigung eines solchen in dem Brief zum Ausdruck. Das Abschreckungsprinzip existierte für sie lediglich als Präventivmaßnahme in dem Sinne, daß es den Einsatz der Atomwaffen durch den Gegner verhinderte. Strategien, die diesem Prinzip widersprachen, waren ebenso abzulehnen wie das Streben nach militärischer Überlegenheit.

Der Hirtenbrief fand bei gemäßigeren Mitgliedern an der Basis der eigenen wie ver-

<sup>30</sup> Der Aufruf des Mennonitenpfarrers John Stoner aus Acron, Pennsylvania, aus dem Jahre 1980, die Kirche zum Zentrum des christlichen Zeugnisses wider atomarer Abschreckung und Krieg zu bestimmen, steht maßgeblich für die wegbereitende Funktion der historischen Friedenskirchen. John K. Stoner, *Take The Message to Jerusalem*, in: *Sojourners*, August 1980.

<sup>31</sup> Donald L. Davidson, *Nuclear Weapons and the American Churches*, Boulder 1983.

<sup>32</sup> National Conference of Catholic Bishops, *The Challenge of Peace: God's Promise and our Response*, *Origins* 13 vom 19. 5. 1982; Patty Edmonds, *Bishops Commit Church to Peace*, in: *National Catholic Reporter* vom 13. 5. 1983; *A Call to Faithfulness*, in: *Sojourners*, Washington 1981.

schiedener protestantischer Konfessionen große Unterstützung<sup>33</sup>; auch Presbyterianer und Methodisten folgten dem Aufruf der Bischöfe<sup>34</sup>.

Die Sojourners verbanden ihre Abrüstungsforderungen mit dem Aufruf zu direkten Widerstandsaktionen und schufen damit die Voraussetzung für eine Radikalisierung des kirchlichen Friedensengagements. Die Gruppe engagierter Christen hatte sich Anfang der achtziger Jahre formiert und in der gleichnamigen Broschüre 1981 in Washington ihren Aufruf „A Call to Faithfulness“ vorgestellt. Darin forderte sie die uneingeschränkte und sofortige Abrüstung sämtlicher Nuklearwaffen ohne Vorbedingungen und rief die Bevölkerung zum aktiven Widerstand gegen die Aufrüstungs- und Kriegsführungspläne der Reagan-Administration auf. Der Aufruf trug in kurzer Zeit die Unterschrift von Christen aller Konfessionen.

Religiös-kontemplative Formen des Widerspruchs, die sich an den Gesetzmäßigkeiten der Staatsräson orientierten und die Einmischung der Kirche in politische Fragen unterließen, wurden plötzlich als antiquiert zurückgewiesen, statt dessen eine aktivere Rolle der Kirchen im politischen Willensbildungsprozeß gefordert. Die weithin bekannten Steuerboykottaufrufe oder Blockadeaktionen radikaler Unilateralisten, wie Bischof Hunthausan von der Bischofskongregation Pax Christi, die Zerstörung nuklearer Sprengkopfteile durch die Gruppe Ploughshare 8 oder die zahlreichen von Phil Berrigan initiierten Aktionen direkten Widerstands waren Ausdruck dieses Trends<sup>35</sup>.

Zwischen diesen beiden Positionen muß die besondere Stellung des American Friends Service Committee (AFSC) erwähnt werden. Sein frühzeitiger und starker Einfluß auf die Bewegung verlieh dieser von Beginn an eine moralische und religiöse Aura. Dabei handelt es sich durchaus nicht um eine religiöse Organisation per se. Ein institutioneller Bezug zur Quäkerkirche, wie er der Organisation gerne nachgesagt wird, besteht nicht. Vielmehr repräsentiert das AFSC eine christliche Soziallehre im fortgeschrittensten Stadium ihrer Säkularisierung. Die religiösen Prinzipien der Organisation können nicht verhehlen, daß ihre Motive stets politischer Natur waren. Es ist im wesentlichen dem AFSC zu verdanken, daß die Integration religiösen Gedankenguts in die Bewegung weit über die Einbeziehung des institutionellen Gefüges des kirchlichen Establishments hinausreichte. War diese erst erfolgt, so fiel den Kräften der katholischen Kirche die eingangs beschriebene mäßigende, um Ausgleich bemühte Funktion innerhalb der Gesamtbewegung zu.

Anders als die Linke, war das linksliberale Lager von vorneherein darum bemüht, sein Anliegen auf eine Forderung zu focussieren – die Umsetzung der Idee auf parlamentarischer Ebene. Damit kündigte sich erstmals seit Jahren die Zusammenarbeit von traditionellen Friedensverbänden, Gruppierungen der Linken und Linksliberalen in einer massenhaften Abrüstungsbewegung zugunsten des Freeze-Vorschlags an.

<sup>33</sup> Lutheran Church in America, Resolution on War and Peace in a Nuclear Age, 1982; dies., Peace, Power and Might: The Church and global politics in a Thermonuclear world, 1982.

<sup>34</sup> Council of Bishops of the United Methodist Church, Pastoral letter to a People Called United Methodist, 1982; United Presbyterian Church of the United States of America, Extending Peacemaking through the 1980s, in: Church and Society 72 (1982).

<sup>35</sup> Raymund Hunthausan, Address to the Pacific Northwest Synod of the Lutheran Church in America, 12. Juli 1981, in: Robert Heyer, Nuclear Disarmament, New York 1982; Ploughshare 8, The Ploughshares 8: The Crime, the Trial, the Issue, o. O., o. J. Broschüre erhältlich über Ploughshare 8 Support Committee, 168 W. 100th. Street, New York; Ploughshare 8, Statement, in: Interfaith to Reverse the Arms Race, California, Januar/Februar 1981; Philip Berrigan, We are One Family, in: Catholic Agitator, Bd. 12, 1 (1982).

Nach der New Yorker Friedenskundgebung vom 12. Juni 1982 wurde deutlich, wie vielschichtig der politische Protest der Freeze-Bewegung mittlerweile geworden war. Nach wie vor scheute sich zwar die Mehrheit liberaler Kongreßabgeordneter, Freeze zu unterstützen. Immer noch warb man statt dessen für die Wiederaufnahme der SALT II-Verhandlungen und hielt am Abschreckungskonzept der gegenseitigen Vernichtung uneingeschränkt fest. Mitglieder des Repräsentantenhauses wie Les Aspin, die Senatoren Danie Patrick Moynihan und Gary Hart (alle Demokraten) forderten in der Öffentlichkeit dazu auf, die SALT-Debatte wieder aufzunehmen und sich von Freeze zu distanzieren<sup>36</sup>. Die Begründung war einfach: Während Freeze bestenfalls die Stationierung weiterer Waffensysteme verhindern konnte, hätten die im SALT II-Abkommen verabredeten Höchstzahlen für die strategischen Systeme zu einem Abbau von mehr als 100 der zielgenauen sowjetischen ICBMs und damit explizit zur Parität geführt. Abgesehen davon hätte die SALT-Vereinbarung die Vorteile gehabt, umfassender zu sein und die Bündnisposition zu festigen. Wollte man hingegen Freeze von einer vagen Erklärung zu einer praktikablen Verhandlungsposition ausformulieren, würden die Verhandlungen womöglich Monate oder gar Jahre andauern.

Auch Institutionen, wie die Arms Control Association, Carnegie Endowment for International Peace oder Council on Foreign Relations, schien eine Kompromißformel für den nicht ratifizierten SALT II-Vertrag zunächst das geeignetere politische Rüstungskontrollinstrument. Ihre Vertreter schlossen sich der politischen Opposition an und versuchten, die Reagan-Administration darauf festzulegen. Sie wurden dabei von renommierten Wissenschaftlern der Harvard und Columbia Universität sowie anderer Lehr- und Forschungseinrichtungen unterstützt. Erst als sie bemerkten, daß Reagan gar nicht daran dachte, die SALT-Vereinbarung wieder aufzugreifen, sondern sie praktisch schon ad acta gelegt hatte, begannen einflußreiche Politiker zögerlich, für die Freeze-Idee zu werben. So verlagerte sich der politische Schwerpunkt der Bewegung allmählich zum gemäßigten Zentrum.

Als einer der ersten griff George Kennan die Idee auf, ließ sie jedoch schon kurz darauf wieder fallen, um statt ihrer für eine Halbierung der Nukleararsenale beider Supermächte zu plädieren<sup>37</sup>. Die meisten Abrüstungsexperten reagierten auf Kennans Vorschlag eher ablehnend, da sie ihn für ebensowenig verhandelbar und mehrheitsfähig hielten wie ein knappes Jahr später Reagans gezieltere Kürzungsvorschläge im Rahmen seiner START-Erklärung vor dem Eureka-College, in der er der Sowjetunion eine beiderseitige Verringerung der auf ICBMs gelagerten nuklearen Gefechtsköpfe um ein Drittel angeboten hatte<sup>38</sup>. Andere liberale Kritiker, wie beispielsweise Leon Sigal, verwarfen beide Vorschläge als zu radikal, in ihren Auswirkungen destabilisierend und favorisierten daher eine selektive Freeze-Vereinbarung<sup>39</sup>.

Der entscheidende Durchbruch zur politischen Mitte gelang der Bewegung aber mit dem Resolutionsantrag der Senatoren Kennedy und Hatfield im Senat am 10. März 1982 (Dokument 2). Innerhalb von nur wenigen Monaten umfaßte die Liste derer, die nun für eine umfassende Freeze-Vereinbarung eintraten, namhafte Persönlichkeiten sowohl aus

<sup>36</sup> Les Aspin, Freeze? Why Not Just Okay SALT II?, in: Washington Post vom 5. 4. 1982.

<sup>37</sup> George Kennan, A Modest Proposal, in: New York Review of Books vom 16. 7. 1981.

<sup>38</sup> Leon V. Sigal, Kennan's Cuts, in: Foreign Policy, Fall 1981, S. 70 ff.; zum Text der Eureka-Rede Reagans: Presidential Documents, Bd. 18, Nr. 19, vom 17. 5. 1982, S. 599 ff.

<sup>39</sup> Leon V. Sigal, Warning to the Freeze, in: Foreign Policy, Fall 1982, S. 54 ff.

dem Kongreß wie aus dem vopolitischen Raum. Aus der politischen Prominenz gesellten sich George Ball, Hodding Carter, Clark Clifford, William Colby, William Fulbright, Townsend Hoopes, Henry Cabot Lodge, Donald McHenry und Paul Warnke hinzu. Zu den Vertretern aus dem vopolitischen Raum zählten Repräsentanten kirchlicher Gruppen, Schwarze, Naturwissenschaftler, Feministinnen, Umweltschützer und Künstler in großer Zahl. Hinzu kamen zahlreiche ehemalige Angestellte der Arms Control and Disarmament Agency, die nach der Amtsübernahme Reagans aufgrund ihrer nonkonformistischen Linie in Rüstungskontrollfragen kurzerhand abgelöst worden waren und nun zu den entschiedenen Kritikern der Regierung aus dem linksliberalen Lager gehörten. Ihre guten Verbindungen zu den Medien aus der früheren Tätigkeit heraus verstärkten die Basis der Bewegung fortan erheblich<sup>40</sup>. Gleichzeitig aber verlangte diese Erweiterung zur Massenbewegung ohne organisatorischen Rahmen und gemeinsame ideologische Traditionen auch die Entwicklung und Präzisierung ihrer Ziele und Strategien.

Vertreter der linkliberalen Denkschule verteufeln keineswegs von vorneherein die bloße Existenz der Nuklearwaffen als das destabilisierendste Element jeder Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Tatsächlich schreiben sie diesen eine eher stabilisierende Funktion beim amerikanisch-sowjetischen Rüstungswettlauf der vergangenen vier Jahrzehnte zu<sup>41</sup>. Das Strategiekonzept der Linksliberalen entspricht einer Reihe einander bedingender Axiome, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

1. Völlige Abrüstung ist zwar wünschenswert, aber nicht praktikabel. Die Nuklearwaffen haben die traditionelle Interdependenz angemessener militärischer Stärke und nationaler Verteidigungsfähigkeit aufgehoben und außer Kraft gesetzt. Dies verlangt ein Strategiekonzept, das den Einsatz solcher Waffen grundsätzlich ausschließt.
2. Die einzige Möglichkeit, den Nichteinsatz und gleichzeitig die Abschreckungsfunktion der Nuklearwaffen zu gewährleisten, liegt in einem ausgewogenen Kräfteverhältnis zwischen den Nuklearmächten, welches eine beiderseitige ausreichende Zweitschlagkapazität impliziert.
3. Das notwendige Maß an Abschreckungskapazität ist in dem Moment erreicht, in dem der Einsatz der Nuklearwaffen im Falle eines Konflikts für beide Seiten mit nicht hinnehmbaren Konsequenzen für die Zivilbevölkerung und die Infrastruktur verbunden ist.
4. Da es keine sichere Abwehrmöglichkeit gegen solche Nuklearwaffen gibt, entscheidet nicht notwendigerweise die Schlagkraft des Gegners über die Angemessenheit eines Vergeltungsschlags, sondern die Überlebensfähigkeit des eigenen mutmaßlichen Vergeltungspotentials.
5. Jeder Versuch, das Vertrauen beider Seiten in ihre Zweitschlagkapazität zu unterminieren, stellt das Abschreckungsprinzip sofort infrage.

<sup>40</sup> Regelmäßige Artikel erschienen u. a. in *Washington Post*, *New York Times* und *Christian Science Monitor* und warben für Freeze. Vgl. David Linebaugh, *Last Fifteen Minutes in Geneva*, in: *Christian Science Monitor* vom 10. 8. 1983; Anne Cahn, James F. Leonard, *Don't Accuse Moscow*, in: *New York Times* vom 26. 4. 1983; Alan Neidle, *A Freeze Benefits Both of Us*, in: *New York Times* vom 15. 3. 1983, Paul Warnke/David Linebaugh, *It's Time for a Summit*, in: *Washington Post* vom 23. 10. 1983; Stefan H. Leader, *The Nuclear Freeze Movement*, in: *Christian Science Monitor* vom 10. 11. 1982.

<sup>41</sup> Entwickelt wurden die verschiedenen Strategiekonzepte innerhalb so bekannter Organisationen und Institutionen wie dem eingangs erwähnten *Center for Defense Information*, der *Arms Control Association*, *Union of Concerned Scientists*, *Lawyers Alliance for Nuclear Arms Control* und den moderateren Kräften der ansonsten eher radikalen *Physicians for Social Responsibility*.

6. Selbst wenn Abschreckungsstabilität durch die permanente Aufstockung nuklearer Waffensysteme auf beiden Seiten gewährleistet bleibt, so ist es sicherer, billiger und wahrscheinlicher, diese Stabilität durch formale Rüstungskontrollverhandlungen und -verträge zu erlangen.

Aus diesen Thesen ergibt sich eine Reihe von Schlußfolgerungen:

- Ein Mindestmaß an Nuklearwaffen zur Aufrechterhaltung der Abschreckung (minimum deterrence) ist notwendig. Selbst die Androhung der Miteinbeziehung der Zivilbevölkerung bei einem Nuklearangriff scheint nicht unmoralisch, da diese im Ernstfall sicherlich zuletzt bedroht würde und darüber hinaus die wirksamste Selbst-Abschreckung darstellt.
- Abschreckung funktioniert allerdings nur gegenüber einer rational handelnden politischen Führung und als Ausdruck der Entschlossenheit zur Selbstverteidigung. Eventualfallplanungen und -vorbereitungen sind trotz ihres destabilisierenden Einflusses auf das Abschreckungsprinzip zur Prävention irrationaler Handlungsweisen notwendig.
- Abschreckung verliert ihre Glaubwürdigkeit jedoch im Falle der politisch motivierten Androhung des Einsatzes von Nuklearwaffen zu Zwecken einer erweiterten Abschreckung. Keinem Angreifer wäre plausibel, warum beispielsweise die Interessen der amerikanischen Regierung über die Landesgrenzen hinaus von gleicher Bedeutung sind wie die sie unmittelbar, d. h. das eigene Territorium betreffenden.
- Die europäischen Verbündeten sollten daher eigene, unabhängige Verteidigungsanstrengungen übernehmen, die USA ihre in Europa stationierten Streitkräfte auf ein lediglich symbolisches Restkontingent reduzieren<sup>42</sup>.
- Eine über das notwendige Maß für eine glaubwürdige Abschreckung hinausgehende Anhäufung nuklearer Waffensysteme (Overkill-Kapazitäten) ist gefährlich, da sie das Vertrauen der anderen Seite in die eigene Verteidigungsfähigkeit schwächt und sie ihrerseits zu erhöhten Rüstungsanstrengungen veranlaßt. Dies führt schließlich zu einem immer kostspieligeren und destabilisierenden Rüstungswettlauf.
- Ohnehin ist ein Nuklearkrieg nicht gewinnbar und die Vorbereitung für den Ernstfall daher zwecklos und sogar gefährlich, wenn dadurch das Bewußtsein für die strategische Diskontinuität zwischen prä nuklearem und nuklearem Zeitalter zunehmend schwindet<sup>43</sup>.
- Die Verbesserung der Zivil- und Luftraumverteidigung durch ballistische Raketen und die Entwicklung von Abwehrsystemen gegen seegestützte Marschflugkörper und Satelliten konterkarieren deshalb die Abschreckungsfunktion nuklearer Waffensysteme, da sie in den Augen des Gegners die Erstschlagfähigkeit erhöhen.
- Jede technologische Verbesserung, die auf eine Erhöhung der Zielgenauigkeit der Nuklearwaffen und eine Verringerung ihrer Sprengkraft gerichtet ist, wirkt destabilisierend. Gleiches gilt für die Ausdifferenzierung der Eskalationsstufen, nach denen das Waffenarsenal im Konfliktfall eingesetzt würde - Übergang von der Strategie der „massive retaliation“ zur „flexible response“. Beides erhöht die Alarmbereitschaft, vor-schnell den Einsatzbefehl zu geben, sobald amerikanische oder umgekehrt sowjetische

<sup>42</sup> Diese isolationistische These wird besonders vom Center for Defense Information vertreten. Vgl. dazu etwa: Morton Kondracke, Nuclear Innocents Abroad, in: The New Republic vom 9. 5. 1981, S. 16 ff.

<sup>43</sup> Leon Wieseltier, Nuclear War, Nuclear Peace, New York 1983, S. 44 f.; Arthur Macy Cox, End the War Game, in: New York Times vom 8. 11. 1983; Theodore Draper, Nuclear Temptations, in: New York Review of Books vom 19. 1. 1984, S. 42 ff.

Satelliten und Radars den Anflug von Raketen anzuzeigen scheinen (Launch-On-Warning und Launch-Under-Attack)<sup>44</sup>.

Mit dem Strategiekonzept einer Minimalabschreckung (minimum deterrence) hatte Freeze einen völlig neuen, durchaus nicht unpopulären Aspekt in die Debatte aufgenommen – immerhin bildete dieses Konzept den Ausgangspunkt für Robert McNamaras Abschreckungsmodell der gegenseitigen sicheren Vernichtung („Mutual Assured Destruction“ – MAD)<sup>45</sup>. Erstmals bestimmten nicht nur Emotionen und Revolutionsdialektik die Tagesordnung, sondern ernsthafte Diskussionen über die sicherste Lösung der Kriegsverhinderung. Freeze war damit durchaus zu einer verhandelbaren Position auf politischer Ebene geworden. Der Vorschlag erforderte jetzt eine gründliche politische Diskussion und war nicht mehr von vorneherein inakzeptabel.

In einer Zeit, in der Abschreckung zunehmend in Kriegsführungsstrategien gedacht wurde, nach denen die eigentliche Bedrohung von solchen zukünftig entwickelten und stationierten Waffensystemen ausging, die durch ihre technologische Überlegenheit einen begrenzten (Gegen-)Angriff möglich machten, schien Freeze für viele Amerikaner das geeignete Instrument, einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken. Mit der Umsetzung der Idee glaubte man die Dynamik des Rüstungswettlaufs durchbrechen und womöglich erstmals das Vertrauen in substantielle Abrüstungsschritte auf beiden Seiten stärken zu können.

Rüstungskontrollverhandlungen hingegen, so konnte man plötzlich hören, neigten dazu, eine einmal aufgegebene Verhandlungsposition an anderer Stelle durch neue Waffensysteme zu kompensieren, so daß die technologische Entwicklung solche Verhandlungen überholte und häufig zur Farce werden ließ. Ohnehin hätten Rüstungskontrollelemente unter der Reagan-Administration keinerlei Fortschritte auf dem Abrüstungssektor gebracht. Wirkliche Rüstungskontrolle erforderte die aktive Unterstützung der Öffentlichkeit, ohne diese erschiene es jeder Administration politisch gerechtfertigt, sie als untaugliches Abrüstungselement auszugrenzen und zu tabuisieren<sup>46</sup>. Auch die Wahrscheinlichkeit, daß durch ein Freeze-Abkommen die Weiterverbreitung nuklearer Waffensysteme in Drittländer nach dem Geist des 1968 von den Supermächten unterzeichneten NV-Vertrags endgültig eingestellt würde, sprach nach Ansicht vieler für die Idee. Schließlich wurde die gigantische Ressourcenverschwendung hervorgehoben, wobei sich die Debatte über Einspar- und Umverteilungsmöglichkeiten durch eine Freeze-Vereinbarung allerdings weitgehend in einem sehr spekulativen Rahmen vollzog.

Es muß nochmals betont werden, daß Vertreter der linksliberalen Denkschule den Freeze-Vorschlag mehrheitlich in seiner ursprünglichen Fassung aufgriffen und die Zweiseitigkeit des Appells hervorhoben. Durch die Forderung nach einseitigen westli-

<sup>44</sup> Launch-On-Warning (LOW) ist eine Variante der Starttaktiken für defensive Interkontinentalraketen: der Startbefehl wird sofort bei Eintreffen der Alarmmeldung erteilt. Eine andere Variante ist Launch-Under-Attack: der Startbefehl wird erst erteilt, wenn der eigentliche Angriff schon begonnen hat.

<sup>45</sup> Louis Rene Beres, *Mimicking Sisyphus: America's Countervailing Nuclear Strategy*, Lexington, Mass. 1983; McGeorge Bundy, *To Cap the Volcano*, in: *Foreign Affairs*, Oktober 1969; Eugene J. Carroll Jr., *Nuclear Freeze: Yes*, in: *New York Times* vom 31. 10. 1982; W. Averill Harriman/Clark Clifford/William E. Colby/Paul C. Warnke, *Nuclear Freeze: The Case for an American 'Yes'*, in: ebenda vom 3. 10. 1982.

<sup>46</sup> *Dissension in the Ranks*, in: *The New Republic* vom 6. 6. 1983, S. 9.

chen Abrüstungsvorleistungen, wie sie durch die Linke gestellt wurde, und die bewußte Konstruktion eines Zusammenhangs zwischen Rüstungsfrage und anderen sozio-ökonomischen Problemen sah man die Möglichkeit breiter Unterstützung in der Bevölkerung beeinträchtigt. Man suchte den kleinsten gemeinsamen Nenner, um die Problematik für jedermann verständlich und akzeptabel erscheinen zu lassen. Freeze sollte quer durch die traditionellen politischen Lager Kongreßmitglieder für die nuklearen Bedrohungsängste der Bevölkerung sensibilisieren.

In dem Maße aber, wie die Bewegung in ihrem Druck moderater wurde und sich zusehends zur politischen Mitte hin orientierte, d. h. Vertreter beider Parteien das Thema aufgriffen, häuften sich auch Versuche, die Kampagne von der Initiative der Basis zu trennen und zu verwässern. Es kam zu alternativen Abrüstungs- und selektiven Freeze-Vorschlägen, Rüstungskontrolle wurde wieder als taugliches Instrument der Sicherheitspolitik erörtert und die Diskussion um das Für und Wider der Abschreckungsphilosophie erneut belebt. Durch diese Tendenz sah die Linke die Gefahr einer zunehmenden Entschärfung und Vereinnahmung der Kampagne.

Markierten die Jahre 1982/83 den Höhepunkt der Reagan-Administration, so zeigten sie auch die Grenzen einer an der Öffentlichkeit und dem Kongreß vorbei betriebenen Kampagne. Der Druck aus beiden Richtungen zugunsten von Rüstungskontrolle und Entspannung war gestiegen. Obwohl das Land die Rezession der Jahre 1981/82 überwunden und die Wirtschaft wieder Tritt gefaßt hatte, mußte Reagan dieser Entwicklung Rechnung tragen, wollte er nicht die Präsidentschaftswahlen von 1984 aufs Spiel setzen.

#### 6. Der Transformationsprozeß im Kongreß

Nachdem das SALT I-Abkommen bereits 1977 abgelaufen war, kam am 18. Juni 1979 nach mehrfacher Ankündigung in Wien das SALT II-Abkommen durch die amerikanisch-sowjetische Unterschrift zum Abschluß. Es bestand aus einem Vertrag mit einer Gültigkeitsdauer bis Ende 1985, einem Protokoll, mit Übergangsregelungen bis Dezember 1981, einer gemeinsamen Grundsatzklärung und mehreren zusätzlichen Erklärungen und Abkommen. Im Unterschied zum SALT I-Vertrag wurden im SALT II-Abkommen neben zahlenmäßigen Begrenzungen auch wesentliche qualitative Einschränkungen verabredet und die zur Zeit absehbare Entwicklung und Einführung neuer Waffensysteme berücksichtigt.

Mit den festgelegten Höchstgrenzen für die strategischen Systeme wäre die der Sowjetunion im SALT I-Vertrag eingeräumte numerische Überlegenheit aufgehoben und eine Parität erreicht worden. Die Sowjetunion wäre gezwungen gewesen, ihr Potential um etwa 250 Systeme zu verringern, während die USA ihres um etwa 100 Systeme hätten erweitern können. Das Zusatzprotokoll versuchte, die Entwicklung neuer Waffensysteme der zielgenauen ICBMs und der Cruise Missiles zu behindern, während die gemeinsame Erklärung bereits Folgeverhandlungen für einen dritten SALT-Vertrag ins Auge faßte. Dieser sollte eine drastische Reduzierung der offensiven strategischen Waffen bringen.

Der scheinbare Erfolg in Wien geriet schnell ins Wanken. Die außenpolitische Entwicklung im Jahre 1979, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und China, der sowjetische Einmarsch in Afghanistan und die inneramerikanische Kritik am SALT II-Vertrag stärkten das gegenseitige Mißtrauen. Im Herbst 1979 scheiterte SALT II schließlich im Senat. Die Freeze-Idee tauchte erstmals im Kongreß auf. In der Annahme, daß auch die Ratifizierung dieses Vertrags das nukleare Wettrüsten weiter

eskalieren würde, hatten die Senatoren George McGovern (Dem.) und Mark Hatfield (Rep.) dem Kongreß einen Ergänzungsantrag vorgelegt, in dem sie die Administration zur unverzüglichen Einstellung sämtlicher Nukleartests sowie der Produktion und Stationierung nuklearer Waffensysteme aufforderten. Der Senat lehnte kurzerhand ab.

Ein Jahr später, im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen von 1981, schenkten die meisten Kongreßabgeordneten den von Reagan für den Fall eines Wahlerfolges angekündigten Steuersenkungen die weit größere Aufmerksamkeit. Freeze rückte zunächst in den politischen Hintergrund, was ja der Strategie der Bewegung entsprach. Ein zu plötzlicher Aufruhr im Kongreß hätte zu diesem Zeitpunkt, als die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ohnehin Reagans Aufrüstungsziele und seine zögerliche Rüstungskontrollpolitik unterstützte, sicherlich zu einer Abstimmungsniederlage geführt. So blieb es das erklärte Ziel, zunächst die bundesweite Unterstützung der Kampagne zu sichern, bevor man die Idee zur Abstimmung im Kongreß stellte.

Erst nachdem die Senatoren Edward Kennedy und Hatfield sie dann erneut aufgriffen und als Kennedy/Hatfield-Resolution am 10. März 1982 auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorstellten und in Richtung Kongreß lancierten, schien die Zeit reif für eine großangelegte Offensive in beiden Häusern.

Die beiden Politiker hatten es verstanden, mit Unterstützung von namhaften Rüstungskontrollexperten, wie Paul Warnke oder dem Direktor der Federation of American Scientists, Jeremy Stone, ein attraktives Dokument zu formulieren. Dieses exzerpierte zwar den Kern der Idee, ließ aber gleichzeitig Kongreßmitglieder, die die Resolution unterstützten, nicht gar zu schnell ins politische Abseits geraten. Statt eines per definitionem unmittelbaren, bilateralen und verifizierbaren Einfrierens der Erprobung, Produktion und Stationierung nuklearer Waffensysteme – wie es Forsbergs Resolutions-text forderte – rückte die Kennedy/Hatfield-Resolution das Verhandlungsinstrument wieder stärker in den Vordergrund. Die Regierung sollte der Sowjetunion Dialogbereitschaft signalisieren und eine umfassende Freeze-Regelung zum Gegenstand von Abrüstungsverhandlungen erklären<sup>47</sup>. Ziel solcher Verhandlungen mußte die Ausarbeitung eines Zeitplanes und der Verifikationsmodalitäten für eine bilaterale Vereinbarung sein. Ohne einen offiziellen Verhandlungsrahmen aber blieb Freeze auch für die Senatoren ein untaugliches Abrüstungsinstrument.

Der moderate Charakter der Resolution hatte den überparteilichen Konsens im Kongreß zugunsten einer wie immer gearteten Freeze-Vereinbarung verstärkt. Natürlich forderte die Linke weiterhin mit gleicher Vehemenz „vertrauensbildende Maßnahmen“ im Sinne einseitiger amerikanischer Abrüstungsvorleistungen. Den amerikanischen Chefunterhändlern bei den Genfer Abrüstungsgesprächen aber schien der Vorschlag der Senatoren einer Reihe von Politikern eine so breite Verhandlungsbasis einzuräumen, daß man meinte, ihm in dieser Form ruhigen Gewissens zustimmen zu können. Dennoch fand er keine Mehrheit im Kongreß. Längst nicht jeder war von seiner Zweckmäßigkeit aufgrund der mit den unverbindlich und zu allgemein gehaltenen Formulierungen verbundenen Ambiguität überzeugt<sup>48</sup>. In der Folgezeit wurden über 30 weitere Resolutionen

<sup>47</sup> E. Kennedy, A Global Freeze on Nuclear Weapons, in: Ernest W. Leferer/Stephen E. Hunt, *The Apocalyptic Premise – Nuclear Arms Debated, Ethics and Public Policy Center, Washington D. C. 1982*, S. 63 ff.

<sup>48</sup> Elizabeth Drew, *Congressional and Executive Branch Consideration of U. S. Arms Control Policies*, in: *New Yorker* vom 3. 5. 1982, S. 137.



sowohl dem House Foreign Affairs Committee als auch dem Senat Foreign Relations Committee vorgelegt, bis es schließlich zur parlamentarischen Umsetzung der Kampagne in die berühmte Freeze-Resolution – die „House Joint Resolution 13“ – im Mai 1983 kam (Dokument 3).

In der Zwischenzeit waren die Freeze-Debatten im Kongreß von verschiedenen politischen Richtungskämpfen geprägt. Die erste Auseinandersetzung entzündete sich innerhalb der Freeze-Bewegung zwischen den radikalen Gruppierungen der Linken und den moderateren aus dem linksliberalen Lager. Während die eine Seite Freeze zu einer Kampagne gegen die Modernisierungsprogramme im Nuklearbereich – MX, Trident und B-1 – und die damit verbundenen hohen Rüstungsausgaben der Regierung hochstilisiert hatte, konzentrierte die andere ihre Anstrengungen ausschließlich darauf, den Freeze-Vorschlag in seiner ursprünglichen Fassung in Richtung Kongreß zu lancieren, ohne ihn an spezifischen Waffenprogrammen scheitern zu lassen<sup>49</sup>.

Eine zweite Kontroverse spaltete in erster Linie die Demokraten in eine Gruppe von Politikern, die Freeze lediglich zu Wahlkampfzwecken nutzten, und solchen Vertretern, die es ungeachtet ihrer persönlichen Einschätzung der Idee strikt ablehnten, sie zu einem parteipolitischen Thema werden zu lassen und so den Rüstungskontrollprozeß womöglich zu behindern.

Der entscheidende Schlagabtausch aber fand zwischen Kongreß und Administration statt und führte schließlich zu einer überparteilichen Freeze-Mehrheit im Repräsentantenhaus. Die Administration, die von Anfang an gegen die Idee war, versuchte vergeblich, den Kongreß von der Verabschiedung einer Resolution abzuhalten. Am Ende sah auch sie sich zu Abstrichen gezwungen. Sowohl im Scowcroft-Bericht wie bei der Aufnahme einer Abrüstungsformel in ihren START-Vorschlag war sie um einen Interessenausgleich bemüht<sup>50</sup>. Gleichzeitig kündigte sie Abstriche im INF-Bereich an und versprach ernsthaftige Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion. Der Kongreß kam seinerseits der Administration entgegen, indem er die Freeze-Resolution im Repräsentantenhaus doch erheblich modifizierte, sie später im Senat ablehnte und sogar für die MX- und B-1-Programme votierte<sup>51</sup>.

So war das Abstimmungsergebnis vom 4. Mai 1983 denn ein beachtlicher Erfolg der Kampagne, der jedoch an sich keinen direkten Einfluß auf die Rüstungskontrollpolitik

<sup>49</sup> Judith Miller, *Advocates of Arms Control Ponder Some New Moves*, in: *New York Times* vom 5. 12. 1982.

<sup>50</sup> Der Bericht der Scowcroft Commission vom April 1983 – benannt nach dem Vorsitzenden Brent Scowcroft, Sicherheitsberater unter Präsident Ford und heute unter Präsident George Bush – hatte die Modernisierung der strategischen Triade der USA einschließlich des MX-Programms gefordert, um das bestehende Ungleichgewicht gegenüber der Sowjetunion zu beseitigen. Zum Bericht siehe: *Excerpts from Report*, in: *New York Times* vom 12. 4. 1983.

<sup>51</sup> Bereits unmittelbar nach seinem Amtsantritt präsentierte Reagan dem Kongreß Nachträge für den Haushalt 1981 und 1982. Zwischen 1981 und 1985 steigerte er die amerikanischen Verteidigungsausgaben erheblich. 100 B-1-Bomber, auf die Carter verzichtet hatte, wurden in Auftrag gegeben und bewilligt. Von den ursprünglich vorgesehenen 200 MX-ICBMs, die als Gegenschlagwaffen zu den modernen ICBMs der Sowjetunion – SS18 – konzipiert waren, forderte Reagan schließlich nur 100, nachdem er das Stationierungsproblem nicht befriedigend lösen konnte. Sie wurden zusammen mit den pro Rakete vorgesehenen 10 Sprengköpfen – 1000 insgesamt – ebenfalls vom Kongreß bewilligt. Vgl. Alexander Haig Jr., *Peace and Deterrence*, in: *Current Policy*, Nr. 383, U. S. Department of State vom 6. 4. 1982.

der Reagan-Administration ausübte. Beide Seiten sprachen von einem Sieg, der durch den im letzten Moment zustande gekommenen Kompromiß möglich geworden war, letztlich aber keiner war. Was also war das Ergebnis?

Die zweijährige Debatte, die der Abstimmung vorausgegangen war, hatte zunächst eine Reihe von entscheidenden Vertragselementen eines möglichen Abkommens von vorneherein offengelassen oder bewußt ausgegrenzt. Der Resolutionstext gab weder Auskunft über die Durchführungsbestimmungen noch zeigte er Verifikationsmöglichkeiten und -mittel eines bilateral ausgehandelten Abkommens mit der Sowjetunion auf. Auch über notwendige Vorkehrungsmaßnahmen im Falle einer zeitlichen Verzögerung des Verhandlungsprozesses gab er keine Auskunft. Vertragsverletzungen durch die sowjetische Seite schien man auszuschließen, da der Text sich an keiner Stelle mit den Konsequenzen für den Fall eines Vertragsbruches auseinandersetzt.

Die Resolution entsprach am Ende im wesentlichen doch der von den Senatoren Kennedy und Hatfield eingebrachten Version. Während letztere allerdings Freeze zum Gegenstand von Abrüstungsverhandlungen machten, erhob die im Kongreß verabschiedete endgültige Fassung das „Freeze first – then reduce“ – Prinzip zur *conditio sine qua non*<sup>52</sup>. Danach sollten Abrüstungsverhandlungen erst in einem zweiten Schritt, d. h. nach dem sofortigen bilateralen Einfrieren der Nukleararsenale aufgenommen werden. Die Regierung, die praktisch der Kennedy/Hatfield-Empfehlung folgte und das Einfrieren der Nuklearwaffen von parallelen Abrüstungsverhandlungen begleitet wissen wollte – „Freeze and reductions“, konnte lediglich einen Zusatzantrag durchsetzen, der die Notwendigkeit unmittelbar anschließender Reduzierungsverhandlungen und -ergebnisse unterstrich und Freeze für obsolet erklärte, falls nicht innerhalb einer bestimmten Frist Abrüstungsschritte erfolgt waren.

Immerhin brachte dieser Ergänzungsantrag für die Bewegung noch schmerzliche Veränderungen der ursprünglichen Fassung im Detail: Die amerikanische U-Boot-Flotte fiel ausdrücklich nicht unter die Resolution, so daß dem Ausbau des Trident-Programms nichts im Wege stand. Am Stufenkonzept der Freeze-Lobbyisten aber ließ sich nicht mehr rütteln. Diese sahen in dem Vorschlag der Regierung die Gefahr einer Sanktionierung der von Reagan definierten Abrüstungsphilosophie, die lediglich bestimmte Waffenkategorien limitierte, an den Modernisierungsplänen der strategischen Triade aber festhielt.

Die Regierung konnte diesen Teilerfolg der Freeze-Koalition gelassen hinnehmen. Er änderte nichts an der Tatsache, daß der Resolutionstext lediglich den Charakter einer Aufforderung besaß und damit für den Präsidenten nicht bindend war<sup>53</sup>. Ohne seine Unterstützung hatte sie schließlich nur symbolischen Wert. Die Resolution konnte auch weitere Abrüstungsanstrengungen der Regierung nicht verhindern. Die unmittelbar folgende Verabschiedung des MX-Programms im Repräsentantenhaus machte deutlich, daß selbst der Kongreß keineswegs gewillt war, der Regierung einen Rüstungsstopp aufzuerlegen. Auch auf die laufenden Verhandlungen hatte sie keinen Einfluß nehmen können. Völlig unbeeindruckt von dem plötzlichen Stimmungswandel im amerikanischen Kongreß, weigerte sich die sowjetische Führung nur ein halbes Jahr später, nachdem in den ersten fünf Verhandlungsrunden seit 1982 sogar gewisse Fortschritte erzielt worden waren, ein Datum für die Wiederaufnahme der START-Verhandlungen in der nächsten Runde zu nennen.

Wenn das Abstimmungsergebnis vom 4. Mai 1983 dennoch allgemein als Höhepunkt

<sup>52</sup> U. S. House, Congressional Record, 16. 3. 1983, S. H1206 ff., 1306 ff.

<sup>53</sup> Ebenda, S. H1305.

der Freeze-Kampagne bezeichnet wird, hat dies zwei Gründe. Zum einen dokumentierte es die politische Dimension der Kampagne, die nicht nur eine ernstzunehmende Grundsatzdiskussion über die amerikanischen Sicherheitsinteressen im Kongreß, sondern insgesamt einen Demokratisierungsprozeß in der Rüstungskontrollpolitik ausgelöst hatte. Zum anderen zeigte es die natürlichen Grenzen jeder Administration auf, die die Strömungen in der Öffentlichkeit auf die Dauer ignoriert und sich nicht anpaßt. Reagan veränderte zwar nicht grundsätzlich seine Politik, er schien jedoch insofern gewarnt, als er auf deklaratorischer Ebene unmittelbar darauf eine Kehrtwende einleitete. Eine automatische Mehrheit für seine Aufrüstungspläne im speziellen und seine Rüstungskontrollpolitik im allgemeinen wie nach 1981 – im ersten Jahr seiner Amtszeit – gab es nun jedenfalls nicht mehr.

#### Dokument 1

##### *Call to Halt the Nuclear Arms Race* Proposal for a Mutual US-Soviet Nuclear Weapons Freeze

To improve national and international security, the United States and the Soviet Union should stop the nuclear arms race. Specifically, they should adopt a mutual freeze on the testing, production and deployment of nuclear weapons and of missiles and new aircraft designed primarily to deliver nuclear weapons. This is an essential, verifiable first step toward lessening the risk of nuclear war and reducing the nuclear arsenals.

The horror of a nuclear holocaust is universally acknowledged. Today, the United States and the Soviet Union possess 50 000 nuclear weapons. In half an hour, a fraction of these weapons can destroy all cities in the northern hemisphere. Yet over the next decade, the USA and USSR plan to build over 20 000 more nuclear warheads, along with a new generation of nuclear missiles and aircraft.

The weapon programs of the next decade, if not stopped, will pull the nuclear tripwire tighter. Counterforce and other „nuclear warfighting“ systems will improve the ability of the USA and USSR to attack the opponent's nuclear forces and other military targets. This will increase the pressure on both sides to use their nuclear weapons in a crisis, rather than risk losing them in a first strike.

Such developments will increase hairtrigger readiness for a massive nuclear exchange at a time when economic difficulties, political dissension, revolution and competition for energy supplies may be rising worldwide. At the same time, more countries may acquire nuclear weapons. Unless we change this combination of trends, the danger of nuclear war will be greater in the late 1980s and 1990s than ever before.

Rather than permit this dangerous future to evolve, the United States and the Soviet Union should stop the nuclear arms race.

A freeze on nuclear missiles and aircraft can be verified by existing national means. A total freeze can be verified more easily than the complex SALT I and II agreements. The freeze on warhead production could be verified by the Safeguards of the International Atomic Energy Agency. Stopping the production of nuclear weapons and weapongrade material and applying the Safeguards to US and Soviet nuclear programs would increase the incentive of other countries to adhere to the Nonproliferation Treaty, renouncing acquisition of their own nuclear weapons, and to accept the same Safeguards.

A freeze would hold constant the existing nuclear parity between the United States and the Soviet Union. By precluding production of counterforce weaponry on either side, it would eliminate excuses for further arming on both sides. Later, following the immediate adoption of the freeze, its terms should be negotiated into the more durable form of a treaty.

A nuclear weapons freeze, accompanied by government-aided conversion of nuclear industries, would save at least \$ 100 billion each in US and Soviet military spending (at today's prices) in 1981–1990. This would reduce inflation. The savings could be applied to balance the budget, reduce taxes, improve services, subsidize renewable energy, or increase aid to poverty-stricken third world regions. By shifting personnel to more labor-intensive civilian jobs, a nuclear weapons freeze would also raise employment.

Stopping the US-Soviet nuclear arms race is the single most useful step that can be taken now to reduce the likelihood of nuclear war and to prevent the spread of nuclear weapons to more countries. This step is a necessary prelude to creating international conditions in which:

- further steps can be taken toward a stable, peaceful international order;
- the threat of first use of nuclear weaponry can be ended;
- the freeze can be extended to other nations; and
- the nuclear arsenals on all sides can be drastically reduced or eliminated, making the world truly safe from nuclear destruction.

*Randall Forsberg, Nachdruck der „Nuclear Weapons Freeze Campaign“, National Office 4144 Lindell Boulevard, St. Louis, Missouri 63108 (1980)*

#### Dokument 2

##### *Kennedy/Hatfield Resolution, Joint Resolution on Nuclear Weapons Freeze and Reductions (S. J. Res 163), March 10, 1982*

Whereas the greatest challenge facing the earth is to prevent the occurrence of nuclear war by accident or design; Whereas the nuclear arms race is dangerously increasing the risk of a holocaust that would be humanity's final war; and

Whereas a freeze followed by reductions in nuclear warheads, missiles, and other delivery systems is needed to halt the nuclear arms race and to reduce the risk of nuclear war;

Resolved by the Senate and the House of Representatives of the United States of America in Congress assembled,

- (1) As an immediate strategic arms control objective, the United States and the Soviet Union should:
  - (a) pursue a complete halt to the nuclear arms race;
  - (b) decide when and how to achieve a mutual and verifiable freeze on the testing, production, and further deployment of nuclear warheads, missiles, and other delivery systems; and
  - (c) give special attention to destabilizing weapons whose deployment would make such a freeze more difficult to achieve.
- (2) Proceeding from this freeze, the United States and the Soviet Union should pursue major, mutual and verifiable reductions in nuclear warheads, missiles, and other de-

livery systems, through annual percentages or equally effective means, in a manner that enhances stability.

### Dokument 3

#### *Joint Resolution Calling for a Mutual and Verifiable Freeze on and Reductions in Nuclear Weapons (H. J. Res. 13), May 4, 1983*

Whereas the greatest challenge facing the Earth is to prevent the occurrence of nuclear war by accident or design;

Whereas the United States and the Soviet Union have signed the Joint Statement of Agreed Principles for Disarmament Negotiations, known as the McCloy-Zorin Agreement, enumerating general principles for future negotiations for international peace and security;

Whereas the increasing stockpiles of nuclear weapons and nuclear delivery systems by both the United States and the Soviet Union have not strengthened international peace and security but in fact enhance the prospect for mutual destruction;

Whereas adequate verification of compliance has always been an indispensable part of any international arms control agreement; and

Whereas a mutual and verifiable freeze and reductions in nuclear weapons and nuclear delivery systems would greatly reduce the risk of nuclear war: Now, therefore, be it Resolved by the Senate and House of Representatives of the United States of America in Congress assembled, That, consistent with the maintenance of essential equivalence in overall nuclear capabilities at present and in the future, the Strategic Arms Reduction Talks (START) between the United States and Soviet Union should have the following objectives:

- (1) Pursuing the objective of negotiating an immediate, mutual, and verifiable freeze, then pursuing the objective of negotiating immediate, mutual, and verifiable reductions in nuclear weapons.
- (2) Deciding when and how to achieve a mutual verifiable freeze on testing, production, and further deployment of nuclear warheads, missiles, and other delivery systems and systems which would threaten the viability of sea-based nuclear deterrent forces, and to include all air defense systems designed to stop nuclear bombers. Submarines are not delivery systems as used herein.
- (3) Consistent with pursuing the objective of negotiating an immediate, mutual, and verifiable freeze, giving special attention to destabilizing weapons, especially those which give either nation capabilities which confer upon it even the hypothetical advantages of a first strike.
- (4) Providing for cooperative measures of verification, including provisions for onsite inspection, as appropriate, to complement National Technical Means of Verification and to ensure compliance.
- (5) Proceeding from this mutual and verifiable freeze, pursuing substantial, equitable, and verifiable reductions through numerical ceilings, annual percentages, or any other equally effective and verifiable means of strengthening strategic stability, with such reductions to be achieved within a reasonable, specified period of time as determined by the negotiations.

- (6) Preserving present limitations and controls on nuclear weapons and nuclear delivery systems.
- (7) Incorporating ongoing negotiations in Geneva on intermediate range nuclear systems into the START negotiations. Discussing the impact of developing comprehensive defensive systems consistent with all provisions of the Treaty on the Limitation of Anti-Ballistic Missile Systems.
- (8) Nothing in this resolution shall be construed by United States negotiators to mandate any agreement that would jeopardize our ability to preserve freedom.

In those negotiations, the United States shall make every effort to reach a common position with our North Atlantic Treaty Organization allies on any element of an agreement which would be inconsistent with existing United States commitments to those allies.

Sec. 2. In the absence of a bilateral agreement embodying the objectives set forth in this joint resolution, nothing in this resolution is intended to prevent the United States from carrying out its responsibilities under the December 1979 North Atlantic Treaty Organization decision regarding intermediate range nuclear forces.

Sec. 3. (a) Consistent with pursuing the overriding objective of negotiating an immediate, mutual, and verifiable freeze, nothing in this resolution shall be construed to prevent the United States from taking advantage of concurrent and complementary arms control proposals.

(b) Nothing in this resolution shall be construed to supercede the treaty-making powers of the President under the Constitution.

Sec. 4. This resolution does not endorse any type of unilateral disarmament on the part of the United States.

Sec. 5. Consistent with pursuing the overriding objective of negotiating an immediate, mutual, and verifiable freeze, nothing in this resolution should be construed to prevent measures necessary for the maintenance of and credibility of the United States nuclear deterrent.

Sec. 7. The Congress proposes that the House Committee on Foreign Affairs and the Senate Committee on Foreign Relations study measures relating to reductions pursuant to the first section, and relating to concurrent and complementary arms control proposals pursuant to section 2, especially those aimed at progressive reductions in the number of destabilizing weapons through a mutual „build-down“ or other verifiable processes.

Sec. 8. Any freeze agreement negotiated pursuant to this resolution should not prevent the United States from taking such measures with respect to our strategic systems as are necessary to protect the lives of the United States personnel operating those systems.

Sec. 9. For purposes of this resolution, a nuclear delivery vehicle is a device whose primary or exclusive mission requires it to carry a nuclear weapon into territory of or occupied by hostile forces.

Sec. 10. A freeze agreement in accordance with this resolution will not preclude the one-for-one replacement of nuclear weapons and nuclear delivery vehicles in order to preserve the credibility of the United States nuclear deterrence, provided the new weapon or delivery vehicle is the same type as the old.

Sec. 11. Nothing in this joint resolution shall be construed –

- (1) to prevent, during any negotiations pursuant to this resolution, or
- (2) to require that, in any negotiations pursuant to this resolution, the United States agree to a provision which would prevent, such modernization and deployment of

United States new or improved dual capable delivery systems as the United States may determine is required to maintain the capability of the United States defense posture.

Sec. 12. Consistent with Public Law 88-186, as amended, no action shall be taken under this Act that will obligate the United States to disarm or to reduce or to limit the Armed Forces or armaments of the United States, except pursuant to the treaty-making power of the President under the Constitution or unless authorized by further affirmative legislation by the Congress of the United States.

Sec. 13. Consistent with the provisions of Public Law 92-448, as amended, negotiations undertaken pursuant to this Act shall provide for the maintenance of a vigorous research, development, and safety-related improvements program to assure that the United States would not be limited to levels of nuclear deterrent forces inferior to the force levels of the Soviet Union. Further, such negotiations should recognize the difficulty of maintaining essential equivalence and a stable balance in nuclear deterrent capabilities in a period of rapidly developing technology, and that any future arms control agreements should promote a stable international balance and enhance the survivability of United States nuclear deterrent forces.

Sec. 14. In all negotiations pursuant to this resolution, the United States shall make every effort to ensure that any agreement reached shall provide for full compliance by all parties with preexisting international treaties, obligations, and commitments.

Sec. 15. Any item both sides do not agree to freeze would not be frozen.

Sec. 16. The President shall take all necessary steps to ensure that any agreement embodying the objectives set forth in this joint resolution can be adequately verified, including pursuing the objective of providing for cooperative measures of verification (including provisions for onsite inspection as appropriate) to complement National Technical Means of Verification and to ensure compliance.

Sec. 17. Nothing in this joint resolution shall be construed to prevent safety-related improvements in strategic bombers.

## Abstracts

### *Hans Maier, Ideen von 1914 – Ideen von 1939? A Comparison*

The outbreak of the First World War was accompanied in Germany by the emergence of a "philosophy of war" which contrasted polemically the "Ideas of 1914" with the "Ideas of 1789". This essay examines whether a similar discussion existed in Germany immediately prior to the Second World War and comes to the conclusion that this was not so. Not only was there little enthusiasm for war in September 1939, there was also no "intellectual war service" of philosophers, economists and historians. Subsequent apologies for the war of conquest waged by the German armies, and for the new *Großraumordnung* were more a retrospective interpretation than an explanation of objectives. Thus, the German intelligentsia has been more readily able to accept the defeat of 1944–45 than of 1918–19.

### *Ivan Pfaff, Stalin's Strategy to Sovietize Central Europe between 1935 and 1938. The Czechoslovakian Case*

Stalin's strategy to sovietize the ČSR and the whole of Central Europe, in case the Soviet Union should be asked to lend its military support, was evident throughout the developments between summer 1935 and late autumn 1938. From the beginning, Moscow had made clear its intention to change the anti-fascist war into a communist revolution, using this support against Nazi aggression for the installation of a Soviet System in the ČSR, Poland, Austria and Romania. From August 1935 when the presiding board of the Communist Party of the USSR had declared its policy aims in Voroshilov's announcement that Moscow was thinking of creating a large Soviet Republic in Central Europe, up to Zhdanov's Prague demands on the CPC in August 1938 and Dimitroff's actual attempts to accomplish such a change in Prague in the second half of September 1938, the sovietization course was being steadily pursued. The Czech Communist leader, Gottwald, confessed soon after Munich that the Soviet and Czech Communist had intended a civil war and the communist accession to power in case of armed resistance of the ČSR against the NS attack. The realization of these plans was thwarted by the irrationality inherent in trying to sovietize Central Europe at a time when the Soviet Union itself was facing the strong anti-Soviet coalition of four great powers as became evident at Munich. It was, however, the sovietization plan that predestined the situation of 1945–1948.

### *Reinhard Schiffers, Origins of the Penal Laws for Crimes against the State in the Federal Republic of Germany 1949–1951*

The penal laws for political crimes valid today were basically determined by the First Criminal Law (Amendment) Act of 30 August 1951. The objective of the legislators was to establish the legal means with which to counter the efforts to destroy the Federal Republic and its constitutional order. The threat contemplated by the legislators was determined both by historical experience and current events. The act arose out of the failure of the Weimar Republic and the national-socialist abuse of the law, on the one hand, as well as from the impression created by the communist assumption of power in Eastern Europe, the Korean War and right-wing activities, on the other. The occupation law pre-



vailing at the time and Swiss criminal law also exerted some influence on the manner in which the material presented here was drawn up.

*Klaus-Jürgen Müller*, The Federal Republic of Germany and the Algerian Conflict

The Algerian conflict (1954–63) affected the FRG's vital interests in more than one respect. France was only her most important partner in recasting Western Europe, but was also regarded as the most reliable ally in repelling Moscow's threats to Berlin and Soviet initiatives regarding the "German question". On the other hand, the Federal Republic had to take into consideration her traditional links with the Arab countries who were eagerly supporting the cause of the Algerian Liberation Movement. Well aware that France, in view of the political, social and economic implications of the conflict, would be unable to solve the "Algerian problem" in the near future, the Federal Republic had to pursue a *Politik des Spagats*, a diplomacy designed to prevent her from being drawn into either camp. De Gaulle's success in resolving the conflict finally enabled the FRG to escape from this unpleasant situation. In the final analysis, however, Bonn's diplomacy of circumspect equidistance, with a discreet bias towards France, was successful in safeguarding Germany's vital interests.

*Stefan Fröhlich*, Countering the Nuclear Threat. The American "Nuclear Freeze Campaign" 1980/84

At the beginning of the 1980's the idea of a mutual and verifiable freeze on the testing, production and deployment of nuclear weapons dominated the nuclear-strategical discussion in the United States. The rapid growth of public support for a comprehensive freeze was a remarkable political phenomenon, reflecting a deep sense of frustration over the lack of progress in arms control negotiations until then. The Nuclear Freeze Campaign was successful as long as its constituents shared the common objective of seeking a verifiable freeze by the United States and the Soviet Union. It was raised to a national level on March 10, 1982, when identical freeze resolutions were introduced in both houses of Congress. The political and institutional heterogeneity of the mass movement however led to internal tensions within the movement as several interest groups put the minimum consent at risk.

*Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1990*

Volume 60: *Andreas Wilkens*, *The Inconstant Neighbour. France, the German Ostpolitik and the Berlin Four-Power Talks 1969–1974*, Munich 1990

The opening of the Federal Republic to the East through the *Ostpolitik* of the social-liberal coalition in 1969 became a severe test for Franco-German relations. Behind the official facade of complete agreement, the doubts raised in France on the reliability and integrity of its German partner refused to be silenced. Andreas Wilkens (researcher at the *Deutsches Historisches Institut*, Paris) traces the conflicting reactions of the French government and public with each phase of the German *Ostpolitik*. Not only is this study of great topical interest, it also benefits particularly from the systematic inclusion of material from over 50 interviews with important protagonists involved and with witnesses – a method of gaining information often neglected in historical research.

Volume 61: *Martin Broszat* (Editor), *On Continuity and Breaks in German Postwar History. Thirteen Essays*, Munich 1990

In concise essay form, 13 authors consider various aspects of the question of continuity and breaks in the history of the Federal Republic which, at first glance, appears to have been so devoid of drama and upheaval. This volume of essays was actually intended as an interim assessment of the Federal Republic 40 years after its foundation. Due to recent political developments however, it has become a first evaluation of the history of Western Germany between the capitulation in 1945 and the unification in 1990; *Martin Broszat*: Einleitung. *Hans-Peter Schwarz*: Segmentäre Zäsuren, 1949–1989: Eine Außenpolitik der gleitenden Übergänge. *Knut Borchardt*: Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwei, drei oder vier Perioden? *Hans Günter Hockerts*: Metamorphosen des Wohlfahrtsstaats. *Thomas Ellwein*: Verfassung und Verwaltung. *Hellmut Becker*: Bildung und Bildungspolitik. Über den Sickerneffekt von Reformen. *Joachim Kaiser*: Phasenverschiebung und Einschnitte in der kulturellen Entwicklung. *Alf Mintzel*: Der akzeptierte Parteienstaat. *Arnold Sywottek*: Konsum, Mobilität, Freizeit. Tendenzen gesellschaftlichen Wandels. *Ute Frevert*: Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung – Hindernisse, Umleitungen, Einbahnstraßen. *Hans Maier*: Kirche, Religion und Kultur. *Hermann Rudolph*: Mehr als Stagnation und Revolte. Zur politischen Kultur der sechziger Jahre. *Dieter Simon*: Zäsuren im Rechtsdenken. *Hermann Graml*: Die verdrängte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.